REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 464 · 16.8.2002

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 40 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. Parade der Populisten
2. Her mit dem schönen Leben! attac, Gewerkschaftsjugend und Friedensgruppen demonstrieren am 14.9. in Köln
3. "In den Köpfen gibt es keine Amnestie." Ungarn erkennt jugoslawische Deserteure nicht als Asylberechtigte an. - Anke Schwarzer
4. Von der Hetze zum Brandsatz. BürgerInnenmob und Nazis machen mobil - Antifaschistisches Infoblatt
5. Kamelmilch statt Cognac. Oriana Fallacis Manifest zur Rettung des Okzidents - Bernhard Schmid
6. Skandalöse Würde. Oskar Negts "Kritische Theorie der lebendigen Arbeit" endet sozialdemokratisch - Holger Schatz
7. Benchmarking Rot-Grün. Eine kommentierende Buchbesprechung - Christian Brütt
8. Ego-Aktionäre und Selbstmörder. Hartz-Kommission will Arbeitslosenversicherung umkrempeln - Gaby Gottwald
9. (Haar-)Risse im Putz. Nachrichten aus der Welt der bezahlten und unbezahlten Arbeit
10. Welche Karte sticht? RZ-Prozess: Zeugen versus Kronzeugen - mb., Berlin
11. Kontrolle ist besser. US-Angriff auf Irak könnte sich auch gegen Saudi-Arabien richten - Jürgen Wagner
12. "Es ist nicht unmöglich, AIDS zu schlagen". Interview mit Mark Heywood über die Situation in Südafrika - Martina Pech/Indrajit Ghosh
13. Coca Cola sucks. Aufruf zu einer Kampagne gegen Repression gegen kolumbianische GewerkschafterInnen - Coca Cola Kampagne
14. Bei Streik Lebensgefahr. Coca Cola lässt in Kolumbien GewerkschafterInnen umbringen - Interview: Dario Azzellini
15. Metamorphosen des Zapatismus - Dieter Boris und Albert Sterr
16. Angekündigter Mord. Argentiniens Staat geht mit aller Gewalt gegen Selbstorganisierungsprozesse vor - ari
17. "Drehscheibe des Menschenhandels". EU-Migrationsabwehr und Truppenpräsenz befördern Frauenhandel auf dem Balkan - Boris Kanzleiter
18. Einen Schritt weiter. Italiens antikapitalistische Bewegungen orientieren sich neu - Dario Azzellini, Genua
19. Juristische Aufarbeitung. Genua: Vorwürfe gegen Demonstranten verpufft - Carabinieri belastet - Dario Azzellini, Genua
20. Die Politik des langen Arms. Israel rüstet deutsche U-Boote mit Atomraketen aus - Knut Mellenthin
21. Privatisiert geht wie geschmiert. GATS und die Liberalisierungsoffensive der EU - Thomas Fritz
22. Sag beim Abschied leise Servus. Eine Erneuerung der Linken ist ohne das Ende von Rot-Grün nicht zu haben - Martin Salina
23. Revolution der Kleinbürger. New Labour, Rechtspopulismus und die Suche nach Hegemonie - Gruppe Blauer Montag
24. All together now. Empire: Postmoderne Hippies erklären die Globalisierung - Jörg Nowak
25. Warum wir mit Israel solidarisch sind - und mit welchen Zweifeln. Diskussionspapier des ZAK Tübingen - ZAK (Zentralamerika-Komitee)
26. Proletarische Himmelsstürmer. Zur Geschichte des Operaismus - Dirk Hauer
27. Aufstand und Konsolidierung. Europäisches Sozialforum zeigt Ambivalenzen linker Globalisierungskritik - Monika Bricke/Till Baumann
28. do-commentieren 11. Auf der documenta geht es bei aller Globalität um Differenzen und Grenzen - Matilda Felix
29. Zwang zur Negation. Die Kabarettisten Trampert und Ebermann auf Tour - DSe
30. Irgendwie dagegen. Diffuse Texte sind das Markante an der neuen Tocotronic-CD - DSe
31. Plopp, plopp, plopp. Bushs "America Inc." reichlich angeschlagen - Max Böhnel, New York
32. Krisen, Korruption & kreative Buchführung. "Terror der Ökonomie" hat Konjunktur. - Winfried Wolf
33. Tiefer Fall, weiche Landung. Jean-Marie Messier und die Vivendi-Pleite - Bernhard Schmid

34. Berliner Bankenskandal. Korrupte Misswirtschaft, Sparsenat und Protest in Berlin - Boris Kanzleiter
35. Hallo, es wird nicht ein-ge-schla-fen. Bernadette La Hengst solo - DSe
36. LESERINNENBRIEFE
37. AUFGEBLÄTTERT
38. KALENDER
39. EDITORIAL
40. Quelldatei blick.htm

1. Parade der Populisten

Rubrik: Wahlen; Kommentare zu aktuellen Geschehen · CD-Datei: daten/aksuche/ak464/auf464.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:464:auf464

Die Unterhaltungsindustrie ist ein hartes Geschäft. Die Oscar-Verleihung z.B. oder Disney-World, das ist perfektes Entertainment, politisch nicht korrekt, aber professionell inszeniert. Die Bundestagswahl und der dazu gehörende Wahlkampf hingegen ist lausiges Schmierentheater. Die Darsteller der Laientruppe Schroiber-Fischerwelle grinsen alle gleichermaßen verbissen in jede hingehaltene Kamera. Die Unterschiede reduzieren sich auf die PS-Stärken von Claudia Roths Fahrrad, Westerwelles "Guidomobil", Stoibers CSU-Bus oder dem Wahlkampf-Truck der SPD.

Dabei wurde dem Publikum ein wirklich heißer Lagerwahlkampf versprochen. Doch wo keine Lager, da auch kein Lagerwahlkampf. Vor vier Jahren ist Rot-Grün noch für diverse Reformversprechen und mehr soziale Gerechtigkeit gewählt worden. Seitdem gab es zwei Mal Krieg, Demontage der Rentenversicherung, teurere und schlechtere Gesundheitsversorgung, weniger Geld und mehr Druck für Erwerbslose, neue Anti-Terrorgesetze und eine Verschärfung des Ausländerrechts. Das rot-grüne "Reformprojekt" ist ein Treppenwitz.

Zwei Momente im bisherigen Wahlkampftheater verdienen allerdings Beachtung: Stoibers Wandel zum Muster-Sozi, als er relativ schnell die Vorschläge der Hartz-Kommission ob ihrer sozialen Härte kritisierte, die "so" mit ihm "nicht zu machen" seien. Und zum anderen Schröders friedensfreundliche Anwandlungen in Sachen Irak in Verbindung mit nicht zu überhörenden nationalistisch-antiamerikanischen Untertönen. In beiden Fällen wird erstmals in diesem Wahlkampf die populistische Stammtischkarte gezogen. Allerdings: Stoiber ist nicht der Anwalt der "sozialen Gerechtigkeit" und Schröder nicht zum Pazifisten mutiert.

Noch gibt es auf Bundesebene keine Figur, die die typisch populistische Kombination von sozialer Gerechtigkeit für die "kleinen Leute" und nationalistisch-rassistischem Ressentiment gegen alles "Unnormale" glaubwürdig vertritt. Ein Berlusconi, Haider oder ein Le Pen ist (noch) nicht aufgetaucht. Dabei ist der Nährboden durchaus bereitet: New Labour Germany befindet sich in einer politisch-moralischen Glaubwürdigkeitskrise, die sich zu einer Krise des gesamten politischen Systems ausweiten könnte. Gleichzeitig hat das grün-sozialdemokratische Modell von Deregulierung und sozialstaatlicher "Aktivierung" autoritäre Pflichtgedanken gegenüber sozialen und bürgerlich-demokratischen Rechtsansprüchen massiv gestärkt. In einer solchen Situation kann der Rechtspopulismus ein neues Modell bürgerlicher Hegemonie sein: ein Modell, das "soziale Gerechtigkeit" selbstbewusst umdefiniert zu "sozialer Gerechtigkeit für uns (‚normale Deutscheæ)"; ein Modell, das nicht mehr auf gesellschaftliche Integration setzt, sondern ganz bewusst auf repressive Ausgrenzung.

In Deutschland steht bisher lediglich der neue Rechtssenat in Hamburg unter Beteiligung der Schill-Partei für einen solchen Versuch. Und es ist nicht zu erwarten, dass die Bundestagswahl einen solchen Populismus an die Macht spülen wird. Die Spitzenkräfte aller Parteien sind medial orientierte SchauläuferInnen - PopulistInnen im Sinne eines Berlusconi, eines Le Pen oder eines Pim Vortuyn sind sie nicht. Das bedeutet natürlich nicht, dass die politische Praxis in Deutschland eine wesentlich andere wäre. Populistische Versatzstücke können zudem jederzeit in die herrschende Politik integriert werden. Auch da unterscheiden sich SPD und CDU, FDP und Grüne nicht.

Zur Krise von New Labour und zur rechtspopulistischen Antwort

Seiten 22/23

2. Her mit dem schönen Leben! attac, Gewerkschaftsjugend und Friedensgruppen demonstrieren am 14.9. in Köln

Gewerkschaftsjugend, attac und Friedensgruppen demonstrieren am 14.9. in Köln

Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak464/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:464:36

Wir dokumentieren im folgenden das "Selbstverständnispapier" von attac und Gewerkschaftsjugend zur Demonstration am 14.9. in Köln.

Trotz linker RednerInnen auf den Auftaktkundgebungen (Birgit Mahnkopf, Oliver Tolmein, Kanak Attak) und attraktivem Kulturprogramm am späten Nachmittag (Die Firma, Brings, Reamonn, Such A Surge, Brothers Keepers, D-Flame und Sammy De Luxe) will sich bisher keine rechte Mobilisierungsstimmung einstellen. Verwunderlich ist das nicht:

a) ist das Mobilisierungsspektrum politisch recht begrenzt,

b) wird zumindest die Gewerkschaftsjugend in einem engen Zusammenhang mit der SPD gesehen,

c) haben Demonstrationen ohne konkretes Thema nur wenig Ausstrahlungskraft, d) ist dieser Wahlkampf vollkommen unpolarisiert und stößt trotz Stoiber nur auf wenig politisches Interesse und

e) hat die rotgrüne Politik der letzten vier Jahre mit ihren Kriegen und ihrem neoliberalen Kurs deutlich gemacht, dass auf parlamentarischer Ebene weder ein Reformprojekt verfolgt wird und es dafür im Parlament (mit Ausnahme der PDS bei einigen Fragen) derzeit auch keinen Adressaten mehr gibt.

Die Demonstration am 14.9. dürfte von daher vorrangig als Gradmesser für die Mobilisierungsfähigkeit der Veranstalter selbst zu sehen sein.

Politikwechsel statt Wahlkampfshow

Veränderung kann man nicht wählen,sondern nur erstreiten

Wahlkampfzeiten sind Zeiten erhöhter politischer Aufmerksamkeit. Gesellschaftliche Probleme - manchmal auch Pseudoprobleme - werden intensiver als sonst diskutiert. Es findet für einige Wochen eine gewisse Politisierung statt. Diese Politisierung ist gesellschaftspolitisch natürlich nicht neutral, sondern festigt, jenseits parteipolitischer Differenzen, die Hegemonie bestimmter Grundstrukturen des politischen Systems. Dazu gehören z.B. die Annahme, dass Wahlen identisch mit "der Demokratie" seien, oder dass durch Wahlen gesellschaftlicher Wandel herbeigeführt würde. Tatsächlich sind Wahlen Teil von Demokratie, aber Demokratie erschöpft sich darin nicht. Und gesellschaftlicher Wandel ist primär das Resultat kontinuierlicher und nicht nur punktuell alle vier Jahren stattfindender gesellschaftspolitischer Auseinandersetzungen. Wahlen können deren Ergebnisse formell bestätigen und zu ihrer zeitweiligen Festschreibung beitragen, sie können diesen Wandel aber nicht selbst herbeiführen.

Gerade in diesem politischen Klima kann emanzipatorische Politik aus Angst vor den Risiken parteipolitischer Vereinnahmung nicht auf Tauchstation gehen. Die erhöhte Bereitschaft, sich mit politischen Fragen zu beschäftigen, muss von uns genutzt werden. Man darf das Terrain nicht der Parteipolitik und ihren Ritualen überlassen und erst recht nicht Rattenfängern vom Schlage Möllemanns.

Jenseits von schöngefärbten "Erfolgsbilanzen" der Regierung und markigen Oppositionsphrasen kommt es darauf an, die Grundfragen einer sozial gerechten, demokratischen und friedlichen Politik in der Öffentlichkeit aufzuwerfen und unsere Alternativen in die Diskussion einzubringen.

"Rio plus 10" und erster Jahrestag des 11. September

Hinzu kommt, dass in die unmittelbare Vorwahlzeit zwei internationale Faktoren hineinwirken, die emanzipatorische Politik unmittelbar tangieren: vom 26. August bis 4. September wird in Johannesburg die große UN-Konferenz "Rio plus 10" stattfinden, und am 11. September ist der erste Jahrestag der Terroranschläge von New York und Washington.

Der Rio-Prozess war vor zehn Jahren für viele von denen, die sich heute in der globalisierungskritischen Bewegung engagieren, ein Anknüpfungspunkt für eine andere Politik. Die Hoffnungen von 1992 sind inzwischen einer große Ernüchterung gewichen. Die positiven Ansätze, die Rio trotz seiner bereits damals vorhanden Grenzen und Widersprüche zu bieten schien, sind unter die Räder der neoliberalen Globalisierung geraten. Die Konferenz von Johannesburg wird durch die Teilnahme der Bushs und Schröders dieser Welt eine große Medienaufmerksamkeit haben. Damit werden auch Inhalte wie Gerechtigkeit, Umwelt, internationale Demokratie etc. verstärkt in die Debatte kommen. Es wird die Frage aufgeworfen werden, warum der Rio-Prozess gescheitert ist. Das gibt uns Rückenwind.

Der Jahrestag des 11. September wird von der Bush Administration und ihren Verbündeten genutzt werden, um ihre Weltsicht massiv zu propagieren. Unsere Aktion wird dazu beitragen, dazu ein politisches Gegengewicht zu schaffen.

Keine Parteipolitik

Bei der Aktion am 14. 9. wird es keine Aussage zum Wahlverhalten in welche Richtung auch immer geben. Dies ist verbindlich mit unseren Partnern von der Gewerkschaftsjugend vereinbart.

Auch an unserer bisherigen Kritik an der Bundesregierung wird es am 14. 9. keine Abstriche geben. Ebenso wenig werden wir natürlich die Opposition schonen. Der gemeinsame Aufruf mit der Gewerkschaftsjugend ist hier die verbindliche Grundlage: "Die etablierten Parteien haben sich - mit unterschiedlicher Ausprägung - der neoliberalen Marktlogik unterworfen."

Uns kommt es darauf an, klar zu machen, dass ein Regierungswechsel, wie der 1999 zu SPD-Grün, noch lange keinen Politikwechsel bedeutet. Damit es zu einer wirklich anderen Politik kommt, ist starker Druck von unten nötig.

Emanzipatorische Veränderungen werden in erster Linie durch gesellschaftliche Bewegung erreicht. Wir wollen deutlich machen: wer auch immer nach dem 22. September die Regierung stellt, es gibt eine starke gesellschaftliche Bewegung, die den neoliberalen Kurs satt hat. Veränderung kann man nicht wählen, sondern nur erstreiten. Es kommt uns deshalb darauf an, die gesellschaftspolitischen Kräfteverhältnisse zu unseren Gunsten zu verändern und ein Reformklima im Land entstehen zu lassen. Deshalb sind die Adressaten unserer Intervention die Menschen im Land und nicht die Politiker. Was das konkrete Wahlverhalten angeht, so sind wir der Meinung, dass die Bürgerinnen und Bürger erwachsene Menschen sind, die selbst entscheiden können, was sie am 22. September machen.

3. "In den Köpfen gibt es keine Amnestie." Ungarn erkennt jugoslawische Deserteure nicht als Asylberechtigte an.

Autor: Anke Schwarzer · Rubrik: Jugoslawien / Ex-Jugoslawien; Ungarn · CD-Datei: daten/aksuche/ak464/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:464:11

Über drei Jahre sind seit dem Ende des NATO-Krieges vergangen. Die Kriegsfolgen sind noch lange nicht behoben. Auch die Situation der Deserteure im Exil bleibt prekär. Die wenigsten von ihnen durften in den NATO-Ländern bleiben, viele leben dennoch dort: ohne gesicherten Aufenthaltsstatus, ohne Perspektive. Zwar wurde in Jugoslawien eine Amnestie erlassen, doch vor einer Rückkehr fürchten sie sich. In Ungarn leben bis heute noch etwa tausend jugoslawische Deserteure und Kriegsdienstverweigerer.

Sie stellen sich taub und verschließen die Augen." Dragan Petrovic (1) aus Nordserbien desertierte im April 1999 aus der Armee. Kurz nach Beginn des NATO-Krieges gegen Jugoslawien flüchtete er nach Ungarn. Er und sein Freund Zoran Jovanovic hatten gehofft, dass die ungarischen Behörden ihnen helfen und dass sie als Asylberechtigte anerkannt werden. Stattdessen erwarteten sie bürokratische Hürdenläufe, befristete Duldungen und finanzielle Almosen.

Die beiden Männer sitzen in dem Büro von Opstanak, einem Zusammenschluss jugoslawischer Deserteure in Ungarn. Das Büro befindet sich in einer winzigen Ecke im Flur einer Budapester Wohnung. Der Platz reicht gerade für ein schmales Brett als Schreibtisch, einen kleinen weißlackierten Holzschrank und eine Sitzbank. Ein Computer, ein Drucker, einige Aktenordner - das ist alles.

Im März 1999 erhielt der 35-jährige Dragan Petrovic einen Einberufungsbefehl. Zu dieser Zeit rekrutierte die Armee Soldaten bei Straßenkontrollen und Busrazzien, Lastwagen fuhren an Marktplätzen vor, nahmen die im Café sitzenden Männer mit, Einberufungsbefehle wurden verschickt. Als der Brief kam, war Petrovic nicht zu Hause. Weil er nicht auftauchte, bedrängten die Militärs die Mutter und den Onkel am Telefon mit Beschimpfungen und Drohungen.

Unsicheres Exil in Ungarn

Bei guten Freunden versteckte er sich einige Tage. Auf keinem Fall wollte er in den Krieg ziehen. Petrovic ließ sich von einem Rechtsanwalt beraten. Die Lage war aussichtslos: Ging er nicht zur Armee, drohten ihm zwischen fünf und 20 Jahren Gefängnis. Sich lange Zeit zu verstecken ohne verraten zu werden, war unmöglich. Und Geld für eine Flucht besaß er nicht. Im April meldete er sich bei der Armee. Drei Wochen lang war er im Norden Jugoslawiens stationiert. Nach einem Wochenendurlaub kehrte er nicht mehr zu seiner Einheit zurück. Von seinen Brüdern, die in Westeuropa leben, hatte er sich inzwischen Geld geliehen. Ohne Gepäck, nur mit Jeans und T-Shirt bekleidet, floh er über die grüne Grenze nach Ungarn.

Jugoslawiens nördlicher Nachbar war gerade seit zwölf Tagen Mitglied der NATO. Die damalige Regierung der nationalkonservativen Fidesz unter Victor Orban ließ die Bomberflugzeuge über Ungarn fliegen und die Munitions- und Nachschubzüge durch die Puszta rollen. Der Angriffskrieg wurde unterstützt, Sorgen machte man sich allenfalls darüber, dass die von Kaposzvar oder anderen ungarischen Flughäfen startenden Bomber auf die Häuser der UngarInnen in der Vojvodina treffen könnten. In der nordjugoslawischen Provinz Vojvodina leben rund 350.000 UngarInnen.

Trecks von Kleinwagen, Traktoren und Bussen schoben sich während des Krieges auf den verstopften Straßen nach Ungarn. Mehrere zehntausend Menschen aus Jugoslawien flohen damals in das Nachbarland, darunter etwa 1.500 Deserteure und ihre Familien. Die Flüchtlingslager im Süden und Osten Ungarns quollen über.

Soldaten bei Straßenkontrollen rekrutiert

"Wir hörten Gerüchte, dass es sich nicht lohnt, einen Asylantrag zu stellen", erzählt Dragan Petrovic. Als anerkannter Flüchtling würde ihm eine Arbeitserlaubnis und ein gesicherter Aufenthalt zuerkannt werden. Die Zahlen zeigen aber, dass das Glück anerkannt zu werden, nicht sehr groß ist: 11.500 Menschen stellten 1999

in Ungarn einen Asylantrag, fast die Hälfte davon stammte aus Jugoslawien. Davon wurden 313 als Asylsuchende anerkannt, 37 von ihnen waren JugoslawInnen. Die anderen erhielten eine Duldung für ein Jahr, lebten mit einem Touristenvisum oder harrten in den Erstaufnahmelagern aus, tauchten unter und versuchten weiterzureisen.

Die Deserteure wurden in den ungarischen Ämtern, ähnlich wie in anderen NATO-Staaten auch, darauf hingewiesen, dass es "eine Pflicht sei, das Vaterland zu verteidigen". Keiner der Deserteure in Ungarn wurde als Asylberechtigter anerkannt. Nur in einem Fall erstritt ein 32-jähriger Deserteur vor dem höchsten Gericht seine Anerkennung mit Hilfe des UN-Flüchtlingshilfswerkes UNHCR und des ungarischen Helsinki Komitees. Das war 2001.

So beantragten viele Deserteure erst gar kein Asyl. Ein Leben im Wartezustand, ein Wohnen in den überfüllten Räumen im Lager kam für sie nicht in Frage. Auch Petrovic versuchte sich alleine durchzuschlagen. Nach den ersten zermürbenden Erfahrungen mit dem Zauberkreis der Bürokratie richtete er und einige andere Fahnenflüchtige das "Haus für Deserteure" ein. In der Vier-Zimmer-Wohnung konnten Deserteure übernachten, zur Ruhe kommen und sich in der neuen Stadt orientieren. Weil finanzielle Hilfe in Ungarn ausblieb zahlte amnesty international und der Offenbacher Verein Connection, der Friedensinitiativen in verschiedenen Ländern unterstützt, kleinere Summen an den Verein und die Familien.

Vierzig Deserteure gründeten damals den Verein Seobe99, um sich nicht mehr ohnmächtig als Einzelner durch den Dschungel der Ämter hangeln zu müssen. Gemeinsam wollten sie dafür kämpfen, einen gesicherten Aufenthalt zu bekommen. Ein Solidaritätsnetzwerk für eine Kultur des Friedens und des Antimilitarismus wollten sie aufbauen. Sie wollten zeigen, dass ein kluger Kopf nicht unter einen Militärhelm passt. Heute, drei Jahre nachdem der Verein gegründet wurde, sind einige weitergewandert, haben versucht, nach Westeuropa oder nach Nordamerika zu gelangen. Manche haben sich zerstritten. Andere haben keine Zeit mehr für den Verein, weil die Alltagssorgen, die Suche nach Arbeit, zu groß sind.

Heute heißt der Verein nicht mehr Seobe99, Wanderungen, sondern Opstanak, Überleben. Die ungarischen Behörden haben den Verein immer noch nicht registriert. "Ohne Eintragung in das Vereinsregister, ohne offizielles Bankkonto, wer unterstützt und spendet uns da schon?" Petrovic zuckt mit den Schultern. "Jetzt müssen wir erst einmal überleben, dann können wir über die Organisation reden." Der Mann zieht ein Paar schwarze Stiefel unter der Bank hervor. Die Sohle hängt an einer Seite herunter wie ein Lappen. "Sie haben 5.000 Forint (23 Euro) gekostet, jetzt sind sie schon nach drei Monaten kaputt." Auf einem Billigmarkt hat er sie sich für die neue Arbeit gekauft, die er nach einer langen demütigenden Odyssee gefunden hat.

Von Montag bis Samstag arbeitet er in einem Großhandel, stapelt Paletten, koordiniert die Beladung der Laster. Jeden Tag zehn Stunden. Sonntag hat er frei. Das Geld, umgerechnet 400 Euro, reicht gerade für die Miete. Ob er schlechter bezahlt wird als seine ungarischen KollegInnen weiß er nicht. Sein Chef hat ihm verboten, mit ihnen über den Lohn zu sprechen. Petrovic kickt sein Bein nach vorne: "Sonst fliege ich raus, hat er gesagt."

"Wir fühlen uns verraten, denn wir müssen feststellen, dass alle Türen für uns verschlossen sind", sagt der junge Mann. "Die Flugzeuge der NATO warfen Zettel ab: Milosevic mache schlechte Politik, wir sollten unsere Knochen nicht im Kosovo lassen und der Armee den Rücken kehren." Auf die NATO pfeift er. Nicht nur, weil die NATO-Militärs jugoslawische Deserteure benutzt und schließlich doch verfemt haben, wie er sagt. Die NATO habe alles, was sie an Demokratisierung erreicht hätten, zerschlagen.

Eine Hand voll Deserteure von Opstanak protestierte während des NATO-Gipfels Ende Mai 2001 in Budapest gegen Regierungen und Organisationen, die für ihre Interessen ökonomische und militärische Macht einsetzen. Obwohl die NATO-Kritiker in den ungarischen Medien mit Kriminellen und Terroristen gleichgesetzt wurden, versammelten sich einige hundert Menschen. "Wir demonstrieren, weil wir ihnen nicht ein Wort ihrer heuchlerischen Reden über Menschenrechte glauben, solange sie die größten Waffenexporteure sind", hieß es auf der Kundgebung.

Die NATO hat Wohnviertel, Fabriken und Brücken zerstört, Raffinerien in Brand geschossen und Eisenbahnstrecken demoliert. "Das waren keine Kollateralschäden", Petrovic schüttelt den Kopf. In der serbischen Kleinstadt Varvarin befanden sich keine militärischen Anlagen. Ohne Vorwarnung bombardierten Kampfflugzeuge die Brücke, die den Fluss Morava überquert. (Eine bittere Ironie der Geschichte ist es

übrigens, dass die Brücke nach dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland demontiert und als Reparationsleistung nach Jugoslawien transportiert wurde.) Die Raketen zerstörten die Brücke und rissen PassantInnen in den Tod. Wie Augenzeugen berichteten, wurden die zur Hilfe herbeigeeilten Menschen nach wenigen Minuten von weiteren NATO-Bombern beschossen. Nach Informationen des Rechtsanwaltes Ulrich Dost, der die Hinterbliebenen und Verletzten in einer Schadensersatzklage gegen Deutschland vertritt, hat die NATO bei diesem Angriff zehn Menschen getötet und 30 verletzt, 17 davon schwer.

Amnestie bedeutet keine Rehabilitierung

"Für viele Leute sind wir Verräter oder NATO-Agenten", sagt der Deserteur Nenad Vasiljevic. "Mein Vater arbeitete in einem Elektrizitätswerk. Er hat dort sein ganzes Leben gearbeitet, und in einer Nacht ist alles verbrannt worden. Man hat ihr Stück Brot zerstört, ihr Leben - und so denken die Leute. In ihren Augen ist das, was wir unterstützen, die Zerstörung ihres täglichen Lebens, und ich konnte sie nicht davon überzeugen, dass ich das nicht unterstützt habe."

Für den jungen Mann ist es undenkbar, zu seiner Familie zurückzukehren. Die meisten Deserteure fürchten die nun beginnenden Abschiebungen nach Jugoslawien. Zwar erließ das jugoslawischen Parlament im Februar 2001 nach hartnäckigen Protesten von Friedensinitiativen wie der Frauen in Schwarz ein Amnestiegesetz. Alle, die zwischen April 1992 und Oktober 2000 sich der Einberufung entzogen haben, werden nicht mehr strafrechtlich verfolgt.

Der Offizier im Ruhestand der Jugoslawischen Armee und ehemalige Leiter der Rechtsabteilung des Oberkommandos, Tihomir Stojanovic, schätzt, dass bis Februar 2001 vor den Militärgerichten etwa 23.000 Verfahren wegen Verbrechen, die wegen der NATO-Intervention und des Krieges im Kosovo begangen wurden, anhängig waren. Häufigster Anklagepunkt: "Nichtbefolgen der Einberufung und Vermeidung des Militärdienstes".

Die Amnestie bedeutet aber keine Rehabilitierung der Deserteure, noch verhindert sie - da der Militärdienst nicht verweigert werden kann -, wieder zur Armee einberufen zu werden. Der Dienst an der Waffe kann nur bei der ersten Einberufung abgelehnt, und der Ersatzdienst muss innerhalb der Armee abgeleistet werden. "Wer sieht schon, was uns bei der Rückkehr erwartet? Wie kann unser Freund Dragan zurückkehren, wenn sein Großvater ihn totschlagen will? Wie können wir zurückkehren, wenn unsere Nachbarn im Kosovokrieg ihren Sohn verloren haben? Mein Vater warnte mich, bevor ich das Land verließ: ‚Wenn du Dein Vaterland jetzt verlässt, komm nie wieder zurück!` Für sie sind wir Verräter und werden es immer bleiben", sagt Nenad Vasiljevic.

Die Rückkehrer und ihre Familien würde eine außergesetzliche Repression erwarten, die ihnen die Lebensgrundlage entziehen kann: Schikanen bei Behördengängen, Schwierigkeiten bei der Suche nach Arbeit, Ärger bei der Einschulung der Kinder, bis hin zu Morddrohungen. "In den Köpfen der Menschen gibt es keine Amnestie," sagt Petkovic. Er und seine Freunde möchten selbst entscheiden, ob und wann sie zurückkehren wollen.

Anke Schwarzer

Anmerkung:

1) Die Namen der Deserteure sind geändert.

4. Von der Hetze zum Brandsatz. BürgerInnenmob und Nazis machen mobil

Autor: Antifaschistisches Infoblatt · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Rechtsradikale, Neonazis; Antifaschistischer Kampf; Nationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak464/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:464:01

Seit Anfang dieses Jahres kommen aus Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg beunruhigende Nachrichten. Vor Ort mehren sich die Beispiele, wie BürgerInnen, PolitikerInnen und Neonazis gemeinsam und arbeitsteilig gegen geplante Flüchtlingsheime vorgehen. Droht zehn Jahre nach dem Pogrom von Rostock-Lichtenhagen eine erneute Zuspitzung? Das Antifaschistische Infoblatt (AIB) geht in seiner aktuellen Ausgabe dieser Frage nach.

Umgeben von den Wäldern und den Bergen des Thüringer Waldes bezaubert der Luftkurort Friedrichroda seine Besucher ... Genießen Sie die berühmte Thüringer Gastfreundlichkeit", lautet die Internet-Werbung der 5.500-Einwohnergemeinde Friedrichroda. Die gilt jedoch nur für zahlungskräftige Touristen. Flüchtlinge, die hier montags und donnerstags aus dem 500 Heimplätze umfassenden Sammellager Tambach-Dietharz per Bus zum Einkaufen in den einzigen Supermarkt weit und breit kommen, in dem ihre Gutscheine über knapp 160 EUR monatlich nach dem Asylbewerberleistungsgesetz einlösbar sind, müssen einen Spießrutenlauf über sich ergehen lassen.

Seit Monaten bedrohen Neonazis die Flüchtlinge und verteilen Mitglieder der DVU gemeinsam mit dem "Skinheadclub 88" Friedrichroda an diesen Tagen neonazistische Flugblätter vor dem Extra-Markt. Als "Bürgerinitiative zur Wahrung der Bürgerrechte und zum Schutz der Bürger" getarnt, rufen die Neonazis zur "Unterschriftensammlung gegen den sicherheitsgefährdenden Asylantensturm im Extramarkt" auf. Und auf einem weiteren Flugblatt heißt es unter der Überschrift "Angst, Hass, Wut": "Diese Gefühle werden den Friedrichrodaer Bürger manchmal überkommen, wenn er montags und donnerstags im Extramarkt einkaufen geht ... Währenddessen ein dahergelaufener Fremder mit unserem Steuergeld in Form von Gutscheinen, sich den Korb mit Luxus und Genussmitteln füllt ... Es heißt doch deutsches Geld für Deutsche und nicht für Gott und die Welt ... Die Freien Nationalisten aus Friedrichroda wollen das nicht länger hinnehmen und hoffen auf Ihre Unterstützung." (Rechtschreibfehler im Original) Flüchtlinge jedenfalls können Hilfe und Unterstützung in Friedrichroda von niemandem erwarten. Lediglich ein geplanter Aufmarsch des im "Nationalen und Sozialen Aktionsbündnis Westthüringen" (NSAW) organisierten "Skinheadclub 88" (als dessen führender Kopf der Bäckermeister Michael Burkert gilt) wurde bislang verboten.

Thüringen: "Gotha, wir kommen "

Den Kameraden in Friedrichroda ist man im benachbarten Gotha schon um einige Schritte voraus. Am 20. Juli hat dort das NSAW mit einem Aufmarsch und der Forderung "Stoppt den multikulturellen Wahn! - Volksbefragung statt Ignoranz deutscher Interessen" die seit dem Frühjahr laufenden Mobilisierung von BürgerInnen und Neonazis gegen Flüchtlingsheime in Gotha eskaliert. Mit der geplanten Auflösung des vom Land Thüringen betriebenen Massenlager Thambach-Dietharz zum 1. November 2002, die vom Thüringer Flüchtlingsrat auf Grund der unmenschlichen Lebensbedingungen ausdrücklich befürwortet wird (1), sucht nun das Landratsamt nach Standorten für drei neue Heime. Nachdem im Frühjahr diesen Jahres als mögliche Objekte für jeweils 135 Flüchtlinge eine alte Fliegerschule im Gothaer Gewerbegebiet sowie ein Internat in der in einem Gothaer Wohngebiet gelegenen Leinastraße und ein ehemaliges Aussiedlerheim im nahen Ohrdruf bekannt wurden, machten BürgerInnen, KommunalpolitikerInnen und Neonazis gleichermaßen gegen das SPD-geführte Landratsamt mobil.

Gothas SPD-Oberbürgermeister erklärte, seine Stadt sei "überproportional in Anspruch genommen mit zwei Standorten". Ohrdrufs Bürgermeister ging ebenfalls auf Konfrontation: "Angesichts unserer Probleme halte ich das für keine gute Lösung". (Thüringer Landeszeitung, 9.4.02) Damit sprechen die Stadtoberen ihren BürgerInnen offenbar aus der Seele. Die drückten ihren Protest gegen den Standort Leinastraße zunächst mit einer Unterschriftensammlung an den SPD-Landrat und dann auf einer AnwohnerInnenversammlung am 17. April aus: Dort fanden sich rund 300 aufgebrachte BürgerInnen ein. "Asylbewerber und andere Anlieger könnten sich auf die Distanz weniger Meter in die Fenster schauen, Angst vor Kriminalität und Unsicherheit bei Nacht bis hin zur Sorge um das Eigenheim, das manchem Anlieger als Altersvorsorge gilt, brachten die Bürger

vor", beschreibt die Thüringer Landeszeitung den Abend. (19.4.02) "Immer wieder kochte die Stimmung tumultartig auf. So mancher gab vor kein Ausländerfeind zu sein - bewies mit seinen Äußerungen aber genau das Gegenteil", lautet das Fazit der Thüringer Allgemeinen. (19.4.02) Mitten drin knapp 25 Neonazis aus Eisenach, Gotha und Friedrichroda, denen die BürgerInnen ohne Widerstand den Weg durch den Saal freimachten, sie Flugblätter verteilen und lautstark argumentieren ließen.

Dabei drohte der verurteilte Neonazi Patrick Wieschke aus Eisenach SPD-Landrat Siegfried Liebezeit ganz offen, "dass man sehen werde, ob er den politischen Sommer überleben wird." (2) Als Liebezeit dann wenige Tage nach der BürgerInnenversammlung bekannt gab, das Landratsamt werde auf den Standort Leinastraße verzichten, feierten das nicht nur die AnwohnerInnen als Erfolg. Das NSAW fühlt sich nun erst recht als Vollstrecker des Volkswillens und zu weiteren Aktionen ermutigt. "Derzeit erwägen Nationale Bürger aus Gotha eine Bürgerinitiative ins Leben zu rufen, um Gotha als Standort von Asylbewerberheimen und künftige ‚Heimat` von 530 Menschen aus aller Welt gänzlich auszuschließen", verkündete das NSAW schon drei Tage nach der Bürgerversammlung. (3)

McPomm: Der "Dschungel-Heim-Erlass"

Unterdessen fordert der Thüringer Flüchtlingsrat für die Betroffenen das einzig halbwegs Menschwürdige in dieser Situation: Nämlich eine Unterbringung der Flüchtlinge in Wohnungen anstatt in Heimen, und bietet SPD-Landrat Liebezeit damit gleichzeitig auch einen eleganten Ausweg aus der Konfrontation mit BürgerInnenmob, Neonazis und KommunalpolitikerInnen um weitere Heimstandorte. Viel Zeit bleibt Landrat Liebezeit jedenfalls bis zum 1. November nicht mehr.

Rund 6.000 Asylsuchende leben derzeit in Mecklenburg-Vorpommern. Zumeist sind sie in abgelegenen DDR-Wohnblöcken oder ehemaligen Kasernen irgendwo im Wald oder am Rande kleiner Ortschaften untergebracht. 58 dieser zynisch "Gemeinschaftsunterkünfte" genannten Heime gibt es momentan in dem Bundesland mit einem Ausländeranteil von knapp zwei Prozent. Seitdem die Landesregierung im letzten Jahr mit dem so genannten "Dschungel-Heim-Erlass" anordnete, dass die Heime demnächst in der Nähe von größeren Gemeinden anzusiedeln seien und pro Flüchtling nun ganze sechs anstatt wie bisher 4,5 Quadratmeter Wohnfläche vorgeschrieben sind, sollen mindestens zehn der bisherigen Heime zum Jahresanfang 2003 geschlossen werden. Doch in fast allen Kommunen, die als neue Heimstandorte im Gespräch sind, formiert sich eine unheilige Allianz aus rassistischem BürgerInnenmob, um ihre Posten und Wahlchancen fürchtenden KommunalpolitikerInnen und Neonazis.

Einige Beispiele machen dies deutlich. In der 2.400-Einwohnergemeinde Ducherow im Landkreis Ost-Vorpommern beispielsweise, einem der potenziell neuen Standorte, endete im April diesen Jahres eine BürgerInnenversammlung mit 400 DorfbewohnerInnen in wüsten rassistischen Tiraden und der Drohung an die anwesenden Gemeinderats- und KreistagsvertreterInnen von PDS, CDU und SPD, man werde sie "komplett abwählen", wenn sie den Plänen des PDS-regierten Landratsamtes zustimmen und für die Ansiedlung des Heimes votieren würden. Das Landratsamt hatte ursprünglich vorgesehen, in dem leer stehenden "Domitel"-Hotelneubau am Stadtrand 150 Flüchtlinge unterzubringen. Der Standort Ducherow soll als Ersatz für ein Heim in Garz auf Usedom dienen, das zum einen keinerlei Anbindung an eine Kommune hat und zum anderen den Bauplänen einer großen Ferienanlage im Weg ist. Dessen Investor will offenbar doppelt verdienen. Um den Bau des TouristInnenobjekts in Garz voranzutreiben, bot er an, das "Domitel"-Hotel in Ducherow zu kaufen und dann zur Flüchtlingsunterbringung an den Landkreis zu vermieten. (Nordkurier, Usedom, 16.4.02)

In der Gemeinde, in der die Kameradschaft Ducherow seit Jahren ungestört agieren kann, kursierte bereits im Vorfeld der BürgerInnenversammlung ein rechtes Flugblatt "gegen die Einführung von 150 Asylanten". (Nordkurier, Anklam, 25.4.02) Diesem Tenor schloss sich die Mehrheit der RednerInnen während der Versammlung uneingeschränkt an und fantasierte von "Afrikanern, die unsere Behinderten mit Messern angreifen".

"Volksverhetzung" in Potsdam

Mit dabei in der "Volks"-Front: Ducherows CDU-Bürgermeister und Landtagskandidat Bernd Schubert sowie der ehemalige Anklamer Vize-Landrat Karl-Heinz Krüger. Der erinnerte die Kreisverwaltung an ein altes Versprechen, dass man Ducherow als Gegenleistung für die Vergrößerung eines Behinderten-Heims

zugesichert habe, das Dorf von "Asylanten frei zu halten". (Nordkurier, Anklam, 7.5.02) Bürgermeister Schubert erhielt für seine Ablehnung der "Fremden" im eigenen Dorf nicht nur die Rückendeckung der Landes-CDU, sondern auch Schützenhilfe von PDS-Abgeordneten. Auch VertreterInnen von Ducherows dünn gesäter Zivilgesellschaft argumentieren eher seltsam. Die Ortspfarrerin ließ eine Sonntagspredigt mit der Überschrift "Jedem zu seinem Recht verhelfen" unters Volk bringen, in der von "Ausländern, die unsere Kriminalitätsrate drastisch ansteigen lassen und die wenig anpassungswillig sind" und "neben den Fremden steht genauso auch den anderen Bürgern ein Recht auf ein sicheres und ruhiges Leben zu" (Nordkurier, Anklam, 20.4.02) die Rede ist. Der Nordkurier kommentiert den Auftritt des amtierenden Vize-Landrats bei der Bürgerversammlung mit den Worten: "Vize-Landrat Gerwald Meesmann stellte sich praktisch mit leeren Händen vor die Ducherower. Hätte er sozusagen nicht nur 150 Flüchtlinge im Angebot gehabt, sondern trotz der miserablen Kassenlage die eine oder andere Zusatzförderung für die Gemeinde und ihre Einwohner, wäre die Ablehnung möglicherweise weniger massiv gewesen." (Nordkurier, Anklam,26.4.02)

In der Beurteilung der Situation bringt der Nordkurier das Dilemma dann auf den Punkt: "Nun aber steckt der Kreis in einem kaum zu lösenden Konflikt: Sollten die Abgeordneten trotz Abwahl-Drohungen dem Heim zustimmen, wird wohl nur polizeiliche Staatsgewalt dessen Einrichtung durchsetzen können. Fügt sich der Kreis hingegen dem Votum der Ducherower, entsteht ein gefährlicher Präzedenzfall."

Ähnliches droht auch in Bad Doberan, wo ein neues Flüchtlingsheim für 160 Asylsuchende in Form von Containerbauten in einem Gewerbegebiet namens Walkenhagen angesiedelt werden soll. Schon bei Bekanntwerden des neuen Standorts sammelten Gewerbetreibende und AnwohnerInnen rund 100 Unterschriften gegen das geplante Heim. Über die Stimmung auf einer Bürgerversammlung schreibt die Schweriner Volkszeitung: "Mütter artikulierten Angst um ihre Töchter und ein Supermarktsleiter sah Ladendiebstähle rapide ansteigen und kündigte an, Ausländer nicht in seinen Markt zu lassen." (7.3.02) Auch die Neonazis mischen mit: Die bis dahin kaum aktive Kameradschaft Bad Doberan brachte ein Flugblatt unter der Überschrift "Bürgerinnen und Bürger von Bad Doberan, setzt Euch zur Wehr" in Umlauf.

In Neustrelitz, wo im Stadtteil Altstrelitz in einer ehemaligen Landesfinanzschule rund 250 Flüchtlinge untergebracht werden sollen, wurden die EinwohnerInnen durch ein anonymes Flugblatt schon vor dem öffentlichen Bekanntwerden der Pläne des Landkreises "informiert " und dazu aufgefordert: "Schreiben Sie ihre Meinung dem Landrat!" Nach einer BürgerInnenversammlung, bei der immerhin einige NeustrelitzerInnen die rassistischen Argumentationen ihrer MitbürgerInnen öffentlich kritisierten, zog der CDU-Landtagsabgeordnete Lorenz Caffier dann unverhohlen die Pogrom-Karte für den Fall, dass die Meinung der BürgerInnen nicht berücksichtigt würde. ',Die Bürger haben ein Recht sich zu äußern`, so Caffier. Lichtenhagen solle Warnung genug sein." (Schweriner Volkszeitung, 7.3.02)

Noch ist nicht absehbar, wie die Städte und Dörfer letztendlich mit den neuen Heimstandorten umgehen werden und ob die Landräte diese dann entweder durch Finanzspritzen schmackhaft machen oder mit der Polizei durchsetzen werden. Eine lobenswerte Ausnahme bilden derzeit lediglich die SPD-regierte Hansestadt Rostock und die ebenfalls von einem SPD-Bürgermeister regierte Stadt Wolgast. Dort sollen die Flüchtlinge dezentral in leer stehenden Wohnungen untergebracht werden. Unabhängig davon, ob der Ausgang der Landtagswahl im Falle eines Regierungswechsels die Umsetzung des "Dschungel-Heim-Erlasses" beendet, sehen sich Flüchtlinge und AntifaschistInnen in Mecklenburg-Vorpommern jedenfalls einer verstärkten rassistischen Mobilisierung gegenüber.

10 Jahre nach Rostock-Lichtenhagen: Was tun?

Auch in der brandenburgischen Landeshauptstadt Potsdam spielen sich derzeit im Stadtteil Bornstedt angesichts eines geplanten Flüchtlingsheims für ursprünglich 150 Flüchtlinge ähnliche Szenen ab. Hier wird eine AnwohnerInneninitiative aus FriseurInnen und BlumenhändlerInnen nur knapp rechts von einer NPD-eigenen Bürgerinitiative des NPD-Kreisverbands Havel-Nuthe überholt. (Märkische Allgemeine Zeitung, 16.4.02) Nach einer stürmischen BürgerInnenversammlung und rund 1.000 AnwohnerInnen-Unterschriften gegen das neue Heim will die Stadt jetzt zum einen den Einzug der Flüchtlinge aufs Frühjahr 2003 verschieben und zum anderen ein Drittel der Asylsuchenden von vornherein in Wohnungen unterbringen. (Potsdamer Neueste Nachrichten, 18.4.02)

Als besonders eifrige Wahrer der AnwohnerInnen-Interessen hat sich in Potsdam die Polizeisondereinheit MEGA erwiesen. Nachdem anonyme AntirassistInnen ein satirisches Flugblatt mit "Anstands- und Verhaltensregeln für den wahren Bornstedter" verteilten mit Sätzen wie "Arbeitsplätze schaffen! Lassen Sie sich ausbilden zum Fachpogromverwalter! Steine schmeißen, Brandsätze bauen. Wir bilden Ihre politische Meinung aus!", schloss die MEGA messerscharf, dahinter könne nur die Potsdamer Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär stecken. Die Sondereinheit, die angeblich gegen rechte Gewalt vorgehen soll, riet der Staatsanwaltschaft daraufhin offenbar zu einem Verfahren wegen "Volksverhetzung " gegen die Kampagne. (Potsdamer Neueste Nachrichten, 27.4.02)

Zehn Jahre nach dem Pogrom von Rostock-Lichtenhagen und zwei Jahre nach dem "Aufstand der Anständigen" lässt sich - nicht nur in den neuen Bundesländern - in der Mehrheit der Bevölkerung eine Stimmung gegen Flüchtlinge und MigrantInnen feststellen, die sich nicht nur offen rassistisch artikuliert, sondern auch mit allen Versatzstücken rechtsextremer Ideologie gegen das Zusammenleben mit Flüchtlingen und MigrantInnen vorgeht. Im Windschatten der lokalen Mobilisierungen gegen neue Flüchtlingsheime oder gegen einzelne MigrantInnenfamilien in den Dorfgemeinschaften häufen sich rassistische Pöbeleien, schwere Angriffe und Brandanschläge. Die Täter machen - wen wundert es - keinen Unterschied, welchen Aufenthaltsstatus ihre Opfer haben. Ein kurzer Blick auf die Agenturmeldungen der letzten Wochen macht das deutlich: "Rechtsradikale Übergriffe in Sachsen-Anhalt" (dpa, 1.4.02; Reuters, 30.3.02) oder "Bremen: Brandstiftung auf zwei von Türken bewohnte Häuser - Polizei schließt fremdenfeindlichen Hintergrund nicht aus". (dpa, 29.4.02) "In der Nähe von Lößnitz in Sachsen sind zwei iranische Asylbewerber angegriffen und verletzt worden" (AFP, 7.2.02) und "Attacken gegen ausländische Studenten in Köthen häufen sich". (dpa, 16.4.02) Oder "Wittenberge: Döner-Imbiss durch Brand beschädigt - Fremdenfeindlichkeit möglich" (dpa, 22.4.02) und "Junge Männer griffen in Sachsen türkische Familie an". (dpa, 5.4.02)

Antirassistisches und antifaschistisches Engagement sind untrennbar miteinander verbunden - und nicht erst dann, wenn organisierte Neonazis gegen Flüchtlingsheime mobil machen. Für AntifaschistInnen in den betroffenen Regionen muss dies bedeuten, frühzeitig Kontakt mit direkt Betroffenen - vor allem den Flüchtlingen - aufzunehmen, sie nach ihren Forderungen zu befragen und gemeinsam Handlungsmöglichkeiten zu diskutieren. Das kann neben einer engen Zusammenarbeit mit einzelnen Flüchtlingen oder den wenigen vorhandenen Ansätzen von Flüchtlingsselbstorganisierung auch bedeuten, offensiv zu agieren und nicht erst abzuwarten, bis sich die Zweckgemeinschaften von BürgerInnen und Neonazis weiter verfestigen können. Rassismus kommt aus der Mitte der Gesellschaft, und dementsprechend sollte antifaschistisches Handeln auch ausgerichtet sein. Doch wer als Minderheit einer Mehrheit aus BürgerInnenmob und "ihren glatzköpfigen Jungs" gegenübersteht, sollte sich nach einer genauen Analyse der Handelnden vor Ort überlegen, ob es nicht manchmal hilfreich sein kann, die Neonazikarte zu ziehen und damit zumindest bürgerlichere VertreterInnen des scheinbar monolithischen Blocks aus der unheiligen Allianz abzuspalten.

Ein offensiver Umgang mit derartigen Entwicklungen bedeutet auch, die Möglichkeiten von regionalen und überregionalen antifaschistischen Zusammenhängen zu nutzen sowie nach lokalen und regionalen BündnispartnerInnen zu suchen. Wenn das Heim erst einmal abgebrannt ist oder die MigrantInnenfamilie das Dorf wieder verlassen hat, ist es zu spät. Dann kann man das Dorf zwar als rassistisch an den Pranger stellen, doch die Rechten und die Bevölkerung werden da längst ihren "Sieg" gefeiert haben.

Dem rassistischen Mob rechtzeitig entgegentreten!

Wir plädieren an dieser Stelle weder für eine StellvertreterInnenpolitik, noch dafür, auf dem Rücken von Flüchtlingen und MigrantInnen den rassistischen Konsens zu brechen und die Betroffenen zu zwingen, in einer rassistischen Umgebung zu leben. Vielmehr möchten wir an die Forderung der antirassistischen Bewegung für die Abschaffung der Residenzpflicht, des Asylbewerberleistungsgesetzes, der Massenunterkünfte und das Recht auf eine freie Wahl des Aufenthaltsortes für Asylsuchende erinnern. Auf einer pragmatischen Ebene kann das bedeuten, dass gemeinsam mit Flüchtlingen und den regionalen Flüchtlingsräten für die dezentrale Unterbringung in Wohnungen anstelle von Heimen gesorgt wird. Das Recht der Flüchtlinge auf ein menschenwürdiges Leben sollte oberste Prämisse antifaschistischen Handelns sein.

Wir halten derzeit mehrere Varianten für denkbar: Brandanschläge gegen zukünftige Flüchtlingsheime à la Dolgenbrodt (4), wo DorfbewohnerInnen Neonazis Geld gaben, um eine geplante Flüchtlingsunterkunft im

Vorfeld abzubrennen. Oder die von einer breiteren Öffentlichkeit kaum mehr wahrgenommene Durchsetzung immer größerer "no-go-areas " für Flüchtlinge und MigrantInnen durch eine Mischung aus "BürgerInnenprotesten", nachgiebigen KommunalpolitikerInnen, unfähigen Sicherheitsbehörden und die Mobilisierung von Neonazis. Ob das Worst-case-Szenario - Pogrome à la Rostock-Lichtenhagen - eintritt, wird dagegen sehr vom Verlauf des Bundestagswahlkampfs abhängen. Wer die rassistische Karte zieht, weiß jedenfalls spätestens seit 1992 um die Folgen.

Während der Recherche für diesen Artikel sind wir immer wieder von Menschen vor Ort gebeten worden, den Stand der Dinge öffentlich zu machen, weil sie selbst dies aus Angst nicht tun können oder wollen. Wir sind dieser Bitte gefolgt. Weil wir erwarten, dass eine antifaschistische Bewegung - aber auch die vielbeschworene Zivilgesellschaft und ihre Institutionen - ihre Verantwortung wahrnehmen und eingreifen: Gegen institutionellen Rassismus, gegen alltägliche Ausgrenzung und gegen rechten Terror.

Antifaschistisches Infoblatt

Anmerkungen:

1) Informationen zu den Lebensbedingungen gibt es unter www.fluechtlingsrat-thr.de

2) http://www.anyci-ties/nsaw vom 18.4.2002

3) Pressemitteilung des Aktionsbüro des NSAW vom 22.4.2002. Rechtschreibfehler im Original.

4) Im November 1992 wurde in dem brandenburgischen Dorf Dolgenbrodt ein leer stehendes Gebäude, in das 60 Asylsuchende einziehen sollten, von einem Neonazi abgebrannt. Vier Jahre später erhob die Staatsanwaltschaft auch Anklage gegen eine Reihe von DorfbewohnerInnen, die dem Neonazi Geld für den Brandanschlag gegeben hatten. vgl. Der Tagesspiegel, 16. Januar 1997.

Redaktionell leicht bearbeiteter Nachdruck aus AIB 56, 2/2002

5. Kamelmilch statt Cognac. Oriana Fallacis Manifest zur Rettung des Okzidents

Autor: Bernhard Schmid · Rubrik: Nationalismus; Nahost allgemein; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak464/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:464:02

"Ob die Invasoren mit Kanonen oder mit Schlauchbooten kommen, das ist ganz egal" - so endet Oriana Fallacis neues Buch, von dem in Italien bereits über eine Million Exemplare verkauft wurden. "La rabbia et l'orgoglio" ("Die Wut und der Stolz") lautet der Originaltitel des Buches, das zum Manifest des europäischen Rechtspopulismus werden könnte. Nach dem Erscheinen der französischen Übersetzung ("La rage et l'orgeuil") wird es demnächst auch auf Deutsch zu haben sein. Ein Massenpublikum scheint dem Buch in allen europäischen Ländern sicher.

In der Welt der Oriana Fallaci herrscht Krieg. Das kann nicht überraschen, denn die 71-Jährige hat lange Zeit als Kriegsreporterin gearbeitet, zunächst vor allem im Vietnamkrieg. Während der Unruhen von 1968 in Mexiko-Stadt wurde sie durch Schüsse verletzt und, für tot gehalten, in die Leichenhalle befördert. Dort erwachte sie inmitten von 800 Toten.

Später war La Fallaci, wie sie in Italien genannt wird, bevorzugt an Krisenschauplätzen im Nahen und Mittleren Osten unterwegs. Dort hat sie sich 1980 durch ihr Interview mit dem iranischen Islamistenführer Ayatollah Khomeney ein bleibendes Verdienst erworben: Damals hatte Fallaci den starken Mann der Islamischen Republik nach der Hinrichtung einer 18-jährigen Schwangeren wegen Ehebruchs befragt. Khomeney hatte geantwortet: "Hören wir auf damit, das ermüdet mich." Am Ende des Interviews zog die Reporterin demonstrativ den Tschador aus, den man damals den iranischen Frauen aufzuzwingen begann. Es kam zum Eklat, und wäre sie keine westliche Ausländerin gewesen, wäre es ihr übel ergangen.

Am Ende ihres Lebens hat die krebskranke Fallaci sich nach New York zurückgezogen. Hier lebt sie seit zehn Jahren "im Exil", wie sie es in ihrem neuen Buch beständig nennt, um sich mit berühmten Italienern zu vergleichen, die vor dem Faschismus hatten fliehen müssen. Bei der Lektüre wird allmählich deutlich, dass ihr abgrundtiefer Hass auf die Kommunisten ein zentraler Anstoß war, es zu schreiben: "... diese ehemaligen Kommunisten, die 40 Jahre lang meine Seele mit blauen Flecken bedeckt haben. Mit ihrer Arroganz, ihrer Selbstherrlichkeitkeit, ihrem intellektuellen Terrorismus. Der gleiche intellektuelle Terrorismus, den sie gegen jedermann ausübten, der nicht dachte wie sie. So dass, wer sich nicht zu ihrer Religion bekannte, als ein Reaktionär betrachtet wurde, als ein Idiot, als ein Steinzeitmensch, als ein willfähriger Diener der Amerikaner. Diese Mullahs von gestern, diese roten Priester, die mich als eine Untreue gegenüber ihrem Mekka behandelten", das die UdSSR gewesen sei.

Kulturkampf gegen Mullahs und Metzger

In New York wurde Oriana Fallaci Zeugin der mörderischen Attentate vom 11. September 2001. Kaum 14 Tage nach den Anschlägen erschien der Rohtext von "Die Wut und der Stolz" in der Mailänder Tageszeitung Corriere della Sera. Um rund die Hälfte gekürzt, nahm der Text dort etwas mehr als vier großformatige Zeitungsseiten ein. Die Buchversion, die in Italien kurz vor Weihnachten im Verlag Rizzoli erschien, ist lediglich die überarbeitete Langfassung dieses Textes.

In der Welt der Fallaci herrscht also Krieg. Die Feinde, deren Angriff sie abwehren will, nennt sie "die Söhne Allahs". Dazu gehören Osama Bin Laden; Jassir Arafat, den sie 1972 interviewte und dessen "feuchte Aussprache" sie anscheinend für den Rest ihres Lebens geprägt hat; die Inhaber islamischer Metzgereien, die sich in Italien angeblich ausbreiten; albanische, somalische oder marokkanische ImmigrantInnen, welche "die ruhmreiche Stadt (Genua) geschändet und in eine Kasbah umgewandelt haben".

Die Fallaci fühlt sich in New York den italienischen AntifaschistInnen im Exil der 30er Jahre ebenbürtig. Aber, schreibt sie, es gebe doch einen Unterschied. Denn "die Amerikaner, die am 7. Mai 1933 dem unverstandenen Gaetano Salvemini (der in New York eine Konferenz über Hitler und Mussolini abhielt) zuhörten - der unverstanden war, so wie ich es heute bin - hatten nicht Hitlers SS und Mussolinis Schwarzhemden in ihrem eigenen Land. (...) Die Italiener und die anderen Europäer haben, im Gegenteil, die SS und Schwarzhemden der Bin Ladens in ihren Städten und Dörfern und Büros und Schulen. In ihrem täglichen Leben, in ihrem

Vaterland. Sie sind überall, die neuen SS, die neuen Schwarzhemden. Beschützt durch den Zynismus, den Opportunismus, die Berechnung, die Dummheit jener, die sie als kleine Heilige darstellen. Die-Armen, die-Armen, sie-bereiten-mir-so-viel-Schmerz-wenn-sie-aus-ihren-Schlauchbooten steigen. Rassistin-Rassistin, tönt es, böse-böse, Du-die-du-sie-nicht-ausstehen-kannst."

Die vor allem auch militärische Konfrontation mit diesem Feind ist der Fallaci zufolge nicht aufzuhalten, "wenn das Schicksal des Okzidents auf dem Spiel steht, wenn das Überleben unserer Zivilisation in Gefahr ist". Denn, fährt sie fort, "wenn die USA zusammenbrechen, bricht Europa zusammen. Der Okzident bricht zusammen. (...) Wir brechen in jedem Sinne des Wortes zusammen, mein Lieber", schreibt sie an ihren imaginären Briefpartner, an den sie sich den ganzen Text hindurch wendet. "Und anstatt der Kirchtürme finden wir uns mit Muezzinen wieder, anstatt der Miniröcke finden wir uns mit Tschador oder Burka wieder, anstelle des kleinen Cognac finden wir uns mit Kamelmilch wieder." Das hätte der Front National oder der Vlaams Blok kaum anders formuliert. Eine noch härtere Tirade würden sich selbst rechtsextreme Parteien wohl eher verkneifen. So schließt sie an ihre Klage über den Geburtenrückgang in den europäischen Ländern den Satz an: "Die Söhne Allahs dagegen vermehren sich wie die Ratten".

Dennoch bestreitet die Fallaci, rassistisch zu argumentieren, und hat für die "Zikaden" - wie sie die entsprechende Kritik vorbringenden Intellektuellen und PolitikerInnen stets nennt - nur Spott übrig. Rassistisch sei ihre Position schon deshalb nicht, "weil das, was ich sage, eine Religion betrifft und keine Rasse - versteht Ihr nicht, oder wollt Ihr nicht verstehen, dass wir es mit einem umgekehrten Kreuzzug zu tun haben?"

Nun kann man tatsächlich legitime Kritik an der muslimischen Religion oder am politischen Phänomen des Islamismus üben, ohne rassistisch zu sein - wenn man nämlich das Ziel verfolgt, sozialen Fortschritt und Emanzipation auch in den Ländern des islamischen Kulturkreises zu befördern. Das tut die Fallaci nicht. Sie begreift die entsprechenden Länder als einen monolithischen Block, und alles, was aus diesen Ländern kommt, ist schlecht, einschließlich des Großteils der von dort stammenden Menschen.

Den italienischen Regierungschef Silvio Berlusconi spricht die Fallaci am Ende ihres Textes direkt an. Neben einigen Stilfragen missfällt ihr etwas an ihm: Nicht seine saloppe Erklärung vom September 2001 über die ewige "Überlegenheit der europäischen Zivilisation", sondern, dass Berlusconi die Äußerung später zur Hälfte zurückgenommen hat: "Aber als die Zikaden Ihnen an den Hals fielen, ‚Rassist-Rassist`, da haben Sie den Rückwärtsgang eingelegt. (...) Kurz, Sie haben es mit der Angst bekommen. Und das ist unverzeihlich, Signore. Wenn die Autorin dieser Zeilen an der Regierung gewesen wäre, ich schwöre es Ihnen, hätte sie die alle aufgefressen, mit oder ohne Senf (...)."

In diesem Schlussteil ihres Buches hält die Autorin noch andere Belehrungen für die PolitikerInnen ihres Landes parat. Beispielsweise bezüglich des Verhaltens gegenüber Immigranten, die für die Verlängerung ihrer Aufenthaltstitel demonstrieren. Ein von Somaliern zu diesem Zweck auf einem zentralen Platz in Florenz errichtetes Zelt hätte sie glatt abgefackelt, verkündet die Autorin - leider sei die Politik ihr zuvorgekommen und habe die Aufenthaltstitel am Ende doch verlängert. Und für demonstrierende "illegale" Immigranten in dem Land, in dem durch das Gesetz Bossi-Fini die schärfste Einwanderungsgesetzgebung in ganz Europa durchgesetzt wurde, schlägt sie ein einfaches Verfahren vor: "Tausende von ihnen demonstrierten auf den Plätzen, sie versteckten sich nicht einmal. Um sie abzuschieben, hätte es genügt, sie in Reih und Glied zu stellen, sie zu einem Hafen oder Flughafen zu bringen und zurückzuschicken."

Am Ende hat die Fallaci ihr nationales Erweckungserlebnis, denn auch wenn sie nicht an Gott glaube, so stehe ihr die katholische Religion mit ihren Sakralbauten als "Bestandteil meiner Kultur" doch allemal näher als jede andere. "Selbst eine Atheistin wie ich kann es nicht leugnen: Die katholische Kirche hat auch einen großen Beitrag zur Geschichte des Denkens geleistet. Und dann gab es die Renaissance. Es gab Leonardo da Vinci, es gab Michelangelo, es gab Raffaello. Es gab..."

Die Hinterlassenschaften dieser Kulturepochen werden zum Quasi-Besitz der Autorin, die sich dagegen verwahrt, dass "mein Florenz" durch ImmigrantInnen geschändet wird. Einige Seiten lang fantasiert die Fallaci über die Zerstörung eines der Kunstwerke durch islamische Terroristen. Am Ende des Buches macht sie sich auch noch gegen die EU stark, welcher "Italien seine schöne Sprache und seine nationale Identität opfert" und die "den Italienern den Parmesan und den Gorgonzola stehlen will".

Für die Fallaci ist Berlusconi ein Angsthase

Die 200 Seiten von "Die Wut und der Stolz" sind nicht nur die krampfhafte Suche einer alten Frau nach Zugehörigkeit; sie taugen auch als eine Art Manifest für die anwachsende, populistische bis rassistische Rechte in Europa. Tatsächlich finden sich die beiden Kernpunkte einer solchen Orientierung, Krieg nach außen und Abschottung nach innen, ausführlich in dem Text wieder. Berlusconis Verteidigungsminister, Antonio Martino, hat sich denn auch öffentlich positiv auf die Autorin bezogen. In Frankreich, wo das Buch jetzt seit kurzem auf dem Markt ist, waren die ersten Reaktionen von Intellektuellen und Medien vorwiegend kritisch. Die beiden "antitotalitären" Modephilosophen der 80er und 90er Jahre, Alain Finkielkraut und Bernhard-Henri Lévy (BHL), kommentierten das Buch im Wochenmagazin Le Point, das gleichzeitig längere Auszüge daraus abdruckte. BHL bezeichnet es in seiner Kolumne als "unakzeptable Provokation", die nur den islamistischen Extremisten in die Hände spiele. Finkielkraut hingegen unterstellt Fallaci gute Absichten, bemängelt aber, dass sie weit über das Ziel hinausschieße. In Le Monde bezeichnete der Islamismusforscher Gilles Kepel den Erfolg des Buches vorige Woche als Ausdruck des desolaten Zustands der intellektuellen Landschaft und "jenes Angstgefühls, das die Voten für die extreme Rechte in Europa nährt".

In Deutschland wird "Die Wut und der Stolz" im August erscheinen. Die erste positive Rezeption bisher stammt ausgerechnet von ehemaligen Linken: Die Internet-Suche nach deutschsprachigen Rezeptionen führt auf die Homepage der Zeitschrift Bahamas, wo die Textversion aus dem Corriere della Sera als Appell begrüßt wird, "den Gotteskriegern mit antifaschistischer Entschlossenheit militärisch entgegenzutreten".

Bernhard Schmid

6. Skandalöse Würde. Oskar Negts "Kritische Theorie der lebendigen Arbeit" endet sozialdemokratisch

Autor: Holger Schatz · Rubrik: Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak464/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:464:15

1690 entwarf Lohn Locke eine Theorie über den Zusammenhang von Arbeit, Eigentum und Wohlstand. Damit brachte er die Ideologie des aufstrebenden Bürgertums auf den Punkt, die zunächst als Kritik am Adel, dann aber grundsätzlich jegliches Einkommen ohne Arbeit denunzierte. Seitdem treibt der permanent prekäre Charakter dieses Zusammenhangs Philanthrophen aller Couleur die Sorgenfalten ins Gesicht. Dabei beschäftigt sie natürlich nicht der leidige Umstand der kapitalistischen Produktion und Ausbeutung. Die Sorge gilt vielmehr stets dem "Verlust des Gefühls des Rechts, der Rechtlichkeit und der Ehre, durch eigene Tätigkeit und Arbeit zu bestehen", ein Verlust, der Hegel zufolge "die Erzeugung des Pöbels" hervorbringt. Mit dem fulminanten Entwurf "Arbeit und menschliche Würde" hat sich nun Oskar Negt aufgemacht, diesen "Grundskandal der bürgerlichen Gesellschaft" ins Zentrum einer "politischen Ökonomie der lebendigen Arbeit" zu rücken.

Seelenpein eines Schröder-Kumpels

Ausgangspunkt der Negtschen Intervention ist eine Analyse der Machtbeziehungen im globalen Kapitalismus, die durch die Hegemonie des betriebswirtschaftlichen Kosten-Nutzen-Denkens bestimmt sind. Auf Seiten der lebendigen Arbeit äußert sich dies in der Ohnmacht: Ob sich überhaupt noch jemand zu ihrer Ausbeutung findet, liegt jenseits ihres Einflussbereichs. Negt folgert daraus, dass Herrschaft nicht mehr nur durch die Verfügung über fremde Arbeitskraft, sondern vor allem durch den Ausschluss von Arbeitskraft aus dem Arbeitsmarkt begründet wird. Entsprechend emphatisch nimmt sich die Diagnose aus: "Arbeitslosigkeit ist ein Gewaltakt. Sie ist ein Anschlag auf die körperliche und seelisch-geistige Integrität, auf die Unversehrtheit der davon betroffenen Menschen. Sie ist Raub und Enteignung der Fähigkeiten und Eigenschaften, die innerhalb der Familie, der Schule und der Lehre in einem mühsamen und aufwendigen Bildungsprozess erworben wurden und die - von ihren gesellschaftlichen Betätigungsmöglichkeiten abgeschnitten - in Gefahr sind, zu verrotten und schwere Persönlichkeitsstörungen hervorzurufen. Vielfältige Formen der Selbstachtung und der sozialen Anerkennung im friedlichen Verkehr miteinander sind nach wie vor in zentraler Weise mit dem Wesensgehalt einer Arbeit verknüpft, die ihres Lohnes würdig ist."

Nun ist sicherlich nicht in Abrede zu stellen, dass in einer Gesellschaft, in der Arbeit alles ist, Arbeitslosigkeit verheerende Auswirkungen haben kann. Doch eine rein soziologische Betrachtung, die sich bei Negt zudem völlig unkritisch auf Ergebnisse der psychoanalytisch orientierten Arbeitslosenforschung stützt, instrumentalisiert dieses Faktum im Sinne einer self-fulfilling-prophecy. Negt folgt der altbackenen und statischen Analyse, wonach die Eliten auf eine Ruhigstellung der Arbeitslosen setzten, die allenfalls als Druckmittel noch einen Arbeitsmarktbezug behalten dürften. Er ignoriert damit die völlig neue Qualität des Zugriffs auf potenzielle Arbeitskraft, wie sie kennzeichnend für die Krisenverwaltung in den Gesellschaften des Nordens ist. Nicht trotz, sondern wegen der strukturellen Arbeitslosigkeit vollzieht sich unter der Regie staatlich vermittelter Aktivierung eine allumfassende "Re-Commodifizierung" der Arbeitskraft. Diese "Inwertsetzung" erstreckt sich keineswegs nur auf wachsenden Arbeitszwang oder den Ausbau des Niedriglohnsektors. Die Blindheit gegenüber dem hegemonialen Diskurs ("Jede Arbeit ist besser als keine") führt Negt geradewegs zum Staat. Dessen "aktivierende Rolle" sei "unabdingbar", um "die politische Ökonomie des Gemeinwesens den Kapitalinteressen überzuordnen".

Lob der Arbeit - Kritik der Arbeit

Spätestens hier könnte man diesen hannoverschen "Beitrag zur kritischen Theorie der Gesellschaft", unter der Rubrik "war nicht anders zu erwarten" abbuchen. Entgehen würden einer/m dann jedoch einige durchaus lesenswerte Anmerkungen zu verschiedenen sozialphilosophischen Aspekten von "Arbeit", die in einem merkwürdigen Kontrast zur affirmativen politischen Stoßrichtung des Buches stehen.

So begründet Negt, warum eine vollständige Aufhebung der Arbeit, verstanden als Tätigkeit, eine Verarmung darstellen würde. Es wäre ein "Zustand erreicht, in dem die Subjekte alles weggearbeitet haben, was ihnen an Fremdem, Nichtsubjektivem entgegensteht und sie in Bewegung hält, aber sie sind in ihrer Innendimension

dadurch nicht reicher geworden, sondern auf den Punkt ihres narzisstisch verengten Selbstbewusstseins geschrumpft." Abgesehen davon, das der Mensch auch jenseits der zu bearbeitenden Natur genug Fremdes findet - Menschen beispielsweise - birgt die Befreiung von der Arbeit als (Natur-) Zwang doch endlich die Möglichkeit, jenseits anthropologischer Zuschreibungen selbst zu entscheiden, was und wie viel gearbeitet wird.

Immerhin vertritt Negt noch die Idee eines bürgerrechtlich begründeten Grundeinkommens, dass ohne Gegenleistung ausgezahlt werden soll. Bei aller Problematik angesichts des vorherrschenden repressiven Diskurses stellt dies mittlerweile eine wohltuende Seltenheit dar. Er überlegt, wie in einer Arbeitsgesellschaft Einkommen ohne Arbeit begründet werden, auf welches normative Gerüst sich die marxsche Utopie "Jeder nach seinen Bedürfnissen, jeder nach seinen Fähigkeiten" stützen könnte. Mit der Kategorie der "objektiven Möglichkeit" ist Negt hier auf der richtigen Fährte, doch anstatt sie weiter zu verfolgen, schwadroniert er weiter über den "Skandal". Er relativiert so seine eigene ideologiekritische Attacke auf ein Alltagsbewusstsein, das sich jeden Gedanken an Wohlstand ohne Arbeit verbittet bzw. nur im Ressentiment anzueignen gewillt ist. Entsprechend missdeutet Negt auch die um Arbeit kreisenden Projektionen, die er in Gestalt des Rechtsradikalismus wahrzunehmen glaubt. Es ist die alte Leier, wonach Arbeitslosigkeit die Menschen zu FaschistInnen werden lässt, so als ob es keine vollbeschäftigte Gemeinschaft gewesen wäre, die bis zu dessen Ende am Nationalsozialismus festgehalten hat.

Spätestens hier offenbart sich die politische Problematik des Negtschen Ansatzes. Wie andere gut gemeinte "Arbeitskritiken" will auch er gegen die vorherrschende Verengung von Arbeit auf Lohnarbeit noch den letzten Furz gesellschaftlich anerkannt sehen. Basierend auf einer verkürzten Analyse des aktuellen Arbeitsregimes und dessen Kampf gegen die Arbeitslosen avanciert die herrschaftskritisch verstandene Intervention zur Steilvorlage der neoliberalen Mobilmachung von Arbeitskraft im Kontext der Philosophie vom aktivierenden Sozialstaat.

Holger Schatz

Oskar Negt: Arbeit und menschliche Würde, Steidl Verlag, Göttingen 2001, 747 Seiten, 29 EUR

7. Benchmarking Rot-Grün. Eine kommentierende Buchbesprechung

Autor: Christian Brütt · Rubrik: SPD; Grüne (und Vorläufer); Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak464/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:464:25

Vier Jahre im Amt - was hat sich unter Rot-Grün getan? Zwei Sammelbände widmen sich der Bilanzierung der rot-grünen Regierungspolitik.

Mit insgesamt zehn Beiträgen auf 360 Seiten beansprucht das Buch der Forschungsgruppe Politische Ökonomie der Universität Marburg eine umfassende Bilanzierung der rot-grünen Wirtschafts- und Sozialpolitik. Als Maßstab wird der von Rot-Grün selbst aufgestellte Anspruch, wie er im Koalitionsvertrag festgehalten ist, herangezogen.

Bereits im Vorwort fassen die HerausgeberInnen ihr Resümee in deutliche Worte: "Nicht nur die neoliberale Orientierung, sondern auch die politische Rhetorik der vorherigen Regierung, etwa gegen Erwerbslose und MigrantInnen, wurde grundsätzlich beibehalten." Damit liegen sie zwar nicht ganz falsch, aber eben auch nicht so ganz richtig. Was die rot-grüne Bundesregierung zentral von ihrer Vorgängerregierung unterscheidet, ist ihre Anschlussfähigkeit an eine Kritik, die mit den so genannten Neuen Sozialen Bewegungen in den siebziger Jahren aufkam und - von jeglichem antikapitalistischen Kontext befreit - neoliberale bzw. neosozialdemokratistische Regierungspolitik ist.

Der vorliegende Sammelband zur Bilanzierung der rot-grünen Regierungspolitik hat einen hohen informativen Gebrauchswert. Wer wissen will, in welchen Schrittfolgen die Schröder/Fischer-Regierung in einzelnen Politikbereichen der Wirtschafts-, Steuer-, Renten-, Geschlechter- und Gesundheitspolitik wann was gemacht hat, findet hier einen entsprechenden Überblick. Jeder Teilbereich wird sorgsam in kleine Teile zerlegt, es werden Abläufe und Probleme dargestellt. "Wenn ich Manager einer linken Partei wäre (ein putziger Gedanke!) - ich wüsste jetzt, wo ich nachzulesen hätte, um Themen zu finden", schrieb Georg Füllberth zum Schluss seiner Rezension im Neuen Deutschland. Das ist doch eine freundliche Art der Technokratiekritik!

Wahlzeit ist Bilanzierungszeit

Viel mehr gibt der Sammelband auch nicht her. Von der Aufregung über die Politik der "Neuen Mitte", dem so genannten Schröder/Blair-Papier, dem Einstieg in den Ausstieg aus der paritätisch finanzierten Rentenversicherung, der Ausweitung des Arbeitszwanges etc. ist hier wenig zu spüren und noch weniger zu lesen. Jeder Bereich wird isoliert für sich betrachtet. Ausnahmen bilden dabei die Artikel zur Gesundheitspolitik von Wolfram Burkhardt und der Artikel von Holger Schatz zum Thema Arbeitszwang. Ebenso deutliche Worte findet Christoph Butterwegge, dessen Gesamtbilanzierung jedoch eher wie ein Nachreichen jener politischen Kritik wirkt, die den meisten vorherigen Beiträgen fehlt.

Doch im Vergleich zum ebenfalls die rot-grüne Regierungspolitik bilanzierenden Sammelband des VSA-Verlages erscheint das Produkt der MarburgerInnen geradezu radikal kritisch. Einen "Beitrag zu einer echten Erkenntnisförderung bezüglich strukturverändernder und zielklarer Politik in Deutschland sowie ihrer Planungs- und Realisierungsbedingungen" wollen die Herausgeber, allesamt Professoren der TU Braunschweig, leisten. Der dreizehn Beiträge und 200 Seiten umfassende Band bescheinigt der Bundesregierung maximal Inkonsequenz bei einem als richtig erachteten Pfad der Modernisierung unter dem Leitbild eines aktivierenden Staates.

Kritik wird überwiegend entweder an den Medien, den USA oder den Charaktermerkmalen des politischen Personals geübt, auch wenn anscheinend in der rot-grünen Regierungskoalition das kleinere, also letztendlich zu wählende Übel zu sehen ist. Mit dem Wunsch: "Möge die Koalition ihre Arbeit noch einmal vier Jahre fortsetzen!", endet der erste Beitrag. Ulrich Heyder, einer der Herausgeber, umreißt darin die Dramatik des seines Erachtens dringenden Reformbedarfs, den er mit einem Sammelsurium von Zeitungszitaten belegt. Den auch unter Rot-Grün in Deutschland eingeschlagenen "Dritten Weg" verheißt er gute Zukunftschancen, wenn er denn nur konsequent genug beschritten würde. Schließlich gebe es in dem Land der "Regulierungswut" noch viel zu tun, vieles stehe "erst vor dem beginn: die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, der Niedrig-Lohnsektor, die Senkung der Staatsquote und Lohnnebenkosten, die Entbürokratisierung, der

Subventionsabbau, die Reform des öffentlichen Dienstes". Wenn dann zur aktivierenden Staatsintervention noch ein wenig Wirtschaftsdemokratie hinzukomme, sei alles paletti.

Im abschließenden Beitrag von Bernd Rebe, ebenfalls Herausgeber, ertönt ein Jammerlied ob des in Deutschland regierenden Mittelmaßes. Dem Land fehle es an einer echten politischen Elite, an wirklicher politischer Führerschaft, an Köpfen, wie sie anscheinend in der Parteiendemokratie nicht mehr hervorzubringen seien. Demokratie, selbst in der reichlich abgespeckten Version des repräsentativen Parlamentarismus, macht anscheinend dumm. Ulrich Menzel, ebenfalls Herausgeber, reüssiert über die Grenzen einer moralischen Außenpolitik und kommt zu dem gesagten Schluss, dass letztendlich wieder nur die USA Schuld an der Kriegspolitik des neuen Deutschland sei. Dem widerspricht jedoch Hartwig Hummel. Er sieht in den ursprünglichen Vorhaben der rot-grünen Außenpolitik durchaus positive Ansätze, die jedoch miserabel oder gar nicht umgesetzt worden seien. Mit einem "global governance" habe die unter Rot-Grün hochmilitarisierte Außenpolitik wenig zu tun.

Fazit: Im direkten Vergleich ist das Produkt der MarbugerInnen dem der Braunschweiger eindeutig vorzuziehen.

Christian Brütt

Kai Eicker-Wolf, Holger Kindler, Ingo Schäfer, Melanie Wehrheim, Dorothee Wolf (Hg.): "Deutschland auf den Weg gebracht". Rot-grüne Wirtschafts- und Sozialpolitik zwischen Anspruch und Wirklichkeit, Metropolis, Marburg 2002, 360 Seiten, 22,80 EUR

Ulrich Heyder, Ulrich Menzel, Bernd Rebe (Hg.): Das Land verändert? Rot-Grüne Politik zwischen Interessenbalancen und Modernisierungsdynamik, VSA, Hamburg 2002, 200 Seiten, 16,00 EUR

8. Ego-Aktionäre und Selbstmörder. Hartz-Kommission will Arbeitslosenversicherung umkrempeln

Autor: Gaby Gottwald · Rubrik: Sozialpolitik; Kapitalpolitik, Firmen · CD-Datei: daten/aksuche/ak464/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:464:26

Wenn der Personalmanager eines Auto-Multis damit beauftragt wird, sich was zur "Reform der Arbeitsämter" auszudenken, so kann man was erleben. Seit Ende Juni traktieren Peter Hartz und seine Kommission die Öffentlichkeit mit marktschreierischen Sprüchen zum Thema Arbeitsmarktpolitik. In Wahrheit denken sie aber nur an das eine: an billige Arbeitskräfte und noch billigere Arbeitslose.

Der Mann von VW hält die Öffentlichkeit und seinen Kanzler-Freund ganz schön auf Trab. Eigentlich ganz unzeitgemäß fordert Hartz inzwischen satte 150 Mrd. Euro für eine aktive Beschäftigungspolitik in Ostdeutschland, verteilt über drei Jahre. So sinnvoll zusätzliches Geld für ein Investitionsprogramm sein mag: Es darf bezweifelt werden, was von diesen hochfliegenden Plänen tatsächlich beschlossen oder gar realisiert wird.

Sehr viel handfester sind dagegen die bisher bekannten Schwerpunkte der Hartz-Kommission. Die Botschaft von Deregulierung und Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, Ausweitung der Leiharbeit, Ausbau des Niedriglohnsektors und Privatisierung sozialer Risiken liegt voll im Trend und kann sich der Unterstützung von rot bis schwarz, gelb bis grün sicher sein. Dabei geht es selbstverständlich auch um Kürzungen, die im Übrigen im Haushalt 2003 des Bundesministeriums für Arbeit bereits vorweggenommen werden: Ausgabenkürzung um 4,3 Mrd. Euro, Wegfall des Zuschusses für Arbeitsförderung, Abbau des Zuschusses zur Arbeitslosenhilfe.

Hartz und seine Mitstreiter setzen auf eine forcierte und verbesserte Vermittlung von Erwerbslosen. Sie schaffen damit natürlich keine neuen Arbeitsplätze, sondern erhöhen lediglich die Fluktuation auf dem Arbeitsmarkt. Die Hartz-Strategie setzt einmal mehr auf den Niedriglohnsektor. Potenzielle Erwerbslose sollen zur Not auch per Zwang in dieses Arbeitsmarktsegment gepresst werden. Die Organisation staatlicher Leiharbeit sowie die Aussteuerung bestimmter Personengruppen aus dem Leistungsbezug ("Ich-AGs") sind genauso Komponenten für diese Strategie wie Leistungskürzungen und die Verschärfung der Zumutbarkeitsregelungen.

In Sachen Kostenreduzierung durch Repression hat sich die Hartz-Kommission als äußerst kreativ erwiesen. In Zukunft kann es Erwerbslosen passieren, dass sie in der gesamten Republik Jobs annehmen müssen. Zudem kann die "Verfügbarkeit" strenger überprüft werden. Auch die Beweislast wird umgekehrt: Erwerbslose müssen beweisen, dass ein Job unzumutbar ist. Wer nicht arbeitsfähig ist, bekommt in Zukunft Sozialhilfe, für alle anderen gilt die unbedingte Arbeitspflicht. Gleichzeitig wird der Berufs- und Qualifikationsschutz noch weiter ausgehebelt, vorhandene berufliche Qualifikationen abgewertet. Parallel dazu erhalten die Vermittler oder "Casemanager" der Arbeitsämter erweiterte Ermessensspielräume und "zielgruppenorientierte Leistungszulagen" bei erfolgter Vermittlung, alles Anreize, um den Druck auf Arbeitslose zu erhöhen.

Daumenschrauben statt Arbeitsplätze

"Herzstück" der Hartz-Konzeption sind die von den Arbeitsämtern aus gegründeten Personal-Service-Agenturen (PSA). Wer über eine PSA an Betriebe oder Zeitarbeitsfirmen vermittelt wird, gilt nicht als erwerbslos. Ist er oder sie direkt bei einer PSA beschäftigt, muss er/sie in den ersten sechs Monaten jegliche Tätigkeit bei eventuell wechselnden Arbeitgebern ausüben. Ansonsten droht der Verlust des Arbeitslosengeldes (ALG). Ab dem 7. Monat soll ein "Tariflohn" gezahlt werden in Höhe von ca. 70% des ehemaligen Bruttogehalts. Ab dieser Zeit gilt die verschärfte Zumutbarkeitsregelung, so dass eine nochmalige Abstufung in eine schlechter entlohnte und weniger qualifizierte Tätigkeit erfolgen kann. Die angestrebte Perspektive des "Klebeeffekts" in einem regulären Betrieb ist nur für einen kleinen Personenkreis realistisch, da die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze im Niedriglohnsegment in signifikanter Anzahl nicht zu erwarten ist.

Ich-AGs in Billig-Jobs

Ein Großteil der neuen staatlichen LeiharbeiterInnen landet über die neue Beschäftigung lediglich beim alten Zustand der Erwerbslosigkeit, allerdings mit zwei Nachteilen: ALG gibt es nur in Verbindung mit erzwungener Arbeit, und bei erneuter Arbeitslosigkeit sind die Leistungsansprüche deutlich niedriger. Für die Bundesanstalt für Arbeit (BA) und den Staat ist die Leiharbeit eine gezielte Übergangsphase hin zur Kostenreduzierung bei Personen, die auf absehbare Zeit nicht in reguläre Erwerbsarbeit zu integrieren sind. Das "downgrading" von Leistungsansprüchen ist das eigentliche Ziel der PSA und der Grund dafür, warum Leiharbeit in so großer Anzahl geplant wird (500.000 bei den PSA plus 280.000 bei Zeitarbeitsfirmen). Es ist zu vermuten, dass gerade nicht oder gering qualifizierte Personen mit wenig Vermittlungschancen zu den PSAs "einberufen" werden, damit ihre Leistungsansprüche über eine Leiharbeit reduziert werden können.

Die Hartz-Kommission sieht mehrere Möglichkeiten vor, Personengruppen ganz aus dem Leistungsbezug auszusteuern.

- Über das großzügig bezuschusste Modell "Ich-AG" etwa sollen Erwerbslose in eine Miniselbstständigkeit gelockt werden. Die GründerInnen der "Ich-AGs" erhalten als Einstieg 50% ihres Leistungsanspruchs plus der Kosten für die Sozialversicherung. Das Einkommen wird bis zu einer maximalen Höhe von 25.000 Euro nur mit 10% versteuert. Nach drei Jahren sind die "Ego-AktionärInnen" ausgesteuert. Nur über eine neue sozialversicherungspflichtige Beschäftigung könnten sie in das Versicherungssystem zurück. Diese zu finden, war aber genau ihr Problem!

- Im Rahmen der "neuen Freiwilligkeit" wird allen Erwerbslosen über 55 Jahren nahe gelegt, sich von der Vermittlung freizukaufen und dem Arbeitsmarkt nicht mehr zur Verfügung zu stehen. Sie erhalten statt des Arbeitslosengeldes nur Arbeitslosenhilfe (AlHi, in Zukunft ALG II). Sollten sie auf eine Aussteuerung verzichten wollen, müssen sie auch dann eine Tätigkeit annehmen, wenn der neue Nettolohn unterhalb des ehemaligen liegt. Für den Verdienstausfall können sie erstmalig eine neu eingeführte "Lohnversicherung" abschließen. Hier wird konkret der Einstieg in eine private Zusatzversicherung gelegt. Allerdings: Wer seine Ansprüche im Alter ablöst, kommt nie wieder ins Versicherungssystem.

- Über Minijobs für Dienstleistungen in privaten Haushalten sollen Erwerbslose regulär beschäftigt werden. Als "Anreiz" sollen private Haushalte Steuererleichterungen erhalten, so dass sie keine Schwarzarbeit mehr nachfragen. Der/die Mini-JobberIn zahlt nur 10% Sozialversicherung.

- Personen, die zwischen 500 und 1000 Euro verdienen, erhalten gestaffelte Zuschüsse zur Sozialversicherung. Prekäre Beschäftigung im Niedriglohnbereich wird so über die Arbeitslosenversicherung subventioniert und gefördert.

Für das ganze Konzept gilt: Wer angebotene Niedriglohntätigkeiten ablehnt, wird abgestraft und "steuert sich selbst aus". Die steigenden Abmeldungen aus der Arbeitslosigkeit auf Grund der "vernachlässigten Mitwirkungspflicht" ist bereits einer der "Haupterfolge" des neuen Job-AQTIV-Gesetzes.

Auch beim Arbeitsrecht und beim Kündigungsschutz sind weitgehende Deregulierungen geplant. So sollen Ältere ab 55 Jahre regelhaft über befristete Kettenarbeitsverträge eingestellt werden können. Für die Gründungen der PSA und die Einbeziehung der Zeitarbeitsfirmen wird die generelle Deregulierung der Arbeitnehmerüberlassung geplant. Für kleine und mittlere Unternehmen (im Osten) werden Dauerpraktika erwogen, die faktisch Arbeitsplätze ersetzen.

Die offiziellen Arbeitsämter heißen in Zukunft "Job-Center". Bei ihnen werden alle Erwerbsfähigen erfasst. Die bisherigen Arbeitslosenhilfeempfänger und erwerbsfähige Sozialhilfeempfänger werden so organisatorisch zusammengeführt. Wer als arbeitsfähig gilt und dem Arbeitsmarkt zur Verfügung steht, erhält ALG II. Die ehemals geplante Beschränkung des ALG II auf ein Jahr wurde von der Kommission zurückgenommen. Dafür soll es in Zukunft nur noch Sozialhilfe ("Sozialgeld") geben, wenn Erwerbsfähige aus welchen Gründen auch immer dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen. Die Ämter werden sich in Zukunft kräftig bemühen, den Beweis der Nichtverfügbarkeit mittels der verschärften Zumutbarkeitsregelungen zu erbringen.

Privatisierung der Arbeitslosenversicherung

Eine bisher wenig diskutierte, nichtsdestotrotz wesentliche Neuerung in den Plänen der Hartz-Kommission ist die Teilprivatisierung der BA und des Systems der Arbeitslosenversicherung. Sie unterliegen damit nur noch eingeschränkt einer gesellschaftlichen Kontrolle. "Zur besseren und verstärkten privatwirtschaftlichen Führung

der BA-neu erfolgt die Ausgliederung von Teilen in private Tochterunternehmen (...) Damit unterliegen sie nicht mehr der Selbstverwaltung und auch nicht sonstigen verwaltungswirtschaftlichen Einschränkungen." (Hartz-Papier 31.7.02) Bereits in der Vergangenheit wurde die Rolle der bisherigen Selbstverwaltung (Gewerkschaften, Unternehmer und Staat) stark reduziert. So unterliegen alle operativen Aufgaben allein dem neu geschaffenen Vorstand der BA. Das Herzstück der Hartz-Reform, die Personal-Service-Agenturen, werden jedoch ausgegründet und unterliegen explizit nicht mehr der Steuerung und Kontrolle durch die Selbstverwaltung. Damit ist die Masse der Erwerbslosen, die den neuen restriktiven Kürzungsmaßnahmen ausgesetzt sein werden, allein dem privatisierten Teil der BA und dessen Vorstand unterworfen. Nach der Renten- und der Krankenversicherung ist auch die Privatisierung der Arbeitslosenversicherung eingeleitet.

Die Leistungskürzungen und repressiven Verschärfungen des Hartz-Konzepts stellen insgesamt die Sinnhaftigkeit einer staatlich organisierten Versicherung in Frage. Gut- und Mittelverdiener würden bei freier Entscheidungsmöglichkeit nie in ein staatliches repressives Versicherungssystem einzahlen, das nur ein Jahr (ab 45 Jahre 18 Monate, ab 52 Jahre 24 Monate, ab 57 zweieinhalb Jahre, bei gleichzeitiger Aussteuerung ab 55 Jahre) Arbeitslosengeld auszahlt und danach nur noch (repressiv begleitete) Arbeitslosenhilfe oder Sozialhilfe. JedeR, die/der es sich leisten kann, würde sich privat versichern. Das ist die eigentliche Message des neuen Konzeptes: ArbeitnehmerInnen mit mittlerem oder gutem Einkommen sollen es akzeptieren, ebenso die Unternehmerseite, die bereits jetzt entlastet wird und sich perspektivisch aus der Beitragszahlung verabschieden kann. Die Sockelkosten der Massenarbeitslosigkeit würden zukünftig über die Steuerkasse finanziert, d.h. über die Lohn- und Einkommenssteuer der ArbeitnehmerInnen.

Die Gewerkschaften haben bisher die Pläne der Hartz-Kommission im Wesentlichen gebilligt. Lediglich bei den Leistungskürzungen haben sie Protest angemeldet: Das Arbeitslosengeld soll nicht gekürzt werden; der bisher erworbene Anspruch erhalten bleiben. Dieser Position folgt inzwischen sogar Edmund Stoiber und die CSU. Indem sie dem Gesamtpaket keine Absage erteilen, tragen die Gewerkschaften aktiv dazu bei, dass sich bei struktureller Arbeitslosigkeit die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für Erwerbslose, potenziell Betroffene und Geringverdiener durch staatliches Handeln weiter verschlechtern. Die Gewerkschaften opfern die Interessenvertretung von ArbeitnehmerInnen und der Erwerbslosen einer kurzfristigen Wahloption. Sie unterminieren damit gleichzeitig ihre eigene Position in zukünftigen Tarifauseinandersetzungen, denn die strategische Ausrichtung auf Niedriglohnbereiche mit flankierenden staatlichen Zwangsmaßnahmen bei wachsender Arbeitslosigkeit wird zukünftige Tarifpolitik massiv bestimmen. Die wahlkampforientierte gewerkschaftliche "Realpolitik" kommt somit einer Selbstmordstrategie gleich.

Gaby Gottwald

9. (Haar-)Risse im Putz. Nachrichten aus der Welt der bezahlten und unbezahlten Arbeit

Rubrik: Kapitalpolitik, Firmen · CD-Datei: daten/aksuche/ak464/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:464:33

Teure Frühstückspause

Dass die Züge der Deutsche Bahn AG nicht die pünktlichsten sind, weiß jedeR, der/die mal Bahn gefahren ist, um zu einem wichtigen Termin zu kommen. Aber nicht nur die KundInnen sind von der Bahn genervt, auch deren Angestellte.

Der Lokführer Thilo B. des ICE "Heinrich Mommsen" von Frankfurt nach Köln hatte im März letzten Jahres seinen Dienst um 5.25 Uhr in Frankfurt/Hauptbahnhof begonnen, an sich schon eine Zumutung. Richtig sauer wurde der Bahner allerdings, als er gleich mehrere Defekte feststellen musste, die bereits bei Fahrtbeginn zu einer Verspätung von 32 Minuten führten. In Köln sollte Thilo B. einen Zug Richtung Frankfurt übernehmen, allein dieser fiel komplett aus. Der bereitgestellte Ersatzzug war wiederum defekt, und Thilo B. musste ihn in seiner Pause reparieren. 30 Minuten kostete ihn die Schlamperei der Bahn-AG. Mit erheblicher Verspätung ist Thilo B. dann losgefahren, nicht ohne über Funk um Ablösung zu bitten. Fehlanzeige. Thilo B organisierte sich daraufhin die ihm zustehende Pause auf eigene Faust: Im Tunnel unter dem Frankfurter Kreuz stoppte er den Zug. Drei andere Züge mussten daraufhin umgeleitet werden, weitere sechs hatten Verspätungen.

Die bürgerliche Strafjustiz hingegen hatte keinerlei Verständnis für Thilo B.s selbstorganisierte Frühstückspause: Das Amtsgericht Frankfurt verurteilte ihn jüngst zu acht Monaten auf Bewährung plus 2.000 Euro Geldstrafe wegen "Störung eines öffentlichen Betriebs" und "Freiheitsberaubung von mehr als 100 Fahrgästen".

(Frankfurter Rundschau)

Stressiger Euro

Nicht nur KonsumentInnen fluchen bisweilen über den teuren Euro und gestiegene Preise. Auch für ArbeiterInnen wurde der Euro zum Teuro, etwa für die VerkäuferInnen der Drogerie-Kette Schlecker. Wie anderswo auch, gehören sog. "Umsatzvorgaben" auch bei Schlecker zum Standardrepertoire der Unternehmensleitung, wenn es darum geht, die Beschäftigten unter Druck zu setzen. An der Erfüllung dieser Vorgaben wird gemessen, ob Unternehmensteile, Filialen oder Gruppen "ausreichend rentabel" arbeiten oder eher "unwirtschaftlich" (und damit überflüssig) sind. Mit der Einführung des Euro hat die Schlecker-Konzernzentrale die Umsatzvorgaben zur Ermittlung der Personalschlüssel in den Filialen drastisch angehoben. Die Aufrundungen bei der Euro-Umstellung führen dazu, dass jede einzelne Filiale nunmehr 1000 Euro mehr Umsatz im Monat machen muss. Für den Gesamtbetriebsrat ein Fall von verdecktem Personalabbau.

37.000 Menschen sind bei Schlecker beschäftigt, der Großteil Frauen. Die meisten arbeiten als Teilzeitkräfte, bis in die Filialleitungen hinein. Die Filialen sind chronisch unterbesetzt mit der Konsequenz, dass der physische und psychische Druck am Arbeitsplatz enorm ist. "Mindestens eine regelmäßige Besetzung mit zwei Beschäftigten", fordert denn auch Birgit Berger vom Schlecker-Gesamtbetriebsrat.

(www.labournet.de)

Protestwelle in Chile

Zu massiven Protesten gegen Preiserhöhungen im öffentlichen Transportwesen ist es am 1. August in Santiago de Chile gekommen. Vor allem SchülerInnen lieferten sich heftige Straßenschlachten mit der Polizei, die Schlagstöcke und Wasserwerfer eingesetzt hatte. 378 Personen wurden festgenommen. Bereits Ende Mai war es in Valparaiso zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen DemonstrantInnen und der Polizei gekommen, als der Gewerkschaftbund CUT und die Nationale Studentenkonföderation zu einem Protesttag gegen die Verarmungspolitik der Regierung Lagos aufgerufen hatten. 10.000 Menschen waren in Valparaiso auf der Straße, u.a. die organisierten Erwerbslosen und Mapuche-AktivistInnen. Damals sind 214 Menschen festgenommen worden.

(taz)

Organisierte Sex-Branche

Gewerkschaftliche Organisierung und Traditionen werden in Britannien groß geschrieben. Das wissen wir nicht erst seit Ken Loach und seinen Filmen. Somit ist es vielleicht wenig verwunderlich, dass es in Britannien natürlich auch gewerkschaftlich organisierte Sex-ArbeiterInnen gibt. Die Prostituierten der International Union of Sex Workers haben nun beschlossen, die Gewerkschaft zu wechseln und sich der honorigen GMB anzuschließen, immerhin die viertgrößte Gewerkschaft auf der Insel. Den Sex-ArbeiterInnen geht es vor allem um bessere Bezahlung und um verbesserte Arbeitsbedingungen, ein Ansinnen, das von der GMB ausdrücklich unterstützt wird. GMB-Sprecherin Lisa Venes gegenüber der Times: "Es gibt eine ganze Reihe von Feldern, wo wir die Bedingungen für die ArbeiterInnen in der Sex-Industrie verbessern können. Zuerst einmal sind die Arbeitszeiten für viele Sex-ArbeiterInnen völlig willkürlich. Wir reden aber auch über Telefon-Sex-ArbeiterInnen, die in Call Centern arbeiten und über Menschen, die in Fabriken Sex-Spielzeug für Niedriglöhne produzieren."

Die GMB bietet ihren neuen Mitgliedern Selbstverteidigungskurse an sowie kostenlose Rechtsberatung und Ausstiegshilfen für jene, die die Branche verlassen wollen. Außerdem macht sich die Gewerkschaft stark für das Recht von Prostituierten, auf der Benutzung von Kondomen zu bestehen sowie für regelmäßige kostenlose Gesundheitschecks.

(www.labournet.org)

Galgenfrist

Erinnert sich noch jemand an Bill Clinton? An seine "Sozialhilfereform"? An das "Modell Wisconsin", das hier zu Lande von Roland Koch promoted wird? Nun, ein Element dieses Workfare-Programms bildete die strikte zeitliche Begrenzung der Arbeitslosenunterstützung. Nach sechs Monaten Unterstützung verlieren in diesem Sommer allein in New York 100.000 Menschen schlagartig ihr Einkommen. 265.000 Menschen suchen in dieser Metropole einen Job, 43% mehr als vor einem Jahr. Am Hudson liegt die Arbeitslosenquote inzwischen bei 8%, landesdurchschnittlich sind es 5,8%. Vor diesem Hintergrund hat der Kongress im Frühjahr einer Verlängerung der Arbeitslosenunterstützung in Bundesstatten mit besonders hoher Arbeitslosigkeit zugestimmt - um weitere drei Monate.

(taz)

Blairs Ärger mit der Privatisierung

Die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen ist beinahe überall auf der Welt Auslöser für teilweise heftige Proteste und Kämpfe. Insbesondere die Privatisierung der staatlichen Gesundheitsversorgung gestaltet sich für ihre Protagonisten als schwieriges Unterfangen. Seit Jahren betreibt Tony Blair in Britannien die Privatisierung des National Health Service (NHS), und ebenfalls seit Jahren handelt er sich damit teilweise erbitterte ArbeiterInnenkämpfe ein.

Landesweite Aufmerksamkeit zieht zur Zeit ein Arbeitskampf in Glasgow auf sich. Dort - wie anderswo auch - sind große Bereiche der staatlichen Krankenhäuser ausgegliedert worden. Die Küche, die Portiersdienste und die Reinigung übernimmt dort die französische Firma Sodexho. Im Glasgow Royal Infimary Krankenhaus streiken seit Anfang August 300 Sodexho-Beschäftigte. Sie fordern ein Ende der Spaltung der Beschäftigten innerhalb des Krankenhauses: gleiche Tarifbedingungen wie im NHS, einen Lohnanstieg von 5% oder 1.000 Pfund, einen Mindeststundenlohn von 5 Pfund, die 35-Stunden-Woche, volles Krankengeld, betriebliche Rentenansprüche und Überstundenvergütungen.

Der zunächst dreitägige Streik eskalierte am 7. August, als Sodexho versuchte Streikbrecher einzusetzen, die aus ganz Britannien, Irland und sogar Spanien angeheuert worden waren: "15-jährige Jungs tauchten auf, verschüchtert, ohne jeden Schimmer über ihre Bestimmung. Einige haben ihre befristeten Kontrakte in Armeekasernen unterschrieben. Ihnen wurde gesagt ‚Geht nach Glasgow oder ihr seid gefeuert'", heißt es in einem Flugblatt der Gewerkschaft UNISON. Der Streikbruchversuch scheiterte hingegen kläglich, keinem Streikbrecher ist es gelungen, in das Krankenhaus zu kommen.

Sodexho ist ein multinational operierendes Unternehmen, das neben dem Gesundheitswesen vor allem in privatisierten Gefängnissen und Internierungslagern engagiert ist.

(www.labournet.org)

Bush vs. ILWU

Ein massiver Arbeitskampf bahnt sich an der amerikanischen Westküste an. Der Tarifvertrag zwischen den Hafenbetreibern und der Hafenarbeitergewerkschaft ILWU ist im Juli ausgelaufen, und bisher sind alle Verhandlungen über eine Fortführung des Vertrages gescheitert. Der ILWU, die 10.500 ArbeiterInnen vertritt, geht es vor allem um die Fortschreibung der bisherigen betrieblichen Sozialleistungen, während die Unternehmen für Eingestellte Leistungsabsenkungen vornehmen will. Zum zweiten möchten die Hafenbetreiber unter dem Label einer technologischen Aufrüstung der Häfen erreichen, dass mit der Einführung neuer Technologie auch Outsourcing bzw. die Fremdvergabe an gewerkschaftsfreie Unternehmen möglich gemacht wird. Ein Punkt, der den heftigen Widerstand der ILWU hervorruft.

Von der Tarifauseinandersetzung sind alle wichtigen Pazifikhäfen der USA und Kanadas betroffen, von San Diego über Los Angeles und San Francisco bis Seattle und Vancouver. Im letzten Jahr ist in den Häfen Fracht im Wert von 260 Mrd. US-Dollar bewegt worden, das sind fast 7% des amerikanischen Bruttoinlandsprodukts. 1,4 Mio. Jobs hängen direkt oder indirekt an den Häfen der Westküste. Ein Streik entlang der gesamten Küste kostet schätzungsweise 1 Mrd. US-Dollar täglich. Kein Wunder, dass sich die Administration in Washington in die Auseinandersetzungen eingemischt hat.

Kaum hatten die ILWU-Gremien grünes Licht für die formellen Streikvorbereitungen gegeben, da drohte das Arbeitsministerium in Washington bereits mit gesetzlichen Maßnahmen und einer Zwangsschlichtung. Nach dem Taft-Hartley-Gesetz etwa könnte ein Streik per Zwang für 80 Tage ausgesetzt werden. Zuletzt kam dieses Gesetz beim Bergarbeiterstreik in Kentucky 1978 zur Anwendung.

(www.labournet.org)

10. Welche Karte sticht? RZ-Prozess: Zeugen versus Kronzeugen

RZ-Prozess: Zeuginnen versus Kronzeugen

Autor: mb., Berlin · Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen; Radikale Linke · CD-Datei: daten/aksuche/ak464/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:464:37

Mit dem spektakulären Geständnis einer Zeugin sorgte der Berliner RZ-Prozess im Juli für Furore. Weniger Aufmerksamkeit weckte dagegen die beinahe zeitgleich zum ersten Mal in der Hauptverhandlung aufscheinende Chance, selbst in den Augen des Gerichts den Kronzeugen wegen seiner offensichtlichen Lügen zu Fall zu bringen.

Am 4. Juli platzte die Bombe. In der Berliner "Abendschau" des SFB sprach man sogar von einer "Wende im RZ-Prozess". 16 Jahre danach bekannte sich die 63-jährige Rentnerin Barbara W. überraschend zu dem Knieschussattentat auf den Chef der Berliner Ausländerbehörde Harald Hollenberg: "Ich habe die zwei Schüsse auf die Beine von Herrn Hollenberg abgegeben. Neben mir stand Rudolf Schindler, der die Aktion mit seiner Pistole abgesichert hat." Zu ihren Beweggründen, die Waffe auf die Beine von Hollenberg zu richten, sagte sie: "Das war auch eine Frage der Gleichberechtigung, normalerweise wird das Frauen nicht zu getraut, und ich wusste, ich kann das."

Am 11. Juli - genau eine Woche später - deutete sich an, dass der spektakuläre Auftritt der ehemaligen RZ-Militanten zum Rohrkrepierer mutieren könnte. Die Bundesanwaltschaft (BAW) sprach von einem "tragischen Auftritt" und bestritt die Glaubwürdigkeit der Aussage. Barbara W. habe weder die Funktion des Opfers nennen können, noch hätte sie ein anständiges Motiv benannt und überhaupt könne sie gar nicht vernünftig schießen, wie ihre anschauliche Schilderung zu diesem Punkt vor Gericht gezeigt hätte.

Spektakuläre Zeugenaussage

Der Verteidiger Wolfgang Euler hatte bereits zuvor - wohl ahnend, wie die BAW den Auftritt seiner Zeugin beurteilen würde - die Glaubwürdigkeit dieser Aussage betont. Barbara W. habe nicht nur mit zahlreichen Details aufgewartet, die bislang unbekannt waren, ihre Aussagen deckten sich auch mit damaligen polizeilichen Ermittlungsergebnissen. Bezugnehmend auf die Strafmaßzusicherung des Gerichts von drei Jahren und neun Monaten für die Aussage seines Mandanten, gab Euler zu bedenken: "Bei der aktuellen Prozesslage von Rudolf Schindler kann ich mir unter keinen Umständen vorstellen, dass eine jetzt 63-jährige Rentnerin eine Aussage über ein mehr als 15 Jahre zurückliegendes Ereignis erfindet, sich dabei bezichtigt, auf einen Menschen geschossen zu haben, in Gefahr gerät, damit nicht nur ihr jetziges bürgerliches Umfeld zu irritieren, sondern zudem eine Verurteilung wegen versuchter Strafvereitlung, Falschaussage und falscher Anschuldigungen zu riskieren."

Business as usual im Saal 500 des Kriminalgerichts Berlin-Moabit: Während der Kronzeuge Tarek Mousli sich eine Ungereimtheit nach der anderen leisten kann, ohne dass seine Glaubwürdigkeit davon betroffen wäre, wird Entlastendes entweder gar nicht zur Kenntnis genommen oder einfach bei Seite gewischt.

Barbara W. war von der Verteidigung Schindlers als Zeugin benannt worden. Deren Mandant hatte bereits in seiner Einlassung vom Januar angedeutet, was nun in der Aussage der ehemaligen Sozialarbeiterin seine Bestätigung fand. Nicht er - wie der Kronzeuge behauptet - hat die Schüsse auf die Beine des damaligen Chefs des Berliner Ausländerbehörde Hollenberg abgegeben, und auch seine jetzige Ehefrau Sabine Eckle war an diesem Anschlag nicht beteiligt. Deren Beteiligung müsste jetzt selbst in den Augen des Kammergerichts definitiv ausgeschlossen sein. Dass alle polizeilichen Ermittlungen nach dem Anschlag 1986 der Version des Kronzeugen widersprochen haben, hatte den Senat bislang nicht interessiert: Hollenberg selbst hatte ausgesagt, eine Frau habe die Schüsse abgegeben, und auch die Personenbeschreibungen von weiteren ZeugInnen passten offensichtlich nicht auf Sabine Eckle.

Lügen des Kronzeugen platzen

Noch einen weiteren Punkt der Einlassung Schindlers bestätigte Barbara W., nämlich: die Existenz eines Diskussionskreises, in dem sie, Schindler sowie Eckle nach ihrem Rückzug von der militanten Politik Ende der

80er Jahre aktiv gewesen seien. In der Anklage heißt es dagegen, Schindler und Eckle hätten diesen Schritt erst im Lauf des Jahres 1990 unternommen. An diesem Kreis, in dem feministische und philosophische Texte gemeinsam erarbeitet wurden, habe auch Axel Haug teilgenommen. Die Angaben zu diesem philosophisch-literarischem Kreis wurden am 11. Juli auch von Elisabeth E., der zweiten Zeugin der Verteidigung Schindlers, bekräftigt. Nach einem mehrjährigen Nicaragua-Aufenthalt war sie mit der Absicht zurückgekehrt, sich "militanten Zusammenhängen" anzuschließen, wie sie vor Gericht bekannte. Darüber habe sie auch mit Axel Haug gesprochen, einem alten und engen Freund. Bei diesen Gesprächen habe sie den Eindruck gewonnen, so die Zeugin, dass Haug mit den RZ in Kontakt gestanden habe. Von ihm habe sie außerdem erfahren, dass es keine solchen militanten Zusammenhänge in Berlin mehr gäbe.

Durch die Einlassungen von Axel Haug und Rudolf Schindler - seiner Aussage hat sich seine Ehefrau Sabine Eckle inhaltlich angeschlossen - sowie die beiden Zeuginnenaussagen ist nun folgende Situation entstanden: Weder was den Ablauf der Knieschuss-Aktionen auf Harald Hollenberg und Günther Korbmacher sowie den Anschlag auf die Berliner Zentrale Sozialhilfestelle für Asylbewerber (ZSA) anbelangt, noch was die Dauer und das Ausmaß der Mitgliedschaft der drei Angeklagten angeht oder das ominöse Waffen- und Sprengstoffdepot im Berliner Mehringhof, ist die Version des Kronzeugen unwidersprochen geblieben. Statt dies zum Anlass zu nehmen, grundsätzliche Zweifel an der Anklage zu erheben, ist das Gericht jedoch offensichtlich gewillt, diese Teilgeständnisse als "Schutzbehauptungen" abzutun.

Schon der Bundesgerichtshof (BGH) hat eine solche Wertung in einem Beschluss vom 25. April zur Haftfrage von Harald Glöde vorgenommen. "Der in den Vorentscheidungen näher begründete dringende Tatverdacht ist - wie das Kammergericht zu Recht ausführt - durch die zwischenzeitlich abgelegten Teilgeständnisse der Mitangeklagten Schindler, Eckle und Haug bekräftigt worden", so der 2. Strafsenat am BGH. "Der Umstand, dass diese Angeklagten nunmehr in einem Teilbereich die Angaben des Hauptbelastungszeugen Mousli bestätigt haben, erhärtet die Glaubhaftigkeit der Angaben des Zeugen nicht nur in dem übereinstimmenden Bereich, sondern grundsätzlich auch darüber hinaus. Umgekehrt ist allein der Umstand, dass diese Mitangeklagten in einem Teilbereich an ihren bestreitenden Einlassungen festhalten, für sich noch kein Beleg für die Unglaubhaftigkeit der Angaben des Zeugen Mousli." Alles weitere legt der BGH-Senat in die Hände des Kammergerichts: Es wird "letztlich Aufgabe der Beweiswürdigung durch das Tatgericht sein, die Angaben dieses Zeugen unter Berücksichtigung seines Interesses an einer Selbstentlastung und seiner besonderen Stellung als Kronzeuge einer kritischen Überprüfung zu unterziehen, um schließlich eine Überzeugung zu gewinnen, inwieweit die gegen die Angeklagten erhobenen Vorwürfe zutreffen." (1)

Ein bequemer Ausweg für das Gericht

Wer in die "freie Beweiswürdigung" des Kammergerichts Berlin Hoffnung setzt und mit Aussagen die gesamte Anklage zu Fall zu bringen glaubt, wird also wahrscheinlich bitter enttäuscht werden. Jeder normale rechtsstaatliche Prozess wäre spätestens nach der Aussage von Barbara W. geplatzt. Nicht so das Berliner RZ-Verfahren, denn für das Gericht steht mit den Zeugenaussagen und Einlassungen lediglich Aussage gegen Aussage. Den Kronzeugen sieht es nicht demontiert. Weder die bislang bekannt gewordene einseitige und manipulative Ermittlungs- und Verfahrensführung, die massive Aktenmanipulation und -zurückhaltung noch die Indizien auf eine Verstrickung der Geheimdienste haben daran etwas ändern können. Ebenso wenig wie die an vielen Stellen entstandene Gewissheit, dass die Version des Kronzeugen erlogen ist.

Das Gericht ist offensichtlich nicht gewillt, sich aus der Umklammerung der Bundesanwaltschaft zu lösen. Dabei wäre der Strafsenat gar nicht dafür zu kritisieren, dass es sich nicht in der Lage sieht, dieses Dickicht zu lichten. Die Verfahrenseinstellung wäre aber das mindeste, was mensch erwarten könnte, würden die eigenen rechtsstaatlichen Grundsätze berücksichtigt. Mit der bisherigen Prozessstrategie eines Teils der Angeklagten wird dem Gericht dieser Schritt allerdings leicht gemacht. Durch die Einlassungen und Aussagen, die zwar einen Teil der Anklage bestätigen, gleichzeitig aber wichtige Teile widerlegen und vor allem nicht alle Angeklagten betreffen, wurde dem Gericht dieser bequeme Ausweg eröffnet. Der Strafsenat kann so ohne größeren Gesichtsverlust weiterhin so tun, als sei eine Verurteilung alleine auf Grund der Aussagen des Kronzeugen nach rechtsstaatlichen Grundsätzen möglich. Ebenso kann er behaupten, die zu Tage getretenen Verfahrensmanipulationen stünden einer Sachaufklärung nicht entgegen.

Problematisch ist das Verhalten des Gerichts auch, weil es damit an seiner Erpressungspolitik gegenüber den Angeklagten festhält, die bislang keine Aussagen machten. Die Zeuginnenaussage von Barbara W. hat zum

wiederholten Male deutlich gemacht, dass die BAW Leute für Taten anklagt, die sie nicht begangen haben. Doch das Kammergericht zeigt sich davon unbeeindruckt. Stattdessen signalisiert es Matthias Borgmann und Harald Glöde unmissverständlich: Wenn sie weiterhin von ihrem Aussageverweigerungsrecht Gebrauch machen, laufen sie Gefahr, für Taten verurteilt zu werden, die sie nicht zu verantworten haben. Ganz so, als sei nicht in den letzten Wochen das ganze Ausmaß der Lügen Mouslis deutlich geworden.

Sprengstoff mit nachhaltiger Wirkung?

Da ist zum Beispiel die Geschichte mit dem Sprengstoff, den Mousli 1995 in einem Seegraben im Norden Berlins versenkt haben will. Ein Wissenschaftler des Fraunhofer-Instituts für Fertigungstechnik und Materialforschung in Bremen kommt allerdings nach einer Untersuchung des Klebebands, mit dem das Sprengstoffpaket umwickelt war, zu dem Ergebnis, dass das Paket höchstens einige Wochen im Wasser gelegen haben kann. Auch nach Ansicht eines BKA-Gutachters "hatte der Sprengstoff weniger als zwei Monate direkten Kontakt mit Wasser: Keinesfalls mehrere Jahre". Der selbe Gutachter kommt außerdem zu dem Ergebnis, dass das in einem blauen Plastikmüllsack verstaute Sprengstoffpaket gar nicht habe sinken können, wie es der Kronzeuge behauptet. Ist das der objektive Gegenbeweis, der die Geschichte Mouslis zum Einsturz bringt? Auffällig ist jedenfalls die Reaktion der Bundesanwaltschaft. Die Bundesanwälte, die ansonsten alle Versuche der Verteidigung gelassen über sich ergehen ließen, haben an diesem Punkt eine auffällige Geschäftigkeit an den Tag gelegt. Obwohl das Fraunhofer-Institut bereits selbst vom BKA mit Gutachten beauftragt worden war, ließen die Sitzungsvertreter des Generalbundesanwaltes nichts unversucht, Zweifel an der Wissenschaftlichkeit des vorläufigen Gutachtens des Instituts zu säen. Das Verhalten der BAW macht stutzig. Treibt sie etwa die Ahnung um, dass an diesem Punkt ihr Kronzeugenkonstrukt zu kippen droht?

mb., Berlin

Anmerkung:

1) Beschluss des 3. Strafsenats des Bundesgerichtshofs vom 25. April 2002, dokumentiert unter www.freilassung.de

11. Kontrolle ist besser. US-Angriff auf Irak könnte sich auch gegen Saudi-Arabien richten

Autor: Jürgen Wagner · Rubrik: Saudi-Arabien; Irak; US-Imperialismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak464/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:464:28

Die Entscheidung einen Krieg gegen den Irak zu führen wurde längst getroffen: "Es war mit der Ansprache (des US-Präsidenten Ende Januar 2002) an die Nation vorüber," betont ein hohes Regierungsmitglied in Washington. (1) Offen ist lediglich, ob die Angriffe im Frühjahr 2003 oder noch im Herbst diesen Jahres beginnen und ob auf eine groß angelegte Invasion mit bis zu 250.000 Soldaten oder auf massive Luftangriffe gesetzt werden wird.

Die Gründe für den bevorstehenden Krieg liegen auf der Hand. "Mit mehr als 65% der Weltölreserven in den Golfstaaten, müssen die USA über freien Zugang zu den Ressourcen der Region verfügen", betonte Anthony Zinni, der ehemalige Oberkommandierende des für das Gebiet zuständigen US-Regionalkommandos CENTCOM. (2)

Die überragende Bedeutung, die dem Schutz von Öl in der außenpolitischen Strategie der USA zukommt, erfordert, dass dieses Ziel wenn nötig auch mit militärischen Mitteln verfolgt wird. Die Ölvorkommen des Irak, sowie dessen Versuche an Massenvernichtungsmittel zu gelangen und die damit einhergehende Bedrohung von Washingtons Kontrollanspruch stellen die Triebkräfte für den kommenden Angriff dar.

Feinden Kontrolle verwehren

Zugleich haben sich die US-Eliten möglicherweise auch dazu entschlossen, einen Krieg gegen Bagdad als Ausgangspunkt für eine Veränderung ihrer Strategie als Hegemonialmacht am Golf wahrzunehmen. Im Zentrum dieser Überlegung könnte eine radikale Neubewertung des Verhältnisses mit Saudi Arabien sein, was eine Abkehr der bisherigen US-Außenpolitik in der Region darstellen würde.

Schon während des Zweiten Weltkrieges entschlossen sich die Vereinigten Staaten dazu, die Rolle als Ordnungsmacht in der Golfregion für sich zu reklamieren. In der Folge setzte die US-Strategie auf eine indirekte Kontrolle des Persischen Golfes über die Marionettenregime in Saudi-Arabien und im Iran. Deshalb putschte die CIA 1953 im Iran und lieferte die US-Regierung dem saudischen Königshaus die Mittel, sich weiter an der Macht halten zu können. (3)

Deutlichster Ausdruck von Washingtons Kontrollanspruch war die nach dem damaligen US-Präsidenten benannte Carter-Doktrin. Nachdem mit der iranischen Revolution 1979 eine der beiden Machtsäulen eingestürzt war, verkündete er am 23. Januar 1980: "Der Versuch irgendeiner außenstehenden Macht die Kontrolle über die Region des Persischen Golfes zu erlangen wird als ein Angriff auf die vitalen Interessen der Vereinigten Staaten betrachtet (und) mit allen notwendigen inklusive militärischen Mitteln zurückgeschlagen werden." (4)

Neben der ökonomischen Bedeutung kommt den Ressourcen auch eine wichtige strategische Rolle zu. Ein Land, das die Energieversorgung eines anderen Staates kontrolliert, verfügt über ein kaum überschätzbares Instrument, Druck ausüben zu können. (5) "Normalerweise wird angenommen, dass die US-Strategie auf der Entschlossenheit basiert, den Ölfluss in den Westen zu günstigen Preisen sicher zu stellen. (...) Aber seit mehr als einem halben Jahrhundert war ein zentraler Antrieb hinter der amerikanischen Militärstrategie in der ölreichen Region - einer der von den meisten Analytikern nicht völlig begriffen wird - mächtigen Feinden die Kontrolle der Region zu verwehren, da sie sonst noch mächtiger und gefährlicher werden könnten." (6)

Bis zu dem Zeitpunkt, an dem sich extreme Spannungen zwischen den USA und einem anderen Land abzeichnen, ist Washington aber gewillt, seine Politik der Sicherung von Energieressourcen als militärische Dienstleistung für den Rest der Welt darzustellen. Das soll helfen, Konfliktfälle, in denen die Ölwaffe massiv eingesetzt werden müsste, zu verhindern. Genau diese Strategie ist ein wesentlicher Antrieb für die Kontrolle des Persischen Golfes. Trotz ihres hohen Energiebedarfs betreiben beispielsweise die asiatischen Länder bisher eine sehr zurückhaltende Politik in der Region. "Jedoch sollte diese gegenwärtige Trennung zwischen Energieinteressen und strategischen Verantwortlichkeiten nicht als selbstverständlich angesehen werden. Es

ist mehr als wahrscheinlich, dass die asiatischen Energieverbraucher irgendwann in der Zukunft genau danach streben könnten - eine Rolle in der Sicherheitskonfiguration der Golf-Region zu spielen." (7)

Aus Sicht Washingtons muss dies unbedingt verhindert werden, da ansonsten schwere Konflikte vorprogrammiert wären. Walter Russel Mead vom einflussreichen Council on Foreign Relations beschreibt das Ziel der US-Strategie folgendermaßen: "Wir erhalten keinen so großen Anteil vom Öl des Mittleren Ostens. Japan bekommt viel mehr. (...) Einer der Gründe, weshalb wir die Rolle als Aufseher im Mittleren Osten annehmen, (...) hat damit zu tun, Japan und einigen anderen Ländern das Gefühl zu vermitteln, dass ihr Ölfluss sicher ist, (...) so dass sie sich nicht genötigt fühlen, eine Großmacht mit bewaffneten Streitkräften und Sicherheitsdoktrinen zu werden. Und damit man nicht beginnt, eine Menge Großmächte mit widersprüchlichen Interessen zu bekommen, die ihr Militär um die ganze Welt schicken." (8)

Freier Zugang zu Ressourcen

Für den Fall einer Auseinandersetzung mit einem militärisch bereits mächtigen Gegner aber hat die Zugangsverhinderung in der US-Strategie sogar eine höhere Priorität als die eigene Kontrolle etwaiger umkämpfter Ölvorkommen. Jüngst veröffentlichte Regierungsdokumente lassen keinen Zweifel daran, wie rigoros Washington im Konfliktfalle die Ölwaffe einsetzen würde. So wurde für den Fall einer sowjetischen Invasion des Golfes offiziell festgelegt, dass nicht die Rückeroberung der Region das zentrale Ziel der Militärs sein sollte, sondern - vor dem Rückzug der US-Truppen - die vollständige Zerstörung der Ölfelder am Golf. (9)

"Saudi Arabien Feind der USA"

Damit es gar nicht erst so weit kommt, sind die Vereinigten Staaten bereit, auch militärische Mittel zur Durchsetzung ihrer Strategie anzuwenden. Seit dem 11. September hat die US-Regierung klar gemacht, wie ernst es ihnen mit diesem Ziel ist. Die von ihr als Bush-Doktrin bezeichnete Strategie sieht vor, dass die USA sich das Recht herausnehmen, Präventivschläge - von Verteidigungsminister Donald Rumsfeld als "defensive Interventionen" bezeichnet - gegen potenziell bedrohliche Staaten durchzuführen. Dabei wird immer wieder überdeutlich auf den Irak als erstes Ziel eines solchen Präventivschlages verwiesen. (10)

Das könnte auch eine grundlegende Neuorientierung in der Region bedeuten. Gegenwärtig zeichnet sich ab, dass mit der Ausweitung der Pax Americana eine engere Kontrolle des langjährigen Verbündeten Saudi Arabien einhergehen soll. Die jüngsten Spannungen mit Saudi Arabien gefährden Washingtons Kontrollanspruch und könnten die USA ohne Brückenkopf am Persischen Golf zurücklassen.

Die Konflikte zwischen beiden Ländern haben inzwischen solche Ausmaße angenommen, dass Riad droht, die zur Machtprojektion unerlässlichen amerikanischen Militärbasen schließen zu lassen. (11) Auch in Washington werden diese Drohungen ernst genommen. Im Pentagon wurden Pläne ausgearbeitet, wie ein Rückzug von Saudi Arabien zu bewerkstelligen ist und Alternativpläne für Basen in Katar oder anderen Ländern entworfen. (12) Die weiterhin bestehende Unterstützung terroristischer Gruppen, vor allem aber Aussagen von Teilen des saudischen Herrscherhauses, die darauf hindeuten, dass die OPEC künftig wieder als Ölwaffe gegen die US-Politik eingesetzt werden könnte, lassen viele in den USA am Wert dieses Verbündeten zweifeln. (13)

Ein Zugriff auf die irakischen Ressourcen würde alle Versuche, die OPEC gegen die USA einsetzen zu wollen, im Keim ersticken: "Seine riesigen Ölreserven könnten die saudische Dominanz als OPECs Ausgleichsproduzent wettmachen und den USA in Notzeiten ökonomisch helfen, indem durch eine Produktionserhöhung die Preise gesenkt werden." (14)

Gleichzeitig könnte die US-Regierung mit diesem Krieg ihren Anspruch als Ordnungsmacht untermauern und so die Länder der Region disziplinieren. Allerdings gehen Washingtons Überlegungen derzeit noch weiter. Ein Briefing vor dem Defense Policy Board, einem Beratungsgremium des Pentagon, dem so einflussreiche Konservative wie Richard Perle, Henry Kissinger, James Schlesinger, Dan Quayle und Newt Gingrich angehören, könnte die neue Richtung vorgeben. Das Briefing "beschrieb Saudi Arabien als einen Feind der Vereinigten Staaten und empfahl, dass US-Offizielle ein Ultimatum stellen, die Unterstützung des Terrorismus einzustellen oder sich der Besetzung seiner Ölfelder gegenüberzusehen." (15)

Die Falken versprechen sich über einen Krieg gegen den Irak, eine erhebliche Verbesserung ihrer Position am Golf auch im Hinblick auf Saudi Arabien. Sie erhoffen, dass "wenn eine US-Invasion Saddam Hussein erst einmal von der Macht entfernt hat, ein freundliches Nachfolgeregime ein wichtiger Ölexporteur in den Westen

werden wird. Dieses Öl würde die US-amerikanische Abhängigkeit von saudischen Energieexporten verringern und es somit aus diesem Blickwinkel erlauben, dass saudische Königshaus für ihre Unterstützung des Terrorismus zu konfrontieren." Ein Mitglied der Regierung, der zu diesen neokonservativen Hardlinern zählt, kommt deshalb zu dem Schluss, dass "der Weg zum gesamten Mittleren Osten durch Bagdad führt." (16)

Noch deutlicher wurde hierzu ein Kommentar des Bush-nahen Wall Street Journal: "Die USA müssen sich mit den Saudis anlegen. Es darf keine Kompromisse mit den hartnäckigsten Förderern des Terrorismus geben. Die Saudis sind weit davon entfernt, für die Sicherheit des Westens unabdingbar zu sein - im Gegenteil, sie stellen die größte Gefahr aller Staaten dar, China eingeschlossen. Washington muss sich darauf einrichten, die Ölfelder zu besetzen." (17)

Jürgen Wagner

Anmerkungen:

1) Zit. nach Hayes, Stephen F., "The Coming War with Saddam: Sooner than you think", The Weekly Standard, 29.07.02, S. 21-25, S. 21

2) Zit. nach Klare, Michael, Resource Wars: The New Landscape of Global Conflict, New York 2002, S. 58

3) Zur US-Strategie am Golf vgl. Klare, Resource Wars, S. 51ff; Schmid, Fred/Schuhler, Conrad, Krieg ums Erdöl, isw-Spezial Nr. 15, Dezember 2001, S. 25ff.

4) Zit. nach Klare, Michael, Asking "Why", FPIF Global Affairs Commentary, 9/2001, S. 1

5) Vgl. Oliker, Olga, Ukraine and the Caspian: An Opportunity for the United States, RAND Issue Paper 198 (2000); Gowan, Peter, US-Hegemonie und globale Unordnung, Supplement der Zeitschrift für Sozialismus 5/2002, S. 19

6) Telhami, Shibley, "The Persian Gulf: Understanding the American Oil Strategy", in: Brookings Review, Spring 2002, Vol. 20, No. 2, S. 30-35

7) Bahgat, Gawdat, Erdgasreserven in der Golf-Region: Zur geopolitischen Bedeutung neuer Akteure, in: Internationale Politik 1/2001, S. 49-54, S. 54

8) Zit. nach Schwarz, Benjamin/Layne, Christopher, "A New Grand Strategy", in: The Atlantic Monthly, January 2002

9) Vgl. Telhami, "The Persian Gulf"

10) Vgl. hierzu die beiden Grundsatzreden des US-Präsidenten: Bush, George W., President Bush Delivers Graduation Speech at West Point, West Point, 01.06.02; Bush, George W., The President's State of the Union Address, Office of the Press Secretary, Washington, D.C., 29.01.02

11) Vgl. Ottaway, David B./Kaiser, Robert G., "Saudis May Soon Ask U.S. Military to Leave", International Herald Tribune (IHT), 19-20.01.02

12) Vgl. Gaham, Bradley/Ricks, Thomas E., "An alternative to Saudi Arabia base", IHT, 08.04.02; Dao, James, "U.S. Dismay With Saudis Fuels Talk Of a Pullout", IHT, 17.01.02

13) Vgl. Knowlton, Brian, "Saudis tell the U.S. oil is not 'weapon'", IHT, 26.04.02

14) Krauthammer, Charles, "No, keep the focus on Saddam", IHT, 22.04.02

15) Ricks, Thomas E., "U.S. advisers see Saudis as enemies", IHT, 07.08.02

16) Vgl. ebd.

17) Ralph Peters zit. nach Follath, Erich/Windfuhr, Volkhard/Zand, Bernhard, "Die Brutstätte des Terrors", in: Der Spiegel 10/02, S. 132-148, S. 135

Der Autor ist im Vorstand der Informationsstelle Militarisierung (IMI) in Tübingen, www.imi-online.de.

Zum Thema sein aktuelles Buch: Jürgen Wagner, Das ewige Imperium: Die US-Außenpolitik als Krisenfaktor. (VSA-Verlag Hamburg, August 2002), 172 Seiten, EUR 12,80

12. "Es ist nicht unmöglich, AIDS zu schlagen". Interview mit Mark Heywood über die Situation in Südafrika

Interview mit Mark Heywood zur Situation in Südafrika

Autor: Martina Pech/Indrajit Ghosh · Rubrik: Südafrikanische Republik · CD-Datei: daten/aksuche/ak464/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:464:22

Globalen Schätzungen zufolge lebten Ende vergangenen Jahres 40 Millionen Menschen weltweit mit HIV/AIDS, 1,5 Millionen davon in Nordamerika und Westeuropa. Ein Drittel von diesen 1,5 Millionen Menschen erhalten antiretrovirale Therapie und damit Medikamente, die die Replikation des HIV-Virus im Körper verhindern und dadurch das Immunsystem stabilisieren. In der so genannten "Ersten Welt" ist AIDS damit zu einer behandelbaren chronischen Krankheit geworden, mit der Folge, dass in diesen reichen Ländern im Jahr 2001 lediglich 25.000 Menschen an AIDS starben.

Dem gegenüber steht allerdings die Zahl von 8.500 Menschen, die zur Zeit weltweit täglich an den Folgen von AIDS sterben. In den Ländern der so genannten "Dritten Welt" erhielten im Jahr 2001 nur 230.000 Menschen antiretrovirale Therapie. Die Hälfte der so behandelten AIDS-Patienten lebt dabei in Brasilien, da das Land konsequent einen nationalen Behandlungsplan entwickelt und die Produktion billiger generischer Medikamente gefördert hat. Insgesamt jedoch handelt es sich um schockierende Zahlen, die einen tiefen Einblick in die real existierenden globalen Ungerechtigkeiten geben.

In jeder Gesellschaft sind diejenigen, die schon vor HIV und AIDS zu den marginalisierten, stigmatisierten und diskriminierten Gruppen gehörten, mit der Zeit zu den Risikogruppen für die HIV-Infektion geworden. Armut ist ein Risikofaktor für AIDS und potenziell tödlich. Vor zwei Jahren - bei der vorletzten AIDS-Konferenz im südafrikanischen Durban - schien in dieser Frage ein Wendepunkt erreicht: Am Ende einer langen Diskussion stand der Konsens, dass der Zugang zu antiretroviraler Therapie ein Aspekt von globaler Gerechtigkeit sei und weltweit umgesetzt werden müsse.

Ein Jahr nach Durban, im Juni 2001, beschloss die UN-Sondersitzung zu AIDS (UNGASS) deshalb die Einrichtung eines so genannten Global Fund. Nach UN- Schätzungen sind jährlich 10 Milliarden US-$ notwendig, um mit einem umfassenden Ansatz von Prävention und Behandlung die AIDS-Epidemie bis zum Jahr 2005 zu stoppen. Auf dem Papier haben sich die G8-Staaten verpflichtet, 0,7 Prozent ihres jährlichen Bruttosozialproduktes an den Global Fund einzuzahlen. Dieses Versprechen haben sie jedoch bisher bei Weitem nicht eingelöst. Stattdessen herrscht nach wie vor die potenziell tödliche Kombination von Ignoranz und mangelndem politischen Willen.

Wir dokumentieren im Folgenden ein Interview mit Mark Heywood von der Treatment Action Campaign. Er ist der Leiter des AIDS Law Project, einer juristisch tätigen Nichtregierungsorganisation in Südafrika, die sich für den Zugang zu antiretroviraler AIDS-Therapie in Südafrika einsetzt. Das Gespräch wurde während der 14. Internationalen AIDS-Konferenz geführt, die vom 7. bis zum 12. Juli 2002 in Barcelona stattfand.

Wenn Du an die Internationale AIDS-Konferenz in Durban vor zwei Jahren zurückdenkst und jetzt den Stand der Dinge in Barcelona betrachtest, wie hat sich die Situation für Euch in Südafrika verändert?

Mark Heywood: In Südafrika hat sich zwischen den Konferenzen in Durban und Barcelona nichts Wesentliches verändert. Die Epidemie hat sich weiter ausgebreitet und die Anzahl der HIV-Infizierten ist von vier auf fünf Millionen gestiegen. Der Großteil dieser Menschen hat immer noch keinen Zugang zu antiretroviraler Therapie. Außerdem gab es einen langwierigen Konflikt mit unserer Regierung über das Mutter-Kind-Übertragungsprophylaxeprogramm. (1) Das "Versprechen von Durban", wenn wir es so nennen wollen, ist in Südafrika nicht eingelöst worden. Auch deshalb sind wir nach Barcelona gekommen. Es ist uns wichtig deutlich zu machen, dass die Zeit des Streitens und Debattieren vorbei sein muss. Wir hoffen, dass dieses jetzt auch von unserer Regierung verstanden wird. Denn wir müssen mit Programmen beginnen, die HIV-positiven Menschen den Zugang zu Medikamenten ermöglichen. Wir wissen, dass wir dabei Fehler

machen werden, aber viele Menschen sterben jetzt, und es gibt die Verpflichtung, alles in unserer Macht stehende zu tun, um ihnen zu helfen.

Ist der Hauptadressat Eurer Kämpfe die südafrikanische Regierung? Wer sind die anderen Adressaten, gegen die sich Eure Kämpfe richten?

Da gibt es mehrere. Wir glauben, dass die pharmazeutischen Preise immer noch viel, viel zu hoch sind. Daher sehen wir in den Pharmafirmen ein Haupthindernis für den Zugang zu Behandlungsmöglichkeiten von AIDS. Wir glauben, dass die globale politische Erstarrung hinsichtlich der AIDS-Krise und der Mangel an politischer Verantwortung der so genannten entwickelten Länder wie Deutschland, den Vereinigten Staaten und Großbritannien ein weiteres Hindernis ist. Unsere eigene Regierung hat sich auch als ein Hindernis herausgestellt. Dabei hätten wir uns niemals vorgestellt, dass wir jemals gegen unsere eigene Regierung kämpfen müssen. Aber die südafrikanische Regierung hat sich entschieden, Verwirrung bezüglich der HIV-Epidemie zu stiften. Sie hat sich zu einer Politik entschlossen, in der sie Entschuldigungen für ihr Nichtstun sucht, anstatt die Entschlossenheit aufzubringen, etwas zu tun. Das ist tragisch, denn viele von uns waren KämpferInnen für die Befreiung von der Apartheid und viele von uns sind immer noch KämpferInnen für Befreiung. Wir haben zwar einen politischen Sieg errungen, doch die Armut, die durch die Apartheid entstanden ist, gibt es noch immer.

Wie Du bereits erwähnt hast, viel wurde gesagt und wenig getan. Setzt Ihr Hoffnungen in den Global Fund, der im Juni 2001 auf der UNGASS beschlossen wurde, um etwas gegen AIDS, Malaria und Tuberkulose zu tun?

Ja, wir hoffen auf den Global Fund. Wir unterstützen die Forderungen, dass alle reichen Länder in diesen Fonds einzahlen, denn wir wollen Geld aus dem Global Fund für Südafrika und für viele andere afrikanische Länder, um damit Leben zu retten. Aber der richtige Nutzen dieser Gelder hängt wiederum von den richtigen Partnerschaften und dem entsprechenden politischen Willen ab. Wir hatten erneut einen Streit hier auf der Konferenz mit unserer Regierung, weil sie eine der am schlimmsten von AIDS betroffenen Provinzen in Südafrika dazu bringen will, eine Zahlung von 73 Millionen US-$ aus dem Global Fund abzulehnen. Das wäre schlicht gesagt dumm für eine Provinz, in der es zwei Millionen Menschen mit HIV-Infektion gibt.

Warum will die Regierung nicht, dass die Provinz das Geld annimmt?

Das ist uns auch nicht ganz klar. Es scheint dabei um technisch-bürokratische Aspekte zu gehen. Die Gesundheitsministerin sagt, dass der Antrag nicht formgemäß gestellt wurde. Doch uns sind die Formalitäten total egal. Das Entscheidende ist doch, dass das Geld der Provinz zugesprochen wurde und dass der Antrag, der von der Provinzregierung gestellt wurde, ein guter Antrag ist. Also, lasst uns nicht um solche Dinge streiten, wir müssen etwas bewegen, lasst uns ein paar Leben retten!

Ein anderer Streit, der aufgetaucht ist, ist der scheinbare Widerspruch zwischen AIDS-Prävention und Behandlung. Was hältst Du davon?

Es gibt keinen Widerspruch zwischen Prävention und Behandlung. Behandlung ist notwendig, um Prävention zu stärken. Wir haben uns die letzten 15 Jahre auf Prävention konzentriert. Aber in den meisten Teilen der Welt war die alleinige Konzentration auf Prävention nicht erfolgreich. Während wir uns allein auf Prävention konzentriert haben, ist die Anzahl der HIV-Infizierten weltweit von einigen Millionen auf 40 Millionen gestiegen. Der entscheidende Punkt ist doch, dass die Aussicht auf Behandlung einen Anreiz für die Menschen darstellt, ihren HIV-Status zu erfahren. Dadurch wird es zur entscheidenden Präventionsstrategie. Was uns auf dieser Konferenz Hoffnung macht, ist, dass es kaum mehr jemanden gibt, der oder die vertritt, dass sich Prävention und Behandlung entgegenstehen. Alle scheinen darin übereinzustimmen, dass Behandlung notwendig ist. Was gut ist, ist, dass Organisationen wie die WHO und UN AIDS klare Zielvorgaben genannt haben. Bis zum Jahr 2005 sollen drei Millionen Menschen Zugang zu antiretroviraler Behandlung haben. Wir sagen gut, lasst uns das für diese drei Millionen Menschen umsetzen, lasst uns aber keine falschen Versprechungen machen, denn die enden mit Zerstörung.

Was sind Eure Pläne für die Zukunft, um diesem Versprechen nachzukommen?

Wir haben viele Aktionen für die Zukunft geplant. Unsere Bemühungen zielen dabei hauptsächlich auf Südafrika ab. Denn wir glauben, dass Südafrika eine Art Vorreiterrolle in der AIDS-Bekämpfung für andere Länder zukommen kann. In Südafrika fordern wir einen Nationalen Behandlungsplan mit Dringlichkeit von der

Regierung. Dieser Behandlungsplan sollte aussagen, wie viele SüdafrikanerInnen in welchem Zeitraum Zugang zu Medikamenten haben werden, wie viel Geld dafür notwendig ist usw. Wir gehen davon aus, dass es nicht unmöglich ist, AIDS zu schlagen, trotz allem Schmerz, Leiden und Zerstörung, das es bereits verursacht hat. Auf der internationalen Ebene unterstützen wir Medecins sans Frontieres (Ärzte ohne Grenzen), HealthGAP (Global Access Project), Act Up, alle Gruppen, die daran arbeiten, Heucheleien zu enttarnen, mangelnden politischen Willen aufzuzeigen und die Preise für pharmazeutische Produkte zu drücken.

Zu Anfang dieser Konferenz sagtest Du, "Richtet euch nicht bequem ein!" und dieser Satz ist häufig zitiert worden. Was genau meinst Du damit?

Es ist traurig, aber die AIDS-Epidemie hat viele Leute reich gemacht. Sie hat Menschen, darunter auch viele mit HIV, aus ihren schlechten Lebensbedingungen herausgeholt und in bessere Bedingungen gebracht, wo sie um die Welt zu Konferenzen reisen können und in teuren Hotels wohnen, Menschen treffen usw. Die Gefahr dabei ist, und da nehme ich mich nicht aus, dass wir alle ein sehr eigennütziges Interesse am Thema und an der AIDS-Epidemie entwickelt haben. Wir müssen uns daran erinnern, dass die Menschen, die wir vertreten, wenn wir zu Konferenzen wie dieser kommen, Menschen sind, die keinen Stimme haben, weil sie unbeschreiblich arm sind und weil sie in dieser Armut und in ihren Communities feststecken. Deshalb komme ich nicht nach Barcelona, um groß Essen zu gehen und um mir die touristischen Sehenswürdigkeiten anzusehen, sondern ich bin hier, um über AIDS zu sprechen. Deshalb sage ich "Richtet euch nicht ein!". Wenn ihr essen gehen wollt, geht essen, aber bleibt darauf konzentriert, für wen ihr wirklich hier seid!

Es gibt Erfolge. Es gibt Euren Sieg im Gericht zu Gunsten der Einrichtung von Mutter-Kind-Übertragungsprophylaxeprogramme. Es gibt Pilotprojekte, in denen behandelt wird, vor allem in der Provinz Western Cape. Seid ihr auch stolz darauf?

Natürlich sind wir auch stolz auf diese Erfolge, aber wir sind nicht mit ihnen zufrieden. Durch alle unsere Erfolge haben wir trotzdem nicht das erreicht, was wir eigentlich wollen, nämlich ein besseres Gesundheitssystem und Zugang zu Gesundheitsversorgung für alle, die es brauchen. Wir sehen die Erfolge, aber auch, dass FreundInnen und FreundInnen von FreundInnen weiter sterben. Dieses Jahr sind vier Menschen, die ich näher kannte und mit denen ich zusammengearbeitet habe, gestorben. Damit kannst du nicht zufrieden sein. Die Erfolge sind wie eine Plattform, um die Dinge in Bewegung zu halten und um Menschen mit realen Möglichkeiten zu inspirieren.

Interview: Martina Pech/Indrajit Ghosh

Anmerkung:

1) Das Mutter-Kind-Prophylaxeprogramm in Südafrika bietet schwangeren Frauen und ihren Partnern die Möglichkeit, sich auf HIV testen zu lassen. Im Fall eines positiven Ergebnisses wird eine antiretrovirale Behandlung mit AZT oder Nevirapin (Viramune) während der Schwangerschaft bzw. für das Kind einmalig nach der Geburt angeboten, was das HIV-Übertragungsrisiko um 50% senkt. Hinzu kommt die Ausgabe von Babynahrung, um die HIV-Übertragung durch Stillen zu verhindern, sowie Unterstützung in Selbsthilfegruppen, um Stigmatisierung und Diskriminierung entgegenzuwirken.

13. Coca Cola sucks. Aufruf zu einer Kampagne gegen Repression gegen kolumbianische GewerkschafterInnen

Autor: Coca Cola Kampagne · Rubrik: Kolumbien · CD-Datei: daten/aksuche/ak464/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:464:17

Kolumbianische Gewerkschaften und die Kampagne gegen Straflosigkeit - Colombia Clama Justicia mobilisieren für eine internationale Kampagne gegen Coca Cola. In den USA hat die Stahlarbeitergewerkschaft United Steel Workers aus Solidarität mit den kolumbianischen KollegInnen eine Klage gegen Coca Cola vor dem Distriktgericht von Südflorida eingereicht.

Parallel dazu will ein breites Bündnis von baptistischen Kirchen, Trade Unions und Menschenrechtsgruppen in den USA in diesem Sommer auf die Arbeitsbedingungen bei dem Getränkekonzern hinweisen. Auch Gruppen in Italien, Belgien und Großbritannien haben ihre Unterstützung zugesagt. In Italien reicht das Spektrum von der christdemokratischen UIL bis zu den COBAS.

Konkret in Vorbereitung sind drei sogenannte Audiencias Publicas: Meinungstribunale, mit denen internationale Öffentlichkeit hergestellt werden soll: Das erste hat Mitte Juli in Atlanta/USA stattgefunden, die anderen beiden finden am 12. Oktober in Brüssel/Belgien und am 5. Dezember in Bogotá statt. Außerdem soll es zahlreiche dezentrale Aktionen und Veranstaltungen geben.

Die Meinungstribunale reihen sich ein in die Kampagne gegen Straflosigkeit - Kolumbien fordert Gerechtigkeit, die von mehr als hundert kolumbianischen Organisationen, darunter auch dem Gewerkschaftsverband CUT, getragen wird und bereits mehrere internationale Meinungstribunale in Kanada, Spanien und Kolumbien organisiert hat.

Um eins gleich klar zu stellen: Uns geht es nicht darum, Coca Cola als Symbol einer vermeintlichen US-Kultur zu brandmarken. Bei der Politik der transnationalen Unternehmen spielt es keine Rolle, ob sich der jeweilige Firmensitz nun in den USA, Großbritannien, der Schweiz oder in Deutschland befindet. BP, Nestlé oder Mercedes Benz haben nicht weniger Dreck am Stecken als Coca Cola. Wenn wir in diesem Fall jedoch über Coca Cola sprechen, dann deswegen, weil es konkrete Ereignisse gibt, die konkrete Solidarität erforderlich machen.

Mit der Kampagne wollen wir mehrere Ziele verfolgen:

Globalisierungskritik leisten: Wir denken, dass sich der gewalttätige Aspekt von Globalisierung am Beispiel Coca Cola-Kolumbien gut aufzeigen lässt. Was die Mächtigen als ganz normalen Fortschritt bezeichnen, bedeutet für die Betroffenen häufig noch mehr Ausbeutung und Terror.

Eine Schnittstelle zwischen Anti-Globalisierungsbewegung und Gewerkschaften schaffen: Die Kampagne bietet die Möglichkeit, dass verschiedene Gruppen aus unterschiedlichen politischen Spektren bei einem konkreten Anliegen zusammenarbeiten. Wie bei der deportation-class-Kampagne gegen Lufthansa soll es den Gruppen dabei möglich sein mitzumachen, ohne großartige Absprachen treffen zu müssen.

International agieren: Wenn es darum geht, Menschen in verschiedenen Ländern gegeneinander auszuspielen, wird immer wieder die "Standortkonkurrenz" ins Feld geführt. Die einzige funktionierende Antwort darauf ist: Wir müssen selbst transnational handeln. Arbeitsrechte lassen sich nur noch in einem internationalen Rahmen verteidigen.

Konkret Arbeitsbedingungen verbessern: Vor allem aber geht es uns darum, die konkreten Bedingungen für die Gewerkschaft SINALTRAINAL in Kolumbien zu verbessern. Gewerkschaftsarbeit ist dort kaum noch möglich, betriebliche Organisierung wird durch Entlassungen und Anschläge verhindert. Für gewerkschaftliche Arbeit gibt es kaum noch eine andere Chance als die Mobilisierung außerhalb des Unternehmens. Unser Druck kann - wie zahlreiche Beispiele in der Vergangenheit bewiesen haben - etwas zur Veränderung der Situation beitragen. Diese Chance wollen wir nutzen.

Es gibt viele Möglichkeiten, an diese Kampagne anzudocken. Jede/r kann sich Aktionsformen ausdenken. Wenn ihr Hintergrundinformationen braucht, könnt ihr diese jederzeit bei uns erhalten. Wir stellen uns nur ein

konkretes Ziel: Die Kampagne gegen Coca Cola sollte so lange gehen, bis der Konzern seine Entlassungspolitik einstellt, gewerkschaftliche Organisierung akzeptiert und Maßnahmen gegen den Paramilitarismus im und um den Betrieb herum ergreift. Coca Cola darf sich nicht darauf zurückziehen, dass die Abfüllanlagen nicht zum Mutterkonzern gehören. Wäre in einer kolumbianischen Abfüllanlage Gift in die Getränkeflaschen gelangt, hätte Coca Cola sicherlich auch scharf durchgegriffen. Also kann das Unternehmen durchaus handeln, wenn seine Lizenznehmer Gewerkschafter erschießen lassen!

Coca Cola Kampagne

Die Kampagne wird unter anderen unterstützt von: Callcenteroffensive Berlin, Labournet, Chemiekreis Wuppertal, Solidaritätsnetzwerk (ISNRSI), TIE, Für eine linke Strömung (FelS) Berlin, Ulla Jelpke und Carsten Hübner (MdB-PDS), Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre, Gruppe fidi.direct in verdi, Citi-Critic e.v. (Verein zur Förderung von Demokratie in Arbeitswelt und Gesellschaft), FDCL-Berlin (Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika), Arbeitskreis Internationalismus der IG Metall Berlin, Infobüro Nicaragua, CUBA SI, Rote Hilfe e. V., ASW (Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt)

Der Aufruf wurde aus Platzgründen redaktionell gekürzt. Die vollständige Fassung und weitere Infos zum geplanten Meinungstribunal und einer Rundreise im September findet sich unter: www.kolumbienkampagne.de,

Kontakt zur Kampagne: "Coca Cola-Kolumbien", c/o Schwarze Risse, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin, Kolumbien-odyssee@gmx.net

14. Bei Streik Lebensgefahr. Coca Cola lässt in Kolumbien GewerkschafterInnen umbringen

Autor: Interview: Dario Azzellini · Rubrik: Kolumbien · CD-Datei: daten/aksuche/ak464/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:464:16

Jedes Jahr werden in Kolumbien mehr als 5.000 Oppositionelle umgebracht. Dabei dient der Krieg gegen die bewaffneten Aufstandsbewegungen als Vorwand, die Aktiven sozialer Bewegungen zu ermorden. Bei Coca Cola in Kolumbien haben Todesschwadrone seit 1990 etwa 120 Übergriffe auf GewerkschafterInnen verübt, darunter sieben Morde. Die Gewerkschaft der NahrungsmittelarbeiterInnen SINALTRAINAL soll zerstört werden. Mit einer internationalen Kampagne machen die GewerkschafterInnen nun auf ihre Situation aufmerksam. Wir interviewten einen SINALTRAINAL Aktivisten, der aus Sicherheitsgründen anonym bleiben muss.

ak: Unter welchen Bedingungen arbeiten GewerkschafterInnen in Kolumbien?

SINALTRAINAL: In keinem Land der Welt sterben so viele GewerkschafterInnen eines gewaltsamen Todes wie in Kolumbien. Fast 160 waren es im vergangenen Jahr, nahezu 4.000 im Laufe des vergangenen Jahrzehnts. Auffällig ist dabei die Zunahme der Morde während Arbeitskämpfen und Betriebskonflikten. D. h. GewerkschaftsführerInnen sind meist bewaffnet, haben auf jeden Fall bewaffnete Leibwächter und gepanzerte Fahrzeuge und auch die Gewerkschaftszentralen sind gepanzert und mit Kameras ausgerüstet. Darüber hinaus darf ein Gewerkschafter niemals in Routine verfallen, das wäre sein sicherer Tod. Er darf nie zwei Mal hintereinander den gleichen Weg gehen, er darf keine regelmäßigen Termine oder Zeitabläufe haben, und er muss immer sehr aufmerksam beobachten, was um ihn herum passiert. Aber selbst das kann ihn meistens nicht vor dem Tod retten.

Wann begann der organisierte militärische Angriff auf die Gewerkschaften?

In den 80er Jahren. Führend daran beteiligt sind transnationale Unternehmen wie Coca Cola. Die Methoden reichen von Drohungen, Verschleppungen und Folter bis hin zu Mord. Bei einer Feier 1996 mit viel Alkohol verkündete Mario Mosquera, Firmenleiter von Panamco (dem kolumbianische Coca Cola-Abfüller), in Carepa lauthals, dass er mit Hilfe der Paramilitärs der Gewerkschaft ein Ende setzen werde. Seitdem sind in Carepa mehrere Gewerkschaftsaktivisten ermordet worden, und die Paramilitärs bewegen sich ungestört auf dem Werksgelände. Von der kolumbianischen Regierung ist keine Hilfe zu erwarten. Bisher blieben alle diese Verbrechen ungeahndet. Schlimmer noch. Als Coca Cola einmal fünf Gewerkschaftsführer des Terrorismus anklagte, wurden sie anderthalb Jahre lang inhaftiert. Dann wurden sie einfach freigelassen, da der Vorwurf absurd war. Aber sie bekamen keine Entschädigung, und es wurde auch nicht erklärt, warum sie überhaupt 18 Monate lang festgehalten wurden.

Was steht hinter diesen Angriffen auf Gewerkschafter?

Anfang der 90er Jahre arbeiteten in den verschiedenen Coca Cola-Niederlassungen Kolumbiens etwas über 10.000 Arbeiter, sie verfügten alle über unbefristete Verträge und ein durchschnittliches Einkommen von 600 bis 700 US-Dollar. Heute, nach einer grundlegenden Umstrukturierung des Unternehmens, haben nur noch etwa 2.500 Arbeiter Verträge von Coca Cola, aber nur 500 davon feste Verträge, weitere 7.500 sind über Subunternehmer beschäftigt. Ihr durchschnittliches Monatseinkommen beträgt nur noch etwa 150 US-Dollar. Im Zusammenhang mit zwei Streiks wurden bei Coca Cola Kolumbien 1995/1996 sieben unserer Gewerkschaftsführer ermordet, über 50 mussten ihre Regionen verlassen, und über 6.000 der insgesamt 10.000 Beschäftigten wurden während des vergangenen Jahrzehnts ausgetauscht. Die Zahl unsrer Mitglieder bei Coca Cola sank von ehemals 2.500 auf nur noch 500. Doch auch den mit Hilfe des Unternehmens gegründeten neuen Mini-Gewerkschaften, die im Sinne von Coca Cola handeln sollen, ergeht es nicht gut, sobald sie zu viel fordern. Im vergangenen Jahr musste die unternehmertreue Kleinstgewerkschaft SINALTRAINBEC diese Erfahrung machen, als zwei ihrer Vertreter von Paramilitärs ermordet wurden.

2001 reichte die Gewerkschaft SINALTRAINAL eine Zivilklage gegen den Konzern in Florida ein. Wie sieht es aktuell aus?

Die Klage wurde zugelassen und befindet sich in der Phase der Beweisaufnahme. Wir wollen erreichen, dass die Verantwortung des Konzerns für die Übergriffe und Morde an Gewerkschaftern festgestellt wird, eine

moralische und ökonomische Entschädigung für die Opfer erfolgt und auf die Situation der Gewerkschaften in Kolumbien aufmerksam gemacht wird. Unterstützt werden wir dabei von dem 20 Millionen Mitglieder fassenden US-amerikanischen Gewerkschaftsdachverband AFL-CIO, den Transportarbeitern der Teamsters, der Metallarbeitergewerkschaft, der Internationalen Union der Lebensmittelarbeitergewerkschaften (IUL).

Wie hat denn Coca Cola auf die Klage reagiert?

Coca Cola scheint sehr um das eigene Image besorgt zu sein. Sie streiten jede Verantwortung und Verwicklung in die Geschehnisse ab und haben eine Klage wegen Verleumdung und üble Nachrede gegen uns eingereicht. Auch die US-Regierung hat sich sehr für den Fall interessiert. Jetzt bekommen wir ständig Besuch von Vertretern des US-Außenministeriums und der US-Botschaft in Kolumbien, die uns sagen, die Weltlage sei nicht so, wie wir sie sehen, und wir sollten noch einmal überlegen, ob es nicht außergerichtliche Alternativen gibt, um Probleme zu lösen. Im Januar wurde in Bogotá auch ein ehemaliger Coca Cola-Arbeiter von Paramilitärs entführt und bedroht. Es wurde ihm gesagt, wenn er seine Aktivitäten fortsetze, würden sie ihn töten. Zwei weiteren Ex-Coca Cola-Arbeiter, die in dem Verfahren als Zeugen auftreten sollen, wurde mitgeteilt, die Paramilitärs würden sie suchen, um sie zu ermorden. Der Konzern soll damit nichts zu tun haben?

Wie sieht denn die Verwicklung des Staates in diese Verbrechen aus?

Die Paramilitärs sind integraler Bestandteil der staatlichen Strategie. Die Verbindungen der Armee zu den Paramilitärs sind so eng, dass die US-amerikanische Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch im vergangenen Jahr die Paramilitärs als die "VI. Division der Streitkräfte" bezeichnete.

Welche Vorschläge hat SINALTRAINAL für die Zukunft Kolumbiens?

Aus unserer Sicht als Gewerkschaft im Lebensmittelsektor denken wir, dass es notwendig ist, die Monopole aufzulösen, eine Landreform durchzuführen, das Land zu demokratisieren, den Zentralismus des Staates abzuschaffen und den Regionen mehr Entscheidungsspielräume zu geben. Die Produktion sollte darauf ausgerichtet sein, eine regionale und nationale Lebensmittelselbstversorgung zu erzielen. Wir wollen ein Modell demokratischer Entwicklung, das dem neoliberalen Modell entgegensteht. Kolumbien gehört zu den reichsten Ländern der Welt, was Bodenschätze, Wasser, Anbauflächen, Biodiversität usw. betrifft, und gleichzeitig leben 26 der 43 Millionen Einwohner unterhalb der Armutsgrenze, acht Millionen von ihnen gelten als mittellos und vier Millionen sterben an Hunger. Trotz seines immensen Reichtums gehört Kolumbien zu den zehn Ländern der Erde, in denen am meisten Menschen hungern.

Interview: Dario Azzellini

15. Metamorphosen des Zapatismus

Autor: Dieter Boris und Albert Sterr · Rubrik: Mexiko · CD-Datei: daten/aksuche/ak464/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:464:12

Der Sieg des Konservativen Vicente Fox bei den Präsidentschaftswahlen im Juli 2000 markiert das Ende des wirtschaftlichen und politischen Sonderweges Mexikos in Lateinamerika. Damit wurde auch die langlebigste Staatspartei der Welt, die "Partei der Institutionellen Revolution" (PRI), von den Schalthebeln der Macht verdrängt. In ihrem demnächst erscheinenden Buch "FOXtrott in Mexiko" ziehen Dieter Boris und Albert Sterr eine Bilanz der turbulenten Umwälzungen. Der hier vorabgedruckte Text behandelt die Wandlungen und Perspektiven des Zapatismus.

Bei all ihrer Wandlungsfähigkeit, welche die Diskurse und die Praxis der EZLN auszeichnet, scheint es uns doch einen Kernbestand von politischen und sozialen Charakteristika zu geben, die für die Zapatisten durch alle Phasen hindurch kennzeichnend waren und die unabhängig von Medienhypes, Bewegungsdynamiken und Regierungspolitiken für das Wesen des Zapatismus von Bedeutung sind. Einige Elemente seien erwähnt: Neben der sozialen Basis in ziemlich genau definierbaren indianischen Gemeinden in abgelegen Regionen von Chiapas fehlt bis heute, abgesehen von der unorganisierten, politisch unklaren sowie auf und ab oszillierenden Sympathie, eine feste Verankerung in den Städten. Daher ist es nicht verwunderlich, dass die Bemühungen der Zapatisten im wesentlichen auf die Veränderung der Lebensverhältnisse auf dem Lande zielen. Der Zapatismus war immer und ist weiter eine hauptseitig ländliche Bewegung, die seit dem San-Andres-Friedensabkommen im Jahre 1996 ihr Hauptaugenmerk zudem auf die Lebensverhältnisse der Indígenas richtet.

Für den Politikansatz der EZLN war und ist weiter kennzeichnend, dass sie zu anderen linken, linksradikalen bzw. bewaffneten Gruppen keinen kontinuierlichen Kontakt sucht oder sich, mit wechselnden Begründungen, sogar von ihnen fern hält. Mit politischen Parteien wollen die Zapatisten ebenso wenig zu tun haben. Dies gilt auch für die links-zentristische PRD (Partei der demokratischen Revolution), die parlamentarische Vorstöße zu Gunsten der EZLN unternommen hat und deren Basis sich mit jener der EZLN teilweise überschneidet. Die EZLN selbst agiert seit ihrer Gründung 1984 aus dem Untergrund heraus mit einer klar außerparlamentarischen und teils antiinstitutionellen Stoßrichtung, jedoch ohne einen greifbaren Vorschlag, was an Stelle der abgelehnten Wahl- und Vertretungsmechanismen und Institutionen treten soll. "Realpolitik", verstanden als Bereitschaft zu Verhandlungen um vergleichsweise geringe Spielräume, oder das Ringen um lokale bzw. regionale Wahlämter und Posten im Staatsapparat wird selbst in ihren Hochburgen strikt abgelehnt.

Stattdessen spielen ethische und moralische Begründungen für die eigene Politik, die von den Zapatisten selbst als "rebellisch" bezeichnet wird, eine maßgebliche Rolle. Dabei werden höchste moralische Erwartungen an die Uneigennützigkeit und Selbstlosigkeit der Aktivisten formuliert: "Für alle alles, für uns nichts", so der entsprechende Slogan, dessen subjektorientierter Maximalismus im Kern das beinhaltet, was Che Guevara von den Revolutionären als "neuen Menschen" verlangte.

Die genannten Elemente prägten von Anfang an sowohl das Selbstverständnis der vom Guevarismus beeinflussten FLN-Guerilleros als auch jenes der Indígenas. Wenngleich die EZLN, was das Gros ihrer Aktivisten und Aktivistinnen betrifft, eine indianische Bewegung ist, so sollte doch die Verbindungslinie zur linksradikalen Guerillatradition Mexikos nicht ausgeblendet werden. Schließlich ist der mit großem Abstand wichtigste Vertreter des Zapatismus, Marcos, kein Indianer und kommt aus einer dieser Gruppen. Aus dieser Tradition speist sich auch ein inhaltlich wenig differenzierter, jedoch deutlich ausgeprägter Antiimperialismus, der sich je nach historischer Phase primär als Anti-Amerikanismus oder als Ablehnung der Globalisierung manifestiert. Dass dieser linksradikale Strang der EZLN-Geschichte auch abgesehen vom Zapatistensprecher weiterhin von Belang ist, zeigt auch die ansonsten vollkommen unverständliche Nominierung des FLN-Kaders Fernando Yánez für die Schlüsselfunktion als EZLN-Verbindungsmann für die Gespräche mit der Regierung Fox.

Eine bewaffnete Gruppe, die Politik macht

Die einseitige Waffenstillstandserklärung der Regierung und deren Dialogangebot boten die Voraussetzung für die dritte Metamorphose der Zapatisten: Von der Aufstandsbewegung verwandelten sie sich "in eine

bewaffnete Gruppe, die Politik macht", so Marcos knappe und treffende Charakterisierung der heutigen EZLN (Proceso, 11.3.2001). Die Zapatistenführung, die sich bis dahin zehn Jahre lang ausschließlich um die Vorbereitung zuerst defensiver und dann offensiver Militäraktionen gekümmert hatte, war weder inhaltlich noch von ihrer inneren Struktur her auf die politischen Turbulenzen eingestellt, die Mexiko in den Monaten nach ihrem Aufstand den Stempel aufdrücken sollten. "Wir waren bereit, die Waffen zu erheben, weil wir uns darauf vorbereitet hatten. Aber wir hatten nie gedacht, dass wir das Politik machen brauchten", fasste Kommandant Tacho das Dilemma zusammen (Le Bot 1997: 236).

Seit Februar 1994, dem Beginn der ersten Gesprächsrunde mit der Regierung, laboriert die EZLN an dem inneren Widerspruch, dass sie mit einer vom überlegenen Gegner eingekreisten bewaffneten Organisation Politik machen muss. Das militärische EZLN-Führungspersonal ist nach EZLN-Angaben einem Gremium indianischer Gemeindechefs verantwortlich, deren Bezugspunkt die abgeschiedenen und pauperisierten Indígena-Gemeinden sind. Keine besonders günstigen Voraussetzungen, um mit dauerhaftem Erfolg in den komplexen Transitionsprozess Mexikos zu intervenieren. Die EZLN fand einen unorthodoxen Ausweg: Sie machte aus ihrer politischen und inhaltlichen Not eine öffentlichkeitswirksame demokratische Tugend, indem sie etwa die Methode der "Befragung" (consulta) oder die Einbeziehung externer Berater sowie Vertreter sozialer und politischer Gruppen zum Essential ihres Selbstverständnisses erklärte. "Fragend gehen wir" (preguntando caminamos) fassen die Zapatisten ihre Herangehensweise an für sie neue Probleme zusammen.

Dieser verbale Anti-Avantgardismus, den die EZLN seither wie eine Fahne vor sich herträgt, kommt bei einem Teil der progressiven Mittelschichten sowie bei Intellektuellen gut an. So zitiert etwa die bekannte mexikanische Autorin Elena Poniatowska zustimmend eine Erklärung der Zapatisten-Generalkommandantur, welche die neue Unbestimmtheit herausstreicht: "Der Zapatismus ist keine neue Ideologie oder Wiederauflage alter Ideologien. Den Zapatismus gibt es nicht, er existiert nicht. Er dient nur, so wie Brücken dazu dienen, von einer Seite auf die andere zu kommen. Deshalb haben alle im Zapatismus Platz, alle, die von einer Seite auf die andere kommen wollen. Es gibt keine Rezepte, keine Linien, keine Strategien, Taktiken, Gesetze, Regeln oder universale Parolen. Es gibt nur eine Sehnsucht: eine bessere Welt zu schaffen, das heißt eine neue. Zusammengefasst: Der Zapatismus gehört niemandem, deshalb gehört er allen" (Marcos, 1997: 19).

Die vermeintliche "Offenheit" dieses Ansatzes gilt bei kenntnisreichen Unterstützern wie Ulrich Brand als "politisch offensives Moment", da "neue Wege gesucht werden, ohne gleich wieder Antworten vorzugeben" (Brand, 2000: 17). Dabei sind mit Ausnahme der Autonomiefrage weder konkrete Ziele noch die Weggefährten und die Art und Weise, wie man sich vorwärts bewegt, also Strategie und Taktik - etwa die Ablehnung des Kampfes um politische Macht oder die undiskutierbare Aversion gegen Parteien an sich - Gegenstand der öffentlichen Debatte zwischen der EZLN und ihren Bündnispartnern. Dies wird ebenso in Kauf genommen wie die Verschwommenheit und teilweise Widersprüchlichkeit der politischen Aussagen.

Jens Winter (1999: 16) attestiert dem zapatistischen Diskurs eine "äußerst effektive Konzeptionslosigkeit von hoher mobilisierungsstrategischer Bedeutung". Er gehört zu den wenigen, die sehen, dass diese Unbestimmtheit keineswegs nur Vorteile hat. Denn sie ermöglicht zwar einerseits, dass sich unterschiedlichste Kräfte bei EZLN-Kampagnen positiv auf den Zapatismus beziehen können mit der erwünschten Konsequenz großer Breitenwirkung, jedoch um den Preis, dass die damit verbundenen weit auseinander laufenden Interpretationen nicht dauerhaft zu bündeln sind. Die Folge: An sich vielversprechend scheinende Kampagnen wie die "Nationale Demokratische Konvention" (CND) oder die Versuche, mit der "Nationalen Befreiungsbewegung" (MLN) und der "Zapatistischen Front" (FZLN) über die indianischen Bewegungen hinaus zivile pro-zapatistische Strukturen auf gesamtstaatlicher Ebene zu schaffen, zerfielen nach Anfangserfolgen bzw. stagnieren auf niedrigem Niveau im Falle der "Zapatistischen Front". Damit scheiterte die EZLN mit ihrem Ansinnen, sich außerhalb von Chiapas als dauerhafte Organisation mit gesamtmexikanischem Anspruch zu etablieren.

Da die Organisationsansätze jenseits der militärischen Struktur EZLN Schiffbruch erlitten, wurden die Reden, Interviews, Kommuniqués und auch das oft monatelange Schweigen ihres Sprechers Marcos zu den Waffen, welche die Regierungen mehr zu fürchten hatten als das eher kärglich ausgestattete Kriegsarsenal der EZLN. Marcos, und nur er, brachte es mit seinem Diskurs fertig, die Zapatisten außerhalb der Parteien und unabhängig von den sozialen Bewegungen als eigenständigen und kampagnenfähigen Bezugspunkt zu etablieren. Unter anderem pflegt er weit gespannte Beziehungen zu bekannten Schriftstellern, Intellektuellen

und Künstlern, was dem Zapatismus international ein hohes Maß an Aufmerksamkeit und Wohlwollen sichert. Seit ihrem ersten Auftreten sind die Zapatisten immer wieder für überraschende Initiativen und öffentlichkeitswirksame Inszenierungen gut.

Indianische Gemeinschaften als soziale Basis

Die Indígena-Gemeinschaften in den Hochburgen der Zapatistenbewegung befinden sich ebenfalls in einem Transformationsprozess. Polarisierung und Fraktionierungen spalteten die bis zur Erhebung relativ homogenen Gemeinschaften. So zeigt etwa die Langzeituntersuchung von Xóchitl Leyva Solano einige Folgeerscheinungen auf, nachdem die Indígena-Gemeinden im Lakandonen-Urwald im Zuge der Eskalation des Konflikts und des Einrückens massiver Armeeverbände die alleinige Kontrolle über ihr Territorium einbüßten. Unmittelbare Folge davon war ein Hochschnellen politisch motivierter Gewaltanwendung vor allem von Seiten der Paramilitärs (Gabbert, 2001: 142f.), die allein von 1995 bis 2000 mindestens 122 Menschen ermordeten und weitere 21 "verschwinden ließen", wie das bischöfliche Menschenrechtszentrum CDHFBC (2001: 63) belegt.

Armeepräsenz und paramilitärische Gewalt führten je nach Gemeinde zur Einschränkung oder zum Verlust der politischen Hegemonie der EZLN. Die teils gewalttätigen Fraktionierungen in vielen Gemeinden, die auch von der EZLN etwa in ihrer Neujahrsbotschaft zum Jahr 2002 als Faktum anerkannt werden, hatten die Etablierung eines mehr oder weniger ausgeprägten organisatorischen und politischen Pluralismus zur Folge, dessen konkrete Konfiguration von Gemeinde zu Gemeinde unterschiedlich ist. Der Verlust der relativen inneren Homogenität und heftige interne Konfrontationen sind einerseits direktes Ergebnis des bewaffneten Konfliktes, der neue Akteure wie Soldaten, Paramilitärs und Staatsangestellte in die Region brachte.

Andererseits resultieren sie auch aus der ideologischen Konfrontation zwischen dem Zapatismus und seinen Gegnern bzw. Feinden in den indianischen Gemeinden selbst. Gabbert betont, dass es dabei auch Kräfte wie die Vereinigung "Las Abejas" (Die Bienen) oder Teile der PRD-Wählerschaft gibt, die zwar politische und soziale Forderungen der EZLN unterstützen, jedoch im Falle der PRD Distanz halten, weil die EZLN eine Aufstandsbewegung ist, oder das religiöse Element stark betonen, wie die Vereinigung "Las Abejas". Als weiteres Unterscheidungsmerkmal ist der variierende Grad an Staatsferne zu nennen. Während sich beispielsweise die EZLN-Basis relativ pauschal weigert, mit staatlichen Autoritäten zu kooperieren, schloss die Vereinigung "Las Abejas" mit der neuen Regionalregierung unter Pablo Salazar Meduguchía im August 2001 ein Abkommen, das die Rückführung von 2.500 Tzotzil-Indígenas in ihre Herkunftsorte ermöglichte. Zu den politischen und ideologischen Differenzen kommen Streitigkeiten innerhalb oder zwischen Gemeinden um die Besitz- und Nutzungsrechte von Land. Auch die religiöse Intoleranz von Katholiken (in Chiapas 63,8%) einerseits und der Vielzahl emsig missionierender protestantischer Kirchen und evangelikaler Sekten (zusammen über 20%) andererseits sollte nicht unterschätzt werden.

Standen sich in der Vergangenheit in der Regel PRIisten und Zapatisten gegenüber, so nahmen seit Amtsantritt des Gouverneurs Pablo Salazar Meduguchía, Repräsentant der Anti-PRI-Opposition, auch die Konflikte zwischen Zapatisten und PRD-nahen Gruppen deutlich zu. Nicht zuletzt dadurch, dass über staatliche Programme an Campesinos Land vergeben wird, das bekanntermaßen von Zapatisten bearbeitet oder besetzt ist, resümiert das Menschenrechtszentrum "Fray Bartolomé de las Casas" seine detaillierten Fallbeobachtungen (CDHFBC, 2001: 75 - 82). Die Spaltungen manifestieren sich auch in Wahlergebnissen. Es ging so weit, dass die Staatspartei PRI angesichts der Boykottlinie, welche die EZLN zwischen 1995 und 2001 vertrat und die in erster Linie der links-zentristischen PRD schadete, selbst in Zapatistengebieten - bei einer Quote von Wahlenthaltungen zwischen 50% und 80% je nach Wahlbezirk und Jahr - Stimmenmehrheiten einheimsen konnte (Sonnleitner, 2001: 32f). Dank der niedrigen Wahlbeteiligung, die vor allem den Oppositionsparteien schadete, genügten der PRI die Stimmen von etwa einem Viertel der Wahlberechtigten, um absolute Mehrheiten zu erreichen. Die Ergebnisse bei den Gemeinde- und Regionalwahlen im Oktober 2001 deuten darauf hin, dass EZLN-Anhänger in einigen Konfliktgemeinden wie Las Margaritas, Sabanillas und Chilón der PRD mit zu Wahlsiegen oder zu einer starken Oppositionsrolle wie in Ocosingo verhalfen, während sie in anderen Kerngebieten der Rebellion wie in San Andrés Larrainzar die Wahlen weiter geschlossen boykottierten (El Proceso Sur, 13.10.01).

Vor allem die PRI-Gemeindevorsteher und Paramilitärs, aber auch die Zapatisten, so berichten glaubwürdige Quellen wie die kirchliche Menschenrechtsorganisation "Fray Bartolomé de Las Casas", versuchten die

Vorherrschaft in "ihren" Territorien zu sichern. In vielen Fällen wurden deshalb AnhängerInnen der Minderheitsmeinung aus dem Machtbereich der Mehrheitsgruppe einfach vertrieben, was die Elendsgürtel um die regionalen Zentren San Cristóbal de las Casas, Ocosingo oder Comitán anschwellen ließ. In diesem Zusammenhang scheint es zumindest sehr einseitig, wenn die Ausrufung "rebellischer und autonomer Gemeinden", von denen es Ende 2001 insgesamt 39 gab und die Zentren des zapatistischen Widerstands sind, wie etwa von Bellinghausen (2001) als konkrete Umsetzung des Autonomiegedankens gedeutet wird. In einer Reihe von Fällen vor allem im Landkreis Ocosingo, wo die Ausrufung der autonomen Gemeinden mit einem Bevölkerungsaustausch einherging, manifestieren sich darin auch zentrifugale Tendenzen in den von den Zapatisten kontrollierten Gebieten. PRI-Anhänger verließen die autonomen Zapatistengemeinden, und diese nahmen ihrerseits EZLN-Anhänger auf, die aus anderen Dörfern vertrieben worden waren. Auf diese Weise wurden vor der ohnehin anstehenden Neudefinition der Verwaltungsgrenzen Fakten geschaffen und Machtpositionen festgezurrt. Da die Rebellengemeinden unter Bedingungen des permanenten Belagerungszustandes funktionieren, der den Gegensatz Innen/Außen zur Achse des sozialen und politischen Handelns macht, sollte deren von der EZLN vielfach beschworene Einheit und kämpferische Entschlossenheit nicht überbewertet werden. Bei nachlassendem Außendruck werden sich auch in diesen Gemeinden unterschiedliche soziale und politische Positionen herausbilden.

Wichtig festzuhalten scheint uns, dass die Gebiete in Chiapas, in denen die EZLN eine politische und soziale Hegemonie innehat, im Laufe der letzten Jahre keineswegs größer sondern eher kleiner geworden sind. Dies ist nicht zuletzt Ergebnis der Einschüchterungs- und Abnutzungsstrategie, welche die Widerstandsbereitschaft der indianischen Ureinwohner auf eine harte Probe stellt.

"Autonomie der Indígenas"als neues Ziel der EZLN

Inhaltlich hat die EZLN, seit sie eine "bewaffnete Gruppe" ist, "die Politik macht", einen deutlichen Kursschwenk vollzogen: Der Sturz der PRI-Herrschaft und der Einsatz für die Errichtung einer neuen Demokratie wurde als Leitlinie sukzessive abgelöst von der Forderung nach einem Autonomierecht der Indígenas. Die Umorientierung spiegelt sich auch in den Grundsatzerklärungen der EZLN-Führung wider. Die systemumstürzlerische Position wandelte sich zu einer, die - demokratische Offenheit und taktische Flexibilität der gewählten Regierung vorausgesetzt - heute im Prinzip systemkompatibel und im Grunde "nur" noch reformerisch ist.

Ausgehend vom Kampf gegen das autoritäre PRI-System hatte die EZLN ihr Ziel ursprünglich definiert als "Revolution, die eine Revolution ermöglicht" (Marcos, 1996: 224). Diese unter den bis etwa 1996 gegebenen Rahmenbedingungen subjektiv und objektiv systemsprengende Position sollte eine "Transition zur Demokratie" ermöglichen, "einen freien und demokratischen Raum für das politische Ringen", wie es in der Zweiten Lakandonischen Erklärung hieß. Dafür sei das Absterben des PRI-Systems eine notwendige, jedoch nicht hinreichende Bedingung. Eine wirkliche Lösung in Chiapas sei nicht möglich ohne eine Lösung im ganzen Land. Das Staatsparteiensystem und der Präsidentialismus müssten abgeschafft werden. Die EZLN ging davon aus, dass dies nur durch einen revolutionären Bruch möglich sei, da das Staatsparteiensystem mit dem Machtmonopol der PRI unreformierbar sei (Marcos, 1996: 224 - 228).

Nach dem Waffenstillstand setzte die EZLN auf die Mobilisierung der von ihr begrifflich nicht näher gefassten "Zivilgesellschaft", um dieses Ziel zu erreichen. Mit ihrer "Nationalen Demokratischen Konvention" (CND) zwei Wochen vor den Präsidentschaftswahlen im August 1994 versuchte sie ein Instrument zu schaffen, das die Absetzung des PRI-Präsidenten, die Einberufung einer Übergangsregierung sowie einer verfassunggebenden Versammlung ermöglichen sollte. Zwar erzielte die Konvention große Aufmerksamkeit und einen beträchtlichen Zulauf; die klare Wahlniederlage der Opposition machte jedoch den intendierten politischen Ansatz zunichte, eine Form demokratischer Transition zu entwickeln, die nicht auf Wahlprozesse zuläuft. Bis zur Zweiten Lakandonischen Erklärung vom 10. Juni 1994 erhob die EZLN nur allgemeinpolitische Forderungen wie Wohnung, Land, Arbeit, Ernährung, Gesundheit, Erziehung, Gerechtigkeit, Unabhängigkeit, Freiheit, Demokratie und Frieden.

Erst mit der Dritten Lakandonischen Erklärung vom Januar 1995, die den Aufruf zur Gründung einer zivilen "Nationalen Befreiungsbewegung" (MLN) beinhaltete, die Präsidentschaftswahlen vom August 1994 fern der Realität pauschal als "gigantischen Betrug", die "schmutzigsten in der Geschichte" und "Staatsverbrechen" bewertete und die Oppositionsparteien wegen ihrer vermeintlichen "Kapitulation" geißelte, kam erstmals in

einem an die Öffentlichkeit gerichteten Grundsatzdokument die Indígena-Autonomie ins Spiel. Es gehe darum, die Ureinwohner "mit Gerechtigkeit und Würde in die Nation einzubeziehen". Dabei seien ihre "eigenen Charakteristiken in ihrer sozialen, kulturellen und politischen Organisation" anzuerkennen, argumentierte die EZLN-Führung, um mit der Wiederholung ihrer demokratischen Forderungen zu schließen.

Im nachfolgenden vierten Grundsatzpapier vom Januar 1996 gewinnt die Indígena-Frage weiter an Raum. Hier heißt es erstmals, dass die "Rebellion heute ein braunes Gesicht" habe. Der Selbstverständigungsprozess unter den indianischen Ethnien habe begonnen und setze sich mit seiner eigenen Dynamik fort. In ihrem Aufruf zur Gründung einer zivilen "Zapatistischen Front" führte die EZLN-Führung ihr Demokratieverständnis aus: Die neue, nationale Kraft solle weder den Kampf um die Machtübernahme führen, noch öffentliche oder Wahlämter anstreben und solle auch keine Partei sein. Die FZLN sei offen für alle parteiungebundenen Bürger, die sich nicht mit dem Wechsel der Regierungsparteien begnügen, sondern eine "Regierung des Volkes, für das Volk und vom Volk" anstrebten. Die EZLN wolle eine "Welt, in der alle Platz haben".

Im der fünften und - abgesehen von der Parlamentsrede der Kommandantin Esther vom 28. März 2001 - bislang letzten Grundsatzerklärung stehen die Indígena-Autonomie und der San-Andrés-Friedensdialog völlig im Vordergrund. Wörtlich heißt es in dem im Juli 1998 veröffentlichten Papier: "Der indianische Charakter der EZLN hat sich verstärkt. Sie bleibt ein wichtiger Impulsgeber für den Kampf um die Rechte der indianischen Völker." Soziale Fragen, aber auch der Sturz der PRI-Herrschaft und der Übergang zur Demokratie werden nur noch in Randbemerkungen abgehandelt. Auf andere Herausforderungen wie das Auftreten einer pro-sozialistischen Guerillabewegung geht die Fünfte Lakandonische Erklärung gar nicht ein. Diese schließt den mehrjährigen Prozess der inhaltlichen Reorientierung von einer demokratisch-revolutionären hin zu einer indianischen Autonomiebewegung im Wesentlichen ab.

Diese Umorientierung verstehen wir als Reflex auf die geänderten politischen Rahmenbedingungen, die der bis dahin vorgebrachten Kritik der EZLN am PRI-Staatsparteiensystem, seinem Autoritarismus sowie seinem Mangel an Legalität und Legitimität den Wind aus den Segeln nahmen. Nach den Wahlniederlagen der PRI 1997 (Parlament und Mexiko D.F.) und 2000 (Parlament, Präsidentschaft, Chiapas) stellt sich die Frage hinsichtlich des Übergangs zur Demokratie deutlich anders als zuvor. Das Abheben auf formale Strukturmängel und offenkundige Legitimationsdefizite des Staatsparteiensystems, wie es bis dahin von den Zapatisten praktiziert wurde, ist so nicht mehr möglich. Damit brach der EZLN die massenwirksame Achse ihrer demokratisch-revolutionären Strategie für Mexiko weg. Denn ihr implizites und zudem nicht weiter ausgeführtes radikaldemokratisches Projekt zur tief greifenden Umgestaltung der sozialen Beziehungen findet unseres Erachtens in der mexikanischen Bevölkerung nur geringe Resonanz. Angesichts des Scheiterns ihrer gesamtgesellschaftlichen Konzeption begnügen sich die Zapatisten nun damit, für die indianischen Völker einen gleichberechtigten Platz in der Gesellschaft einzuklagen, der außerdem das Recht auf das Anderssein sichert. Damit ändert sich auch die Bedeutung der EZLN für die mexikanische Politik. Brachte sie ihre demokratisch-revolutionäre Position 1994/95 ins Zentrum der Oppositionsbewegung gegen das PRI-System, so drängte sie die Demokratisierung des Wahlsystems und der Aufschwung ziviler Oppositionsbewegungen wieder an den Rand.

Die darauf erfolgte Re-Orientierung auf den Kampf um Autonomierechte ist, selbst wenn man diesen an sich für berechtigt hält, aus zwei Gründen heikel: Erstens kann eine Bewegung, die sich programmatisch auf lediglich 10-15% der Gesamtbevölkerung bezieht, die Indígenas, und nicht einmal die mindestens 30 Millionen weitere Marginalisierte im Blickfeld hat, kaum Anspruch auf gesamtgesellschaftliche Geltung erheben. Es handelt sich vielmehr um eine Nischenstrategie mit begrenzten Rückwirkungen auf die Gesamtgesellschaft, da sowohl die politische Herrschaft als auch die Produktionsverhältnisse außerhalb der Kritik bleiben. Und zweitens ermöglicht dieser Ansatz allen nichtindianischen Menschen, die außerhalb von Chiapas leben, im Prinzip nur noch eine Form der Parteinahme, wie John Holloway zutreffend anmerkt (Brand 2001: 365): "Wenn die Bewegung sich nämlich als indigene Bewegung definiert, dann ist die einzige Option der Nicht-Indigenen die Solidarität." Hierin ist einer der wesentlichen Gründe zu sehen, warum die zivilen Organisationsansätze der EZLN außerhalb von Chiapas scheitern mussten. Denn die abstrakte Einsicht in die Notwendigkeit der Solidarität mit den Indígenas reicht als inhaltlicher Kern einer eigenständigen Organisierung, die sich ja unter anderen reformerischen, linken und revolutionären Ansätzen behaupten und von ihnen abgrenzen muss, einfach nicht aus.

Vierte Metamorphose: EZLN wohin?

Welchen Weg wird die EZLN einschlagen? Bei aller Ungewissheit scheint eins sicher: Solange die Regierung von Vicente Fox keine Autonomie-Gesetzgebung verabschiedet, welche die indianischen Ethnien zufrieden stellt, werden die Zapatisten ihre Rebellion fortführen. Dies haben sie nach der Verabschiedung des Indianer-Gesetzes erklärt, und sofern sie, was ziemlich unwahrscheinlich ist, nicht mit ihrer Vergangenheit abrupt brechen, so spricht alles dafür, dass sie ihren bisherigen Widerstand gegen die staatliche Politik fortsetzen. Dabei ist durchaus mit neuen und überraschenden politischen Initiativen zu rechnen, um die Themen Autonomie und Friedensdialog wieder in die Debatte zu bringen. Sollte die Regierung ihren Kurs in der Chiapas-Frage verhärten, d.h. die Militärpräsenz ausbauen und die vorhandenen Kräfte offensiver agieren lassen, ohne jedoch den Zapatisten offen den Krieg zu erklären, so ist sowohl möglich, dass die EZLN ihre bisherige Haltung beibehält und ihre bewaffneten Kräfte weiter zurückzieht, um eine Eskalation zu vermeiden. Es sind aber auch Zusammenstöße denkbar, die dann mit hoher Wahrscheinlichkeit den anderen Guerillagruppen EPR, ERPI und FARP Anlass liefern würden, ihrerseits aktiv zu werden. Dieses Szenario mit offenen bewaffneten Konflikten in einigen Bundesstaten im Süden und im Zentrum des Landes könnte den Transitionsprozess insgesamt gefährden.

Marcos hat mehrfach explizit deutlich gemacht, dass die Zapatisten eine derartige Zuspitzung vermeiden wollen, weil der dabei unvermeidliche Blutzoll eine ihrer Ansicht nach zu große Hypothek für den Aufbau eines neuen Mexiko sei. Aus diesem Grund bevorzugen sie den Weg des Dialogs. Wenn für diesen Dialog die noch ausstehende Bedingung, ein akzeptables Autonomie-Gesetz, erfüllt ist, dann sind die Zapatisten auch bereit, mit der Regierung über ihren zukünftigen Status zu verhandeln. Im Interview mit dem Proceso-Herausgeber Julio Scherer García hat Marcos dabei als Ziel angegeben, dass die EZLN die Illegalität verlassen und sich in eine legale politische Organisation umwandeln möchte (Proceso, 11.3.2001). Mit der Ernennung des Architekten Fernando Yánez alias Comandante Germán als EZLN-Emissär für die Kontakte mit Regierung und Parlament wollten die Zapatisten laut Marcos ein Signal in diese Richtung geben, das jedoch nicht verstanden wurde: "Mit ihm sagt die EZLN: Wir sind bereit, uns aus dem Untergrund ins öffentliche Leben zu begeben."

Dieter Boris und Albert Sterr

Leicht gekürzter Vorabdruck aus: FOXtrott in Mexiko. Demokratisierung oder Neopopulismus? Neuer ISP Verlag (Köln). 272 Seiten, 18 EUR. Das Buch erscheint im September 2002.

16. Angekündigter Mord. Argentiniens Staat geht mit aller Gewalt gegen Selbstorganisierungsprozesse vor

Autor: ari · Rubrik: Argentinien · CD-Datei: daten/aksuche/ak464/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:464:32

Darío Santillán und Maximiliano Kosteki sind tot, ermordet von der argentinischen Polizei. Am 26. Juni 2002 wurden sie erschossen - bei einer Straßenblockade im Süden von Buenos Aires. Nur, weil es Fotos gibt, nur, weil diese Fotos auch veröffentlicht wurden, und nur, weil sofort viele Zeugen bereitstanden - nur deshalb steht fest, dass Polizisten die beiden ermordet haben. Gezielt und vorsätzlich: Darío wurde von hinten in den Rücken geschossen, als er sich um den sterbenden Maximiliano kümmerte.

Es war eine ganz normale Straßenblockade, an einem ganz normalen Wintermittwoch in Argentinien. Wie fast jeden Tag irgendwo in oder um Buenos Aires sammeln sich auch an diesem 26. Juni Tausende piqueteros (1), um eine der großen Straßen zu versperren. Dann brennen ein paar Reifen mitten auf der Fahrbahn, vielleicht auch einige Barrikaden. Die einen piqueteros stehen daneben, trinken Matetee - andere sind vermummt und passen auf, dass nichts passiert.

Normalerweise passiert auch nichts, zumindest nichts Gravierendes. Die Vermummung und der Knüppel in der Hand sind zum Symbol der piqueteros geworden, ohne dass die Blockaden je besonders gewalttätig gewesen wären.

An diesem Mittwoch im Juni 2002 ist das anders. Schon eine Woche vorher kursieren in der Stadt Gerüchte, die Polizei wolle mal wieder richtig zuschlagen. Das Ziel der angekündigten Repression scheint klar - anvisiert sind die radikaleren Teile der Bewegung: die MTD (2), die politisch organisierten Arbeitslosen. Besonders eine scheint den Staatsorganen ein Dorn im Auge zu sein: die CTD Aníbal Verón (3). Vor drei Jahren wurde sie gegründet - als Vernetzung kleinerer Stadtteilbewegungen aus dem Süden von Buenos Aires, dort, wo die Armut am größten ist und die Arbeitslosenquote am höchsten.

Selbstorganisation und Blockaden

Schon lange vor den Massenprotesten des vergangenen Dezember fanden sich in den Vororten und Elendsvierteln der Stadt engagierte Leute zusammen, um sich das Nötigste selbst zu organisieren: Baumaterial für die Hütten, billiges Essen für die Bewohner, Bildung für die Kinder. Der Staat hatte sich schon längst jeglicher sozialer Verantwortung entledigt. Von den zahlreichen Armen- und Elendsviertel in der Stadt will er nichts wissen, er will sie auch nicht sehen. Unterstützung gibt es nicht, wenn überhaupt kümmern sich einige kirchliche Gemeinden um die Stadtteile.

Und so machen sich die Bewohner selbst sichtbar - mit den piquetes, den Straßenblockaden und Camps vor Behörden, Rathäusern und Schulen.

Irgendwann vor drei Jahren begann der Vernetzungsprozess: Die kleinen Stadtteilbewegungen MTD schlossen sich zusammen, zu den CTD, den Koordinierungen. Im Süden von Buenos Aires, in Lanús, Quilmes, Almirante Brown und vielen anderen kleinen Vierteln entstand die CTD Aníbal Verón, die heute aus 13 MTD besteht. Dort spielen Partei- oder Gewerkschaftsapparate keine Rolle, weil sie zur Zeit niemand will - auch von den hierarchischen Strukturen der argentinischen Linken möchten sich die MTD nicht vereinnahmen lassen. Zu schlecht sind die Erfahrungen mit Funktionären, die am Ende auch nur auf ihren eigenen Vorteil bedacht sind.

Trotzdem wollen die MTD und ihre Koordinierungen, die CTD, gemeinsam mit anderen linken Gruppen und Organisationen agieren - so war es auch für die Aktionen am 26. Juni geplant: Straßenblockaden an nahezu allen neuralgischen Punkten der Hauptstadt (4) Das war in dem neuen plan de lucha beschlossen worden, einem Aktionsplan für den Winter, der mit den gut koordinierten Blockaden am 26. Juni beginnen sollte. Die Forderungen der MTD und CTD sind immer die gleichen und verhallen doch meist ungehört: ausreichende Versorgung mit Lebensmitteln, ordentliche medizinische Betreuung und bessere Bildungsmöglichkeiten.

Am 26. Juni hatte die CTD Aníbal Verón einen der wichtigsten Blockadepunkte übernommen, die Brücke Pueyrredón nach Avellaneda, im Süden der Hauptstadt. Was dort passierte, hatte so wohl niemand erwartet - obwohl die Gerüchte über die angekündigte Repression schon in der Stadt waberten. Die piqueteros wurden

von einem Großaufgebot an Polizei erwartet, in einen Kessel getrieben und angegriffen. Mit allem, was die Polizisten dabei hatten: Mit Knüppeln, Gummigeschossen und Tränengas. Die Menge rannte auseinander, die Polizisten hinterher. Es gab zahlreiche Verletzte und Festnahmen.

Und dann erschossen die Polizisten Maximilano Kosteki (25) und kurz darauf Darío Santillán (21) - im Bahnhof von Avellaneda. Der Kommissar, der später auf den Fotos zu sehen ist - mit gezogener Waffe, in den Momenten als Darío noch lebte und sich über den sterbenden Maximilano beugte - dieser Kommissar Franchiotti leitete den Einsatz. Er erklärte der Presse wenig später, er wisse nichts von irgendwelchen Toten. Und später: die piqueteros hätten Konflikte untereinander ausgetragen, dabei sei es wohl auch zu Schusswechseln gekommen.

"Se mataron entre ellos" - diese Version war auch die, die zunächst in den bürgerlichen Medien verbreitet wurde. Denn dass die piqueteros gefährliche Straftäter und Räuber seien, das ist immer noch die Meinung vieler. Und das war auch das Bild, das Polizei und Medien in den ersten Stunden nach den Morden fleißig transportierten. Schließlich habe der argentinische Innen-Geheimdienst SIDE schon seit Wochen gewusst, dass ein militanter Flügel der piqueteros Gewalttätigkeiten provozieren wolle. Deshalb hätte man schon zwei Wochen vorher beschlossen, alle Blockaden zu verhindern und keine piqueteros in den Bereich der Hauptstadt zu lassen. Ergebnis dieser Beschlüsse war eine kalkulierte brutale Repression, die in den Stunden nach den Morden ihre Fortsetzung fand in zahlreichen Festnahmen und Razzien in den südlichen Stadtteilen. Auch dort wurde scharf geschossen, die Treffpunkte durchsucht, gestürmt; ein Klima wie zu Zeiten der Diktatur - so die Aussagen der Älteren.

Gezielter staatlicher Mord

In der Öffentlichkeit sollten die piqueteros und gerade dieser radikalere Teil der Bewegung, die sich den alten Strukturen von Parteien und Gewerkschaften verwehren und eine funktionierende Selbstorganisierung aufgebaut haben, als gewalttätig, bewaffnet und gefährlich dargestellt werden. Mit dem Image der gefährlichen Gewalttäter sind die piqueteros auch den fortschrittlicheren Kräften der Mittelschichten suspekt. Und genau dieses Image versuchen die Politiker der etablierten Parteien zu forcieren. Denn vor einem haben sie besonders Angst: Dass sich piqueteros, die frustrierte Mittelschicht und die traditionellen linken Parteien zusammentun könnten, um gemeinsam nach Strategien und Lösungen jenseits der IWF- und Weltbankpolitik zu suchen. Das gilt es in den Augen des argentinischen Establishment zu verhindern.

Im Falle der Repression in Avellaneda scheint diese Strategie aber gescheitert, denn die öffentliche Meinung kippte, als schon am Tag nach den Schüssen in den Zeitungen und im Internet Fotos auftauchten mit den Bildern vom Mord. Kommissar Franchiotti und einige seiner Kollegen wurden festgenommen und zehntausende demonstrierten spontan zur Casa Rosada, dem Sitz der argentinischen Regierung.

Die beiden Ermordeten waren in der CTD Aníbal Verón organisiert. Maximiliano Kosteki in der MTD Puente Perón und Darío in der MTD Lanús. Darío war 21 Jahre alt, gerade hatte er seinen Schulabschluss nachgeholt. Er lebte im Viertel La Fe, einem Armenviertel, das hauptsächlich aus Blechhütten und primitiven Steinbauten errichtet wurde.

Es ist eines der besser gestellten Armenviertel, denn hier kann man schon die Resultate der Selbstorganisierung bewundern. Dank Leuten wie Darío, die ihre gesamte Kraft in den Aufbau dieses Viertels gesteckt haben. Nur so konnte ein Gemeinschaftshaus aus Stein entstehen, in dem billig erworbene Nahrungsmittel gelagert und verkauft werden, in dem die Kinder Nachhilfe bekommen und die Erwachsenen Alphabetisierungskurse, in dem die Versammlungen stattfinden und das soziale Leben des Viertels.

An den Wänden klebt die letzte Ausgabe der Red-Acción, einer linken Zeitung, die den MTD nahe steht und die von ANRed, einer kleinen linken Nachrichtenagentur mit Infos versorgt wird. Mitten im Raum stehen lauter uralte Schulbänke, auf denen die jüngeren Kinder sitzen und Hausaufgaben machen - die älteren helfen. Manchmal wird ein Video gezeigt, mit Filmen aus den 60er und 70er Jahren, als es in Argentinien Kino-Basisgruppen gab, die einfach zu verstehende Filme über Imperialismus und Ausbeutung, über Organisierung und Repression drehten. Am Ende singen die Zuschauer mit, wenn es da heißt y viva, y viva la olla popular. (5)

Und mitten drin - Darío, der in der Werkstatt des Viertels arbeitete, mit dem Ziel, die vielen Holz- und Blechhütten endlich in Steinbauten zu verwandeln, die dem Regen besser trotzen. Darío, der die treibende Kraft der MTD Lanús war, der andere von der Selbstorganisierung überzeugte und der so stolz war, dass sie sogar eine Bibliothek im Viertel errichtet hatten.

Von dieser Form der Arbeit weiß die Öffentlichkeit zumeist nichts. Bis zum Dezember des vergangenen Jahres schaute die europäisch geprägte Mittelschicht der Hauptstadt fast ausschließlich mit Verachtung, Abscheu, zum Teil sogar mit Hass auf diese aus ihrer Sicht dreckigen, dunkelhäutigen und lauten Demonstrierenden, wenn diese hin und wieder in das Zentrum von Buenos Aires vordrangen. Das hat sich geändert, zumindest ein bisschen.

Mittelschichten und suspekte Subjekte

Mit dem corralito, dem Einfrieren der Sparguthaben auf den Banken, setzten auch immer mehr Vertreter der Mittelschichten den Fuß auf die Straße, um zu protestieren. (6) Und ein Teil von ihnen begann sogar, sich mit den piqueteros zu solidarisieren. Aber es sind nur die fortschrittlicheren Teile der Mittelschicht, die an einer Zusammenarbeit interessiert sind, z.B. die, die sich in den asambleas, den Stadtteilversammlungen organisieren. Die asambleas beschaffen Lebensmittel, veranstalten Volxküchen und versuchen, ihre Delegierten mit denen der MTD und CTD zu koordinieren. Und seitdem Abend für Abend hunderte, manchmal tausende aus den Elendsvierteln in die Hauptstadt kommen, um den Müll nach Verwertbarem zu durchsuchen, nach Metallen, nach Papier, nach Kleidung, nach Plastik, nach Essen - seitdem gibt es in den asambleas eine Initiative für Mülltrennung. So soll denen, die mit der Müllverwertung ihr Geld verdienen, die Arbeit erleichtert werden. Auf den asambleas werden Fragebögen verteilt, auf denen "Müllgeber" und "Müllsammler" sich gegenseitig über ihre Wünsche und Bedürfnisse aufklären und sich somit kennen lernen.

Bald ist in Argentinien Wahl. Für März 2003 sind die vorgezogenen Wahlen angesetzt, im November dieses Jahres finden die parteiinternen Ausscheidungen statt. Und wer einmal Wahlkampf in Argentinien miterlebt hat, weiß, dass in dieser Zeit noch mehr Demonstrationen stattfinden als sonst schon. Hoffentlich gewinnt die Repression nicht die Oberhand.

ari

Anmerkungen:

1) Piqueteros - Straßenblockierer. Seit ein paar Jahren sind die piquetes, die Straßenblockaden, das politische Mittel der argentinischen Arbeitslosenbewegung.

2) MTD - Movimiento de Trabajadores Desocupados, übers. Arbeitslosenbewegung. Die MTD sind nach Stadtvierteln organisiert und heißen auch meist so wie der jeweilige. Es sind selbstorganisierte Basisorganisationen, die nach dem Rotationsprinzip Delegierte auf die jeweiligen Vernetzungs- und Koordinierungstreffen entsenden. Sie kümmern sich um Lebensmittel, Baumaterial, medizinische Versorgung, (politische) Bildung, etc.

3) CTD - Coordinadora de Trabajadores Desocupados, übers. Arbeitslosenkoordination. Eine CTD fasst verschiedene MTD zusammen.

4) Die Hauptstadt, ist im Süden von einem Flüsschen begrenzt, über den nur wenige Brücken führen. Die Grenze im Westen und Norden bildet eine große Straße, über die wenige aber wichtige Einfallstraßen führen. Deswegen lässt sich der Verkehr in Buenos Aires sehr wirkungsvoll lahm legen.

5) y viva y viva la olla popular - es lebe die Volxküche. Lied aus dem Film "Me matan si no trabajo y si trabajo me matan" (Sie töten mich, wenn ich nicht arbeite und wenn ich arbeite, töten sie mich), 1974 von der Kinobasisgruppe "Cine de la Base" über den Streik der Fabrik INSUD in Buenos Aires gedreht.

6) siehe auch die Artikel "Überlebensstrategie und Kampf", ak 462, S. 20 und "Tage der Hoffnung und des Zorns", ak 458, S. 24

17. "Drehscheibe des Menschenhandels". EU-Migrationsabwehr und Truppenpräsenz befördern Frauenhandel auf dem Balkan

Autor: Boris Kanzleiter · Rubrik: Sowjetunion und Nachfolgestaaten; Jugoslawien / Ex-Jugoslawien; Rumänien; Europa allgemein und EU-Politik · CD-Datei: daten/aksuche/ak464/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:464:03

Im südöstlichen Europa werden Zehntausende junge Frauen und Mädchen, die der schwierigen sozialen Lage durch Migration entkommen wollen, in sklavenähnliche sexuelle Ausbeutungsverhältnisse gezwungen. Das ist das Ergebnis einer breit angelegten Studie des UN-Kinderhilfswerks UNICEF, der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) und des UN-Kommissariats für Menschenrechte (UNOHCHR), die im Juli der Öffentlichkeit vorgestellt wurde. (1)

Während die Tagespresse über die Studie unter Titeln wie "Balkan ist Zentrale des Kinderhandels" (Frankfurter Rundschau) oder "Balkan ist Drehscheibe des Menschenhandels" (Süddeutsche Zeitung) berichtete und das Problem damit lediglich im schmuddligen, verrufenen Hinterhof Europas verortet, zeichnen die 270 Seiten des Berichtes ein deutlich differenzierteres Bild. Die Drehscheibe, über die nach Schätzungen jährlich 120.000 Frauen und Kinder aus Ost- und Südosteuropa in die EU verkauft werden, wird maßgeblich durch den Westen in Schwung gehalten und so die "Balkanisierung des Balkans" betrieben.

Detailliert zeigt der materialreiche Bericht, wie die restriktive Einwanderungspolitik der Europäischen Union (EU), Marktwirtschaftsreformen und die Präsenz Zehntausender kaufkräftiger Soldaten der internationalen Truppen die Netzwerke des Menschenhandels und der Zwangsprostitution boomen lassen.

Feminisierung der Armut durch Marktreformen

Der Report stellt zunächst die drastischen Verschlechterung der Lebensbedingungen in Südosteuropa fest. Das gilt nicht nur für die Länder des ehemaligen Jugoslawiens, in denen die Kriege seit Beginn der 90er Jahre soziale Strukturen zerschlagen und Hunderttausende Menschen zu Flüchtlingen gemacht haben, sondern auch für alle anderen ehemals sozialistischen Länder der Region, in denen Arbeitslosigkeit und Armut enorm zugenommen haben.

In der ehemals sowjetischen Republik Moldawien am Schwarzen Meer beispielsweise - neben den Nachbarländern Ukraine und Rumänien einem Hauptherkunftsland der verkauften Frauen - liegt der Durchschnittlohn heute bei lediglich 20 bis 30 Euro pro Monat. Ohne die Rücküberweisung der 600.000 MoldawierInnen, die das 4,3 Millionen Einwohnerland in den vergangenen Jahren verlassen haben, wäre ein Überleben für weite Teil der Bevölkerung unmöglich. Nach Meinungsumfragen möchten 80 Prozent der EinwohnerInnen auswandern.

Insbesondere Frauen sind von der grassierenden Armut betroffen, stellt der Bericht fest: "Die Realität der Post-Konflikt-Situation und der wirtschaftlichen Transformation haben die Position von Frauen auf dem Arbeitsmarkt geschwächt. Frauen sind besonders von der Arbeitslosigkeit betroffen. Die Feminisierung der Armut hat zu einer anwachsenden Migration insbesondere junger Frauen geführt."

Gleichzeitig kommt es zu vermehrter Gewalt gegen Frauen und ihrer Ausgrenzung aus dem öffentlichen und politischen Leben. "Die Rückfallposition von Frauen ist ihre vor-kommunistische traditionelle Rolle in der Gesellschaft. Frauen werden auf die private Sphäre der Familie zurückgeworfen und werden weitgehend aus dem öffentlichen Leben ausgeschlossen."

In dieser Situation erkennen insbesondere junge Frauen in der Auswanderung nach Westeuropa die einzige reale Möglichkeit zur Verbesserung ihrer Situation. Doch die legale Einreise in die Länder der EU ist schwer möglich, da diese mit der restriktiven Einwanderungspolitik in den vergangenen Jahren kaum überwindbare Hürden aufgebaut haben. Auch illegale Grenzübertritte auf eigene Faust sind auf Grund des Ausbaus der Grenzkontrollen fast unmöglich geworden.

Zur Migration gehen die jungen Frauen also oft auf die Angebote der sogenannten Trafficker ein, die einen sicheren Grenzübertritt und Jobs in Ländern der EU versprechen. Tatsächlich begeben sich die Frauen damit

in ein Abhängigkeitsverhältnis, das sie zu Zehntausenden in die Zwangsprostitution führt. Die Reise endet meist nicht als Kellnerin in der versprochenen Pizzeria in Rom oder als Putzfrau in Düsseldorf, sondern in Bordellen in Bosnien-Herzegowina, Kosovo oder Mazedonien.

In diesen drei Regionen boomt die Prostitution vor allem auf Grund der politischen Instabilität und der Präsenz von über 50.000 zahlungskräftigen Soldaten der internationalen Truppen SFOR und KFOR sowie Tausender weiterer internationaler ziviler Mitarbeiter von UN-Institutionen, Nichtregierungs- und Hilfsorganisationen, die eine lukrativen Markt bilden.

In Bosnien-Herzegowina sind laut der im Bericht zitierten Quellen etwa die Hälfte der Freier in den Bordellen Mitarbeiter internationaler Institutionen, hauptsächlich SFOR-Soldaten. Doch ihre Bedeutung für das Geschäft ist weit größer, erklärt der Bericht: "Mindestens 70 Prozent der Profite aus der Prostitution kommen von Mitarbeitern internationaler Institutionen, die andere Tarife zahlen und mehr Geld in den Bars ausgeben als lokale Männer."

Im zweiten UN-Protektorat Kosovo stellt sich die Situation ähnlich dar. Allerdings scheinen hier die Bedingungen, unter denen die Frauen sexuell ausgebeutet werden, besonders gewalttätig zu sein. Laut Bericht wird nur ein kleiner Teil der Prostituierten regelmäßig bezahlt. Viele werden geschlagen. Die Mehrheit wird zu ungeschütztem Sex gezwungen. Zehn Prozent sind unter 18 Jahren. "Die Lebens- und Arbeitsbedingungen in der Sex-Industrie in Kosovo sind abscheulich, ausbeuterisch und sklavenähnlich", stellt der Bericht fest.

50.000 Soldaten bilden einen lukrativen Markt

Besonders heikel für die UN-Verwaltungen in Bosnien-Herzegowina und Kosovo, die dort gemeinsam mit SFOR und KFOR die legislative, judikative und exekutive Macht ausüben, dürften die Hinweise auf eine direkte Zusammenarbeit von UN-Mitarbeitern mit den Traffickern sein, welche im Bericht genannt werden.

So heißt es zu Kosovo: "Es gibt den Verdacht, dass internationale UNMIK-Polizisten in das Trafficking verwickelt sind, einige Mitglieder der internationalen Polizei wurden nach Hause geschickt, weil sie verdächtigt wurden beim Trafficking mitzuwirken." Und zu Bosnien-Herzegowina: "Die am meisten ernst zu nehmende Aussagen lauten, dass einige Mitglieder der Internationalen Polizei IPTF direkt am Trafficking von Frauen in die Zwangsprostitution teilgenommen haben. (Rekrutierung und Verkauf von Frauen, Kauf falscher Dokumente, Schutz von Bordellen). Andere Aussagen lauten, dass internationale Polizisten, Bar-Betreiber vor Razzien warnen, Frauen kaufen und mit ihnen Sex haben."

Jahrelang wurde das Problem der Zwangsprostitution von den internationalen Organisationen auf dem Balkan verdrängt. Das scheint sich jetzt zu ändern. Dem Bericht zufolge kommt es zu vermehrten polizeilichen Aktivitäten. Doch diese richten sich meist gegen die Opfer selbst, die nach Razzien als illegale Ausländerinnen behandelt, und mit Haft und Abschiebung bedroht werden.

Über den Zusammenhang zwischen dem verschärften Migrationsregime der EU, dem Verhalten der internationalen Truppen und dem Boom der Zwangsprostitution wird wohl trotz der Studie nicht viel diskutiert werden. Denn das scheint einfach nicht in das Selbstbild des zivilisationsbringenden Europas zu passen.

Kommt es doch zur Sprache, wird das Thema bald wieder verdrängt. Als vor einigen Monaten im ARD-Weltspiegel Berichte über Hunderte von deutschen Soldaten des 3. KFOR-Kontingents (abgelöst im Juni 2000), die in Mazedonien Bordelle mit Minderjährigen und Zwangsprostituierten besucht haben sollen, veröffentlicht wurden, interviewte die taz Monika Hauser von der Frauenhilfsorganisation Medica Mondiale. Sie berichtet wie der kürzlich zurückgetretene Verteidigungsminister Scharping auf ihren Protest reagierte: "Herr Scharping hat uns empfohlen, das Thema bitte nicht breitzutreten, um die Freundinnen und Frauen der Soldaten nicht zu verunsichern."

Boris Kanzleiter

Anmerkungen:

1) Der Bericht kann als pdf Format aus dem Internet geladen werden:
www.unicef.de/download/trafficking-see.pdf

18. Einen Schritt weiter. Italiens antikapitalistische Bewegungen orientieren sich neu

Autor: Dario Azzellini, Genua · Rubrik: Italien; Antiglobalisierungsbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak464/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:464:09

Am 20. Juli 2002 jährte sich erstmals der Todestag von Carlo Giuliani, dem jungen Demonstranten, der während der Proteste gegen den G8-Gipfel in der italienischen Hafenstadt Genua im vergangenen Jahr mit einem Kopfschuss von einem Carabinieri getötet wurde. Im Gedenken an Carlo Giuliani fanden in ganz Italien Kundgebungen und Aktionen statt.

Das Zentrum der Aktivitäten lag in Genua. Dort wurden vom 13. bis zum 21. Juli öffentliche Aktionen, Straßentheater, Konzerte und Debatten durchgeführt, auf denen auch über die Perspektiven der außerparlamentarischen Bewegungen diskutiert wurde. Während der zentralen Demonstration gingen mit 150.000 Menschen vier Mal so viele TeilnehmerInnen auf die Straße wie im Vorfeld erwartet.

Sprung zum sozialen Ungehorsam

Nach den Mobilisierungen im Anschluss an den G8-Gipfel in Genua, wie gegen den (schließlich verlegten) NATO-Gipfel in Neapel im September, den breiten Antikriegsdemonstrationen im Herbst, die erneut Hunderttausende auf die Straßen brachten, dem Winter, der den streikenden Studenten gehörte und den Aktionen gegen die jüngst verabschiedeten neuen repressiven Ausländergesetze, benötigt die Bewegungslinke in Italien einen Raum der Reflexion und Neubestimmung, um einen qualitativen Sprung vornehmen zu können und sich nicht in den ewig gleichen Mobilisierungsritualen totzulaufen. Ein erster Anlass dafür waren die Tage in Genua.

Dabei sollte die Bewegung, nach Ansicht einer ihrer bekanntesten Sprecher, Luca Casarini, "deutlich machen, dass wir ‚global` sind und die wirklichen ‚no global` die starken und marginalisierenden Mächte des Wirtschaftsliberalismus sind". Nach den Erfahrungen von Genua erklärten die Tute Bianche im vergangenen Jahr das Ende der "weißen Overalls", bildeten gemeinsam mit der Jugendorganisation von Rifondazione Comunista, der süditalienische Koordination Rete No-Global und anderen kleineren Gruppen die Bewegung der Disobbedienti (Ungehorsamen) und riefen den Übergang vom zivilen zum sozialen Ungehorsam aus.

Auf der zentralen Demonstration zum Jahrestag stellten die Disobbedienti neben den BasisgewerkschafterInnen der Cobas und Rifondazione Comunista das Gros der TeilnehmerInnen. Auch größere Kontingente des linken Gewerkschaftsverbandes CGIL nahmen an der Demonstration teil.

Federico Martelloni von den Disobbedienti in Bologna sieht den Neuformierungsprozess optimistisch: "Der Ungehorsam ist eine hervorragende Intuition gewesen, weil einige Bipolaritäten dadurch gesprengt wurden, wie z.B. die von Gewalt und Gewaltlosigkeit oder auch die von Legalität und Illegalität." Dennoch sei die Bewegung weit davon entfernt, dies zur unverzichtbaren Identität zu machen: "Wenn es nicht mehr nützlich ist, dann werden wir uns dessen entledigen, so wie wir es mit den Tute Bianche (weißen Overalls) nach Genua gemacht haben."

Die Social Foren, von denen in Folge der Erfahrungen rund um den G8-Gipfel in ganz Italien innerhalb weniger Wochen Hunderte entstanden, stellen ein Jahr später keineswegs überall ein Erfolgsmodell dar. Damals fanden sich in Städten und kleinen Ortschaften verschiedenste Gruppen, von Nachbarschaftsinitiativen über Eine-Welt-Läden bis hin zu besetzten Zentren nach dem Beispiel des Genoa Social Forum zusammen und bildeten eine tragende Säule der Verbreiterung der Bewegung und Mobilisierung. Dabei unterscheiden sich die lokalen Erfahrungen und Einschätzungen ebenso wie die verschiedenen Kooperationsmodelle.

In einem Kommuniqué der Disobbedienti Anfang Juni wurde kritisch angemerkt: "Die ausgebliebene Mobilisierung der Bewegungen zum Anlass des Besuchs von George Bush II in Rom und zum Gipfel Nato-Russland in Pratica del Mare sollte von allen genutzt werden um eine Reflexion in die Wege zu leiten. Als Disobbedienti beginnen wir mit Selbstkritik, aber die Enttäuschung darüber, dass wir es nicht geschafft haben unserer Rolle gerecht zu werden, darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Probleme auch allgemeiner Natur sind und alle betreffen. (...) Eines betrifft den Mechanismus der Anerkennung, Akzeptanz und Anziehungskraft der Social Foren. Hier muss mit aller Deutlichkeit gesagt werden, dass der Geist von Genua

wichtig ist und nicht irgendein Logo, das mittlerweile ohnehin nicht mehr in der Lage ist, anziehend zu wirken und als Motor zu fungieren, wie es einige Monate lang der Fall war. Wir müssen die Vorstellung überwinden, dass Bewegung dadurch entsteht, dass die Simulation der Orte der Bewegung verfestigt oder bürokratisch aufrecht erhalten werden." Ein Schreiben, das die Medien dazu veranlasste, eine Krise der Bewegungen und vor allem der Social Foren auszurufen, was allerdings eine grobe Verzerrung der Realität darstellt, wie nicht zuletzt die erfolgreiche Demonstration zeigte.

Ein abschreckendes Beispiel unter den Social Foren stellt das Forum in Rom dar. Hier trifft die Kritik des Schreibens, das eigentlich nicht die Social Foren insgesamt zu Grabe tragen wollte, sondern eher vor einer Tendenz warnen sollte, durchaus zu. Zu Beginn noch ein brodelndes Gemisch verschiedenster Gruppen, Organisationen und Einzelpersonen mit der Beteiligung einiger Tausend, degenerierte das Social Forum Rom innerhalb weniger Monate zu einem institutionalisierten Scheinparlament professioneller Politaktivisten. Die Disobbedienti, wie auch andere linke Basisorganisationen und besetzte Zentren zogen sich daraus zurück und versuchten vor allem mit der Gründung von Social Foren auf Stadtteilebene der Bürokratisierung entgegen zu wirken.

In Florenz wiederum, wo vom 6. bis 11. November das Europäische Sozialforum als kontinentales Vorbereitungstreffen für das Weltsozialforum im brasilianischen Porto Alegre Anfang nächsten Jahres stattfindet, läuft das lokale Social Forum gut. Vielleicht liegt es daran, dass die Stadt stark studentisch geprägt ist. Generell zeichnet sich die Tendenz ab, dass in größeren Städten die Social Foren eher zu Treffen mutieren, auf denen Politfunktionäre ihre Ränkespielchen treiben, während sie in kleineren Städten eine bessere Zusammenarbeit lokaler Gruppen ermöglichen.

Die Disobbedienti zielen auf eine Europäisierung der Kämpfe, "um uns auf einen neuen Weg der praktischen kontinentalen Beziehungen zwischen verschiedenen Formen des Ungehorsams zu begeben, die zu gemeinsamen Initiativen fähig sind: So dass das Social Forum in November in Florenz, in dessen Vorbereitung wir nun verspätet eintauchen werden, nicht die Brutstätte erneuerter Spaltungen in der Bewegung und über sie darstellt, sondern einen wirklich fundamentalen Übergang, um einen Kampfhorizont zu entwerfen und ein alternatives Folgeprojekt zu den vorangehenden Mobilisierungen gegen die offizielle europäische Charta zu erschaffen. Also: FÜR DIE EUROPÄISCHE VEREINIGUNG DER SOZIALEN KÄMPFE."

Im italienischen Kontext drängt für die Bewegung die Klärung ihres Verhältnis zu den Gewerkschaften, vor allem gegenüber der ehemals kommunistischen Gewerkschaft CGIL. Hatte diese sich vor einem Jahr noch distanziert zu den Demonstrationen in Genua verhalten, unterstützt sie nun die Aktivitäten zum ersten Jahrestag. Hier muss die Bewegung um eine eigenständige Mobilisierungsfähigkeit und den Raum für ein eigenes politisches Projekt kämpfen.

Nach drei Generalstreiks der Bewegung der Basisgewerkschaften Cobas war die italienische Gewerkschaftsbewegung im Frühjahr aus ihrem lang anhaltenden sozialpartnerschaftlichen Winterschlaf erwacht. Am 23. März demonstrierten auf Initiative der CGIL in Rom mehr als drei Millionen Menschen gegen die Veränderung des Artikels 18 zum Kündigungsschutz. Drei Wochen später legte ein achtstündiger Generalstreik das Land lahm.

Mittlerweile haben die beiden anderen großen Gewerkschaftsverbände Italiens CISL (ehemals christdemokratisch) und UIL (ehemals der Sozialistischen Partei nahe stehend) nach Gesprächen mit der Regierung einer Veränderung des Artikels 18 zugestimmt. Die CGIL hingegen bleibt bei ihrem kategorischen Nein und hat weitere Streiks angekündigt. Doch kann diese oppositionelle Gewerkschaftsmobilisierung, wie die Vergangenheit gezeigt hat, auch schnell wahltaktischen und parteipolitischen Überlegungen zu Gunsten der sozialdemokratischen Democratici di Sinistra (DS) und ihrem Wahlbündnis Ulivo (Olivenbaum) weichen und die Kräfte sich nur noch auf eine Ablösung der Berlusconi-Regierung konzentrieren.

Sozialforen: Erstarrung und Dezentralisierung

Die Disobbedienti ihrerseits wollen die anstehenden Streiks "generalisieren". Sie sollen nicht nur an den Arbeitsplätzen stattfinden, sondern in die Gesellschaft hinausgetragen und so den postfordistischen Arbeitsverhältnissen angepasst werden. Die Bewegung knüpft damit an die Erfahrungen von Sevilla an, wo der Generalstreik der spanischen Gewerkschaften an einigen Orten nicht nur acht Arbeitsstunden lang dauerte,

sondern 24 Stunden. Blockiert wurde auch die Kommunikation, der Transport und der Warenverkehr. Die Disobbedienti wollen so auch in Italien die modernen Produktionsverhältnisse lahm legen.

Dario Azzellini, Genua

19. Juristische Aufarbeitung. Genua: Vorwürfe gegen Demonstranten verpufft - Carabinieri belastet

Autor: Dario Azzellini, Genua · Rubrik: Italien; Antiglobalisierungsbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak464/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:464:10

Von den Anschuldigungen gegen die AktivistInnen, welche während des G8 im vergangenen Juli in der Schule A. Diaz von der Polizei überfallen wurden, ist nichts übrig geblieben.

Die Schule war in der Nacht zum 22. Juli von Sondereinheiten (NOCS) der italienischen Polizei und Carabinieri brutal gestürmt worden. Von den 93 in dem Gebäude anwesenden Personen mussten über 60 auf Krankentragen, in blutdurchtränkte Tücher gewickelt, heraus getragen werden: Sie waren so schwer misshandelt worden, dass sie nicht mehr laufen konnten. Einige von ihnen waren ins Koma geprügelt worden, mehrere Personen wurden lebensgefährlich verletzt.

Ermittelt wird jetzt dafür gegen 77 an dem Einsatz beteiligte Beamte wegen Körperverletzung und in 25 Fällen wegen der Fälschung von Beweismitteln und übler Nachrede. Die offizielle Begründung für die Räumung und das brutale Vorgehen stützte sich auf vermeintliche nächtliche Steinwürfe auf Polizeiwagen aus dem Gebäude, eine Messerattacke auf einen Beamten bei Eintritt in die Schule und dort aufgefundene Molotow-Cocktails. Alles Angaben, die während der Ermittlungen keine Bestätigung fanden.

Dafür stellten aber mehrere Gutachter fest, dass der vermeintlich von einem G8-Gegner in der Diaz-Schule mit einem Messer attackierte Beamte log. Die im Eingangsbereich gefundenen Brandflaschen wurden Stunden vorher von einem Beamten auf der Straße gefunden und von den eingesetzten Polizisten gezielt in der Schule platziert. So sollten die sich dort aufhaltenden Personen kriminalisiert und das Genoa Social Forum als Schutzpatron der Ausschreitungen präsentiert werden. Der Versuch misslang, und mittlerweile geht die Genueser Staatsanwaltschaft davon aus, dass das Vorgehen von der nationalen Polizeiführung geplant wurde. Fraglich ist allerdings, ob die Verantwortung nicht noch in viel höheren Sphären liegt, schließlich war auch Vize-Premier Gianfranco Fini von der rechtsextremen AN während der Tage in der Polizeieinsatzzentrale vor Ort. Und auch der damalige Innenminister Claudio Scaloja profilierte sich rund um Genua als Hardliner. Er rechtfertigte alle Polizeieinsätze, und obwohl die höchste politische Verantwortung für das Desaster bei ihm lag, wies er jede Rücktrittsforderung kategorisch zurück. Mittlerweile musste er seinen Rücktritt allerdings auf Grund einer anderen Affäre nachholen.

Auch bezüglich der ebenfalls in der Nacht zum 22. Juli "irrtümlich" erfolgten Durchsuchung der Räume des Genua Social Forum und des Media Centers gegenüber der Diaz-Schule scheint sich ein juristisches Nachspiel anzubahnen. Dort hatte die Polizei systematisch die Computer zertrümmert und die Festplatten ohne Beschlagnahmeprotokolle faktisch entwendet. Gegen die etwa 20 beteiligten Einsatzkräfte wird wegen Sachbeschädigung und Diebstahl im schweren Fall ermittelt. Doch auch die Ermittlungen gegen die DemonstrantInnen gehen weiter. Etwa 300 offene Verfahren stehen im Moment noch aus.

Dario Azzellini, Genua

20. Die Politik des langen Arms. Israel rüstet deutsche U-Boote mit Atomraketen aus

Autor: Knut Mellenthin · Rubrik: Israel / Palästina · CD-Datei: daten/aksuche/ak464/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:464:19

Vor einigen Wochen berichtete die Washington Post, dass die israelische Kriegsmarine dabei sei, drei in den letzten Jahren von Deutschland gelieferte U-Boote mit Cruise Missiles auszustatten, die Atomsprengköpfe tragen können. Israel gab hierzu postwendend ein Dementi ab, das bei näherem Hinsehen jedoch überhaupt keines war. Das Oberkommando der israelischen Marine bestritt nämlich lediglich, dass Israel jetzt schon Cruise Missiles mit Atomsprengköpfen besitzt, und fügte vielsagend hinzu: "Wir wären froh, wenn wir ein paar davon hätten." Dieses Pseudo-Dementi besagt lediglich, dass Israels nukleare Cruise Missiles sich noch im Entwicklungs- und Erprobungsstadium befinden und dass noch nicht sämtliche technischen Probleme gelöst sind.

Der Sachverhalt ist im Wesentlichen schon seit mehreren Jahren bekannt und war bereits Gegenstand zahlreicher Veröffentlichungen. Umso erstaunlicher ist, dass in der deutschen Öffentlichkeit davon so gut wie überhaupt nicht Notiz genommen wird. Handelt es sich doch darum, dass Deutschland einem Land, das den Atomwaffensperrvertrag nicht unterzeichnet hat, beim Ausbau seiner ohnehin schon recht stattlichen Atomstreitmacht zu einer neuen Qualität verholfen hat. Außerdem wirft die Tatsache, dass modernste deutsche U-Boote in einem überschaubaren Zeitraum mit Atomwaffen ausgerüstet werden könnten, auch ein Licht auf die seit den 1960ern diskutierten, nie ganz beiseite gelegten deutschen Ambitionen, selbst Nuklearmacht zu werden.

Die drei U-Boote sind im Wesentlichen bei den Howaldtswerken Deutsche Werft AG (HDW) und der Thyssen Nordseewerke AG gebaut worden. Der Auftrag erfolgte schon Anfang der 90er Jahre; zwei Boote wurden 1999 und das dritte im Jahre 2000 an Israel übergeben. Eines ist im Mittelmeer stationiert, ein zweites im Roten Meer, und ein drittes befindet sich rotierend in Wartung.

Auch die bisherigen drei U-Boote der israelischen Marine, die 1977 in Dienst genommen wurden und schon längst als veraltet galten, stammten aus Deutschland, auch wenn sie nach deutschen Plänen überwiegend auf einer englischen Werft zusammengebaut worden waren. In den 1980er Jahren war zwischen Israel und bundesdeutschen Unternehmen lange über ihre Ersetzung durch U-Boote der neuesten Generation verhandelt worden. Am 25. August 1989 wurde schließlich der Vertrag unterzeichnet. Nur 15 Monate später, am 30. November 1990, stornierte Israel den Auftrag, nachdem schon 80 Millionen DM Vorfinanzierung gezahlt worden waren, und nahm dafür zudem eine Konventionalstrafe von 20 Millionen DM in Kauf.

Trotzdem ein gutes Geschäft. Denn inzwischen war ein Ereignis eingetreten, in dessen Folge Israel seine drei neuen U-Boote schließlich zum Preis eines halben geliefert bekam: Im August 1990 hatten irakische Truppen Kuwait besetzt. In den folgenden Monaten wurde unter US-amerikanischer Führung eine Streitmacht von mehr als einer halben Million Soldaten aufgebaut. Am 17. Januar 1991 begann die "Operation Desert Storm", die am 27. Februar erfolgreich beendet wurde. Noch während des kurzen Krieges sagte die deutsche Bundesregierung Israel ein umfangreiches "Hilfspaket" im Gesamtwert von rund 1,5 Milliarden DM zu.

Waffengeschenke als deutsche Sühneleistung

Die Hilfe war als "humanitär" deklariert worden, enthielt als Dekoration u.a. 100.000 Schutzanzüge gegen chemische Kampfstoffe und eine Million Ersatzfilter für Gasmasken, die überhaupt nicht gebraucht wurden. Der wichtigste Punkt des Pakets war jedoch, dass zwei der U-Boote, deren Stückpreis zuvor mit mehr als 500 Millionen DM berechnet worden war, nun als deutsches Geschenk an Israel galten. Das Abkommen wurde ziemlich offen als Sühneleistung dafür deklariert, dass deutsche Unternehmen an der Aufrüstung des Irak, u.a. auch an der Entwicklung irakischer Chemiewaffen, beteiligt gewesen waren. 1994 wurde außerdem ein neuer Vertrag über das dritte U-Boot abgeschlossen, dessen Kosten sich nun beide Staaten teilen sollten.

Atomwaffen mit 50 Megatonnen Sprengkraft

Die U-Boote tragen die ihnen von der israelischen Marine gegebene Klassen-Bezeichnung "Dolphin", Delfin. Tatsächlich entsprechen sie weitestgehend dem allerneuesten deutschen Typ U-212, doch enthalten sie von diesem abweichend spezielle elektronische Komponenten, die unter Beteiligung der israelischen Industrie

produziert wurden. U-212 gilt weltweit als eines der modernsten, wenn nicht sogar als das beste U-Boot, das zur Zeit verfügbar ist. Das bezieht sich u.a. auf seinen Aktionsradius und die Zeit, die es abgetaucht operieren kann, sowie auf seine Fähigkeit, der Entdeckung zu entgehen, etwa durch maximale Reduzierung seiner Eigengeräusche. U-212 kann etwa 30 Tage untergetaucht bleiben, sein Aktionsradius wird mit über 8.000 Kilometer angegeben.

Die "Dolphin"-U-Boote haben 10 Torpedorohre. Vier von diesen haben einen größeren Durchmesser und sind auch zum Abschuss von Lenkflugkörpern geeignet. Hieß es zunächst, Israel bemühe sich zu diesem Zweck um die Anschaffung US-amerikanischer Lenkwaffen - die ihm aber angeblich versagt wurden -, so arbeitet es inzwischen an der Entwicklung einer eigenen U-Boot-fähigen Cruise Missile (CM), die von amerikanischen Stellen als "Popeye Turbo II" bezeichnet wird.

Im Mai 2000 wurde gemeldet, die israelische Marine habe erfolgreich den Abschuss eines Lenkflugkörpers - mit einem konventionellen Sprengkopf - von einem U-Boot im Indischen Ozean getestet. Die CM sei in ein über 1.600 km entferntes Zielgebiet geschossen worden. Als Ort des Geschehen wurden sowohl die Umgebung von Sri Lanka als auch Gewässer vor der indischen Küste angegeben. Beide Staaten kooperieren eng mit Israel. Dieses versorgt Sri Lanka u.a. mit Waffen zur Bekämpfung der Aufstandsbewegung der Tamile Tigers. An Indien hat Israel in letzter Zeit u.a. ein hochmodernes Radar- und Frühwarnsystem geliefert, anscheinend nicht ganz zur Freude der USA, die die Entwicklung dieses Systems finanziert hatten.

Auch wenn die ersten Meldungen über den angeblichen Test aus israelischen Quellen stammten, hat Israel diese dementiert. Die U-Boote, so hieß es, hätten sich im fraglichen Zeitraum in ihren Stützpunkten befunden.

Israel hat schon in den 1960er Jahren seine ersten Atomwaffen entwickelt. Nach Schätzung der wohl kompetentesten Stelle, dem Informationsdienst Jane's in London (www.janes.com), besitzt es heute etwa 400 Atomwaffen unterschiedlicher Art mit einer Gesamtstärke von 50 Megatonnen. Eine Megatonne entspricht dem 80-fachen der Hiroshima-Bombe. Nach anderen Schätzungen hat Israel 100 Kurz- und Mittelstreckenraketen der Typen Jericho I und II (mit Reichweiten von 660 bis 1.500 km, nach manchen Angaben sogar bis zu 3.000 km) sowie eine nicht zu präzisierende Zahl von Atombomben, die von F-15 und F-16-Kampffliegern abgeworfen werden können.

Offiziell hat Israel bis heute nicht einmal zugegeben, dass es überhaupt Atomwaffen besitzt, obwohl daran überhaupt kein Zweifel möglich ist. Die Washington Post bemerkte dazu, dass die US-Regierung die israelische Diskretion begrüßt, und zitierte einen namentlich nicht genannten ehemaligen hochrangigen US-Diplomaten: "Würde Israel sich eindeutig äußern, würde das Probleme mit seinen Nachbarn wie Ägypten und Syrien schaffen." Solange Israel nicht offen über seinen Atomwaffen-Besitz spricht, werde dieser von den Regierungen der Nachbarstaaten nicht als offensive Bedrohung aufgefasst. Gemeint ist wohl eher, dass der Druck auf die arabischen Regimes, sich mit dem israelischen Atomwaffen-Monopol in der Region auseinander zu setzen, nicht so stark ist, solange dieses kein Gegenstand öffentlicher Erörterungen ist.

Dass die U-Boote aus Deutschland von den israelischen Streitkräften in erster Linie dazu benutzt werden sollen, die "Triade der atomaren Abschreckung" (auf dem Land, in der Luft und im Wasser) abzurunden, war schon im Anfangsstadium der Verhandlungen über die Lieferung kein Geheimnis. Der frühere Kommandant der israelischen Marine, Generalmajor Avraham Botzer, erklärte bereits im Dezember 1990 im Fernsehen, das Land brauche U-Boote nicht nur, um feindliche Kriegsschiffe anzugreifen, sondern auch als Plattform für Waffensysteme, die der Abschreckung gegen einen Angriff mit nicht-konventionellen Massenvernichtungswaffen dienen sollen. Der damalige sozialdemokratische Ministerpräsident Ehud Barak sagte bei der Indienststellung des ersten der drei neuen U-Boote, diese würden "das gesamte Gesicht der Marine und die Long-Arm-Kapazitäten Israels verändern". Mit "langer Arm" ist die traditionelle Politik Israels gemeint, in nach UNO-Normen und internationalem Recht zumindest sehr umstrittener Weise Ziele anzugreifen, die weit von seinen eigenen Grenzen entfernt sind.

Angeblich soll die Ausrüstung der von Deutschland gelieferten U-Boote mit nuklear bestückten Cruise Missiles dazu dienen, ein "Zweitschlags"-Abschreckungspotenzial zu schaffen, das auch einen schweren Angriff Iraks oder Irans mit Massenvernichtungswaffen überleben könnte. Um dies zu begründen, wird regelmäßig die Gefahr beschworen, dass eines dieser Länder schon in wenigen Jahren Atomwaffen besitzen könnte. Die entsprechenden israelischen "Prognosen" haben freilich mit Fakten wenig zu tun, sondern entsprechen genau

zielorientiert politischen Vorgaben. Anfang der 1990er Jahre behauptete der Mossad, Iran werde bis zum Jahr 2000 in der Lage sein, Israel mit Atomwaffen anzugreifen, dann wurde der Termin auf 2002 verschoben, inzwischen ist man ungefähr bei 2004 angekommen, während amerikanische Stellen davon ausgehen, dass Iran frühestens im Jahr 2012 oder 2013 über einsatzfähige Atomwaffen verfügen könnte.

Iran und Irak ohne kriegsfähige Atomwaffen

Tatsächlich sind sowohl Iran wie auch Irak noch weit davon entfernt, auch nur eine einzige kriegsfähige, einsetzbare Nuklearwaffe zu entwickeln. Und die Vorstellung, sie könnten - ohne dass die USA vorher eingreifen oder Israel selbstständig zuschlägt, wie am 7. Juni 1981 mit der Zerstörung des irakischen Atomreaktors durch israelische Kampfflugzeuge - ein Potenzial entwickeln, das groß genug wäre, um Israels auf dem Land stationierte Atomwaffen mit einem Angriffsschlag weitgehend auszuschalten, ist fernab der Realität. Nach dem Angriff auf den Reaktor gab die israelische Regierung eine Erklärung ab, die seither als Staatsdoktrin gilt: "Unter keinen Umständen werden wir einem Feind erlauben, Massenvernichtungswaffen gegen unser Volk zu entwickeln." Hierbei kann Israel, wie immer wieder bestätigt wurde, auf die volle Unterstützung jeder US-amerikanischen Regierung rechnen.

Was also ist der Zweck der Atomrüstung Israels nun auch noch unter Wasser? Ein Aspekt könnte sein, dass mit den auf beweglichen U-Booten stationierten Cruise Missiles auch Ziele erreichbar wären, die heute noch außerhalb der Reichweite israelischer Waffensysteme liegen, beispielsweise in Pakistan. Israelische Politiker und Militärs haben in der Vergangenheit vage Statements abgegeben, die mit einem Maximum an gutem Willen (oder Naivität?) so interpretierbar waren, dass Israel in einem Konflikt niemals als erster Atomwaffen einsetzen würde. Aber in einer Zeit, wo Israels wichtigster Verbündeter, die USA, von diesem Grundsatz ganz offiziell abrückt und mit größtmöglicher Lautstärke über "Präventivschläge" nachdenkt, könnten auch die israelischen Erklärungen früherer Zeiten an Wert verlieren.

Knut Mellenthin

21. Privatisiert geht wie geschmiert. GATS und die Liberalisierungsoffensive der EU

Autor: Thomas Fritz · Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft; Europa allgemein und EU-Politik · CD-Datei: daten/aksuche/ak464/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:464:06

"We are not amused." Die Mienen der Beamten der Brüsseler Generaldirektion für Handel wirken säuerlich, wenn sie auf die durchgesickerten Verhandlungsdokumente angesprochen werden, in denen die EU die radikale Öffnung der Dienstleistungsmärkte in 29 Ländern fordert. Der 16. April ist ein schwarzer Tag für die EU-Kommission. Stellten doch attac und die Amsterdamer Organisation Corporate Europe Observatory (CEO) geheime Papiere aus dem wenig bekannten 133er-Ausschuss ins Internet. Tags darauf machte die rund 1000-seitige Wunschliste der EU Schlagzeilen auf der Titelseite des britischen Guardian. Die Blamage für die Kommission war perfekt.

Die Brüsseler Freihändler lassen bei ihrer Suche nach neuen Märkten für die europäische Dienstleistungsindustrie keinen Stein auf dem anderen. Akribisch werden für jedes der 29 Länder all die Handelshemmnisse aufgelistet, deren Abschaffung die EU fordert. Elf verschiedene Dienstleistungssektoren stehen auf der Wunschliste, darunter freiberufliche und unternehmensnahe Dienste, Bau- und Finanzdienstleistungen, Groß- und Einzelhandel, Tourismus und Transport. Aber auch die in vielen Ländern noch staatlich geschützten Bereiche wie Post und Telekommunikation, Abfallbeseitigung und Recycling, Wasser- und Energieversorgung sollen für rosinenpickende Multis geöffnet werden.

Die jetzt bekannt gewordenen Dokumente betten sich in die neue Liberalisierungsrunde ein, auf die sich die Mitglieder der Welthandelsorganisation WTO bei ihrer letztjährigen Ministerkonferenz in Doha/Katar einigten. Ein Teil des umfangreichen Verhandlungspakets ist auch das Dienstleistungsabkommen GATS (General Agreement on Trade in Services), das 1995 in das Vertragswerk der WTO aufgenommen wurde. Anfang 2000 wurden im Rahmen der WTO mit Neuverhandlungen des GATS begonnen, deren Abschluss mit dem geplanten Ende der neuen Welthandelsrunde am 1.1.2005 zusammenfallen soll. Ob dieser Termin aber eingehalten werden kann, ist mehr als fraglich.

Der Regelungsumfang des GATS ist atemberaubend und umfasst zusätzlich zu den von der EU in ihren Geheimpapieren aufgelisteten Sektoren noch die medizinischen und sozialen Dienste sowie Bildung und Kultur. Kein Dienstleistungssektor ist grundsätzlich ausgenommen. Alle sollen sie den WTO-Prinzipien des Marktzugangs und der "Gleichbehandlung" in- und ausländischer Anbieter unterworfen werden. Die besondere Brisanz liegt dabei darin, dass Dienstleistungsmärkte weniger durch klassische Handelshemmnisse wie Zölle geschützt werden, sondern vor allem durch innerstaatliche Regelungen wie Gesetze, Verordnungen, ökologische Normen oder soziale Standards. Ziel der GATS-Verhandlungen ist es aber, sämtlichen innerstaatlichen Regelungen ein möglichst enges Korsett verbindlicher Rahmenrichtlinien anzulegen.

Willige Diener der Industrie

Gerade die öffentlichen Dienste müssen mit verschärftem Wettbewerbsdruck rechnen. Denn sobald sie in Konkurrenz zu privaten Anbietern erbracht werden, was vielfach schon der Fall ist, findet das Abkommen Anwendung. Das GATS zielt dabei u.a. darauf ab, dass staatliche Unterstützungen für öffentliche Dienste in gleichem Maße ausländischen Privatanbietern gewährt werden. Effekt dieser zunehmenden privatwirtschaftlichen Konkurrenz ist aber, dass die für gemeinwohlorientierte Leistungen verfügbaren öffentlichen Mittel weiter sinken werden. Aber auch die Möglichkeit einer gewissen politischen Steuerung staatlicher Investitionen ist durch das GATS bedroht, da die öffentliche Auftragsvergabe ebenfalls liberalisiert werden soll. All die negativen Erfahrungen mit Liberalisierungen und Privatisierungen öffentlicher Dienste - Qualitätseinbußen, Preissteigerungen, erschwerter Zugang, Entlassungen, Lohnsenkungen, prekäre Beschäftigungsverhältnisse bleiben, wie so oft, unberücksichtigt. Warum das so ist, erklärt die EU-Kommission: "Das GATS ist in erster Linie ein Instrument zum Wohle der Unternehmen."

Die Dokumente aus dem Brüsseler 133er-Ausschuss, dieser koordiniert die europäische Außenhandelspolitik, sind ein Musterbeispiel für die Verfilzung nationaler und europäischer Staatsapparate mit der Privatwirtschaft. Das deutsche Wirtschaftsministerium schickte beispielsweise Teile der Verhandlungsentwürfe an ausgewählte Wirtschaftsverbände mit der Bitte um Stellungnahme. Der Dienstleistungsindustrie stehen aber nicht nur die

Beamten nationaler Ministerien zu Diensten, sondern auch diejenigen der EU-Kommission. Um den Informationsfluss zwischen Kommission und Industrie in Sachen GATS zu optimieren, wurde 1999 das European Services Forum (ESF) gegründet. Wie Dietrich Barth, ein hoher Beamter der Generaldirektion Handel, unverblümt feststellt, ist das ESF "eine privatwirtschaftliche Organisation der Dienstleistungswirtschaft, die eng mit der EU-Kommission zusammenarbeitet, um die offensiven und eventuell defensive Handelsinteressen der Gemeinschaft zu definieren und die Kommission zu beraten".

Die entwicklungspolitischen Bekenntnisse der EU verkümmern zur Farce, wenn die europäischen GATS-Forderungen zum Maßstab genommen werden. Vom krisengeschüttelten Argentinien wird der Verzicht auf Quellensteuern erwartet, welche auf die grenzüberschreitende Kreditvergabe im Bank- und Versicherungsgewerbe erhoben werden. Besonders weit reichende Lockerungen erwartet die EU von den südostasiatischen Ländern, die die Folgen der Finanzkrise von 1997/98 noch kaum überwunden haben. So soll Malaysia den Handel mit der inländischen Währung Ringgit und mit Fremdwährungen vollständig freigeben, obwohl gerade Beschränkungen des Devisenhandels eine wichtige Maßnahme im Kampf gegen Finanzkrisen darstellen. Von den Philippinen wird verlangt, den Offshore-Töchtern ausländischer Banken, diese haben ihren Sitz für gewöhnlich in vollkommen unregulierten Steueroasen, Geschäfte in einheimischer Währung zu ermöglichen. Gerade auf diesem Weg finden aber die krisenverschärfenden Spekulationen gegen Schwachwährungen statt.

Zweiklassen- Systeme bei Versorgern

Bei Durchsicht der EU-Forderungen wird klar, dass das GATS zu Recht als "Klon" des 1998 gescheiterten multilateralen Investitionsabkommens (MAI) bezeichnet wird. Durchgängig verlangt die EU, dass gerade entwicklungspolitisch sinnvolle Auflagen gegenüber ausländischen Investoren beseitigt werden. Um die einheimische Beschäftigung zu sichern und einen Technologietransfer zu ermöglichen, sind in vielen Länder in bestimmten Sektoren lediglich Gemeinschaftsunternehmen mit lokalen Firmen (Joint Ventures) erlaubt. Um marktbeherrschende Stellungen zu verhindern, wird häufig die Anzahl von Zweigstellen begrenzt, die ein ausländischer Konzern im Inland errichten darf. Weitere Beschränkungen betreffen die Höhe ausländischer Beteiligungen, den Rücktransfer von Gewinnen oder den Erwerb von Grund und Boden. Die EU fordert, dass all diese durchaus sinnvollen Investitionsauflagen beseitigt werden.

Auch in umweltpolitisch sensiblen Bereichen kennt der europäische Exporthunger keine Grenzen. Die europäischen Unterhändler streben beispielsweise im Energiesektor, ein Bereich, der bisher noch gar nicht als eigenständiger GATS-Sektor existiert, weit reichende Marktöffnungen an. Die Wunschliste reicht von der Erkundung potenzieller Energiequellen, über den Bau von Anlagen und Pipelines, das Betreiben von Transport- und Übertragungsnetzen, bis hin zum Handel mit Energieprodukten. Auch die Wasserversorgung haben Kommission und Industrie als europäisches Handelsinteresse definiert. Einflussreiche Lobbyisten sind die französischen Weltmarktführer im Wasserbereich Vivendi und Suez. Aber auch deutsche Unternehmen wie RWE, AquaMundo, die E.ON-Tochter Gelsenwasser oder Berlinwasser International werden mit Exportbürgschaften und Entwicklungshilfegeldern für den Weltmarkt fit gemacht. Wichtig also, dass Handels- und Investitionshemmnisse auch im Wasserbereich fallen. Die EU fordert daher die vollständige Marktöffnung für Wassersammlung, Klärung und Vertrieb sowie für die Bereitstellung sanitärer Anlagen.

Die öffentlichen Versorgungsunternehmen, sei es im Energie-, Wasser- oder auch im Telekommunikationssektor, werden von den Freihandelsapologeten notorisch schlechtgeredet. Anders lassen sich ausländische Kapitalbeteiligungen, denen (Teil-)Privatisierungen vorauszugehen haben, offensichtlich nicht rechtfertigen. So werden öffentliche Unternehmen als ineffizient, korrupt und Kosten fressend beschrieben, ohne ernsthaft nachzuweisen, warum all dies auf private Unternehmen nicht genauso zutrifft. Gerade qualitative Aspekte, wie der kostengünstige Zugang aller Bevölkerungsgruppen zu lebensnotwendigen und hochwertigen Diensten, spielen im Kalkül der Liberalisierer überhaupt keine Rolle. So sind die meisten transnationalen Konzerne nur in der Lage, standardisierte High-Tech-Lösungen anzubieten, die kostengünstigere Alternativen wie z.B. angepasste Technologien verdrängen. Da öffentliche Versorgungsunternehmen oftmals Monopolstellungen innehaben, führt die Marktöffnung zudem häufig zur Auswechslung öffentlicher durch private Monopole, wobei die Gewinnerwartungen der privaten Betreiber notorisch in Konflikt zu einer kostengünstigen Grundversorgung geraten. Arme Bevölkerungsgruppen sind nun einmal mangels Kaufkraft keine attraktive Zielgruppe privatwirtschaftlicher Unternehmen.

Als besonderes Risiko kommt beim GATS hinzu, dass sämtliche staatliche Auflagen, seien diese nun umwelt-, sozial- oder entwicklungspolitisch motiviert, mittels eines "Notwendigkeitstests" daraufhin überprüft werden sollen, ob sie "ungerechtfertigte Handelshemmnisse" darstellen. Gegen derartige Handelsbeschränkungen könnte dann vor dem WTO-Schiedsgericht geklagt werden. Bei der WTO wurde eine spezielle Arbeitsgruppe über innerstaatliche Regulierungen eingesetzt, die sich u.a. mit der Entwicklung dieses Notwendigkeitstests befasst.

Zwar hat die EU bisher keine Forderungen im Bildungs- und Gesundheitswesen an die 29 Länder gerichtet, dennoch wird es auch in diesen Bereichen zu GATS-Verhandlungen kommen, da andere WTO-Mitglieder hier dezidierte Interessen artikulieren. Dies wird ab Juli dieses Jahres auch innenpolitisch relevant, denn dann muss die EU ihre Liberalisierungsangebote aushandeln. Dabei hat die EU sowohl im Bildungs- wie auch im Gesundheitssektor schon GATS-Verpflichtungen übernommen. Wenn es nach den Wünschen der US-amerikanischen Dienstleistungsindustrie geht, müssten diese aber noch erheblich ausgeweitet werden. Die Coalition of Service Industries (CSI) bringt das für sie ärgerlichste Handelshemmnis im Gesundheitswesen wie folgt auf den Punkt: "Die öffentliche Trägerschaft der Gesundheitsversorgung erschwert privaten US-amerikanischen Gesundheitsanbietern den Zutritt auf die ausländischen Märkte."

Bildung und Gesundheit unter dem Hammer

Besonders stark ist das Interesse, staatliche Subventionen des öffentlichen Bildungs- und Gesundheitssystems in private Taschen umzuleiten. So kritisiert die US-Regierung beispielsweise die "Intransparenz" bei der Vergabe staatlicher Subventionen im Bildungswesen. Die WTO sekundiert und stellt nüchtern fest, dass in denjenigen Sektoren, in denen staatliche und private Träger nebeneinander existieren, "Subventionen und ähnliche ökonomische Vergünstigungen unter die Verpflichtung zur Inländerbehandlung fallen." Ausländischen Privatanbietern müsste folglich der gleichberechtigte Zugang zu sämtlichen Unterstützungsmaßnahmen gewährt werden, welche sonst nur öffentlichen bzw. im öffentlichen Auftrag tätigen Anbietern zustehen. Würden die öffentlichen Mittel tatsächlich noch mehr als bisher zu Gunsten kostenpflichtiger, auf zahlungskräftige Kundschaft ausgerichtete Privatanbieter umgelenkt, wären frei zugängliche staatliche Bildungs- und Gesundheitssysteme zweifellos unfinanzierbar.

Thomas Fritz

WEED (Weltwirtschaft, Ökologie und Entwicklung), Berlin

22. Sag beim Abschied leise Servus. Eine Erneuerung der Linken ist ohne das Ende von Rot-Grün nicht zu haben

Autor: Martin Salina · Rubrik: SPD; Grüne (und Vorläufer); PDS; Diskussion; Deutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak464/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:464:13

Lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende. So würde meine Antwort auf die Frage lauten, die Bettina Gaus in der taz vom 27. Juli angesichts der Möglichkeit, dass die Restlinke bei der Bundestagswahl zum Zünglein an der Waage werden könnte, gestellt hat: "Wie züngelt die Linke?" - Soll man noch einmal SPD und Grüne oder die vermeintliche Alternative PDS wählen; zu Hause bleiben, damit man sich die Finger nicht schmutzig machen muss - oder das Kreuz bei CDU/CSU machen, damit es mit der Neuen Mitte endlich ein Ende hat? Eine Erneuerung der Linken ist ohne das Aus für Rot-Grün und das Ausscheiden dessen Führungspersonals aus der Politik nicht zu haben, so meine These - und der sicherste Weg, dies zu erreichen, ist die Wahl von Edmund Stoiber.

Auch wenn der Wahlkampf wie nie zuvor durch Gleichgültigkeit geprägt ist - mit der Ankündigung, CDU/CSU zu wählen, kann man auch seine nach vielen Enttäuschungen abgebrühten linksgrünen und linkssozialdemokratischen Freunde noch einmal auf die Palme bringen. Nicht umsonst jubelten die rot-grünen Parteiführungen, als die Union Stoiber und nicht Angela Merkel zu ihrem Spitzenkandidaten kürte. Ein Bayer als Kanzleranwärter, ein Kandidat aus den Reihen der als besonders reaktionär und rückständig verschrieenen CSU werde den Wahlkampf polarisieren und die Linke, wenn auch zähneknirschend, zur Wahlurne treiben. Voilà: Das "kleinere Übel"-Argument war wieder ausgegraben.

Dabei zeigt nichts deutlicher, wie weit die Neue Mitte die politischen Koordinaten nach rechts verschoben hat, als das Wiederauftauchen dieses Arguments, das man mit dem erfolgreichen Einzug der Grünen in den Bundestag 1983, später dem der PDS, ad acta gelegt glaubte. Während der Regierungszeit Helmut Schmidts hatte es seine Hochkonjunktur unter linken Sozialdemokraten erlebt, insbesondere im Bundestagswahlkampf 1980, als die CSU mit Franz-Josef Strauß einen Kanzlerkandidaten aufstellte, der sich selbst zum Feindbild der Linken stilisiert hatte. Die SPD-Linke fügte damals ihrem "Kleineren-Übel"-Diskurs noch geschickt ein zweites Argument hinzu: das der "verschenkten Stimme" für die Grünen, die keine Chance hätten, über die 5-Prozent-Hürde zu kommen - was sie dann auch nicht taten. Denen, die trotzdem ihr Kreuz bei den Grünen machten, galt das "Kleinere-Übel"-Argument als typische Ausgeburt der rückgratlosen deutschen Sozialdemokratie.

Wer sich damals zur Regel machte, nur eine Partei zu wählen, mit deren Grundtendenzen er sich identifizieren könnte, steht bei dieser Bundestagswahl erstmals seit 1976 wieder ratlos da. Wenn also nur Nicht-Wählen oder die Wahl des "kleineren Übels" bleibt - könnte es sein, dass tatsächlich Stoiber dieses "kleinere Übel darstellt"?

Nie mehr Kleineres Übel

Für gewöhnlich wird der Streit über die Wählbarkeit einer Regierungspartei über die Frage ausgetragen, wie erfolgreich sie ihre Ziele umgesetzt hat. Grüne und SPD verweisen hier vor allem auf innenpolitische Projekte wie die Besserstellung gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften und das Zuwanderungsgesetz oder auf die Bereiche Umweltschutz und Energiepolitik, wo Rot-Grün - weniger durch den so genannten Atomausstieg als durch die konsequente Förderung erneuerbarer Energien - einen wichtigen Schritt vollzogen hat. Kritiker beharren an dieser Stelle darauf, dass Projekte wie der Atomausstieg völlig unzureichend gewesen seien und von einer neuen Regierung jederzeit rückgängig gemacht werden könnten - dennoch bleibt festzuhalten, dass sich Rot-Grün an diesen Punkten noch im Rahmen einer linken Reformregierung bewegt.

Anders bei der Wirtschaftspolitik: Die SPD ist 1998 explizit als Partei der Neuen Mitte angetreten und konnte daher ohne große Mühe wiederholt von CDU/CSU links überholt werden. Eine rigorose Sparpolitik im Bundeshaushalt bei gleichzeitiger Entlastung der Unternehmen und der Einstieg in die Privatrente markieren zwei der wichtigsten Eckpunkte der Schröder-Regierung. Im Bereich der Gesundheits- und Arbeitsmarktpolitik stehen die neoliberalen Einschnitte erst nach der Wahl ins Haus. Wie nun, bleibt die Frage, soll man die

Erfolge bei der Liberalisierung der Lebensverhältnisse und im Umweltschutz mit den Rückschritten in der Wirtschafts- und Sozialpolitik verrechnen? (Den Linken, die jetzt wieder für die Wahl von Rot-Grün plädieren, gelingt ihre Argumentation nur deshalb halbwegs, weil sie - wie etwa Andrea Roedig im Freitag oder die üblichen Verdächtigen von Grass bis Negt in dem in der spw abgedruckten Aufruf "Wählen statt Stoiber" - mit keinem Wort auf den programmatischen Wandel der SPD zur Neuen Mitte bzw. einer Partei des Dritten Wegs eingehen. Sie tun damit so, als sei sie noch die Sozialdemokratie von Godesberg, die für einen Klassenkompromiss stand, statt eine SPD, die die wesentlichen Elemente des Neoliberalismus in ihre Praxis integriert hat.)

Sinnvoller als über Einzelthemen zu streiten, erscheint mir daher, die gesamtgesellschaftliche Kräftekonstellation zu untersuchen, also zu fragen, inwieweit die Regierungsbeteiligung von Rot-Grün die Linke nach rechts verschoben hat bzw. inwieweit eine Abwahl von Rot-Grün der Linken größere politische Möglichkeiten einräumt.

Rot-Grün hat eine langanhaltende Demoralisierung der Linken und der Bereitschaft bewirkt, sich in ihr zu engagieren. Verantwortlich dafür ist nicht alleine deren politische Ausrichtung. Wäre die Neue Mitte ein Projekt der rechten Sozialdemokraten - niemanden hätte es verwundert. Dass diese Politik jedoch von einer Generation getragen wird, die sämtlichen Gruppen der Neuen Linken oder linken Juso-Flügeln entstammt, schmälert auch die Bereitschaft für zukünftiges Engagement. In das Alltagswissen der Bundesrepublik und vor allem ihrer Linken hat der Wandel der Grünen ein festes Bild eingebrannt, wie politische Veränderungen erreichbar und welche angeblich realistisch sind, wie die eigene Parteibasis ruhig gehalten werden muss und innerparteiliche Gegner kalt gestellt werden - und vor allem wie politische Biografien aussehen: jung und radikal zu beginnen, um dann in einer Position zu landen, in der man das Gegenteil der früheren Ansichten behauptet. Mehr noch: Das linksradikale Gehabe in jungen Jahren gilt geradezu als Karriere fördernde Voraussetzung. Dass die Globalisierungskritiker in Deutschland im internationalen Vergleich noch wenig Zulauf erhalten, mag auch damit zu tun haben, dass man nach den Erfahrungen mit den Grünen nicht noch einmal in einer Bewegung arbeiten möchte, in der man die jetzigen radikalen Aktivisten bald schon wieder in wichtigen Ämtern und Talk-Shows vermutet, in denen sie ihr frühes Engagement zur Jugendsünde erklären - und denen man mit dem eigenen Engagement zu jener Karriere verholfen hat.

Was fällt, muss man stoßen

Dabei geht es nicht darum, jegliche Revisionen der ursprünglichen Programmatik der Grünen für falsch zu erklären. Nicht, dass die Grünen Koalitionen eingehen, ist fatal, wohl aber, dass sie keinen Punkt mehr kennen, an dem man aus ihnen aussteigen sollte. Nicht, dass sie sich verändert haben, hinterlässt den Beigeschmack des Opportunismus, wohl aber, dass sie fast sämtliche Veränderungen vollzogen, wenn Koalitionen gebildet oder erhalten werden mussten und sich dabei politische Argumente mit persönlichen Machtambitionen unrettbar vermischten. Dabei ist der Tiefpunkt der grünen Entwicklung noch längst nicht erreicht. Ganz gleich, welche Partei die Wahl gewinnen wird: In der nächsten Legislaturperiode stehen mit den Reformen der Hartz-Kommission die größten sozialen Einschnitte in der Geschichte der Bundesrepublik auf der Tagesordnung. Für die Selbstachtung der Linken scheint es mir notwendig, dass nicht auch noch dieses Projekt auf das Konto einer als links angesehenen Bundesregierung geht.

Zudem darf man getrost darauf wetten: Der neoliberale Umbau des Sozialstaats hätte unter einer Regierung Kohl gebremster stattgefunden, da er auf den Widerstand der Gewerkschaften gestoßen wäre. Der DGB unterliegt ebenso wie die SPD-Linke dem "Irrtum", dies wäre noch ihre Regierung - und kann eben deshalb weniger durchsetzen als möglich ist. Nun kann man der SPD schlecht vorwerfen, dass sie die Gewerkschaften nicht über ihre falsche Politik aufklärt. Dennoch: So lange der DGB seine Nibelungentreue zur SPD, wie zuletzt bei den Vorschlägen der Hartz-Kommission - die die Gewerkschaftsführung nicht kritisieren mochte, um Schröders Wahlerfolg nicht zu gefährden - nicht aufgibt, ist eine CDU-Regierung auf Grund des dann zu erwartenden Protests der sicherere Garant für den Fortbestand von sozialen Rechten.

Ein Scheitern von Rot-Grün könnte nun das endgültige Scheitern des Dritten Wegs bedeuten. "Diese Bundesregierung darf nicht Episode bleiben, sondern muss Epoche werden", lautet einer der verzweifelten Werbesprüche Schröders in diesem Wahlkampf - wohl wissend, dass der Dritte Weg bereits nach den Wahlen in Dänemark, den Niederlanden, Italien und Österreich in Europa vor dem Ende steht. Doch was fällt, muss man stoßen - schließlich sind, während das "Gegenmodell" Frankreich bereits im Mai scheiterte, ausgerechnet

in den Vorreiterländern Großbritannien und Deutschland noch die sozialdemokratischen Modernisierer an der Macht. Bliebe dies so, könnte ihnen bei einem Ende der Rezession ein zweiter Frühling blühen. Dies gilt es zu verhindern. Eine Erneuerung der SPD - da sollten sich die Anhänger der sozialdemokratischen Politik der kleinen Schritte und des innerparteilichen Burgfriedens nicht täuschen - wird nicht ohne die umfassende Niederlage der Protagonisten der Neuen Mitte zu haben sein.

Damit wären wir bei der PDS, die sich nun, wie die Berliner Koalition zeigt, die Grünen zum Vorbild genommen hat. Innerhalb weniger Monate hat sich die Richtung der Partei um 180 Grad gedreht. Da verkündet ein ehemaliger Trotzkist, Harald Wolf, in Anlehnung an Margaret Thatchers "There-is-no-Alternative"-Denken, es gebe "keine Alternative" zur Risikoübernahme der Berliner Bankgesellschaft, die massive Einschnitte auch im Sozialhaushalt bedingte. Das Ex-SED-Mitglied Gregor Gysi behauptete als Wirtschaftssenator, der Abbau der Arbeitslosigkeit könne nur mit den Mitteln des Kapitalismus und nicht gegen ihn geleistet werden. "Die PDS hat sich in atemberaubender Geschwindigkeit in die Rolle als Regierungspartei eingefunden ... Das wäre nicht weiter zu kritisieren, hätte nicht die PDS selbst dafür noch bis vor wenigen Wochen die anderen Parteien - insbesondere die Grünen - gescholten. Dass sich die Sozialisten jetzt als so sagenhaft wandelbar zeigen, sollten all diejenigen genau beobachten, die bei der PDS auf Standfestigkeit und Konsequenz setzen", kommentierte Brigitte Fehrle in der Berliner Zeitung. So ist es, und deshalb scheidet die PDS auch als ernst zu nehmendes Wahlangebot aus.

Mit Stoiber die Neue Mitte brechen

Und nun sollen Linke also die CDU/CSU wählen? Das entscheidende Argument liefert die Entstehungsgeschichte des Dritten Wegs. Mit diesem Richtungswechsel reagierte die SPD auf die Wahlen von 1983-1994, in dem man die Stammwählerschaft mobilisieren konnte, nicht aber das nötige Potenzial zum Sieg. Wahlen würden in der Mitte gewonnen, hieß fortan an das Credo, die Programmatik richtete sich nun an jenen 5-10 Prozent Wechselwählern aus, die man von FDP und CDU abwerben wollte. Auf ihre linken Wähler, so glaubten die Parteistrategen, müsse man keine Rücksicht nehmen, da deren Stimmen ohnehin sicher seien - eine Einschätzung, die sich auf eine lange Erfahrung mit den Diskursen der Linken vor Wahlen stützen konnte und durch die jetzige "Kleinere-Übel"-Kampagne von Negt, Grass & Co. bestätigt wird. Politik besteht aber nicht im guten Glauben an den guten Willen einer Parteiführung, sondern in der Organisation politischer Macht zur Durchsetzung der eigenen Interessen. Wer Erpressungen immer wieder nachgibt, hat schon verloren - ohne dass Rot-Grün und die PDS die Prozente links wieder verlieren, die sie rechts dazugewinnen, wird sich der Marsch in die Mitte weiter fortsetzen und verschärfen. Wenn es aber keine linke Alternative im Parteienspektrum mehr gibt, um das Kalkül der Neue-Mitte-Strategen zu durchbrechen, bleibt nur die Wahl der CDU/CSU.

Martin Salina

23. Revolution der Kleinbürger. New Labour, Rechtspopulismus und die Suche nach Hegemonie

Autor: Gruppe Blauer Montag · Rubrik: Innenpolitik/Innere Sicherheit; Diskussion · CD-Datei: daten/aksuche/ak464/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:464:07

Überall in Europa wird New Labour durch neue konservative Regierungen abgelöst. Immer öfter spielen dabei sog. Rechtspopulisten eine Schlüsselrolle. In der BRD ist der neue Rechtssenat in Hamburg der Prototyp einer solchen konservativ-rechtspopulistischen Regierung. Im folgenden analysiert die Gruppe Blauer Montag die politische und soziale Bedeutung des "Hamburger Modells" als Versuch, ein neues hegemoniales Projekt bürgerlicher Herrschaftssicherung zu verankern.

Vor etwas mehr als vier Jahren fanden in der gesamten Bundesrepublik große Demonstrationen gegen die Sozialpolitik der Regierung Kohl statt. Es ging vor allem um die steigende Erwerbslosigkeit und um die Kürzung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall als ein Symbol gewerkschaftlicher Errungenschaften. In Hamburg mobilisierte vor allem der DGB zu diesen Demonstrationen. In anderen Orten kam es aber auch zu relativ unabhängigen Aktionen der Erwerbslosen und zu Streiks. Wie nicht das erste Mal in der Geschichte mündeten die Aktionen in einer großen Demonstration in Bonn und in dem Vorschlag, die Regierung bei den anstehenden Bundestagswahlen abzuwählen - und waren damit mehr oder weniger beendet.

Dennoch haben diese Proteste nicht unwesentlich zum Ende der Regierung Kohl beigetragen. Eine Politik, die wesentlich auf Deregulierung und neoliberale Ideologie setzte, war vorläufig diskreditiert. Die Schröder-Administration stand entsprechend für eine politische Option der Re-Regulierung der Arbeits- und Sozialbeziehung, natürlich in Abhängigkeit von der Stärke bzw. der Schwäche des sozialen Protestes und natürlich als Verstaatlichung emanzipatorischer Vorstellungen. Mit dem Ende der sozialpolitisch motivierten Unruhe entpuppte sich Rot-Grün schnell als reines New-Labour-Projekt mit einer ausgesprochen autoriär-repressiven sozialstaatlichen Regulierungsform. Rot-Grün wurde so zu einem Katalysator für eine neue Rechtswende in der Politik und hat die Grundlage gelegt für das, was heute etwas ungenau als "Rechtspopulismus" bezeichnet wird.

Ein stillgelegter sozialer Protest und ungestörtes politisches Agieren sind noch kein Indiz für eine breite Akzeptanz. Die momentane europaweite Krise von New Labour bestätigt dies eindrücklich. Wir schlagen vor, das Ende von New Labour, ähnlich wie das Ende der Kohl-Regierung, als Ausdruck einer Krise der Vermittlung zu betrachten. New Labour bzw. Rot-Grün gelingt es offenbar nicht mehr, ihre Politik als auch kulturell hegemoniales Projekt zu präsentieren. Und wir schlagen weiter vor, die Experimente, die von Grün bis Schwarz im Zusammenhang mit dieser Krise gemacht werden, als Suche nach einer neuen Hegemonie, also einer im systemstabilisierenden Sinne funktionierenden Vermittlung, zu begreifen. Wir glauben, dass die Kritik an der neuen konservativen Politik hilflos bleibt, wenn wir uns darauf beschränken, Sparmaßnahmen zu kritisieren und den "Betrug" zu entlarven, den die Versprechungen der PolitikerInnen darstellen. Bei allen Einspar- und Ausgrenzungsmaßnahmen müssen wir auch danach fragen, welchen Teilen der Bevölkerung Angebote gemacht werden und welche Ressentiments von der rechten Politik bedient werden. Oder anders gesagt, die Kritik der politischen Ökonomie müsste mit einer Kritik der neuen Leitkultur verbunden werden.

In dieser Hinsicht wollen wir einige zentrale Aspekte der Politik des neuen Hamburger Rechtssenates diskutieren. Wir sind uns dessen bewusst, dass es problematisch ist, von einem lokalen Beispiel ohne weiteres auf überregionale oder sogar europäische Entwicklungen zu schließen (und umgekehrt). Insofern sind die folgenden Überlegungen nur als Anregung zu einer Diskussion über die Bedeutung des "Hamburger Modells" gemeint.

Auf den ersten Blick scheint sich nach der Hamburger Bürgerschaftswahl im September 2001 nichts grundlegendes geändert zu haben. Ob in der Flüchtlings-, der Bildungspolitik oder in Bezug auf die Privatisierungen: Einerseits hatte der rot-grüne Senat bereits rechte Positionen übernommen, andererseits übernimmt der neue Senat Positionen von "New Labour". Die Übergänge scheinen fließend. Umso mehr erstaunen die Proteste im Frühjahr gegen die Senatspolitik: Am 8. März demonstrierten 2.000 Frauen gegen die Streichungen bei den Frauen- und Mädchenprojekten; im April waren fast 8.000 Menschen gegen die Sozialpolitik des neuen Senates auf der Straße, im Juni rund 50.000 Schüler/innen, Studierende, Eltern und

Lehrer/innen gegen die Bildungspolitik. Die Kontinuität der Senatspolitik verbindet sich also mit einem deutlichen Anwachsen der Proteste. Am Beispiel der Beschäftigungspolitik kann man nach unserer Auffassung gut diskutieren, wie diese merkwürdige Konstellation zu Stande kommt.

Die Hamburger Beschäftigungspolitik war schon in der letzten Legislaturperiode von einer anhaltenden Diskussion über die Notwendigkeit eines Niedriglohnsektors begleitet. Nicht zufällig wurde diese Diskussion unmittelbar nach dem Regierungswechsel in Berlin auch auf lokaler Ebene angestoßen. Rot und Grün übernahmen hier wie dort Vorstellungen, die zuvor vor allem von den Unternehmerverbänden formuliert worden waren.

Neben den "zu hohen Löhnen" machte man vor allem die "mangelnde Qualifizierung" der Erwerbslosen für die Erwerbslosigkeit verantwortlich. Staatliche Politik installierte daher in ihrem Einflussbereich einerseits den Niedriglohnsektor, ergänzte diesen klassisch-neoliberalen Ansatz aber andererseits durch den Slogan vom "fordern und fördern": Erwerbslose sollten sich marktgängige Qualifikationen aneignen und damit quasi automatisch ihre Erwerbslosigkeit beenden. Dabei wurde die Repression gegen diejenigen verschärft, die sich diesem Ziel widersetzten bzw. es tatsächlich auf Grund der mangelnden Nachfrage nach Arbeitskraft nicht erreichen konnten. In der Konsequenz existiert inzwischen eine von Lohnarbeit unabhängige staatlich Existenzsicherung praktisch nicht mehr. Im Gegensatz zu dem in der ersten Hälfte der 1990er-Jahre diskutierten "Rückzug des Staates" beinhaltet die "Aktivlinie" von New Labour eine Erweiterung staatlicher Aufgaben. Repressive Eingliederung von Erwerbslosen ist in viel stärkerem Masse als zuvor staatliche Aufgabe. Man könnte sagen, dass die neue Re-Regulierung ironischerweise zentral in einem umfassenden Zugriff auf die Erwerbslosen bestand.

Was in der rot-grünen Politik schon angelegt war, setzt der rechte Senat fort. Trotz der Beteuerung der neuen Sozialsenatorin, der Staat würde sich als Durchführungsorgan der sozialen Arbeit zurückhalten, wird die Aufgabe des "aktivierenden Sozialmanagements" nach wie vor beim größten kommunale Beschäftigungsträger, der HAB, geplant und umgesetzt. Neu ist lediglich, dass die "Aktivierung" durch die Rechten radikalisiert wird: Aus der rot-grünen "Förderung" der "Qualifizierung" wird auch formal eine Zwangsveranstaltung gemacht: "Wir haben hier ein Angebot, das sie nicht ablehnen können".

"Aktivierung" alt und neu

Im Zusammenhang mit der Frage nach Kontinuität und Bruch im Übergang von Rot-Grün zu CDU-Schill-FDP ist nach unserer Auffassung vor allem interessant, dass sich die Rolle der Gewerkschaften, aber auch die der Wohlfahrtsverbände verändert hat. Im Gegensatz zu Rot-Grün legt man jetzt auf die Zustimmung von ver.di zu den Veränderungen etwa bei der HAB keinen Wert mehr. Was für die "Aktivlinie" gilt, gilt auch für andere Schwerpunkte der kommunalen Politik. So ist z.B. der Unterschied zwischen Rot-Grün und Schwarz-Schill nicht, dass es überhaupt zu Privatisierungen und Kürzungen im Öffentlichen Dienst kommt, sondern lediglich, dass die entsprechenden Maßnahmen anders oder überhaupt nicht mehr vermittelt werden. Outsourcing und Privatisierung werden von der neuen Regierung beschlossen, verhandelt wird nicht. Die Option, Arbeitsbedingungen der Kernbelegschaften zu garantieren und am Rand abzubauen, die von ÖTV/ver.di bislang allzu oft akzeptiert wurde, fällt damit für den Augenblick weg. Letztlich wird auch der neue Senat nicht darum herumkommen, mit den Gewerkschaften zu verhandeln. Vorläufig aber treibt er die Gewerkschaften förmlich in die Opposition.

Die eingangs angeführte These, es ginge vor allem um die Suche nach einer neuen Form der Vermittlung, scheint also bestätigt. Aber nur zum Teil, denn wir wissen jetzt lediglich, auf wessen Zustimmung der neue Senat verzichten will. Auf die Dauer wird es kaum ausreichen, "faule Lehrer" und "überflüssige Sozialarbeiter" zu denunzieren. Auf wessen Unterstützung wird bei dieser Denunziation spekuliert und welche materiellen Angebote werden in diesem Zusammenhang anderen Bevölkerungsteilen gemacht?

Es ist unzureichend, der aktuellen Politik der Konservativen in Hamburg lediglich das Etikett "neoliberal" zu verpassen und zu betonen, dass es sich um eine systemstabilisierende und prokapitalistische Politik handelt. Weder die Unterschiede zum rot-grünen Vorgängersenat wären damit gekennzeichnet, noch wäre die Frage ausreichend beantwortet, was denn die "neoliberale" Politik hegemoniefähig (ge)macht (hat). Nicht zuletzt für die Ausrichtung des Widerstandes ist aber entscheidend, was "neoliberale" Regierungen trotz der Zerstörung integrativer Momente, die in ihrer Politik angelegt ist, zu potenziell dauerhaften Konstellationen macht.

Die Hoffnung, der neue Hamburger Senat würde letztlich an sich selbst scheitern, ist zwar verständlich, aber eher Ausdruck von Hilflosigkeit. Nach unserer Meinung freuen sich diejenigen zu früh, die in der Biegsamkeit seiner Politik nur ein Zeichen für eine Stop-and-go-Politik und für Voluntarismus sehen. Im Gegenteil ist es gerade eine der traditionellen Stärken konservativer Politik, pragmatisch auf die Herausforderungen des Machterhalts reagieren zu können. Bei aller Flexibilität ist die neue konservative Politik nicht ohne Maßstab. Und sie ist auch nicht ohne aktuelle Interventionsvorschläge, die sich von früheren Vorschlägen in spezifischer Weise unterscheiden. Wir sehen zwei Figuren, die dieses Spezifische besonders deutlich erscheinen lassen: Einerseits Schill, der für law-and-order zuständig ist, andererseits Schnieber-Jastram (CDU), die für die Sozialpolitik des neuen Senates steht.

Wir wollen zunächst auf das "Erfolgsmodell" Schillpartei eingehen. Das Wirtschaftsprogramm dieser Partei hat im Wahlkampf so gut wie keine Bedeutung gehabt. Es besteht im Wesentlichen aus ein paar Phrasen über die Förderung des Mittelstandes und einem allgemeinen Bekenntnis zum Kapitalismus. Auffällig - und ganz oberflächlich betrachtet in einem gewissen Gegensatz zum prokapitalistischen Bekenntnis - ist im selben Programm die Orientierung auf die sogenannten "kleinen Leute". Mehr oder weniger alle, die den Erfolg der Schillpartei bei den Bürgerschaftswahlen analysiert haben, sind sich einig, dass diese Bezugnahme, die im Wahlkampf geradezu gebetsmühlenartig immer wieder hervorgehoben wurde, der Schillpartei massenweise WählerInnen gesichert hat - überdurchschnittlich viele ältere, männliche und erschreckend viele proletarische.

Die "Partei der kleinen Leute"

Einerseits verspricht Schill einen Stillstand der gesellschaftlichen Entwicklung. Dieses Versprechen drückt sich in der zentralen und allseitigen Bedeutung der Forderung nach "Sicherheit" aus. Doch das Thema "Sicherheit" geht fließend in das soziale Thema über: Schill verspricht, allen zu helfen, die sich bedroht fühlen, auch denen, die sich in ihrer sozialen Situation bedroht fühlen. Die Vermischung von rassistisch und sozial begründeten Bedrohungsszenarien führt zu einer Aufspaltung der Wählerschaft: Einerseits gibt es unter den Schill-AnhängerInnen (und auch unter den Kadern der Schillpartei) signifikant viele ehemals sozialdemokratisch orientierte Menschen, andererseits vertritt Schill ein gutbürgerliches Spektrum, das sich für den sozialen Touch seiner Propaganda nur am Rande interessiert.

Dem proletarischen Potenzial unter seinen WählerInnen verspricht Schill einen Deal, der der (von ihm erfundenen) "Mehrheit" oder "Gemeinschaft" soziale Stabilität (Arbeitsplätze, Sozialleistungen) garantiert, und zwar explizit auf Kosten marginalisierter Gruppen. Auch als Innensenator hält Schill diese Linie aufrecht: Es sei nötig, den Zuzug von Flüchtlingen zu verhindern, "damit sie nicht unseren Wohlstand verfrühstücken".

Auf Grundlage der Spaltung der verschiedenen Sektoren von Lohnarbeit wird eine groß angelegte politische Spekulation betrieben, die sich an der Wahlbörse vorläufig in explodierenden Kursen niedergeschlagen hat. Allerdings bleibt die Schill-Aktie nur dann erfolgreich, wenn die Hierarchisierung und Spaltung der verschiedenen Segmente der Lohnarbeit auch real aufrechterhalten werden kann. Ein Teil des politischen Projektes der Schillpartei (und auch der CDU!) ist es deshalb, diese Hierarchisierung und Spaltung mit durchaus erheblichen staatlichen Interventionen abzusichern.

Die Grenzen dieser Politik sind einerseits erreicht, wenn sich die Versprechungen gegenüber der "Mehrheit" nicht finanzieren lassen. Und andererseits dort, wo das Projekt mindestens in Teilen der Klasse auf aktiven Widerstand stößt. Die Erfahrungen der letzten Wochen (und auch die internationalen Erfahrungen) legen nahe, dass insbesondere die seit den 1970er/1980er-Jahren gewachsene Schicht der im öffentlichen Sektor beschäftigten Menschen aus unterschiedlichen Motiven ein wichtiger Träger solchen Widerstandes sein könnten. Einerseits geht es um die Arbeitsplätze von LehrerInnen, SozialarbeiterInnen und BeamtInnen/Angestellten im Öffentlichen Dienst. Andererseits sind die Angriffe auch gegen den Teil der Beschäftigten gerichtet, deren Lebensweisen der von Schwarz-Schill propagierten "Leitkultur" zumindest punktuell entgegengesetzt sind.

Die Orientierung auf eine "Leitkultur der normalen Mehrheit" ist eine der Grundlagen der Hamburger Koalition. In diesem Sinne ist die neue rechte politische Konstellation völlig authentisch. Es handelt es sich nicht um eine rein machtpolitisch motivierte Funktionalisierung des rechtsextremen Wählerpotenzials durch CDU und FDP. Wir wagen die Prognose, dass diese Orientierung beibehalten wird, auch wenn Schill aus dem einen oder anderen Grund nicht mehr mitspielt. Die "Normalbiografie" als kulturelle Konstruktion ist dabei durchaus nicht

homogen. Sie bietet vielmehr Identifikationsangebote für alle Teile der diffusen sozialen Basis des Projektes Schill: RentnerInnen, FacharbeiterInnen, Geschäftsleute, sogar Erwerbslose - eine merkwürdige Mischung aus Proletariat und Bürgertum, aus von Ausgrenzung bedrohten und etablierten Existenzen.

Die aktuelle Hamburger Sozialsenatorin Schnieber-Jastram (CDU) begann im Januar eine Rede vor der Hochschule für Angewandte Wissenschaften mit dem rhetorischen Bekenntnis, sie wäre vor hundert Jahren Anhängerin der Sozialdemokratie gewesen. Natürlich nicht im freiheitlichen Sinne; vielmehr bezog sie sich positiv auf repressive Tendenzen, die bekanntlich traditionell in der politischen Kultur der ArbeiterInnenklasse auch vorkommen: Arbeit schafft alle Werte, Arbeitspflicht für Alle, die Figur des Versorgers der Familie als Hauptbezugspunkt. Politik für die "normalen Menschen mit ihren Alltagssorgen" nennt Schnieber-Jastram das heute. Voraussetzungen für die Anerkennung als "normaler Mensch" sind u.a.: Deutscher Pass oder wenigsten lange Einzahlung von Sozialversicherungsbeiträgen ("nützliche" AusländerInnen sind sowohl bei Schnieber-Jastram als auch bei Schill durchaus akzeptiert), Erwerbstätigkeit natürlich, Familie oder etwas ähnliches, gerne Kinder, möglichst heterosexuelle Orientierung u.s.w. Die Liste kann gekürzt oder verlängert werden. Wichtig ist, dass sie eine Art von sozialer Fantasie enthält, die den Kern der Politik von Schwarz-Schill ausmacht und die sie auch von dem "New Labour" genannten Projekt unterscheidet.

Von Giddens und anderen wurde die Bereitschaft, am Verwertungsprozess teilzunehmen, als zentrale und einzige Voraussetzung für die "Teilhabe an der Gesellschaft" formuliert. Damit modifizierten sie den klassischen "Neoliberalismus", indem überhaupt wieder - eben im Zusammenhang mit der Bereitschaft zu Vernutzung - von der Möglichkeit der "gesellschaftlichen Teilhabe" die Rede war. In den Augen der VordenkerInnen von New Labour war diese "Teilhabe" orientiert an "Integration", wobei es unerheblich sein sollte, welche Hautfarbe oder sexuelle Orientierung der/die zu aktivierende BürgerIn habe. "Integration" und "Aktivierung" waren dabei allerdings immer in höchstem Maße autoritäre Zwangsveranstaltungen. Und weil die reale Ausformung des Verwertungsprozesses allerdings sehr wohl Unterschiede hinsichtlich der Hautfarbe und anderer Abwertungen macht, forcierte New Labour in der politischen Praxis dieselben Rassismen und Ressentiments wie Schwarz-Schill bzw. bereitete ihre Hegemoniefähigkeit vor.

Schill/Schnieber-Jastram setzen die dem New-Labour-Projekt innewohnende Tendenz zur Vergemeinschaftung fort. Aber die Gesellschaft, die die Konservativen entwerfen, ist eine an wichtigen Punkten andere. Auch die Politik von New Labour war - zumindest tendenziell - ausgrenzend, national und bis zu einem gewissen Grad auch ethnisch begründet. Die jetzige Politik hat darüber hinaus aber auch eine moralische Grundlage. Gesellschaft wird durch die "Mehrheit" und ihre Lebensformen/Konventionen definiert. Dies ist das, was die CDU "Leitkultur" genannt hat, die von der sexuellen Orientierung bis zur Muttersprache reicht. Dabei definiert sich diese "Leitkultur" vor allem durch das, was sie nicht ist. Sie ist nicht schwul, avangardistisch, subkulturell, linksradikal, feministisch, ausländisch etc.

Bei der Formulierung dieser sozialen Fantasie bekommt die Familienpolitik eine besondere Bedeutung. Sie zielt ab auf ein Modell, das als "normal" definiert wird, in Hamburg statistisch gesehen jedoch immer weniger existiert: die Familie mit Mutter, Vater, Kindern, gutem Einkommen und Bildung. Obwohl diese Gruppe durch eine menschenfeindliche Verkehrspolitik, Mangel an Betreuungsangeboten für Kinder und Wohnmöglichkeiten weiterhin den innenstadtnahen Wohnvierteln fernbleiben wird, bildet sie den zentralen Bezugspunkt der rechten Rhetorik. Nicht die vielen allein Erziehenden, nicht die MigrantInnen, nicht Stadtteile, in denen über 20% der Kinder von Sozialhilfe leben, sind die Zielgruppe von Schwarz-Schill. Es ist paradox: Die Rechten sprechen eine Gruppe an, die gar nicht zu existieren bzw. ganz bestimmt nicht mehrheitsfähig zu sein scheint. D.h. sie werden von Leuten gewählt, deren Anliegen sie garantiert und ausdrücklich nicht vertreten. Wenn es überhaupt eine Erklärung für dieses merkwürdige Phänomen gibt, dann ist es die, das Leute Parteien wählen, die das verkörpern, was sie selbst gerne sein wollen, also ein Effekt, der wenig mit der Realität und viel mit dem symbolischen Gehalt von Politik zu tun hat.

Leitkultur der "normalen Mehrheit"

In die politische Praxis kann eine derartige Politik nur negativ übersetzt werden: in eine Ausgrenzung derjenigen Gruppen, die in der imaginierten Familie Deutschland nichts zu suchen haben. Die aktuelle Hamburger Sozialpolitik spiegelt dies wider: Aids-Prävention, Projekte für Straßenkinder, Drogenhilfeeinrichtungen "können einpacken", drastische Kürzungen bei Frauen- und Mädchenprojekten etc., etc. Aufrechterhalten werden sollen tendenziell die Sektoren von Sozialpolitik, die nicht als "Luxus" definiert

werden und die die aktuell definierte Normalbiografie "fordern und fördern". Mit dem symbolischen Bezug auf die "kleinen Leute" bekommt auch die "Aktivlinie" eine neue Dimension. Überleben in dieser Gesellschaft wird staatlicherseits ermöglicht und erlaubt, aber in erster Linie (und in der radikalisierten Variante: nur) für diejenigen, die eine Normalbiografie vorweisen können. Aufgabe der Sozialpolitik wird zunehmend, diejenigen zu sanktionieren, die von dieser Normalbiografie abweichen. Damit unterscheiden sich Schill/Schnieber-Jastram von Schröder, der keine ähnliche moralische Vision aufzuweisen hat. Schills paranoide Propaganda gegen die "68er", die angeblich ihren Marsch durch die Institutionen beendet haben und jetzt die "abstrakte Macht" repräsentieren, ist von Schnieber-Jastrams Praxis keineswegs verschieden. Es ist ihre ideologische Begleitmusik.

Die neue politische Konstellation ist im eigentlichen Wortsinn reaktionär. Sie sieht sich selbst als Reaktion auf die Aufstände und Befreiungsbewegungen der 1970er-Jahre und ihre bundesdeutschen Ausläufer. Sie kämpft gegen imaginäre 68er, gegen die "Blumenkinder" und gegen deren "multikulturellen Eifer" (Schnieber-Jastram). Die damals entwickelten, in der sozialliberalen Ära in spezifischer Weise reduzierten Vorstellungen von Demokratie, von sozialen Rechten, vom Schutz von Minderheiten und von der Pluralität von Lebensentwürfen werden ad acta gelegt. Über dreißig Jahre nach 1968 scheint es immer noch nötig und publikumswirksam zu sein, den Konsens anzugreifen, den die kapitalistische Nachkriegsentwicklung in kultureller Hinsicht hervorgebracht hat.

Schill und Co. erscheinen in vielerlei Hinsicht als Wiedergänger einer "guten, alten Zeit", in der "Ordnung und Disziplin noch etwas galten". Ihr politisches Handeln ist jedoch keine bloße Kopie historischer Vorbilder. Es ist vielmehr ein Experimentieren mit ungewissem Ausgang. In der prinzipiellen Offenheit des Experimentes liegt eine Gefahr und eine Chance. Eine Gefahr liegt darin, dass die repressiven Lösungsvorschläge eskalieren, gerade wenn sie in der Umsetzung scheitern und der (symbolpolitische) Handlungsdruck wächst. Die bisherigen Grenzen des Übergriffes auf soziale und politische Rechte würden noch weiter verschoben werden. Für die ausgegrenzten Teile der Bevölkerung ist dies bereits vielfach bittere Realität. Eine Chance liegt darin, dass das Experiment ein Experiment ist. Ein Handeln, dass mit vielen Hindernissen rechnen muss und rechnet, mit Unwillen, Trägheit, Politikverdruss, selbst mit direkt widerständigem politischen Handeln.

Eine neue soziale Bewegung, die diese Chance nutzen will, müsste sich von gewerkschaftlichen und anderen gesellschaftlichen Bewegungen dadurch unterscheiden, dass sie keinen privilegierten Ort hat, sondern von vielen sozialen Orten aus zu betreten ist. Zur Zeit agieren die einzelnen Teile und Teilbereiche der neuen sozialen Unruhe relativ isoliert voneinander. Es gibt (noch) kein Bewusstsein von einer gemeinsamen Sozialbewegung, die die Prinzipien von "Leitkultur", Spaltung und Ausgrenzung in allen seinen Aspekten in Frage stellt. Weder "gewerkschaftliche Orientierung" noch fortgesetzte Kampagnenpolitik können eine solche Sozialbewegung ersetzen. Aber eines ist sicher: Die Alternative zur rechten Hegemonie ist nicht die Rückkehr zu New Labour. Das Verfallsdatum der Neuen Sozialdemokratie ist bereits überschritten.

Gruppe Blauer Montag

Anmerkungen:

1) Ein Beispiel: In Bezug auf die Verlegung der JVA in unmittelbarer Nähe der KZ-Gedenkstätte Neuengamme. ging es Schill nie um die Leugnung der NS-Verbrechen, sondern immer um die Instrumentalisierung der Erinnerung für die eigene Politik. Darin unterscheidet er sich nicht von der großen Linie deutscher Politik. Insofern war die Verlegung der JVA eben keine Prinzipiensache, sondern eine taktische Frage, und die Kompromissbereitschaft Schills und des Senates ist in dieser Hinsicht ziemlich authentisch. Eine Gedenkstätte wird ausgebaut, wenn es sein muss und wenn gleichzeitig ungestört die Expansion der Knäste betrieben werden kann.

2) Drei der sechs Kandidaten auf den vorderen Listenplätzen für die Bürgerschaftswahl waren ehemalige Sozialdemokraten.

24. All together now. Empire: Postmoderne Hippies erklären die Globalisierung

Autor: Jörg Nowak · Rubrik: Diskussion; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak464/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:464:34

Das Reisegepäck war in diesem Sommer bei vielen Linken mit hartem Theoriestoff gefüllt. Vom Gewicht und vom Einband kann das Werk von Hardt und Negri mit den blauen Bänden mithalten. Bei der Bewertung der Inhalte scheiden sich die Geister. (1) Die folgende Kritik soll vor allem klären, wie in Empire der politische und theoretische Bezug auf die neuen Produktivkräfte hergestellt wird. Die Hauptthese ist dabei, dass die Entstehung widerständiger Subjekte bei Hardt und Negri (H/N) als mythischer Schöpfungsakt jenseits gesellschaftlicher Verhältnisse vorgestellt wird, dessen hinreichende Bedingung in der Entfesselung der Produktivkräfte gesehen wird. Da nicht analysiert wird, wie ökonomische und strukturelle Zwänge konkret wirken, kann auch gesellschaftliche Emanzipation und ihre Verortung nicht gedacht oder beschrieben werden. Befreiung ist stattdessen als widerspruchsloser Prozess der narzisstischen Selbstverwirklichung konzipiert.

Der politische Mythos von Empire geht so, dass sich in den Bewegungen von 68ff. eine Subjektivität als produktive Autonomie des Proletariats konstituiert habe, die auch trotz der neoliberalen Integration dieser Subjektivität intakt bleibe als guter Kern, dem alle Verwüstungen nichts anhaben können (E 286f.). Das ist "operaistischer Idealismus" (Diefenbach 2002, 25), für den Klassenkampf immer nur Sache des Proletariats ist und der merkwürdigerweise keinen Klassenkampf der Kapitalisten kennt.

Der charakteristische Zug des Buches, dass politische Veränderungen im Zusammenhang mit der Produktivkraftentwicklung analysiert werden, findet lediglich eine reduktionistische Anwendung. Der "neue Materialismus" (E 385) von H/N beruht auf einer linearen Ableitung gesellschaftlicher Veränderung aus der Entwicklung der Produktivkräfte, d.h. der Produktionsmittel und der Qualifikationen der Arbeitskräfte. Den entscheidenden Anstoß zur Entwicklung der Produktivkräfte geben aus ihrer Perspektive oppositionelle Bewegungen. "Die gesamte Palette sozialer Bewegungen und die entstehenden Subkulturen in ihrer Gesamtheit unterstrichen den gesellschaftlichen Wert von Kooperation und Kommunikation." (E 285) Kooperation und Kommunikation werden nicht als widersprüchlich bestimmte Praxisformen beschrieben, in denen um Emanzipation zu kämpfen wäre, sondern als eigentlich von der Multitude beherrschte Prinzipien der Interaktion, die trotz ihrer funktionellen Integration in die Verwertung durch ihr bloßes Dasein Manifestationen von Autonomie seien.

Die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse, in denen Produktivkräfte und Subjektivitäten entstehen, werden schlichtweg nicht analysiert - damit gerät auch aus dem Blick, dass die kapitalistischen Produktionsverhältnisse und sie konstituierende Herrschaftsverhältnisse auf die Produktivkräfte wirken und sie spezifisch formieren und funktional einbinden.(2) So kommt es, dass neue Fähigkeiten der Subjekte nicht in ihrer Widersprüchlichkeit, sondern als Verwirklichung einer unzerstörbaren Autonomie begriffen werden.

Ökonomismus und Vitalismus

Haben H/N unter Verweis auf die Allgegenwart der neuen Produktivkräfte noch die alltägliche Einbindung der Subjekte in Machtverhältnisse konstatiert, so projezieren sie in einem zweiten Schritt die neuen Formen der Unterdrückung, die mit diesen Produktivkräften einhergehen, auf die Kontrollmacht des Empire. Damit haben sie die gesellschaftlichen Praxen der Multitude von jeder Partizipation an Herrschaft gereinigt: Alle sozialen Aktivitäten bilden nun die Substanz der Befreiung und müssen nur noch einer ihr äußerlichen Kontrolle entledigt werden.

Dass sich kapitalistisches Wachstum verstärkt auch als Inwertsetzung biologischen Materials abspielt, dass direkte physische Eingriffe in menschliche Körper eine neue Rolle in Überwachung und Produktion spielen, "dass Intelligenz und Affekt (...) zu primären Produktionskräften werden" (E 373), dass in nahezu allen gesellschaftlichen Sphären die Marktlogik durchgesetzt wurde - all diese Aspekte sich verändernder Verhältnisse fassen H/N verallgemeinernd damit, dass jede menschliche Aktivität zu Produktion geworden sei. Wie sich die Produktion als "Aneignung der Natur (...) innerhalb und vermittelst einer bestimmten Gesellschaftsform" (Marx 1857/58, MEW 42, 23) verändert, wird nicht konkretisiert. Produktion und Leben seien miteinander verschmolzen: "Leben wird nicht mehr in Reproduktionszyklen produziert, die dem

Arbeitsalltag untergeordnet sind; nun ist es im Gegenteil das Leben, das jegliche Produktion bestimmt. In der Tat liegt die Bestimmung des Werts von Arbeit und Produktion tief im Innern des Lebens." (E 373)

Während bei Foucault der Begriff Biomacht Reproduktions-, Gesundheits- und Bevölkerungspolitik als Machttechniken der Industriegesellschaft beschreibt (Foucault 1992, 40f.), adaptieren H/N den Biomacht-Begriff derart, dass sie "das Verhältnis von gesellschaftlicher Produktion und Biomacht" (E 43) erfassen wollen. Der Ansatz, die von Foucault beschriebenen Prozesse gesellschaftlicher Regulierung als "neue(n) Formen der Produktivkräfte" (E 44) und als Ansatzpunkte für Widerstandsstrategien zu verstehen, integriert in das Biomacht-Konzept eine materialistische und konstruktive subalterne Perspektive. Diese Perspektive wird aber nicht ausgearbeitet, sondern als scheinbar subversives Element eines Kult des Lebendigen verwendet. Statt die realen und multiplen Konfliktlinien im globalen Kapitalismus zu analysieren, propagieren H/N ein Hippiedenken, in dem Liebe und Begehren als die "grundlegenden Kräfte(n) biopolitischer Produktion" (E 395) firmieren.

Zerstreuung der Produktivkräfte

Ein diffuser Bezug auf "die Macht der Erzeugung" (E 394) ersetzt eine politische Parteinahme, "das Leben selbst" bürgt bei H/N für Befreiung. In dieser Verortung von Emanzipation im anarchischen Wuchern der Kräfte des Lebendigen wird an einen von Nietzsche her bekannten Vitalismus angeschlossen, in dem die aktiven Kräfte des Lebendigen mit den reaktiven Kräften des Verfalls ringen (Nietzsche 1887, 310 u. 316). Der emphatische Bezug auf Leben und "Verschmelzung (...) mit den Maschinen" (E 374) ersetzt die Kritik der politischen Ökonomie und stellt das technikbegeisterterte Komplement zu einem naturbezogenen Konservatismus dar.

Die objektiven und subjektiven Voraussetzungen für die Wiederaneignung der Produktionsmittel (E 413) sind für H/N allein mit der Ausbreitung und Zerstreuung der Produktivkräfte über das gesellschaftliche Terrain gegeben. Da Subjektivität und Leben die wichtigsten Produktivkräfte seien, müssten die Produzenten lediglich von ihrem eigenen Körper und Geist Besitz ergreifen. Alles andere wird dem Wachsen des technologischen Organismus namens Multitude überlassen: Der "kollektive biopolitische Körper" (E 45) entsteht im "Dschungel (...), wo die Gesetze der Produktion und des Konflikts herrschen. (...) Der Analysekontext ist daher die Entfaltung des Lebens selbst, der Konstitutionsprozess der Welt, der Geschichte." (ebd.) Die Wiederaneignung von Geist und Körper bedarf - ganz unmaterialistisch - nur noch eines Willensaktes der produktiven Subjektivitäten. "Geschichte zu machen heißt somit, die Menge zum Leben zu erwecken." (E 412) Die Aneignung der Biomacht durch die Menge ist nicht als Praxis in spezifischen Kräfteverhältnissen, sondern als voluntaristischer Akt der Ermächtigung gegen die Kontrollherrschaft des Empire konzipiert.

Kämpfe in gesellschaftlichen Verhältnissen und den verschiedenen Sphären wie Poltitik, Ökonomie, Kultur gibt es laut Empire nicht mehr. "Das Politische, das Gesellschaftliche, das Ökonomische und das Vitale kommen hier zusammen. Sie sind vollständig miteinander verbunden und vollkommen austauschbar." (ebd.)

Aber verweisen H/N nicht immer wieder darauf, dass nicht vom Kapital oder der subjektlosen Entwicklung der Produktivkräfte die Initiative für gesellschaftliche Innovationen ausgehe, sondern von den Kämpfen des Proletariats bzw. der "Sehnsucht der Menge nach Deterritorialisierung" (E 136, 220)? Bei genauerem Hinsehen dient dies in Empire nur als Phrase, die den Eindruck erwecken soll, im neooperaistischen Ansatz stünden die Kämpfe und Erfahrungen der Unterdrückten im Zentrum, doch ist dies lediglich eine auf ihre vitalistische Theorie aufgesetzte These, die den Nachweis dafür liefern soll, warum die Macht "eigentlich" bei den Produzenten liege.

Den Kampf zwischen Empire und Multitude beschreiben H/N als Kampf zwischen der Macht des Todes und des Lebens, als unvermittelten Konflikt zwischen Parasiten und Cyborgs. Die Menge wird als kollektiver technobiologischer Körper, als "Wirt" (E 369) gefasst: das Kapital als ihr Gegner wird als "Parasit" (ebd.), als rein negative Kraft bezeichnet: "Das Kapital ist ein Organismus, der sich nicht anders erhalten kann als dadurch, dass er ständig über seine Grenzen hinausblickt, sich von seiner äußeren Umgebung ernährt." (E 236)

Die Parasitenmetapher und der Umstand, dass H/N fälschlicherweise davon ausgehen, dass das als Empire regierende Kapital keine produktive Funktion mehr habe und nur noch durch Geld, Nuklearwaffen und elektronische Kommunikation die Autonomie der Menge kontrolliere (E 352f.), macht ihre Analyse

anschlussfähig für antisemitische Kapitalismuskritik. Das wird dadurch verstärkt, dass das für die Nazis so wichtige Blutsaugen des Parasits mehrere Male explizit genannt wird: "Der Durst des Kapitals muss mit neuem Blut gestillt werden" (E 239, vgl. 404) Naturalisierte Darstellungen kapitalistischer Ausbeutung und Herrschaftstheorien, in denen die Herrschenden nicht als produktive Funktionseliten, sondern als "vollständige Inversion der Macht des Lebens" (E 354) begriffen werden, werden seit der erfolgreichen faschistischen Integration sozialistischer Propaganda nicht ohne Grund für gefährlich gehalten.

Ausnahmezustand: Parasiten vs. Cyborgs

H/N haben die Eigenschaften, die Nietzsche der Masse der "Niedrigen" und "Schwachen" sowie den Juden zugeschrieben hat, nämlich rein reaktiv und negierend zu handeln, den Mächten des Empire zugeschrieben. Was Nietzsche den "Wenigsten" (Nietzsche 1887, 288), den "Mächtigen" (262) und "Besitzenden" (ebd.) zugeschrieben hat - nämlich die schöpferische Willenskraft und die Initiative zur Handlung - lassen H/N auf die Menge übergehen (E 369). Damit haben die Eigenschaften, die Nietzsche Elite und Masse zugeschrieben hat, den Platz getauscht - die Handlungsmacht (potentia agendi) der Vielen bei Spinoza, die Nietzsche zur radikalen Herrschaftsmacht der Wenigen transformiert hat, wird also in Empire wiederaufgegriffen. H/N übernehmen aber von Nietzsche in ihrer Rückkehr zur radikaldemokratischen Handlungsmacht seinen Vitalismus und Voluntarismus durch ihren Bezug auf die aktiven Kräfte des Lebendigen und den hinter ihnen wirkenden Willen (Nietzsche 316). Die Juden sind bei Nietzsche diejenigen, die die Masse zum Aufstand anstacheln und deren Rache gegen die "Vornehmen" mit der erfolgreichen Ausbreitung der reaktiven Affekte und der demokratischen Ideale in Europa erfolgreich ist (267f.). In Empire sind "die Juden" verschwunden - von Nietzsche bleibt aber, dass das als Empire organisierte Kapital als parasitäre und reaktive Kraft gegen "das Leben" begriffen wird.

H/N beziehen sich häufig positiv auf Motive jüdischer Geistesgeschichte - vor allem auf den Begriff "Exodus" -, ohne ihre Herkunft kenntlich zu machen (vgl. Diefenbach 2002). Umgekehrt ist in dem Buch nicht ein einziges Mal von Antisemitismus die Rede. In Empire finden sich durchaus unterschiedliche Bezüge auf jüdische wie antisemitische Topoi - ein expliziter Antisemitismus ist hier so wenig zu finden wie eine systematische Abwertung jüdischer Traditionen. Eine antisemitische Lesart der Parasiten-Metapher in Empire ist also nicht zwingend, aber durchaus möglich. Vor dem Hintergrund aktuell andauernder Versuche von Antisemiten, die Leninsche Formel vom parasitären Kapitalismus (Lenin 1917) als Einstieg in linke Diskurse zu nutzen, sind viele Linke überein gekommen, diese unglückliche Metapher aufzugeben. Der Preis dafür, dass die Multitude von der Partizipation an Herrschaft freigesprochen wird, ist, dass Herrschaft naturalisierend auf eine "lebensfeindliche" und rein negative Kraft projiziert wird.

Gegen das parasitäre Empire begrüßen H/N die "Verschmelzung von und Hybridisierung mit den Maschinen" (E 374) im gemeinsamen Körper einer "produktiven Gesamtmaschine" (Hartmann 2002, 2). Dieser "maschinenpoetische Rausch" (11), in der der Untergang des Individuums in einem Maschinen-Körper gefeiert wird, ähnelt den Visionen von Ernst Jünger und den italienischen Futuristen, die als konservative Revolutionäre begeistert waren von der Gewalt, mit der die Massen in die Kriegsmaschinerien des 1. Weltkriegs und die Fabriken einverleibt wurden. H/N berufen sich auf Donna Haraway und ihr Modell des Cyborg als revolutionäre Subjektposition. Bei ihr konstituieren sich die subversiven Cyborgs jedoch immer in kritischer Beziehung zu herrschenden Wissenschafts- und Technologiekomplexen, zentral ist hier die Unmöglichkeit einer unschuldigen Position, da Technik immer in Machtverhältnisse eingelassen sei (Haraway 1995, 70 u. 75).

Im Gegensatz dazu stellt sich für H/N die Frage nach den Machtverhältnissen innerhalb der Multitude nicht mehr: Macht verläuft für sie nur zwischen Empire und Multitude. Konkurrenz als kapitalistisches Vergesellschaftungsprinzip spielt keine Rolle, es gibt nur noch produktives Werden "in Liebe, Einfachheit und auch in Unschuld" (E 420). So ist es kaum verwunderlich, dass bei ihnen im Gegensatz zu Haraway Geschlechterverhältnisse nur in Fußnoten erwähnt werden.

H/N beziehen sich auf Foucaults Machtbegriff, indem sie davon ausgehen, dass Machtverhältnisse allgegenwärtig sind (E 38f., vgl. Foucault 1983, 114) und dass durch Biomacht das gesamte Leben von Macht durchdrungen ist. Sie verstehen die von Foucault konstatierte schöpferische Produktivität von Macht (ebd., 115) als soziale und ökonomische Produktivität und somit als Fähigkeit der Multitude zur Selbstbestimmung. Die von Foucault für den Kampfzyklus ab 1968 als ausschlaggebend bezeichneten Kämpfe "gegen die Formen

der Subjektivierung, gegen die Unterwerfung durch Subjektivität" (Foucault 1982, 247) begreifen sie als Kämpfe, in denen eine neue Subjektivität, neue Lebensweisen entstehen, die eine soziale Autonomie der ProduzentInnen von kapitalistischer Vergesellschaftung ermöglichen (E 385).

Schöpferische Produktivität von Macht

Die Analyse der alltäglichen Machtverhältnisse ersetzt der diffuse und häufige Bezug auf die "Produktion von Subjektivität" (ebd.): Subjektivität werde durch Produktion und Kommunikation hergestellt. H/N gehen davon aus, dass die gesellschaftlichen Verhältnisse identisch mit den Produktivkräften sein werden (E 392), dass "die Produktion des gesellschaftlichen Lebens selbst" (E 11) kapitalistisch produktiv ist. Tatsächlich ist es so, dass heute zahlreiche Qualifikationen außerhalb von kapitalistischen Arbeitsverhältnissen in Familien, Freundeskreisen und staatlichen Institutionen erlernt werden. Daraus aber zu schließen, alle gesellschaftlichen Verhältnisse in hochtechnologischen Gesellschaften könnten der Ökonomie zugerechnet werden, ist ein theoretischer Kurzschluss, der ausdifferenzierte, funktionale Trennungen und damit verbundene Hierarchien ausblendet. Wenn Subjektivität die wichtigste Produktivkraft bildet, bedeutet das zwar, dass die gesellschaftlichen Verhältnisse, in denen sie hergestellt wird, konstitutiv für die Produktionsverhältnisse sind. Dass Arbeit außerhalb der formalen, kapitalistischen Ökonomie deren Grundlage bildet - wie dies die feministische Ökonomiekritik gezeigt hat -, bedeutet noch nicht, dass funktional-hierarchische Sphärentrennungen auch real aufgehoben wären. Patriarchale Unterdrückung beruht auf diesen Segmentierungen und reproduziert sie in immer neuen Formen. Die Interdependenz zwischen formeller und informeller Arbeit und auch zwischen den formell anerkannten Arbeitsleistungen und emotionalen wie sexualisierten Anteilen von Arbeit beruht darauf, dass sie hierarchisiert werden und ihnen unterschiedliche Anerkennung zukommt (Boudry/Kuster/Lorenz 1999, 18f.).

Daher erübrigt sich mit der Zentralität der subjektiven Produktivkräfte noch nicht der Kampf gegen die Verhältnisse, die die Produktivkräfte hervorgebracht haben. H/N liefern eine idealistische Fassung der Marxschen These in den Grundrissen, dass die "Gesellschaft selbst als letztes Resultat des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, d.h. der Mensch in seinen gesellschaftlichen Beziehungen" (Marx 1857/58, 608) die Negation der bürgerlichen Ökonomie bilde. Ziel ist für Marx die freie Assoziation "auf der Grundlage der gemeinsamen Aneignung der Produktionsmittel" (92) - notwendig dafür sei ein "violent overthrow" (643) der kapitalistischen Verhältnisse. In der freien Assoziation sollen die Produktivkräfte der individuellen Entwicklung untergeordnet werden: "Freie Individualität, gegründet auf die universelle Entwicklung der Individuen und die Unterordnung ihrer gemeinschaftlichen, gesellschaftlichen Produktivität als ihres gesellschaftlichen Vermögens." (91).

H/N imaginieren im Unterschied dazu eine "Autonomie" der Gesellschaft, die nicht auf einer Emanzipation der Individuen von den Erfordernissen der Produktion, sondern auf einer Entdifferenzierung von Produktion und Subjektivität gründen soll. Mit dem produktiven Aufgehen im Körper der Menge beschwören und begrüßen H/N eine Entdifferenzierung, die Linke eher bekämpfen sollten. Sie haben ebenso wie Foucault keinen Begriff davon, wie sich Widerstand und Emanzipation verbinden können und kein Kriterium, mit dem emanzipativer Widerstand von reaktionärem unterschieden werden könnte. Ihr Begriff von Befreiung beschreibt eine bewusstlose technologische Beschleunigung, die als "Hybridisierung von Mensch und Maschine" (E 412) selbst schon alle Machtverhältnisse beseitigt. Wie Produktion aber zugleich kapitalistisch funktional sein kann und autonom, erklären H/N nicht (vgl. Nowak 2000). Der Ort und Moment des revolutionären Bruchs beruht bei ihnen lediglich auf dem voluntaristischen "Willen, dagegen zu sein". Dass H/N die von neoliberaler Ideologie gepredigte marktgerechte Selbstverwirklichung der Individuen auch als Ausgangspunkt von Emanzipation verstehen, ist ihr großer Pluspunkt, den sie durch die illusionäre Behauptung verschenken, die Subjektivitäten der Konsumkultur begründeten schon hier und heute eine Autonomie "der Gesellschaft" vom Kapitalismus.

Nun bin ich nicht der Meinung, dass das Buch als "rechts" oder "totalitär" einzustufen ist, wie es Detlef Hartmann nahe legt. Dennoch ist zu fragen, welche emanzipatorische Perspektive das Buch eigentlich formuliert.

H/N treten als Erben des Klassenkampfs auf, mit dem Anspruch, eine zeitgemäße Revolutionstheorie zu entwerfen. Doch diese erweist sich bloß als ein raffinierterer Postmarxismus als der des Robert Kurz: während Kurz den Klassenkampf unter Berufung auf Marx für erledigt erklärt, entsorgen H/N unter Berufung auf den Klassenkampf und die neuen Produktivkräfte jeden Begriff von gesellschaftlicher Emanzipation. Ziel des

Klassenkampfs ist bei ihnen zwar die Wiederaneignung der Produktionsmittel, sie wird bei ihnen jedoch zur selbstbezogenen Wiederaneignung der Körper. Der Kampf gegen das Empire drehe sich nämlich zentral darum, dass in der biopolitischen Produktion Körper hergestellt werden, die nicht mehr kapitalistisch verwertet werden können. "Denn der Wille dagegen zu sein, bedarf in Wahrheit eines Körpers, der vollkommen unfähig ist, sich einer Befehlsgewalt zu unterwerfen" (E 228). Die "ontologische Ersetzung des Subjekts" (E 391) ist Grundlage des Kommunismus: "Die Konstitution neuer Körper außerhalb der Ausbeutung ist unabdingbare Grundlage der neuen Produktionsweise." (E 417) Sie bedienen damit vor allem die postfeministische Fantasie, dass eine von tradierten Normen abweichende Körperlichkeit Autonomie von Machtverhältnissen ermögliche.

Zielgruppe des Buches sind die Angehörigen der "narzißtische(n) Generation" (Illies 2000, 165), der Generation Golf, wie Florian Illies die zwischen 1965 und 1975 Geborenen getauft hat - und vielleicht erklärt dies einiges an Stil, Inhalt und Erfolg des Buches: Metropolenlinke sind vor allem noch in akademischen und subkulturellen Welten zu finden: dort holen sie H/N mit dem Anschluss an "angesagte" Diskurse und dem Bezug auf das politische Potenzial der "neuen Ökonomie" ab. Das Buch führt zur Türschwelle von selbstverliebter Theorie und politischer Intervention, die Autoren machen den Weg dorthin zur verwirrenden und wenig erquicklichen Mühsal, aber vielleicht ist ja auch das einer von vielen Anfängen.

Empire muss mit seiner apokalyptischen Science-Fiction-Sprache offensichtlich selbst als Pop-Phänomen betrachtet werden. Nun sind H/N nicht zwangsläufig "Herrschafts-Intellektuelle" (Fülberth 2002, 14), wie ihnen Georg Fülberth in Konkret vorwirft. Aber selbst in der Berliner Zeitung beklagt Jens Balzer, Empire sei "ein Buch, das unter der Realität nur die gefühlte Realität derjenigen versteht, die in den entwickelten kapitalistischen Ländern still gegen die Realität protestieren: in literaturwissenschaftlichen Seminaren, Themenbuchläden und Lektüregruppen." (Balzer 2002, 17)

H/N wollen von der Praxis der ausgebeuteten Massen sprechen - der Erfolg des Buches beruht aber wohl eher auf dem prophetisch-esoterischen Sound, in dem es geschrieben ist, als auf einer treffenden und inspirierenden Analyse. In der Gewissheit, dass es noch viele "Bibeln" der Anti-Globalisierungsbewegung geben wird, ist dies nach Naomi Kleins No Logo ein weiterer Versuch - nicht mehr und nicht weniger.

Jörg Nowak

(Der Autor ist Mitglied der Redaktion von Das Argument)

Anmerkungen:

1) bisher bezogen in ak 442 Dirk Hauer und in ak 462 Sonja Buckel und Jens Wissel kritisch Stellung zu Empire. In Fantômas - magazin für linke Debatte und Praxis (Sommer 2002) schrieben no spoon über Politik an der Grenze zum Empire.

2) Gegen ökonomistische Marxismen gehört es zum Selbstverständnis des "politischen Marxismus", die gesellschaftlichen Verhältnisse, in die kapitalistische Produktion eingelassen ist, nicht einfach als je aktuellen Ordnungsrahmen der Ökonomie zu begreifen, sondern als Herrschaftsverhältnisse, die erheblichen Einfluß darauf haben, welche technologischen und ökonomischen Entwicklungen Wirklichkeit werden und welche Alternativen keine Chance erhalten.

Literatur:

Balzer, Jens, 2002: "Coole Typen, flotte Thesen", in: Berliner Zeitung, 17.6.02, 14

Boudry, Pauline, Brigitta Kuster und Renate Lorenz, 1999: Reproduktionskonten fälschen!, Berlin

Diefenbach, Katja, 2002: "Klassenkampf der Engel", in: Jungle World , 6. Jg, Nr. 25, 24-25

Foucault, Michel, 1982: "Warum ich Macht untersuche: Die Frage des Subjekts", in: Dreyfus/Rabinow, 1984: Michel Foucault. Zwischen Strukturalismus und Hermeneutik, München, 243-50

ders., 1983: Der Wille zum Wissen, Frankfurt/M.

ders., 1992: "Leben machen und sterben lassen", in: Reinfeldt/Schwarz/Foucault, 1992: Bio-Macht, Duisburg, 27-50

Fülberth, Georg, 2002: "Bluff, Kitsch und Affirmation", in: konkret 6/2002, 12-14

Haraway, Donna, 1995: Die Neuerfindung der Natur, Frankfurt/M.

Hardt, Michael und Antonio Negri, 2002: Empire, Frankfurt/M.

Hartmann, Detlef, 2002: "Empire: Einladung der Linken in eine neue konservative Revolution", in: www.materialien.org, 1-14, sowie in alaska, Mai 2002

Illies, Florian, 2000: Generation Golf, Berlin

Lenin, Wladimir Iljitsch, 1917: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, in: ders., Werke, Bd. 22, Berlin (Ost), 189-309

Marx, Karl, 1857/58: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, in: Marx-Engels-Werke Bd. 42, Berlin (Ost), 48-768

Nietzsche, Friedrich, 1887: Zur Genealogie der Moral, Kritische Studienausgabe Bd. 5, Berlin/New York, 245-412

Nowak, Jörg, 2000: "Automatische Autonomie?", in: Das Argument 235, 42. Jg, H. 2, 235-246

25. Warum wir mit Israel solidarisch sind - und mit welchen Zweifeln. Diskussionspapier des ZAK Tübingen

Diskussionspapier des ZAK (Zentralamerika-Komitee) Tübingen

Autor: ZAK (Zentralamerika-Komitee) · Rubrik: Diskussion; Israel / Palästina; Deutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak464/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:464:20

Wie solidarisch sein mit den Menschen in Israel, ohne denjenigen in die Hände zu spielen, die am liebsten alle PalästinenserInnen nach Jordanien verfrachten würden?

Wie solidarisch sein mit den PalästinenserInnen, ohne denjenigen in die Hände zu spielen, auf deren Landkarten - wie in großen Teilen der arabischen Welt - kein Staat Israel existiert?

Die Kriegstreiber auf beiden Seiten haben eine Situation geschaffen, die eine menschliche, friedliche Lösung kaum mehr denkbar erscheinen lässt.

Der folgende Text ist ein Versuch, auf unsicherem Gelände eine Position der Solidarität mit der israelischen Gesellschaft zu begründen. Wir sehen uns jenseits der polarisierten Lager der deutschen Linken: Einerseits die Antideutschen, die sich im antinationalen Eifer eine bedingungslose Unterstützung für die israelische Politik auf die Fahnen schreiben, andererseits diejenigen Teile der Palästina-Solidarität, die die Israelis ausschließlich als Kolonisatoren auf besetztem Land betrachten, das es wieder zu befreien gilt. Wir wollen mit all denjenigen ins Gespräch kommen, die merken, dass sie sich in dieser Debatte immer wieder in Widersprüchen verfangen, und mit denen, die aus Angst, etwas Falsches zu sagen, lieber den Mund halten.

Als im Wohlstand lebende BürgerInnen der Ersten Welt haben wir uns bisher schwer getan, öffentlich eine Kritik an der palästinensischen Nationalbewegung (und ihrer terroristischen Exzesse) zu formulieren, ohne uns dem Vorwurf auszusetzen, wir urteilten besserwisserisch vom sicheren Fernsehsessel aus über die Verzweiflung palästinensischer Jugendlicher. Doch unser Schweigen kann das Gefühl von JüdInnen in Deutschland und anderswo nur verstärken, allein gelassen zu sein.

Als Deutsche tun wir uns gleichzeitig schwer, eine Kritik an der aggressiv-expansiven israelischen Politik zu formulieren, ohne in den Verdacht zu geraten, uns nur von der Schuld unserer Eltern rein waschen zu wollen, indem wir die Opfer und ihre Nachfahren als Täter entlarven. Wir müssen immer auch reflektieren, ob unsere Kritik den hiesigen - erschreckend zunehmenden - Antisemitismus bedient. Das bedeutet eine Pflicht zur (auch sprachlichen) Sorgfalt, damit wir nicht Beifall von der falschen Seite bekommen.

Um ja nichts falsch zu machen, haben wir bisher viel zu oft geschwiegen. Das war vielleicht die bessere Lösung, als sich wie viele unserer politischen WeggefährtInnen mehr oder weniger spontan auf die momentan schwächere Seite (also die palästinensische) zu stellen.

Wir waren und sind als Zentralamerikakomitee Teil einer internationalistischen Bewegung, die an verschiedenen Orten und zu verschiedenen Zeiten solidarisch mit nationalen Befreiungsbewegungen war. Wir haben dabei immer wieder erfahren, dass sich diese Befreiungsbewegungen herrschaftsförmig deformierten, dass sie - einmal an die Macht gekommen - die staatliche Gewalt zur Absicherung der eigenen Herrschaft nutzten, dass dabei die Idee der nationalen Autonomie ihre emanzipatorische Kraft verlor und sich wandelte zu einer nationalen Verklärung von Klassenherrschaft, Rassismus und Sexismus. Aus diesen Erfahrungen haben wir ein kritisches Verhältnis zu jeder staatlichen Herrschaft und zu jeder nationalen Formierung entwickelt.

Trotzdem wissen wir um die Unterschiede zwischen Nationalismus "von unten" und "von oben". Oder zwischen dem republikanisch-aufgeklärten Nationalismus der französischen Revolution und dem völkisch-naturtümelnden der deutschen Romantik (vom Blut- und Boden-Wahn der Nazis ganz zu schweigen).

Wie kommen wir nun dazu, ausgerechnet die Existenz eines ethnisch-religiös definierten Staates zu verteidigen? Sind wir nicht zurecht skeptisch gegenüber Abstammungsmythen? Stecken nicht hinter historischen Ableitungen von Nationen immer ganz konkrete Interessen von einzelnen Gruppen?

Aus unserer Sicht erlangt die israelische Gesellschaft ihr bedingungsloses staatliches Existenzrecht nicht aus einem naturwüchsigen "Selbstbestimmungsrecht des jüdischen Volkes", sondern aus der Tatsache einer jahrtausendelangen Verfolgung von Menschen jüdischen Glaubens an unzähligen Orten der Weltgeschichte - bis hin zur industriell organisierten Massenvernichtung durch die Deutschen. Israel würde es ohne den Holocaust nicht geben. Solidarität mit Israel bedeutet daher mehr als Mitgefühl mit den Opfern der Selbstmordattentäter. Sie bedeutet, für die Existenz des israelischen Staates einzustehen. Wenn überhaupt irgendein bürgerlicher Staat ein Existenzrecht hat, dann dieser.

Zur Sicherung der israelischen Gesellschaft bedurfte es zum damaligen und zum gegenwärtigen Zeitpunkt der Weltgeschichte der staatlichen Form. Israel ist weiterhin umgeben von anderen Staaten, die (mit wenigen Ausnahmen) sein Existenzrecht bis heute nicht anerkennen. Israel würde nicht mehr existieren, hätte es auch nur einen Krieg verloren.

Erklärtes Staatsziel ist ein Territorium, auf dem JüdInnen in Sicherheit vor Antisemitismus leben können. Darin begründet sich auch die ethnisch-religiöse Grundlage des Staates, der darauf achtet, die "eigene" Bevölkerungsmehrheit zu erhalten.

Gleichzeitig müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass dieser Staat - wie jeder Staat - repressiv ist und dies immer auch mit einer rassistischen Komponente. Schon die Gründung des Staates Israel führte zur Vertreibung von vielen PalästinenserInnen von ihren Häusern und Grundstücken, basierte also auf Unrecht - wie im Übrigen kein Staat ohne Unrecht und Gewalt gegründet wurde. Die Diskriminierung der arabischen Bevölkerung in Israel (und erst recht in den besetzten Gebieten) dauert an. Daraus lässt sich aber keine Kritik an der Existenz des israelischen Staates ableiten, sondern nur an der konkreten israelischen Politik - wie das auch in Israel selbst viele tun, trotz der Kriegsbedingungen.

Diese Logik einer so begründeten Solidarität mit Israel ist in unserer Gruppe, in jedem von uns nicht ohne Widerspruch. Wenn wir nun auf diese Widersprüche im einzelnen eingehen, dann nicht, um sie zu entkräften, sondern um nach Wegen zu suchen, wie man ihnen gerecht werden kann, ohne die Grundsätze der skizzierten Position in Frage zu stellen.

1. Wir sind solidarisch mit der palästinensischen Bevölkerung, die Opfer der repressiven israelischen Politik ist.

Wir verstehen den palästinensischen Wunsch nach staatlicher Souveränität, wenngleich die bisherige autoritäre Entwicklung der Autonomiebehörden und der hass-erfüllte Nationalismus und Islamismus wenig Hoffnung machen auf das emanzipatorische Potenzial dieses künftigen Staates.

Langfristig werden sich Israel und Palästina ohnehin nicht autonom voneinander entwickeln können. Sie sind beispielsweise in Fragen des Arbeitsmarktes, der Wasserverteilung, der Siedlungsgebiete so sehr miteinander verwoben, dass jede Lösung ein Miteinander und nicht nur ein Nebeneinander erfordert. Wir wollen die Kräfte auf beiden Seiten unterstützen, die die Existenz der jeweils anderen Seite bedingungslos anerkennen und auf dieser Grundlage nach Lösungen suchen.

Wir hoffen: Wenn erst einmal die Existenz Israels und des noch zu gründenden palästinensischen Staats nicht mehr in Frage gestellt werden, dann werden in beiden Gesellschaften diejenigen Kräfte stärker werden, die sich gegen nationalistische Ideologien zur Wehr setzen und die Interessen der jeweils "eigenen" Herrschenden benennen und kritisieren können.

2. Manche unserer FreundInnen und GenossInnen haben enge Beziehungen zu PalästinenserInnen und solidarisieren sich aus dieser Verbundenheit mit ihrem Kampf.

Wir können nachempfinden, dass sie sich auf Seiten der PalästinenserInnen positionieren. Was wir von ihnen aber erwarten, ist eine Ablehnung der menschenverachtenden Selbstmordattentate und eine Verurteilung ihrer religiös verbrämten Verherrlichung - und zwar ohne halbseidene "Erklärung" dieser Attentate als "verzweifelte Aktionen der Ohnmacht" oder gar als "Widerstandsaktionen gegen Unterdrückung". Schulkinder in die Luft zu sprengen, ist eine terroristische Aktion, egal wer sie warum ausführt. Bei Diskussionen und auf Palästina-Kundgebungen in Deutschland waren wir immer wieder befremdet und erschrocken, wie wenig Einfühlungsvermögen gegenüber den Opfern der Attentate dort erkennbar war.

3. Viele erwarten gerade von den JüdInnen, dass sie als (überlebende) Opfer des Holocaust nicht zu Tätern werden dürften.

Warum sollen gerade Opfer nicht zu Tätern werden? Soll eine millionenfach grund- und sinnlos erlittene Gewalt eine Gewähr für Vertrauen und Offenheit sein?

Abgesehen davon lehnen wir jegliche Gleichsetzung israelischer Politik mit dem NS-Holocaust ab. Sie kann nur zu einer Entlastung und Verharmlosung deutscher Vergangenheit führen.

4. Israel hat auch deswegen überleben können, weil es geopolitischen Interessen von USA und Westeuropa gedient hat.

Das heißt freilich noch lange nicht, dass eine anti-imperialistische Position automatisch anti-israelisch sein muss. Selbstverständlich folgte und folgt die westliche Politik gegenüber Israel nicht edlen Motiven. Aber wir müssen akzeptieren, dass Israel sich zu seinem Schutz in die Obhut von mächtigen Interessen begibt, solange wir (wer auch immer hier "wir" ist) dem Staat Israel, aber auch den JüdInnen weltweit, diesen Schutz nicht gewährleisten können. Gleichzeitig dienen aber auch viele arabische Staaten den imperialistischen Interessen und erhalten in erheblichem Umfang westliche Militärhilfe.

Deutschland und die EU versuchen immer wieder, sich in dem Konflikt als "unabhängige Vermittler" anzubieten - in Konkurrenz zu den USA. Unsere Kritik an der aggressiven Politik der USA darf nicht dazu führen, dass wir den "eigenen" (deutschen, europäischen) machtpolitischen Interessen das Wort reden. Das gilt auch für die Frage möglicher deutscher "Friedenstruppen" im Nahen Osten.

Was tun?

Die aktuelle israelische Politik führt zu einer Situation, in der JüdInnen in Israel nicht mehr sicher sind. In der manche schon wieder auf gepackten Koffern sitzen und trotz Walser und Möllemann lieber (wieder) nach Deutschland kommen wollen, als sich in Israel bedrohen zu lassen. Dabei ist klar: Jüdische und nichtjüdische Israelis werden von palästinensischen Selbstmord-TerroristInnen getötet und bedroht und nicht von der israelischen Regierung. Trotzdem lässt uns die Politik der israelischen Regierung verzweifeln, die momentan nicht an einem dauerhaften Frieden interessiert ist. Sie nimmt nur die eigenen Lebensinteressen wahr und kann die Lebensinteressen der anderen nicht als Grundlage für die eigene Sicherheit erkennen. Diese Politik ist verheerend für die Menschen auf beiden Seiten. Auch auf palästinensischer Seite gibt es mächtige Interessen, die der gleichen Logik von Fanatismus und Militarismus unterworfen sind.

Wir wollen die zivilgesellschaftlichen Kräfte auf beiden Seiten unterstützen, die dieser polarisierenden Logik entgegentreten mit einer Politik der Verständigung. In diesem Sinne begrüßen wir den Aufruf "Zeichen paradoxer Hoffnung" von medico international und Centrale Sanitaire Suisse ebenso wie den öffentlichen Appell palästinensischer Intellektueller gegen die Selbstmordattentate (beide Juni 2002).

ZAK (Zentralamerika-Komitee)

Tübingen, Juli 2002

26. Proletarische Himmelsstürmer. Zur Geschichte des Operaismus

Autor: Dirk Hauer · Rubrik: Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak464/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:464:08

"Storming Heaven", den "Himmel stürmen", so lautet der Titel der jüngst bei Pluto-Press erschienenen Doktorarbeit des britischen Politikwissenschaftlers Steve Wright. Auf 250 Seiten geht es dabei um die Geschichte einer linksradikalen Denk- und Politiktradition aus Italien, die hier zu Lande bis auf wenige Ausnahmen nie recht Fuß gefasst hat: den sog. Operaismus.

1961 gründen Raniero Panzieri, Romano Alquati, Mario Tronti u.a. die Zeitschrift Quaderni Rossi, ein Projekt dissidenter Mitglieder der sozialistischen und der kommunistischen Partei Italiens. 1963 trennen sich Alquati, Tronti u.a. von Panzieri und geben Classe Operaia heraus. Mit diesen beiden Zeitschriftenprojekten wird ein neuer theoretischer und strategischer Ansatz von Klassenpolitik begründet, der in den folgenden Jahren für einige Furore sorgt (1). Außerhalb Italiens sind es vor allem Schlagworte wie "Arbeiterautonomie" und "Massenarbeiter", ein Name wie Antonio Negri, eine gewisse Arbeitertümelei, die mit dem Stichwort Operaismus assoziiert werden. Mit Steve Wrights "Storming Heaven" liegt nun eine spannende und erhellende Geschichte des Operaismus vor, die durchaus geeignet ist, bestehende Wissenslücken zu schließen. Bisher gibt es dieses Buch nur auf englisch, und es ist zu hoffen, dass sehr bald eine deutsche Übersetzung erscheint.

Risse in der "kommunistischen Familie"

Durchaus auch im eigenen Selbstverständnis Mitglieder der großen "kommunistischen Familie", ist für die operaistischen Intellektuellen die Auseinandersetzung mit der PCI und der kommunistischen Gewerkschaft CGIL und das Ringen um eine deutliche "Klassenposition" in diesen Organisationen eines der beherrschenden Themen. Lange Zeit steht es dabei völlig außer Frage, dass es sich bei PCI und CGIL um die authentischen Organisationen der italienischen ArbeiterInnenklasse handelt. Der Operaismus ist in erster Linie ein Kind der italienischen kommunistischen Bewegung. Das schließt einen durchgängigen, mehr oder weniger ausgeprägten Leninismus genauso mit ein wie die deutliche Orientierung auf die ArbeiterInnenklasse als revolutionäres Subjekt. Sowohl für die Quaderni Rossi als auch für Classe Operaia ist die Situation in den großen Fabriken Turins, Mailands und des Veneto der Schlüssel zum Verständnis der gesamten italienischen Gesellschaft. Aus heutiger Sicht mag diese Fabrikzentralität befremdlich erscheinen; vor dem Hintergrund der massiven gesellschaftlichen Veränderungen in Italien im Übergang zu den 60er-Jahren ist sie jedoch mindestens nachvollziehbar.

Klassenzusammensetzung und Massenarbeiter

Beide Zeitungsprojekte unterscheiden sich jedoch von Anfang an in drei wesentlichen Punkten sowohl von der intellektuellen Marx-Orthodoxie als auch von der strategischen Orientierung von PSI und PCI: in der Interpretation der technologischen Entwicklung, in der Sichtweise auf die real existierende ArbeiterInnenklasse sowie in der Deutung der Modernisierungsdynamik in Italien. Im Positiven wie im Negativen entwickeln sich hier die zentralen Themen des Operaismus, die nicht nur für eine revolutionäre Klassenlinke in Italien von Bedeutung waren und sind. Hier liegt auch der Grund, warum Steve Wrights Buch mehr ist als eine Lektüre für ItalienspezialistInnen und HistorikerInnen.

Lange vor der ökologisch inspirierten Technologiekritik der 70er-Jahre brechen die Operaisten rigoros mit der (partei-) kommunistischen Mainstream-Tradition von einer an sich guten, in Bezug auf die Klassenverhältnisse zumindest neutralen Technologie- und Produktivkraftentwicklung. Ausgehend vom Technik- und Maschineneinsatz in den Fabriken analysiert vor allem Panzieri die technologische Rationalität als Form kapitalistischer Herrschaft. Einsatz und Entwicklung von Technologie sind unmittelbare Instrumente der Klassenherrschaft in den Betrieben. Technologieentwicklung ist nicht neutral, sondern unauflöslich mit der kapitalistischen Despotie und der Profitrationalität des Kapitals verbunden. In Romano Alquatis Studien bei FIAT und Olivetti wurde die operaistische Technologiekritik durchaus praktisch bestätigt. Im Gegensatz zu den gewerkschaftsoffiziellen Positionen führte der Einsatz tayloristischer Technologien nicht zu einer stärkeren Höherqualifizierung der Arbeit und ihrer Inhalte (upgrading), sondern im Gegenteil zu breiter Dequalifizierung

und Unterwerfung unter das Diktat der Fließbänder. Das Band und seine Takte war für viele Arbeiter das Hassobjekt schlechthin, der Inbegriff kapitalistischer Tyrannei.

Alquatis Studien und Befragungen bilden auch den Ausgangspunkt für ein ganz neues Verständnis von Klassenverhalten. Statt einer abstrakten "ArbeiterInnenklasse", der von außen diese oder jene Bedürfnisse und Bewusstseinsstrukturen zugeschrieben wurden, ging es den Operaisten um die konkrete Zusammensetzung der Klasse, um die realen Verhaltensweisen unterschiedlicher Sektoren und um die Frage, wie in den Fabriken ein reales kollektives "Subjekt" entsteht. Der sog. "Massenarbeiter" war deshalb auch keine operaistische "Erfindung" eines neuen revolutionären Subjekts. Er war vielmehr eine höchst reale Figur, die in den 60er-Jahren in den Fabriken Norditaliens produziert wurde: Der Boom der 60er-Jahre führte zu Masseneinstellungen vor allem junger, männlicher Arbeitsmigranten aus Süditalien. Gleichzeitig dequalifizierte der technologische Einsatz in steigendem Maße die konkrete Arbeit. Den dermaßen homogenisierten neuen Arbeiterschichten war der Facharbeiter- und Spezialistenstolz der alten Avantgarden in den Betrieben genauso fremd wie deren disziplinierte Orientierung an der Gewerkschaft und der PCI.

Die Arbeiteruntersuchungen der Zirkel um die Quaderni Rossi und Classe Operaia ermöglichten den Blick auf die permanente Umstrukturierung und Neuzusammensetzung der Klasse im Zuge der Restrukturierung der Fabriken. Und sie ermöglichten einen neuen Zugang zu den daraus entstehenden neuen Subjekten und ihren Bedürfnissen, ihren formellen und informellen Kommunikationsformen, ihrem Kampfverhalten. Der Begriff der "politischen Klassenzusammensetzung" und sein Ausfluss im sog. "Massenarbeiter" ist somit der Versuch, konkret zu bestimmen, wie unter sich ändernden gesellschaftlichen Bedingungen und veränderten Erfahrungen von Ausbeutung im Betrieb ein neues handelndes Klassensubjekt entsteht.

Die Arbeiterklasse auf dem Weg ins Paradies

Wright sieht in diesem Blick auf das reale Klassenverhalten und in der Kategorie der "Klassenzusammensetzung" den wertvollsten Beitrag der operaistischen Erfahrung zur marxistischen Diskussion. Dass die technische Neuzusammensetzung der Klasse auch tatsächlich zu einer politischen Neuzusammensetzung führen würde, stand für die Operaisten außer Frage, genauso wie es für sie feststand, dass diese politische Neuzusammensetzung aus den veränderten Bedingungen in den großen Fabriken hervorgehen würde. Und die italienische Erfahrung der 60er-Jahre hat sie auch durchaus darin bestätigt.

Wie Wright deutlich macht, neigen die Operaisten bereits sehr frühzeitig dazu, ihre Kategorien zu überhistorischen allgemeinen Schemata zu verabsolutieren. Zum einen ist die Revolte des Massenarbeiters ohne die spezifische Fabrikdespotie und ohne die spezifische gesellschaftliche Situation in Italien mit einer breiten und militanten kommunistischen Tradition in den Betrieben nicht zu erklären. Die Revolte ist darüber hinaus auch nicht zu erklären ohne den Einfluss junger Arbeiter-Techniker, die Ende der 60er-Jahre die Hoch- und Fachhochschulen verlassen und sich in den industriellen Ballungszentren mit den ArbeitsmigrantInnen aus dem Süden und den alten kommunistischen Avantgarden treffen.(2).

Zum anderen gehört zur permanenten Neuzusammensetzung der Klasse auch ihre Zersetzung einschließlich ihrer politischen Zersetzung. Nichts rechtfertigt a priori die Annahme, dass die Restrukturierung des Produktionsprozesses auch zu neuen politischen Figuren als TrägerInnen von Befreiungsansprüchen führen. Und ebenso zweifelhaft ist die überhistorische Setzung von den Fabriken und Büros als vorrangige Orte bei der Entstehung von Befreiungssubjektivität.

Die Problematik, wichtige neue Beiträge zur linken Diskussion genau dadurch zu entwerten, dass man sie in ebenso abstrakte wie schillernde (und damit wenig präzise) Kategorien presst, findet sich auch bei der operaistischen Neuinterpretation der kapitalistischen Dynamik wieder. Vor allem mit dem Namen Mario Tronti (3) ist eine Sichtweise verbunden, die den Antagonismus von Kapital und Arbeit als Motor der kapitalistischen Entwicklung ausmacht. Dies ist eine klare Absage an eine Geschichtsmechanik, die sich auf allgemeine "Bewegungsgesetze des Kapitals", eine abstrakte "Wertlogik" oder schlicht eine ökonomistische Produktivkraftentwicklung bezieht. Als variables Kapital ist die lebendige Arbeit unmittelbarer Teil des Kapitalverhältnisses, ja direkter Bestandteil der Mehrwertrate. Der Kern der kapitalistischen Dynamik ist somit der permanente Konflikt zwischen den Bemühungen des Kapitals, lebendige Arbeit zu vernutzen, und der Weigerung der Arbeit, sich diesen Angriffen zu unterwerfen. Von der Einführung des Achtstundentags bis zum Gebrauch der modernen Technologie analysieren die Operaisten den Kampf um Produktivität als

Klassenauseinandersetzung. Befreiung lässt sich somit auch nicht denken als Übernahme der Produktivitätsentwicklung durch einen Arbeiterstaat, sondern nur als Zerstörung des Kapitalverhältnisses aus seinem Inneren heraus: Es geht nicht um die Befreiung der Arbeit, um ihre Inthronisierung als neue Macht, sondern um die Befreiung von der Arbeit: Die ArbeiterInnenklasse kämpft darum, keine mehr zu sein.

Vom Klassenkampf als Motor der gesellschaftlichen Entwicklung machen die Operaisten zunehmend den Schritt zur ArbeiterInnenklasse als Triebfeder der Kapitalentwicklung: Ob Krise oder Entwicklungsschub, ob Restrukturierung oder Inflation; jede Bewegung und Aktion des Kapitals wird als bloße Reaktion auf das Klassenverhalten interpretiert. Egal ob in offenen, kollektiven Kämpfen oder eher passiv, abwartend - für die Operaisten ist jede Verhaltensweise der Klasse ein Angriff auf die Kapitalherrschaft, und entsprechend treibt die ArbeiterInnenklasse das Kapital in jeder Phase vor sich her.

Wright zeigt sehr deutlich, wie sich im Zuge dieser Überhöhung auch ein fataler Triumphalismus breit macht, der umso massiver ausfällt, je deutlicher die Arbeiteravantgarden in den Betrieben unter Druck geraten. Ab 1973 entwickelt Toni Negri seine Thesen von der bewaffneten Insurrektion und vom gesellschaftlichen Arbeiter. Die "Entgarantierten" und proletarischen Jugendlichen der Vorstädte sind jetzt die Speerspitze der Revolte, die Staat und Gesellschaft direkt die Machtfrage stellen. Gleichzeitig aber befinden sich alle revolutionären Organisationen in einer massiven Krise, und in den Betrieben beginnt der Gegenangriff des Kapitals: Inflation, Massenentlassungen, oft verbunden mit politischen Säuberungen, technische Umstrukturierung, Dezentralisierung. Auf die Restrukturierungsprozesse in den Fabriken, auf die Zersetzung des Massenarbeiters als politische Figur hat der Operaismus weder eine theoretische noch eine strategische und politische Antwort.

Dirk Hauer

Anmerkungen:

1) In den 70er-Jahren sind einige Texte aus den Quaderni Rossi auch auf deutsch erschienen, etwa Pozzoli, C. (Hg.) "Spätkapitalismus und Klassenkampf. Eine Auswahl aus den 'Quaderni Rossi' ", Frankfurt 1972, oder "Quaderni Rossi. Arbeiteruntersuchung und kapitalistische Organisation der Produktion" aus der Trikont-Reihe "Schriften zum Klassenkampf", Nr. 24, München 1972

2) P. Moroni/N. Ballestrini: "Die goldene Horde. Arbeiterautonomie, Jugendrevolte und bewaffneter Kampf in Italien", Berlin/Göttingen 1994

3) Die wichtigsten Beiträge Trontis aus den Quaderni Rossi sowie Classe Operaia sind ebenfalls Anfang der 70er-Jahre auf deutsch erschienen: M. Tronti: "Arbeiter und Kapital", Frankfurt 1974

Steve Wright: "Storming Heaven. Class composition an struggle in Italian Autonomist Marxism", Pluto Press, London/Sterling 2002, 257 Seiten, ca. 27,60 Euro (plus Porto). Die Versandbuchhandlung Missing Link in Bremen bietet das Buch ak-LeserInnen zum Vorzugspreis von 24 Euro (inkl. Porto) an. Unter Bezugnahme auf ak bis zum 30. September bei Missing Link, Westerstr. 114-116, 28199 Bremen, Tel.: 0421-50 43 48, Fax.: 0421-50 43 16, mail: info@missing-link.de

27. Aufstand und Konsolidierung. Europäisches Sozialforum zeigt Ambivalenzen linker Globalisierungskritik

Autor: Monika Bricke/Till Baumann · Rubrik: Sozialpolitik; Antiglobalisierungsbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak464/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:464:21

Vom 6. bis zum 10. November 2002 findet in Florenz das erste Europäische Sozialforum (ESF) statt, ein Ereignis, zu dem über 20.000 linke GlobalisierungskritikerInnen verschiedenster Couleur aus allen Teilen Europas, aber auch aus Israel/Palästina und allen Mittelmeeranrainerstaaten erwartet werden. Das ESF scheint zu einem Kristallisationspunkt zu werden, der Ambivalenzen und Widersprüche innerhalb der Bewegung deutlich macht.

Die Planung für das ESF läuft auf Hochtouren. Am 13./14. Juli fand in Thessaloniki ein internationales Vorbereitungstreffen mit ca. 300 TeilnehmerInnen statt und am 3. August in Frankfurt am Main ein deutschlandweites Vorbereitungstreffen, an dem sich etwa 80 Menschen beteiligten. Ein letztes großes europaweites Koordinationstreffen vor dem ESF ist für den 5./6. Oktober in Barcelona geplant. Inzwischen ist auch die ESF-Website in Betrieb, auf der es Informationen zum in Thessaloniki festgelegten inhaltlichen Grundgerüst und zu bereits vorgeschlagenen Seminaren und Workshops gibt.

Das Europäische Sozialforum wird eine Fülle von parallel stattfindenden Veranstaltungen bieten. Die drei Tage vom 7. bis 9. November sind der inhaltlichen Arbeit in Konferenzen, Seminaren und Workshops gewidmet. Daneben wird es noch eine Unzahl weiterer kultureller und politischer Aktivitäten geben. Zu jeder der drei inhaltlichen Achsen "Globalisierung und Liberalismus", "Krieg und Frieden" sowie "BürgerInnenrechte und Demokratie" wird es pro Tag zwei große Konferenzen geben, an denen jeweils bis zu 2.000 Menschen teilnehmen können. Die Themen der Konferenzen stellen auch die Achsen dar, an denen sich Seminare und Workshops orientieren sollen. Bei den einzelnen Konferenzen liegt besonderes Gewicht auf der Rolle Europas in weltweiten Prozessen, so beispielsweise dem Verhältnis der Europäischen Union (EU) zu internationalen Institutionen wie der Weltgesundheitsorganisation, der Weltbank und den G8, der Rolle Osteuropas und des Balkans in einer zunehmend neoliberal globalisierten Welt, europäischen und weltweiten Kriegsstrategien und was dagegen zu tun ist. Weiterer Schwerpunkte werden die Themen Migration ebenso wie die zunehmende Prekarisierung von Arbeits- und Lebensverhältnissen sein.

In Florenz wird es Raum für bis zu 50 Seminare und eine noch nicht spezifizierte Anzahl von Workshops pro Tag geben, die jeweils nachmittags stattfinden sollen. Dabei werden drei Hauptlinien verfolgt: Die Vertiefung von Konferenzthemen, der Aufbau europäischer Netzwerke und die Vorbereitung von Kampagnen. Dementsprechend ist die Idee, vor allem Seminare zu organisieren, die aus der Zusammenarbeit verschiedener Netzwerke oder Gruppen entstehen. Ebenso wie bei den Konferenzen wird bei den Seminaren in sieben Sprachen (eine davon ist deutsch) simultan gedolmetscht.

Wer einen Workshop anmelden möchte, bekommt die Räumlichkeiten gestellt, muss aber Übersetzung etc. selbst organisieren. Ab sofort können alle interessierten Gruppen, Netzwerke, Initiativen und Einzelpersonen über die Website Vorschläge für Workshops machen, Ausschau halten, ob es inhaltlich ähnliche Vorschläge gibt, die zu einer möglichen Zusammenarbeit führen könnten oder sich auch einfach nur anmelden. Deadline für Seminar- und Workshopvorschläge ist der 7. September. Inhaltliche Grundlage und kleinster gemeinsamer Nenner des ESF sind die Prinzipien der "Charta des Weltsozialforums von Porto Alegre", einer recht allgemein gehaltenen globalisierungskritischen Plattform, die beim ersten WSF vor zwei Jahren verabschiedet wurde und ebenfalls auf der ESF-Website abgerufen werden kann. Allerdings ist die deutschsprachige Version der Website noch etwas mager; wer englisch oder - noch besser - italienisch kann, wird sich leichter zurechtfinden.

Abends finden die sogenannten "Plena" statt, bei denen es im Bereich "Alternativen" darum geht, den Stand der globalisierungskritischen Bewegungen zu beleuchten, sich unter der Überschrift "Dialoge " mit dem Verhältnis zu politischen Parteien, Gewerkschaften und staatlichen Institutionen zu beschäftigen und sich in den "Fenstern zur Welt" mit Konflikten und Strategien des Widerstandes in anderen Erdteilen zu befassen.

Im bisher laufenden Vorbereitungsprozess des ESF gibt es immer wieder Konflikte, die sich vor allem an der Frage interner Machtstrukturen entzünden. So wurde in Thessaloniki, wie auch schon beim letzten internationalen Vorbereitungstreffen in Wien, darauf hingewiesen, dass nicht nur eine strikte Quotierung von Männern und Frauen bei Konferenzen und Seminaren wichtig ist, sondern auch feministische Themen bisher weitgehend unter den Tisch fielen. Ebenso wurde moniert, dass wichtige Entscheidungen, so zum Beispiel die Zusammensetzung der Gruppe, die darüber entscheidet, wer auf den großen Konferenzen sprechen soll, in keiner Form demokratisch legitimiert sind, sondern von einem kleinen Kreis bestimmt und dann per Akklamation durchgewunken werden.

Der Vorschlag, nach einem nicht weiter erläuterten "Länderschlüssel" RednerInnen zu bestimmen, wurde gekippt. Dafür soll jetzt darauf geachtet werden, dass neben den Vorbereitungsgruppen aus den jeweiligen Ländern auch europaweite Netzwerke und Gruppen Vorschlagsrecht haben. So kleinkrämerisch sich diese Besorgnis im ersten Moment anhören mag; sie spricht doch einen ganz zentralen Punkt an, der für die Zukunft der globalisierungskritischen Bewegungen entscheidend sein dürfte: Wie organisiert sich eine Bewegung, die ja eigentlich keine allgemeine Struktur hat, sondern sich aus lauter Klein- und Kleinstbewegungen bzw. -gruppen zusammensetzt? Wie kann verhindert werden, dass ohne die inzwischen als nicht basisdemokratisch genug angesehenen Instrumente parlamentarisch-demokratischer Machtkontrolle wie Delegiertenprinzip oder Wahlen einfach diejenigen mit dem besten Überblick, den besten Verbindungen und finanzieller Rückendeckung das Heft allein in die Hand nehmen?

Beim Vorbereitungstreffen in Frankfurt am Main gab es ganz ähnliche Schwierigkeiten. So fiel im Vergleich zum ersten Treffen im Juni in Hannover die starke Präsenz von ATTAC, den Euromärschen und PDS-nahen Kreisen auf. Trotz der guten Vorsätze von Hannover zur weiteren Einbindung von undogmatischen Basisgruppen, Flüchtlings-/MigrantInnenorganisationen und anderer Gruppen jenseits des linken Mainstream spiegelte sich die Breite der "Bewegung der Bewegungen" auch in Frankfurt nicht wider.

Entsprechend schwierig gestaltete sich in diesem Kreis der Diskussionsprozess über die Frage der Rolle von Parteien, Parteistiftungen und großen Organisationen in einer Bewegung, die keine Bewegung wäre ohne die BasisaktivistInnen, die sich möglicherweise keine Flüge nach Thessaloniki oder Zugtickets nach Frankfurt am Main leisten können. Die auf europäischer Ebene ungeklärte und deshalb auf die nationale Ebene des Vorbereitungsprozesses verlagerte Frage nach der Rolle von Parteien blieb auch in Frankfurt am Main unbeantwortet. Einzige Konsequenz vorerst: Im inhaltlich wichtigsten Gremium des europäischen Vorbereitungsprozesses sollen aus Deutschland nicht nur eine Vertreterin der Euromärsche und ein Mitarbeiter der Rosa-Luxemburg-Stiftung über das Programm des Europäischen Sozialforums mitentscheiden, sondern eine dritte Person aus dem Basisgruppenspektrum.

Radikale Basisstrukturen wie Peoples Global Action oder das No-Border-Network, die sich auf ihrem letzten großen Grenzcamp in Straßburg mit der Frage "Beteiligung am ESF oder nicht?" beschäftigten, betrachten das Europäische Sozialforum mit Argwohn, denn sie vermuten darin den Versuch trotzkistischer und reformistischer Kräfte, die Bewegung zu kapern und für ihre Zwecke zu benutzen. In Straßburg wurde beschlossen, zweigleisig zu fahren, einerseits eine eigene parallele Struktur aufzubauen, in der radikale Alternativen zu Kapitalismus und Patriarchat diskutiert werden sollen, aber ebenso auch ESF-Workshops anzubieten und beim Forum selbst präsent zu sein, um dort die eigenen Positionen darstellen zu können und in die Diskussionsprozesse einzugreifen.

Unübersehbar ist jedoch, dass gerade diese radikal basisdemokratischen Strukturen, in der niemand als RepräsentantIn einer/s anderen sprechen soll, genau das gleiche Problem aufzeigen, wie die ESF-Vorbereitung: Wie sollen Machtkonzentrationen verhindert bzw. kontrolliert werden? Schließlich geht es in beiden Fällen nicht mehr hauptsächlich um kurzfristige Kampagnen, Gipfelstürmungen und darum, erst einmal nur zu verkünden: "Wir wehren uns!"

Die Bewegung(en) stellen sich der Frage nach gangbaren Alternativen zur neoliberalen kapitalistischen Globalisierung. In Porto Alegre versammelten sich Anfang des Jahres 70.000 Menschen zum Weltsozialforum. Im Gegensatz zum Jahr davor, als es noch eine "überschaubare" Veranstaltung mit 15.000 TeilnehmerInnen gewesen war, nahmen diesmal auch RegierungsvertreterInnen und andere internationale Größen wie UN-Generalsekretär Kofi Annan Notiz oder tummelten sich gar pressewirksam unter den TeilnehmerInnen. Der Kampf, der auf der Bühne des Europäischen Sozialforums und ebenso auf dem nächsten Weltsozialforum

ausgefochten wird, ist der zwischen Aufstand und Konsolidierung, Reform und Revolte, wobei jetzt schon klar ist, dass jeweils Elemente von beidem Teil dieser Veranstaltungen bleiben.

Monika Bricke/ Till Baumann

Monika Bricke war für feIS (für eine linke Strömung), Till Baumann für das INKOTA-Netzwerk beim zweiten Weltsozialforum in Porto Alegre. Beide sind im ESF-Vorbereitungsprozess aktiv

Links:

www.fse-esf.org

www.dsf-gsf.org

www.sozialforum.de

www.wastun.org

www.noborder.org

www.agp.org (peoples global action)

28. do-commentieren 11. Auf der documenta geht es bei aller Globalität um Differenzen und Grenzen

Autor: Matilda Felix · Rubrik: Kultur · CD-Datei: daten/aksuche/ak464/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:464:35

Am 28. Juli wurde bei der elften documenta in Kassel Zwischenbilanz gezogen. Am fünfzigsten von hundert Ausstellungstagen befand sich mit 302.765 auch die Zahl der BesucherInnen bei der Hälfte der insgesamt anvisierten 600.000. Zum Vergleich: die documenta X sahen ca. 631.000 BesucherInnen.

Die Zahlen stimmen also, nur von dem Konzept der fünf unterschiedlichen Plattformen ist kaum noch die Rede. Das KuratorInnenteam um Okwui Enwezor hatte die elfte documenta an sechs unterschiedlichen Orten stattfinden lassen und die Ausstellung als letzten Bestandteil definiert (vgl.: ak 463). Direkte Bezüge und Querverweise zwischen Ausstellung und den Tagungen, auf denen eine theoretische Auseinandersetzung zur wirtschaftlichen und politischen Situation im Postkolonialismus erfolgte, werden in Kassel nicht gemacht, sind vielleicht gar nicht intendiert gewesen. Stattdessen werden die Positionen der KünstlerInnen präsentiert, die den Zustand der Welt betont subjektiv beschreiben. Die 118 KünstlerInnen der documenta entwerfen dabei ein vielseitiges Bild.

Formal sind viele Werke Dokumentationen, allerdings ohne Anspruch auf Wahrheit und Gültigkeit. Die subjektiven Befragungen lassen die Arbeiten zu Kommentaren werden, die den BesucherInnen die Möglichkeit geben, die Welt aus unterschiedlichen Perspektiven wahrzunehmen. Anders ausgedrückt: Mit Hilfe der neue Medien: Fotografie, Film, Video wird in Kassel do-commentiert.

Die Atlas Group stellt sich als Stiftung vor, die libanesische Gegenwartsge-schichte erforscht. Die ausgestellten Arbeiten wollen also keine Kunstwerke, sondern archivarisch gesammelte Ergebnisse dieser Forschungen sein, und diesem Anspruch werden sie auf den ersten Blick gerecht. Allerdings tauchen schnell Fragen auf. Warum sammelt ein Historiker Bilder von den Zielläufen beim Pferderennen und verbringt seine Zeit damit, die Entfernung von Zielgerade und Pferdekopf im Moment des Fotografierens zu ermitteln? Was für einen Sinn macht es, die Automarken der im Libanon gezündeten Autobomben zu sammeln? Bei näherer Betrachtung werden diese seriösen Präsentationen unglaubwürdig. Tatsächlich handelt es sich nicht um Archivmaterial, das der Gruppe (mit nur einem Mitglied Walid Ra'ad) zugespielt wurde. Das Bemühen um die Darstellung und die Erfahrbarkeit historischer Wahrheit wird hier torpediert.

Bernd und Hilla Becher fotografierten zwischen 1958 und 1973 Fachwerkhäuser des Siegener Industriegebietes. Auf schwarz-weiß Fotos wird ein Fachwerkhaus nach dem anderen - manchmal auch in Gruppenformation - gezeigt. Mit einem ethnologisch zu nennenden Interesse wird eine europäische Bauweise abgelichtet. Die Häufung der zwar unterschiedlichen aber dennoch gleich scheinenden Häuser lässt sie suspekt erscheinen. Das Künstlerpaar veranlasst die Betrachtenden, eine Außenperspektive einzunehmen. Sie machen Gewohntes befremdlich.

Pavel Braila thematisiert Grenzen und Differenzen zwischen Russland und Westeuropa anhand des Zugverkehrs. Sein Video Shoes for Europa zeigt die notwendige Umstellung der Spurweite von Zuggleisen bei der Fahrt von Moldawien nach Rumänien. Drei Stunden dauert der Arbeitsprozess an der Grenzstation Ungheni, der den Zug (und die in ihm sitzenden und schlafenden Passagiere) an die westeuropäische Normalspur anpasst. Eine Arbeit, die mit dem Kulturbahnhof einen entsprechenden Rahmen hat.

Die Unüberwindbarkeit der europäischen Grenze dokumentiert die italienische Künstlergruppe Multiplicity. Gegenstand der Arbeit A Journey Through a Solid Sea ist der Untergang eines Schiffes mit 283 Flüchtlingen an Bord zwischen Malta und Sizilien am 26.12.1996. Dieser Untergang, bei dem die meisten Beteiligten starben, wurde in der Öffentlichkeit verschwiegen. Erst nachdem sich Kleidungsstücke und Leichenteile in den Netzen der italienischen Fischer mehrten, wurden Ermittlungen durchgeführt. Multiplicity präsentiert die Ereignisse aus unterschiedlichen Perspektiven. Die Satellitenaufnahme des entsprechenden Tages zeigt ein unbewegtes Europa, die Unterwasseraufnahmen lediglich ein Wrack. Erst die Videointerviews mit in unterschiedlicher Weise Involvierten macht die Zusammenhänge deutlich.

Die Österreicherin Lisl Ponger hat in Genua nach Spuren der Proteste gegen den G8-Gipfel gesucht. Mit ihrer Anwesenheit wollte sie eine AktivistInnengruppe unterstützen, die von der Polizei festgehalten wurde. Auf

ihren Fotos stehen nicht die Menschen im Mittelpunkt, sondern die Einschreibungen des Protestes in das Stadtbild. Diese Spuren sind manchmal schwer zu entziffern und wahrscheinlich in Genua schon vernichtet, aber Lisl Pongers Fotografien dokumentieren sie.

Die documenta flimmert. Elektronische und bewegten Bilder haben die Leinwand weitestgehend ersetzt. Interviews und Dokumentationen nehmen einen breiten Raum ein. Nicht alle Werke lassen sich spontan (politisch) entschlüsseln. Manche bleiben für BetrachterInnen mit europäischem Hintergrund zunächst unverständlich. Hier wird eine intensivere Beschäftigung mit außereuropäischen Problemen und Sichtweisen - die im Untertitel der Ausstellung geforderte Entortung - nötig. Wer zur documenta fährt - und dies sei hiermit empfohlen - sollte sich zum einen Zeit nehmen und zum anderen nicht versuchen, alles zu sehen.

Matilda Felix

29. Zwang zur Negation. Die Kabarettisten Trampert und Ebermann auf Tour

Autor: DSe · Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen; Deutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak464/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:464:18

Bereits auf der 30-Jahr-Party von ak - analyse und kritik präsentierten Rainer Trampert und Thomas Ebermann einige Kostproben aus ihren neuen Programm: Sachzwang und Gemüt. Mitte August veröffentlicht der Konkret-Literatur-Verlag unter gleichnamigen Titel eine kleine Revue bisheriger und aktueller Texte aus dem Bühnenprogramm. Zu den sarkastischen Dialogen und Texten kommen in der Buchvariante noch politisch-theoretische Beiträge hinzu, die sich u.a. mit dem dialektischen Verhältnis von Rassismus und sozialer Frage, dem Zustand der Linken oder dem Rückfall zum klassischen Imperialismus beschäftigen. Beste Grüße von Lenin also.

Inwiefern eine hiesige Linke mit dem "Deutschen" immer wieder Probleme haben kann, wird am Beispiel Helgoland wunderbar deutlich gemacht. Dabei zeigen Trampert und Ebermann, dass es sich manchmal lohnt, ein wenig in Regionalgeschichte aufgepasst zu haben. So dokumentieren die beiden die grausige Rolle der damaligen KPD, die sich in vaterländischer Vorbildfunktion dem konservativ-reaktionären Bemühen der Helgoländischen Heimholung nach dem Zweiten Weltkrieg nicht nur anschloss, sondern gar um die Führungsrolle bei diesem Heldenkampf buhlte.

Häufig kommt bei den beiden das Wort "ohnmächtig" in trauter Gemeinsamkeit mit "Linke" daher. Wie diese Ohnmacht jedoch zu überwinden ist, dazu fällt Trampert und Ebermann (natürlich) nichts ein. Für sie ist vor allem eines wichtig: Die Negation.

Fairerweise verweisen sie aber darauf, dass sich die Bedingungen für junge RevolutionärInnen heute gegenüber den frühen 70ern gravierend verändert haben: "In den 70er Jahren wurde jemand, der aus rebellischen Gründen aus der Schule oder Lehre geflogen war, in vielen Kneipen als Held gefeiert. ... Wer heute fliegt, gilt als Versager."

Jenseits derartiger Fragen sind die Bühnentexte (im Buch) und die kommende Lesetour in jedem Fall amüsant. Die Schnitte, die Trampert und Ebermann zwischen eigenem Text und den jeweiligen Quellen zusammenfügen, sind häufig messerscharf (müssen aber nicht immer stimmen). Anregungen für lange Debatten in verräucherten Kneipen liefern sie in jedem Fall.

Dse, www.rock-links.de

Rainer Trampert / Thomas Ebermann, Sachzwang & Gemüt, Sarkastische und analytische Texte über die Republik, die Welt und unsere Nachbarn, ca. 300 Seiten, broschiert, EUR 19,90, ISBN 3-89458-213-8

Termine der Lesereise:

31.08. Meuchefitz / Wendland, Gasthof, 1.09. Bremerhaven, Pferdestall, Gartenstraße 5, 6.09. Hannover, Unabhängiges Jugendzentrum Kornstraße, 7.09. Darmstadt, 8.09. Karlsruhe, 12.09. Berlin, KATO, 13.09. Leipzig, Conne Island, 18.09. Sulzbach-Rosenberg, 19.09. München, Clemensburg, 20.09. Heilbronn, Café Oase, Happelstraße 17, 21.09. Mannheim, Jugendzentrum Käthe-Kollwitz-Straße, 2.10. Potsdam, Buchladen Sputnik, 6.10. Hamburg, Alma Hoppe, 9.10. Kiel, Kulturzentrum Hansastraße, 10.10. Bremen, Bürgerhaus Vegesack, 11.10. Wilhelmshaven, Perspektive, 15.10. Koblenz, Circus Maximus, 16.10. Trier, Krokodil, 23.10. Magdeburg, ver.di Jahreskonferenz, 29.10. Wiesbaden, Schlachthof, 30.10. Detmold, Alte Pauline, 31.10. Hannover, Elchkeller, 6.11. Oberhausen,Druckluft, 7.11. Bonn, Le Sabot, 8.11. Köln, Der andere Buchladen, 9.11. Münster, Kulturschiene, 13.11. Ibbenbüren, Stadtbücherei, 14.11. Aschaffenburg, 15.11. Reutlingen, Nepomuk, 19.11. Siegen, VEB Politik, Kunst, Unterhaltung, 20.11. Marburg, Kulturladen KFZ, 21.11. Braunschweig, Brunsviga, 22.11. Bad Nauheim, Brasserie Überflieger, 29.11. Bergedorf, Lola, 5.12. Oschatz, e-Werk, 6.12. Bielefeld, Bürgerwache, 7.12. Bremen, Schlachthof, 13.12. Taufkirchen / Vils, Filmkulturhaus, 15.12. Backnang, Jugendzentrum

30. Irgendwie dagegen. Diffuse Texte sind das Markante an der neuen Tocotronic-CD

Autor: DSe · Rubrik: Musik · CD-Datei: daten/aksuche/ak464/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:464:04

What is tocotronic? Die Single This boy is tocotronic legt zumindest den Verdacht nahe, dass die drei Hamburger mit ihrer neuen Platte ein wenig Aufklärung bieten. Das Gegenteil ist aber richtig.

Die Reaktionen auf die neue Tocotronic-CD sind interessant. Ohne Mühe schaffte es die bereits ausgekoppelte Single This boy is tocotronic in die Viva-Rotation zu kommen, und egal ob taz oder intro, alle würdigten die Platte umfänglich und sind voll des Lobes. So viel ist also klar: Die Band ist Kult.

Das herzuleiten ist nicht zwar nicht unbedingt einfach, aber nachvollziehbar. So breiteten die drei Musiker mit einem eher schrammeligen Gitarrensound in einschlägigen Hamburger Szeneclubs einen diffusen, an Punk angelehnten Klangteppich aus, der nicht unbedingt erforderte, dass Bass, Gitarre und Schlagzeug auch wirklich beherrscht wurden. Darum ging es auch gar nicht. Titel wie: Ich möchte Teil einer Jugendbewegung sein oder Über Sex kann man nur auf Englisch singen zeigten eine diffuse oppositionelle Haltung, nicht unbedingt mit klaren Positionen, aber tief verwurzelt im Geist des Hamburger Schanzenviertels rund um die Rote Flora bis rüber zum Hafen zwischen Pudelsclub und Hafenklang. Ein Hauch von Rebellion, Underdog und Dagegensein. Zudem ist Tocotronic eingebettet in dem als Hamburger Schule betitelten Bandnetzwerk zwischen Blumfeld, den Sternen und all den anderen, die den deutschsprachigen Pop-Rock in den 90er Jahren von unten mit aufgebaut haben. Auch wenn jede Menge Mystik mitschwingt - irgendwo hier ist der Ursprung des Tocotronic-Kults zu suchen.

Und wenn eine Band diesen Status erstmal erreicht hat, dann darf sie ziemlich viel machen: Zum Beispiel Texte schreiben, die kein Mensch versteht. Künstlerisch betrachtet ist das nicht unbedingt zu kritisieren. Man kann das ganze sicherlich so interpretieren wie Thomas Winkler in der taz. Er meint, dass die Band einfach den bislang erzeugten Erwartungen nicht entsprechen wollte und daher in diese Diffusität abdrehte. Positiv formuliert: Die Texte sind "verschlüsselt wie nie".

In der intro schafft es Thomas Venker, die Platte unter der Schlagzeile "Soundtrack zur Rebellion" vorzustellen und leitet aus jedem noch so kleinen Hinweis eine Aufforderung zum Handeln, gegen Globalisierung, die Selbstgefälligkeit der eigenen Szene oder was auch immer ab. Zumindest einmal bekommt er eine Steilvorlage für seine Interpretationsreise, nämlich wenn es im Waschzettel zur CD heißt: "In Dringlichkeit besteht immer bilden der flächige, kristallin-überbeleuchtete Sound und die quetschig gepresste, klaustrophob Negri/Hardt herbeizitierende Gesangzeile ('Hier ist das Imperium') eine widersprüchliche Gemengelage."

Und Venker kann sich glücklich schätzen, wenn er von Dirk von Lowtzow eingestanden bekommt: "Das ist ein extrem flashiges Buch - egal wie man das jetzt liest. Da haben wir sofort gedacht: Das ist so zeitgemäß, das müssen wir für uns benutzen. Die haben eine unglaubliche Begriffschöpfungsleistung erbracht. Das ist ein Buch, das die Masse, die das Kleinteilige nicht verfolgen kann, updated."

Alles klar? Statt in allem Rebellion zu sehen, ist wohl eher Sasha Ziehn zuzustimmen, der in der selben Intro-Ausgabe schreibt: "Das alles bleibt doch eher Andeutung, unbestimmbares Gefühl, in das ein jeder reindenken mag, was er will."

Wenn man so will, folgt Tocotronic damit dem Kurs, den die Sterne schon seit Jahren fahren: Getextet wird auf eher abstrakte Weise und die Bilder, Geschichten und Bedeutungen entstehen vor allem im Kopf der HörerInnen.

Aber dennoch drängt sich auch die Frage auf, was denn an der neuen Platte und den Texten "rebellisch" (intro) oder "Verweigerung" (taz) sein soll? Man mag das aus dem Engagement der Band ableiten, aus dem Stadtteil, in dem sie lebt, aus den Benefizkonzerten, die sie spielt, aus dem Sound, der - inzwischen deutlich aufpoliert und aufwendig produziert - immer noch einen satten Einschlag von (Pop-)Punk (und also Verweigerung) beinhaltet. Aber an den Texten der neuen CD lässt sich das einfach nicht festmachen.

What is tocotronic? lautete die Eingangsfrage. Die Antwort: Keine Ahnung, aber es ist schöne Musik, mit der man textlich auf die Reise gehen kann. Auf Individualreise.

DSe, rock-links.de

Tocotronic, Tocotronic, Rough Trade (ZOMBA).

31. Plopp, plopp, plopp. Bushs "America Inc." reichlich angeschlagen

Schwerpunkt

Autor: Max Böhnel, New York · Rubrik: USA · CD-Datei: daten/aksuche/ak464/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:464:29

Purzelnde Aktienkurse sorgen für Krisenstimmung. Bilanzfälschungsskandale und die erstaunlichen Summen, welche sich die Pleitemanager in die eigene Tasche stecken während die Krisenlast auf Beschäftigte und öffentliche Kassen abgewälzt werden, sorgt für öffentliche Empörung. An Beispielen aus den USA, Frankreich und Berlin untersuchen wir, wie die aktuellen Skandale mit der Wirtschaftslage zusammenhängen und ob die "moralischen Verfehlungen" der noch kürzlich gefeierten Manager zu Legitimationsproblemen des Kapitalismus führen.

Plopp, plopp, plopp

Bushs "America Inc." reichlich angeschlagen

Wie sich die Zeiten ändern: Hatte sich der Bush-Clan nach dem zugesprochenen "Wahlsieg" im Jahr 2000 das Signum "America Inc." an die Brust geheftet, so hat sich der Vorbildcharakter amerikanischer Konzernführungen zwei Jahre später in sein Gegenteil verwandelt. Aus der viel gelobten und imitierten "corporate culture" ist im öffentlichen Bewusstsein wenig mehr übrig geblieben als der "greedy CEO", der habgierige Vorstandschef. Der Konzernchef, der in den 90er Jahren den Rang eines Popstars einnahm, gilt heute als schmieriger Typ.

Hatte sich George W. Bush vor nicht allzu langer Zeit in der Öffentlichkeit mit großem Erfolg noch als Präsident präsentieren können, der die Amtsgeschäfte wie ein Konzernmanager leitet, so stoßen heute Ermittlungsbeamte, die CEOs in Handschellen abführen, auf allseitigen Applaus. Die "Ära niedriger Standards und falscher Profite ist vorbei", gelobte Bush deshalb auf dem vorläufigen Höhepunkt der Firmenskandale Ende Juli im Weißen Haus, "kein Vorstandszimmer in Amerika steht über oder jenseits des Gesetzes - kein leicht verdientes Geld mehr für Wirtschaftsverbrecher, harte Zeiten brechen an". Und Trend Lott, der republikanische Rechtsaußen-Senator legte nach, in Zukunft werde man von betrügerischen Firmenchefs auch noch Yachten und Sommerresidenzen konfiszieren.

Nicht der 11. September werde die politische Kultur der USA umkrempeln, sondern "Enrongate", hatte der Wirtschaftswissenschaftler Paul Krugmann von der Harvard-Universität in der New York Times prophezeit. Legte der Begriff "Enrongate" die Assoziation zu "Watergate" und damit den Sturz des Präsidenten nahe, so hat Krugmann bislang nicht rechtbehalten. Denn über direkte Verwicklungen des Präsidenten Bush in einer der jüngsten Konzernskandale gibt es keine Enthüllungen - wohingegen dem Unternehmer Bush etliche Verfehlungen und potenzielle kriminelle Machenschaften nachgesagt werden.

Ein kurzer Rückblick: Wenige Wochen nach den Anschlägen in New York, Washington und Pennsylvania, erklärte der siebtgrößte US-Konzern, der Energieriese Enron, seinen Bankrott. Schwer verunsicherte Anleger mussten mitansehen, wie sich die Bilanzen von Enron, einem jahrelang als Inbegriff des amerikanischen Erfolgsmodells gepriesenen Unternehmens, Zug um Zug als frisierte Fantasiedaten herausstellten. Die Enron-Aktie sackte von 83 US-$ im Januar 2001 auf unter 70 US-Cents ab. Der Begriff "shareholder value" musste der "Enronitis" weichen. Die linke Wochenzeitung The Nation fasst in ihrem Leitkommentar Mitte August die letzten Monate unter der Überschrift "Blasenkapitalismus" so zusammen: "Die eine Blase platzte, dann eine weitere und noch eine. Enron, Global Crossing, WorldCom. Die Redlichkeit von Buchhaltern: plopp. Vertrauen in CEOs und Börsenanalysten: plopp, plopp. Das selbstgefällige Prestige von Citigroup und J.P. Morgan: plopp und wieder plopp." Unter die Räder waren auch Adelphia Communications, Computer Associates, Dynegy, Qwest, Rite Aid, Tyko International und Xerox gekommen. Bisheriger Höhepunkt: der Untergang des Telekommunikationsgiganten WorldCom, dem Bilanzfälschungen in Höhe von fast vier Milliarden US-$ nachgewiesen wurden. Gegen bisher unantastbare Top-Firmen und -Banken wie Merrill-Lynch, First Boston, Johnson and Johnson und AOL-Time Warner laufen derzeit Ermittlungen wegen Betrügereien. Mehr als 1.000 amerikanische Firmen mussten inzwischen einräumen, ihre Bilanzen frisiert zu haben.

Mit Blick auf die politische Kultur steht mit Sicherheit fest, dass sich in der Öffentlichkeit zur Zeit ein - wenn auch relativ unpolitischer, so aber doch alte Klischees abstreifender - Sinneswandel vollzieht. Neben der Wut auf "unehrliche" Analysten, den von diesen bedienten Konzernetagen und auf Firmenchefs beinhaltet er auch das Zerplatzen der letzten Illusionen in die "New Economy". Von einer antikapitalistischen Stimmung kann keine Rede sein, obwohl Enron zur "Enronitis" und diese zum Dominoeffekt wurde, und obwohl sich die angeblich bedauerlichen Einzelfälle, wie es anfangs hieß, für alle nachvollziehbar zum Grundsatzproblem anhäuften. Die Mehrzahl der Bevölkerung glaubt Umfragen zufolge in den Firmenskandalen mit all ihren Auswirkungen, ein Systemproblem zu erkennen. Doch die Ursachen werden nicht im wirtschaftlichen Fundament, sondern in der mangelnden Moral seiner habgierigen Manager, in der Natur des Menschen, gesehen.

Rentner und Absahner

Dem Volk aufs Maul schaute in der letzten Juli-Woche die New York Times mit einem Artikel, den sie einen Arbeiter und Gewerkschafter aus einer Papierfabrik schreiben ließ. Der gute Mann erboste sich, sein Chef verdiene 592 Mal so viel wie er selbst. Während der Chef Aktienoptionen von 1,4 Millionen US-$ erhalten habe, hätten er, der Gewerkschafter, und seine Betriebskollegen bewusst Einschnitte hingenommen, um so einen Stellenabbau zu verhindern. Fazit des Aktivisten: "Das ist nicht Kapitalismus, das ist pure Gier".

Und trotzdem: Ein im amerikanischen Kontext existierendes Paradox macht sich breit. Der Ruf nach dem in die Wirtschaft intervenierenden Staat wird laut, während gleichzeitig das Vertrauen in die Institutionen schwindet. Darauf wies der Soziologe J. William Gibson in einem beachtenswerten Artikel in der Los Angeles Times hin. Die amerikanische Gesellschaft leide an einer "Legitimationskrise", behauptet Gibson, nachdem das wirtschaftliche, politische, soziale und religiöse Führungspersonal der USA "Grundsatzwerte verraten, Gesetze gebrochen und sich inkompetent verhalten hat". Nicht nur die Buchhaltungsskandale, die absackenden Aktienmärkte und die Absahnerei durch die gewählte Washingtoner Politikelite, Republikaner wie Demokraten, hätten bei einem Großteil der Bevölkerung zu einem Vertrauensverlust geführt. Die Legitimationskrise geht, so Gibson, weiter zurück: auf die offenkundigen bürokratischen Rivalitäten zwischen FBI und CIA, die möglicherweise die frühzeitige Aufklärung der 11.-September-Anschläge verhindert hatten; auf ein Militär, das den "Krieg gegen den Terrorismus" in Afghanistan keineswegs erfolgreich führe.

Hauptopfer sind die Entlassenen und Geprellten, allen voran die Arbeiter und Angestellten von Enron und Co., die schlagartig nicht nur ihre Jobs verloren, sondern auch um ihre Betriebsrenten geprellt wurden. Allein bei Enron, WorldCom und der Buchhaltungsfirma Arthur Anderson verloren 28.500 Menschen ihre Arbeitsplätze sowie rund zwei Milliarden US-$ an Ersparnissen. Zusammengenommen sind seit dem Beginn des Enron-Skandals in den USA zwei Millionen Arbeiter und Angestellte auf der Straße gelandet. Und 1,5 Billionen US-$ (eine Billion ist das Hundertfache einer Milliarde) sind nach Angaben des Chefs des Gewerkschaftsdachverbands AFL-CIO, John Sweeney, aus den Renten- und Sparfonds verschwunden. Dabei ist die Schwindsucht, unter der die auf Aktien und damit Spekulation basierenden Betriebsrenten leiden, weder ein Einzelfall, noch betrifft sie nur die Skandalfirmen. Denn die gesamte US-Gesellschaft mit ihrer weltweit größten Mittelschicht spürt allmählich die Folgen der Aktien-Baisse. Außerdem befinden sich auch die Kurven derjenigen Firmen, die "ehrlich" wirtschafteten, auf Talfahrt.

Die Besonderheit des amerikanischen Betriebsrentensystems und damit seine Krisenanfälligkeit besteht darin, dass im Rahmen der "Reagonomics" statt fester Renten nur noch ein System von Rentenbeiträgen eingeführt wurde. Definiert sich ersteres an der Beitragshöhe und an der Dauer des Arbeitsvertrags mit einer garantierten Pension nach Ausscheiden aus dem Betrieb, so kaufen die Lohnabhängigen bei letzterem Aktienanteile an "ihrer" Firma in Form von Fonds. Was seit den 80er Jahren - und vor allem bei den "New-Economy"-Firmen der 90er - gut aussah, da die Aktienkurse nach oben gingen. Doch die Blase platzte, und damit bei vielen Gutgläubigen, denen die Firmenführungen im Konzert mit den Medien die Ideologie von der unerschütterlichen Nachoben-Kurve eintrichterten, auch die Aussicht auf ein einigermaßen erträgliches Rentnerleben.

Markige Worte und ihre Weichspülung

In auffälligem Gegensatz dazu stehen freilich die Aktienverkäufe, mit denen sich ganze Firmenvorstände versorgten, noch während sie ihre Lohnabhängigen zum Aktienkauf drängten. Enron-Chef Kenneth Lay (im

Weißen Haus bis zum Bekanntwerden des Skandals liebevoll "Kennyboy" genannt): 100 Millionen US-$, Global Crossing-Boss Gary Winnick: 734 Millionen US-$, WorldCom-Boss Bernie Ebbers: 400 Millionen US-$.

Gefragt war angesichts der rufgeschädigten Eliten und der kaum gebremsten Talfahrt an der Wall Street eine richtungweisende Rede aus dem Weißen Haus. Bush lieferte sie in der zweiten Juli-Woche mit einer live vom Fernsehen übertragenen Ansprache aus der Wall Street in New York selbst. Durch die Verschärfung von Strafen für betrügerische Firmenmanager und mehr staatliche Aufsicht solle "das Vertrauen des amerikanischen Volkes" in seine Wirtschaft wiederhergestellt werden, kündigte Bush an.

Die Rede über "corporate responsibility" (unternehmerische Verantwortung) war seit Monaten die erste große Ansprache, in der es nicht um Terrorismus und Sicherheit ging. Er musste einen scharfen populistischen Ton anschlagen, ohne seine Förderer - die Firmengeldgeber und -spender im Wahlkampf vor zwei Jahren - zu verärgern. Und: Er musste Reformen anmahnen, aber nicht ankündigen. Deshalb nannte er weder Enron noch WorldCom beim Namen.

Bush-Clan: "Hug a Millionaire"

Es dauerte dann keine zwei Wochen, bis Bush im Scheinwerferlicht ein Gesetz über "unternehmerische Verantwortung" unterzeichnete, das Finanzmanipulationen einen Riegel vorschieben, das Vertrauen der Anleger zurückgewonnen und den eigenen Ruf wieder aufbessern soll, der so genannte "Sarbanes-Oxley Act". Nur wenige Stunden nach der Unterzeichnung des Gesetzes verwässerte Bush jedoch mittels einer Verfügung einen entscheidenden Paragrafen. Der in den USA berühmte "whistle blower", der anonym von innen Informationen über Interna von in Verruf geratenen Institutionen nach außen dringen lässt, soll laut der Anordnung bei Firmenskandalen nur dann Schutz erhalten, wenn sie einem Kongressausschuss zu Hilfe kommen. Der "whistle blower" bleibt dementsprechend dem Zorn von Konzernherren ausgesetzt, ohne dass er gesetzlichen Schutz genießt, wenn außerhalb des Kongress Ermittlungen gegen eine Firma angestrengt werden.

Die Flucht nach vorn, die Bush mit dem Gesetz antritt, ist nicht nur auf die Unsicherheit angesichts sinkender Profitraten zurückzuführen. Schließlich stehen im November die Zwischenwahlen zu beiden Parlamentskammern an - und der "Krieg gegen den Terror" ist bei den Wählern mittlerweile zum Sekundärthema geworden. Im Vordergrund stehen die wirtschaftlichen Sorgen: steigende Arbeitslosigkeit, verpuffende Renten, sinkender Lebensstandard. Laut einer am 20. Juli veröffentlichten Umfrage der Zeitschrift Newsweek war die Popularitätsrate Bushs von den sagenhaften 88 Prozent, auf denen er kurz nach dem 11. September schwamm, auf 65 Prozent geschrumpft. Fast die Hälfte der Befragten glaubt, dass Bush persönlich Informationen über seine Vergangenheit als Manager zurückhält, um nicht noch weiter abzusinken.

Bush, der sich für den Augusturlaub auf seine Ranch in Texas zurückgezogen hat, plant noch vor dem 11. September etliche Medienauftritte. Dazu zählt das wie immer vom Secret Service abgeschirmte und für die Medien inszenierte "Bad in der Menge" irgendwo im amerikanischen "heart land". Das PR-Projekt verspricht eine echte Posse zu werden, und zu hoffen ist, dass sie sich als hausgemachtes PR-Disaster herausstellt. Es heißt "hug a shareholder" - umarme einen Aktionär.

Max Böhnel, New York

32. Krisen, Korruption & kreative Buchführung. "Terror der Ökonomie" hat Konjunktur.

Autor: Winfried Wolf · Rubrik: Kapitalpolitik, Firmen; Imperialismus und Weltwirtschaft · CD-Datei: daten/aksuche/ak464/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:464:24

Ein Rekordniveau an Unternehmenspleiten in Deutschland, frisierte Bilanzen in den USA, gewaltige Kurseinbrüche an der Börse und immer mehr Fälle von Korruption - können diese aktuellen Krisenerscheinungen der kapitalistischen Weltwirtschaft in eine neue weltweite Krise münden? Winfried Wolf untersucht im folgenden Artikel, inwieweit derzeit im Bereich der Konzerne, Versicherungen und Banken eine Erosion des "normalen" kapitalistischen Geschäftsgebarens stattfindet.

Eine Unterhöhlung des "business as usual" kann dann gegeben sein, wenn Korruption bei den großen kapitalistischen Deals eine wichtige Rolle spielt, wenn in großem Maßstab Bilanzfälschungen vorgenommen werden, wenn die Pleitenwelle über das übliche Maß hinausgeht. Im Fall, dass diese Phänomene mehr als gewöhnlich vorherrschen, muss davon ausgegangen werden,

- dass auch für kapitalistische Kreise eine gewisse Berechenbarkeit des Geschäftslebens zunehmend abhanden kommt;

- dass eine allgemeine Zersetzung und eine "Rette-sich-wer-kann-Stimmung" in den Führungsetagen um sich greift;

- dass die Pleiten einzelner größerer Firmen als Vorboten zu werten sind, die eine Verallgemeinerung im Sinn einer großen "Pleite" oder großen Krise der kapitalistischen Produktion ankündigen.

Tatsächlich spielt Korruption eine zunehmende Rolle bei großen Unternehmungen. Der größte europäische Deal bei Unternehmensaufkäufen, der Verkauf von Mannesmann an Vodafone Anfang 2000 für 200 Mrd. EUR, wurde offensichtlich unter Einsatz gewaltiger "Abfindungs- und Anerkennungssummen" an das Top-Personal von Mannesmann getätigt.

Offiziell wurden im direkten Anschluss an den Geschäftsabschluss insgesamt bis zu 158 Mio. EUR an den damaligen Mannesmann-Vorstandsvorsitzenden Esser und an rund 150 andere "Führungskräfte" des Konzerns bezahlt. In dieser Angelegenheit ermittelt die Staatsanwaltschaft wegen Untreue u.a. gegen den Deutsche Bank-Chef Josef Ackermann und gegen den IG Metall-Chef und damaligen stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden Klaus Zwickel. (1)

"Trostpflaster" für Manager

Der Großdeal Mannesmann-Vodafone wurde im Grunde erst durch ein "krummes" Geschäft, das diesem Deal vorausging, und durch ein vergleichbar unsauberes Geschäft, das nach diesem Deal stattfand, attraktiv: Im Jahr 1997 verkaufte die Deutsche Bahn AG (DB AG) ihr Telekommunikationsgeschäft Basa (Bahneigene Signalanlagen) an Mannesmann. Auf dieser Basis baute Mannesmann sein Telekommunikationsnetz Arcor auf - auf einen Schlag verfügte ein privater Anbieter über ein flächendeckendes Telekom-Netz entlang der Bahntrassen. Die Attraktivität von Mannesmann für Vodafone lag primär in diesem Netz von Mannesmann-Arcor. Seit dem Basa-Verkauf zahlte die DB AG Summen von bis zu 1,2 Mrd. DM jährlich an Arcor bzw. seit 2000 an Vodafone, um die ehemals eigene und betriebsnotwendige Signaltechnik nutzen zu können. Im Juli 2002 kaufte dann die DB AG von Vodafone den rein bahnspezifischen Teil dieser Telekom-Anlagen zurück - für 1,15 Mrd. EUR und für rund das Dreifache der Summe, die sie beim Verkauf 1996/97 erhielt. Alles in allem wurde hier vor allem mit dem Einsatz von Steuergeldern ein "krummes Ding" gedreht, dessen Volumen sich auf mehr als fünf Mrd. EUR (wohl: faktisch veruntreuter Gelder) beläuft. (2)

Als Mitte der 1990er-Jahre erstmals die Gehälter der Top-Manager teilweise an den Aktienkurs des Unternehmens gekoppelt wurden, hieß es zunächst: Das ist doch gut, dann wollen die am hohen Aktienkurs verdienen. Tatsächlich ist es für ein Unternehmen mittel- und langfristig oft schlecht, wenn kurzfristig der Aktienkurs nach oben getrieben wird. Darüber hinaus ist es so, dass die teilweise mit Aktien "bezahlten" Top-Gehälter auch dann steigen können, wenn der Aktienkurs fällt. Beispielsweise indem das Führungspersonal die hochgepushten Aktien dann verkauft, wenn der Kurs-Höhepunkt erreicht wurde und es

genau dieses Hochpuschen war, das nunmehr den jähen Sturz mitverursacht. Das britische Blatt Financial Times veröffentlichte Ende Juli eine Untersuchung der 25 größten US-Unternehmen, die in den vergangenen 18 Monaten in Konkurs gingen. Danach nahm das Führungspersonal dieser rund zwei Dutzend Unternehmen in den Jahren 1999, 2000 und 2001 - also kurz bevor die Unternehmen scheiterten - mehr als 3,3 Mrd. US-Dollar an Gehältern, Boni, Aktienoptionen und Aktienverkäufen ein. Diese Top-Gehälter lagen dabei in der Endphase der Konzerne deutlich über dem Niveau von vor 1999. In der gleichen Zeit, als das Führungspersonal derart Kasse machte, wurden Hunderte Milliarden US-Dollar an Unternehmenswerten und nahezu 100.000 Arbeitsplätze vernichtet. (3)

Eine deutsche Unternehmenspleite ist hier bezeichnend: die von Babcock-Borsig von Juli 2002: Zunächst wurde der Konzern Babcock-Borsig (u.a. mittels einer massiven Einflussnahme des Landesbank WestLB) dazu benutzt, unrentable Teile von Preussag zu übernehmen und dieses Unternehmen - nunmehr neu als TUI firmierend - zu einer profitablen Perle zu gestalten. Kurz darauf kappte der Babcock-Boss die Taue zum einzigen Gewinn bringenden Teil des Konzerns, zur HDW-Werft, und verkaufte diese an einen undurchsichtigen US-Investor. Gleichzeitig verließ dieser Manager namens Klaus Lederer selbst das sinkende Babcock-Schiff, um als alter/neuer HDW-Chef anzuheuern und dort an Deck weiter zu kassieren. Lederer brachte die dahinter stehende Ideologie gut auf den Punkt, als er nach getaner Abwrack-Arbeit sagte: "Ich hatte die Wahl und ich habe mich für den Spaß entschieden." (4)

Plumpe Fälschungen der Bilanzen

Bilanzfälschungen sind längst ein flächendeckendes Phänomen geworden. Die Formen der Fälschungen sind dabei erstaunlich plump. Da "leiht" sich der Boss des US-Kabelimperiums Adelphia Communications, John Rigas, mehr als drei Mrd. US-Dollar "für private Zwecke"; der Telekom-Konzern muss diese nun als Verluste abschreiben. Da verbucht eine Tochter des US-Arzneimittelherstellers Merck "Selbstbeteiligungen" von PatientInnen als eigene Umsätze, obgleich diese nur den Apotheken zukommen. Etwas aufwendiger waren die Bilanzfälschungen beim Pharmazeutik-Konkurrenten Bristol-Myers Squibb: Hier wurden die Umsätze um mehr als eine Mrd. US-Dollar dadurch aufgebläht, dass Lagerbestände mit Pharmazeutica systematisch weit überhöht verbucht wurden. Das US-Telekom-Unternehmen Qwest verkaufte Glasfasernetzkapazitäten an Konkurrenzfirmen, die wiederum eigene Kapazitäten an Qwest verkauften. Die Nullsummenspiele tauchten in beiden Unternehmen als Umsatzplus auf. Im Fall des bisher größten Bilanzbetrugs, beim Unternehmen WorldCom, wurde so verfahren, dass banale Ausgaben für die Nutzung fremder Netze als Investitionen verbucht und so 3,9 Mrd. US-Dollar zusätzliche Gewinne ausgewiesen wurden. Zusätzlich hatte sich WorldCom-Boss Bernard Ebbers privat um 400 Mio. US-Dollar bereichert. (5)

Pleiten, Pech und Pannen en masse

All diese Fälschungen funktionierten vor allem deshalb so gut, weil die mit der Prüfung beauftragten Unternehmen, meist die weltweit tätige Prüfgesellschaft Arthur Anderson, selbst Teil des Fälscher-Syndikats waren. Auch dies wiederum wurde "systembedingt" dadurch erreicht, dass Anderson bei den Unternehmen, in denen sie die Bilanzen zu prüfen hatte, gleichzeitig als Beratungsfirma engagiert war und in der letztgenannten Tätigkeit weit mehr verdiente als beim Prüfen der Bilanzen. Damit gilt: Wes Brot ich ess, des Lied ich sing!'

Derzeit erleben wir ein Rekordniveau der Unternehmenspleiten - gerade auch in der BRD. Sodann haben wir es darüber hinaus mit Firmenzusammenbrüchen zu tun, bei denen es nicht um die "normalen" Marktbereinigungen, sondern um andere Größenordnungen geht. Als "normale Marktbereinigung" könnte man hier zu Lande Fälle wie die Pleite des Lausitzrings oder den Zusammenbruch des Unternehmens CargoLifter bezeichnen. Der Zusammenbruch des deutschen Telekom-Unternehmens MobilCom kann als typisch für den Telekom-Sektor verbucht werden - obgleich hier bereits Milliarden-Werte vernichtet wurden. Die Pleiten der Kirch-Gruppe und Babcock-Borsig müssen dann allerdings als Großpleiten bezeichnet werden. Auf europäischer Ebene wäre die enorme Schieflage des weltweit zweitgrößten Medienkonzerns Vivendi zu nennen, der bisher in dessen teilweiser Zerlegung mündete. (6)

In den USA gibt es außer hunderten mittelgroßen Pleiten inzwischen die zwei Pleiten von Großkonzernen: Enron und WorldCom. Enron rangierte in 2001 auf Platz 6 der größten Unternehmen der Welt; WorldCom auf Rang 109, wobei nach der Schuldensumme und nach der Börsenkapitalisierung der WorldCom-Konkurs denjenigen von Enron überragt. (7)

Die Brüchigkeit des gesamten Unternehmensbereichs wird in solchen Situationen meist im Finanzsektor am deutlichsten. Banken und teilweise Versicherungen sind von den Krisenerscheinungen mehrfach betroffen: Die Einbrüche bei den Börsen lassen die Werte der Firmen, an die große Kredite verliehen wurden, schmelzen. Die Firmenzusammenbrüche selbst führen zu hohen Kreditausfällen. Schließlich leiden die Banken selbst unter dem Kursverfall, da der Börsenwert des jeweiligen Instituts sinkt, während die Kreditaußenstände anwachsen. Im Juli standen mehrmals die Banken im Zentrum des Börsengewitters. So lautete die Schlagzeile der Financial Times Deutschland Ende Juli: "US Banken JP Morgan und Citigroup im Sturzflug". Beschrieben wurde u.a., wie die Enron- und WorldCom-Pleiten und die rückläufigen Bösenindizes die Banken-Aktienkurse in die Tiefe ziehen. Aus Japan wird aktuell von massiven Fluchtbewegungen der Anleger aus Bankanlagen berichtet: Im April 2002 wurde die unbefristete Einlagensicherung für Konten mit Termineinlagen auf umgerechnet 85.000 EUR begrenzt. Darauf wurden binnen eines Vierteljahres Termineinlagen in Höhe von umgerechnet 358 Milliarden EUR abgezogen. Kommentar der Financial Times: "Beobachter fürchten, dass es im ohnehin schwachen Bankensektor des Landes im nächsten Jahr zu einer massiven Finanzkrise kommen wird, wenn wie geplant im April 2003 auch die Sicherung für sonstige Einlagen beschränkt wird." (8)

Krisenerscheinung wie 1929

In Verbindung mit dem Ende 2001 Pleite gegangenen Unternehmen Enron wurde in den USA das Wort von der "Enronitis" geprägt. Seither zeigte sich: Enron war kein Einzelfall; die systematischen Bilanzfälschungen scheinen in der US-Ökonomie eher die Regel und darüber hinaus unter den Konzernen und Banken in anderen Ländern zumindest nicht ungewöhnlich zu sein. "Gegen Ende eines Booms will jeder, dass er noch ein bisschen andauert. Deshalb werden Bilanzen frisiert", erklärt der Ökonomieprofessors Lester Thurow vom Massachusetts Institute of Technology (MIT) diese Tendenz (9).

In dieser Lage kommt dann ein Präsident George W. Bush und fordert zur "Rückkehr zu den amerikanischen Tugenden" auf, worauf die Medien bekannt machen, wie Vizepräsident Cheney (in seiner Zeit als Chef des Ölzulieferers Hulliburton) und wie der Präsident Bush selbst (als Topmanager des Öldienstleisters Harken Oil) in Bilanzfälschungen und Insidergeschäfte verwickelt waren. Hinzu kommt, dass gerade der Fall Enron ein Beispiel der auch persönlich engen Verbindung zwischen einer sich zersetzenden Wirtschaft und einer käuflichen Regierung ist: Enron-Boss Lay war eng mit George W. Bush befreundet; Enron bzw. Lay finanzierten in erheblichem Maß den Bush-Wahlkampf.

Es war der führende US-Ökonom Paul Krugman, der Anfang 2002 despektierlich erklärt hatte, dass sich die Bilanzfälschungen bei Enron und die Pleite dieses Energieriesen einmal rückblickend "als bedeutsamerer Wendepunkt für die Gesellschaft der Vereinigten Staaten erweisen" würden als der Einsturz des World Trade Centers.(10) Dem pflichtete Jeff Immelt, Boss von General Electric, mit den Worten bei: "Der Schaden, den Enron der Wirtschaft zugefügt hat, ist größer als die Folgen des 11. September". (11) Der Mann muss es wissen: Der Börsenwert seines Unternehmen reduzierte sich allein im Jahr 2001 um mehr als 120 Milliarden US-Dollar. Wenn General Electric trotz dieser gigantischen Verluste auf der Liste der Unternehmen, die an den Börsen am höchsten bewertet werden, seinen ersten Rang verteidigen konnte, so ist dies Ausdruck der gewaltigen Kapitalentwertung, die so gut wie alle großen Konzerne bereits im Jahr 2001 hinnehmen mussten - also noch vor dem aktuellen Börsenbeben. Auch dies ist Ausdruck der tiefen Krisenerscheinungen der kapitalistischen Ökonomie, die einen Umfang erreicht haben wie zuletzt vor der Weltwirtschaftskrise 1929. (12)

Krugmans Vergleich zwischen dem Anschlag auf das World Trade Center und Enrons Anschlag auf die bürgerliche Moral im Wirtschaftsleben aber heißt: Der "Terror der Ökonomie" erweist sich ein weiteres Mal als gewichtiger als der Terror der Terroristen.

Winfried Wolf

Anmerkungen

1) Mannesmann-Vodafone nach: Financial Times Deutschland vom 29.7.2002, vom 26.7.2002 und vom 16.3.2001

2) U.a. nach: Financial Times Deutschland vom 2.7.2002

3) Financial Times (London) vom 31.7.2002

4) U.a. nach: Financial Times Deutschland vom 4.7.2002, 24.6.2002 und 26.6.2002; Süddeutsche Zeitung vom 22.6.2002

5) Adelphia Communications nach: Die Welt vom 30.7.2002; Merck nach: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 9.7.2002; Bristol-Myers Squibb nach: Wall Street Journal vom 12.7.2002; Qwest nach: Financial Times Deutschland vom 30.7.2002. Omnicom nach: Financial Times Deutschland vom 24.6.2002

6) Vivendi u.a. nach: Wall Street Journal vom 10.7.2002; Le Monde vom 23.7.2002

7) Nach: Fortune, 19th of August 2002

8) Financial Times Deutschland vom 20.7.2002; Financial Times Deutschland vom 24.7.2002

9) Thurow nach: Die Welt vom 19.7.2002

10) Paul Krugman nach: Spiegel 28/2002

11) Jeff Immelt nach: Süddeutsche Zeitung vom 2.7.2002

12) Angaben zum Börsenwert von General Electric (GE) nach: Business Week vom 15.7.2002. Danach lag der Börsenwert von GE in 2001 bei 309.462 Mrd. US-Dollars und um 36 Prozent unter dem Vorjahreswert. Die Nr. 2 auf der entsprechenden Weltrangliste, Microsoft, erzielte in 2001 einen Marktwert von 275.701 Mrd. US-Dollar und erlitt gegenüber 2000 einen Verlust von 26 Prozent. Als etwas stabiler erwies sich die Nr. 3, der Ölriese Exxon Mobil (2001: 271.228 Mrd. Dollar), der einen Verlust von 10 Prozent hinnehmen musste

33. Tiefer Fall, weiche Landung. Jean-Marie Messier und die Vivendi-Pleite

Autor: Bernhard Schmid · Rubrik: Kapitalpolitik, Firmen; Imperialismus und Weltwirtschaft; Frankreich · CD-Datei: daten/aksuche/ak464/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:464:23

Manche Beobachter hielten ihn seit längerem für größenwahnsinnig. Die beliebte politsatirische Puppensendung "Les Guignols de l'info" hatte ihm den Spitznamen "J6M" gegeben (weil der Buchstabe M in seinem Namen sechs Mal vorkomme): "Jean-Marie Messier, moi-même maître du monde" ("Jean-Marie Messier selbst, Herr der Welt"). Zwei Jahre ist das her. Nunmehr hat das konservative französische Wochenmagazin Le Point Messier umgetauft in den "Mann, der 72 Milliarden Euro kostete". Auf diese Höhe wird der Schuldenberg geschätzt, den der französisch-amerikanische Mischkonzern Vivendi Universal (VU) unter Messiers Leitung aufgetürmt hat.

Messier selbst hatte noch wenige Wochen zuvor in der Öffentlichkeit stolz erklärt, er habe im Jahr 2001 allein 5,1 Millionen Euro an Direktorengehalt eingestrichen - eine Steigerung um 62 Prozent gegenüber dem Vorjahr - zuzüglich 13 Millionen Euro durch den Verkauf von Vorzugsaktien seines Unternehmens. Im selben Jahr hatte VU 13,6 Milliarden Euro Verluste geschrieben.

Mit einem Jahresumsatz von 51,4 Milliarden US-Dollar im Jahr 2001 ist Vivendi Universal der - derzeit noch - größte Medienkonzern der Welt; AOL-Time Warner mit 38,2 Milliarden, Walt Disney mit 25,3 Milliarden oder die deutsche Bertelsmann-Gruppe mit 17,9 Milliarden Dollar Jahresumsatz (2001) blieben bisher deutlich hinter dem Giganten zurück. Die Expansion von Vivendi beruht in erster Linie auf Privatisierungsgewinnen. Die ehemalige Compagnie Générale des Eaux (CGE, allgemeine Wassergesellschaft), wie der Konzern bis 1994 noch hieß, war im 19. Jahrhundert entstanden, um die Bewohner des Großraums Lyon mit Wasser zu versorgen - als privater Anbieter, der öffentliche Dienstleistungen in einer Art Lizenzsystem übernahm. In Lyon selbst wurde die öffentliche Wasserversorgung im Jahr 1885 kommunalisiert, aber in den umliegenden Städten und Gemeinden expandierte der private Anbieter ungestört weiter.

Nicht immer zum Vorteil der Nutzer seiner Dienstleistungen: Mitte der 1920er Jahre löste mangelnde Hygienevorsorge eine Typhusepidemie in der Region aus, von der nur die Stadt Lyon selbst - wo die Wasserversorgung in öffentlicher Hand lag - verschont blieb. Und einem Untersuchungsbericht des französischen Senats von 1998 zufolge bestehen landesweit dort, wo private Dienstleister die öffentliche Dienstleistung übernahmen, Mehrkosten von 13 bis 44 Prozent für die KonsumentInnen.

Mit dem solchermaßen über Jahrzehnte hinweg akkumulierten Kapital wurde die CGE zum ökonomischen und politischen Akteur, zunächst im Raum Lyon. 1986 kaufte das Unternehmen das Versorgungsmonopol für die Großstadt zurück. Zugleich war die CGE zum Hauptsponsor der politischen Klasse der Region geworden. Anfang der 90er Jahre kam eine Reihe gravierender illegaler Parteispendenaffären ans Tageslicht.

1994 tritt Jean-Marie Messier in die Dienste des Unternehmens, das kurz darauf in Vivendi umbenannt wird. Messier kommt damals aus der Politik: Er hatte zwischen 1986 und '88 Premierminister Chiracs Minister für Privatisierungen, Camille Cabana, und Wirtschaftsminister Edouard Balladur als Berater gedient - für den 29-jährigen ein ideales Karrieresprungbrett. Als Balladur nach dem Wahlsieg der Konservativen 1993 für zwei Jahre Premierminister wird, weiß Messier - der zwischendurch bei der Geschäftsbank Lazard reüssiert hat - den Regierungschef hinter sich, wenn er an der Schnittstelle zwischen Politik und Ökonomie zu Einfluss kommen will. Dank der Unterstützung durch Balladur gelangt Messier 1994 an die Spitze des künftigen Vivendi-Konzerns.

Vom Politikberater zum "Finanzgenie"

Messiers Masterplan besteht darin, die Aktivitäten des bisherigen Versorgungsunternehmens CGE auf neue Felder auszudehnen. Er träumt davon, im Unterhaltungs-, Multimedia- und Internet-Geschäft Gewinne zu machen, und kauft alle möglichen Unternehmen zusammen: den französischen Privat-Fensehsender Canal+, das Presseimperium Havas, den Mobiltelefon-Riesen Cegetel/SFR sowie Telefongesellschaften in Marokko, Ägypten, Kenia und Ungarn. 1998 übernimmt er im Rahmen einer Fusion die Kontrolle über den US-amerikanischen Unterhaltungsgiganten Universal, der im Musik-, Film- und Kabelfernsehbereich aktiv ist.

Daneben kauft Vivendi Wasserversorgungsunternehmen von Berlin über Rumänien bis nach Bolivien auf. Messier setzt auf die "Konversion" der verschiedenen Medienzweige und strebt danach, von den Contents (Video, Musik...) über die Kanäle (Internet oder TV) bis zum Abonnement die gesamte Branche zu beherrschen, um in naher Zukunft - mit fortschreitender Technik - seinen Kunden alles auf einem einzigen Empfangsgerät anzubieten.

Finanziert wird Messiers Kaufrausch durch die spekulative Blase, die sich im Jahr 2000 an den internationalen Börsen rund um das Internet und die "New Economy" gebildet hat. Solange der Wert der VU-Aktie ununterbrochen steigt und damit Anlieger anzieht, stellt das kein Problem dar. Doch die Blase platzt unversehens zum Jahreswechsel 2000/01. Schon im darauf folgenden Jahr geht der VU-Generaldirektor dazu über, die Unternehmensbilanzen zu frisieren, indem er z.B. Schulden in außerbilanzliche Posten umwandelt. Doch als entsprechende Gerüchte an der Börse ruchbar werden, ist es alsbald vorbei mit der Herrlichkeit des vermeintlichen "Genies" Messier. Nunmehr fordern auch die amerikanischen Aktionäre seinen Kopf. Zusammen mit französischen Politikern, allen voran Staatspräsident Chirac, und Kapitalfunktionären arbeiten sie daran, Messier loszuwerden.

Vom 11. Februar bis zum 3. Juli dieses Jahres hat die VU-Akte 71 Prozent an Wert eingebüßt. Am 2. Juli 2002 verlässt der soeben gefeuerte Messier mit Tränen in den Augen den Firmensitz. Angestellte des Vivendi Universal-Konzerns stehen Spalier für ihn und applaudieren, nachdem er ihnen in einer schmalzreichen Rede gedankt und viel Glück gewünscht hatte. Rund die Hälfte der weltweit 381.000 VU-Beschäftigten (davon 160.000 in Frankreich) haben bei dem Crash reichlich Geld verloren, weil sie in Aktien "ihres" Unternehmens investiert oder sich einen Teil ihres Lohns in Form von Gesellschaftsanteilen hatten auszahlen lassen. Manche von ihnen sind buchstäblich ruiniert, da ihnen nun zugleich der Job und das angelegte Vermögen verloren gehen.

Apllaus für den Abzocker

Schon bei der letzten Hauptversammlung Ende April 2002 war unter den KleinaktionärInnen ein Proteststurm gegen Messier losgebrochen. Vivendi Universal hat nun seit Ende Juli mehrere Klagen wegen Schädigung der Interessen seiner Aktionäre, u.a. durch Bilanzfälschungen, am Hals: Zwei Klagen sind in den USA anhängig, eine dritte wurde am 29. Juli in Paris durch eine Vereinigung aktiver Kleinanleger (Appac) eingereicht, welche die Interessen von rund 1.000 KleinaktionärInnen vertritt.

Im Herbst dieses Jahres wird sich nun entscheiden, ob der Multikonzern zerlegt wird und wie viele Arbeitsplätze erhalten bleiben. Dann wird sich ebenfalls entscheiden müssen, wer zu welchen Bedingungen dann beispielsweise die Wasserversorgung jener französischen Kommunen übernimmt, die über die Filiale Vivendi environnement (Vivendi Umwelt) noch immer vom VU-Konzern versorgt werden. Messier hatte bereits im vorigen Frühjahr, zu Beginn der ökonomischen Schwierigkeiten des Konzerns, versucht, diesen Bereich abzustoßen. Das wiederum lieferte dem Vorstoß Chiracs zum "Abschuss" Messiers an der Konzernspitze eine Rechtfertigung - mit der Versorgung französischer Kommunen sei das nationale Interesse bedroht.

Messier braucht das hinterlassene Chaos nicht zu kratzen: Er schlug bei seinem Abgang noch einmal 18 Millionen Euro Abfindung heraus.

Bernhard Schmid,

Paris

34. Berliner Bankenskandal. Korrupte Misswirtschaft, Sparsenat und Protest in Berlin

Autor: Boris Kanzleiter · Rubrik: Kapitalpolitik, Firmen · CD-Datei: daten/aksuche/ak464/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:464:31

Als sich Mitte Juli der Vorstand der Bankgesellschaft Berlin (BGB) zur Aktionärsversammlung im Internationalen Congress Centrum der Hauptstadt einfand, traf er auf wütende DemonstrantInnen. Denn beim Aktionärstreffen ging es um weit mehr als um die Frage, wie ein marodes Bankhaus saniert werden kann. Vielmehr stehen in Berlin die Folgen jahrelanger korrupter Misswirtschaft, Inkompetenz und Abzocke am Pranger, bei der sich wenige auf Kosten vieler bereichern.

Die BGB, deren Aktien zu über 50 Prozent im Senatseigentum sind, droht in den nächsten Jahren zum Zementsack am Fuß eines gegen das Ertrinken kämpfenden, völlig überschuldeten Berliner Haushalts zu werden. Was die InitiatorInnen der Proteste dabei besonders empört, ist, dass PolitikerInnen und ManagerInnen, die in einem joint venture den Schaden angerichtet haben, wenig Reue zeigen. Während der rot-rote Senat rigoros mit dem Rotstift regiert, werden BGB-Fondseignern, darunter Manager der Bank sowie zahlreiche PolitikerInnen und Prominente, auf Kosten der SteuerzahlerInnen garantierte Gewinne ausgezahlt.

Kern der BGB-Misswirtschaft sind Mitte der 90er Jahre getätigte Immobiliengeschäfte. Beseelt vom schon damals utopischen Traum einer prosperierenden Hauptstadt sponsorte die BGB großspurige Bauprojekte. Finanziert wurden die teuren Investitionen durch Fonds, deren Konditionen außergewöhnlich günstig waren. Sie garantieren den FondseignernInnen nicht nur hohe Mieteinnahmen. Nach 25 oder 30 Jahren steht ihnen außerdem ein Rückgaberecht zu sehr guten Konditionen zu. Für Risiken haftet dabei die Bank. Etwa 70.000 Personen zeichneten diese öffentlich zugänglichen Fonds. Gleichzeitig wurden auch "geschlossene Fonds" mit noch günstigeren Konditionen aufgelegt, die für Prominente aus Politik, Wirtschaft und Kultur reserviert blieben.

Den Armen nehmen, den Reichen geben

Doch Berlin entwickelte sich im Laufe der 90er Jahre nicht zur erträumten Boomtown, sondern zum Sozialfall der Republik. Statt Wachstumsdynamik entfaltete sich nach dem Wegfall der Bundes-Subventionen und durch die chronische Krise der ostdeutschen Wirtschaft nach der Wiedervereinigung Armut, Arbeitslosigkeit und Rezession. Daran änderte auch der Umzug der Bundesregierung nichts. Die Immobiliengeschäfte der BGB gerieten zum Desaster. Gleichzeitig muss die Bank aber den FondsanlegerInnen ihre garantierten Gewinne auszahlen. Dadurch entstehen der BGB Defizite in Milliardenhöhe, die jetzt aus dem Haushalt des mit 39 Milliarden EUR (2001) ohnehin katastrophal überschuldeten Landes Berlin gedeckt werden.

Mit einer Finanzspritze von zwei Milliarden EUR rettete das Land den Konzern vergangenes Jahr vor der Insolvenz. Außerdem hat das Berliner Abgeordnetenhaus im April beschlossen, dass das Land über die nächsten 30 Jahre für Verluste in Höhe der sagenhaften Summe von bis zu 21,7 Milliarden EUR aufkommt. Allein im Haushalt 2003 zahlt das Land Berlin 300 Millionen EUR für die Fondsrisiken der Bank und garantiert damit die Gewinne der AnlegerInnen. Gleichzeitig spart der im vergangenen Jahr neu gebildete SPD/PDS-Senat unter Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) allein bei sozialen Einrichtungen 150 Millionen EUR ein. Den Armen wird genommen, um den Reichen zu geben, so hat der Senat das Robin Hood'sche Prinzip umgedreht.

Die Fehlkalkulationen der BGB sind ein Politikum ersten Ranges. Denn die BGB war 1994 unter der Ägide der vom langjährigen regierenden Bürgermeister Eberhard Diepgen (CDU) geführten CDU/SPD-Koalition als eine Zusammenführung verschiedener Kreditinstitute im Besitz des Landes gegründet worden. Das politische Führungspersonal der Hauptstadt war verantwortlich für Kontrolle und Geschäftsgebaren der Bank und versagte offensichtlich komplett.

Statt die Großbank und ihre Aktivitäten zu überwachen, sorgten manche PolitikerInnen dafür, Geld in die eigene Tasche zu wirtschaften. Am deutlichsten zeigte sich dies, als im vergangenen Jahr bekannt wurde, dass der damalige Geschäftsführer der CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus, Klaus Landowsky, in seiner Parallelfunktion als Vorsitzender der BGB-Tochter BerlinHyp einen 300 Millionen EUR Kredit an die

Immobilienfirma Aubis erteilt hatte, um im Ostteil Berlins Plattenbauten zu sanieren und neu zu vermieten. Zum Skandal, an dem die langjährige Große Koalition zerbrach, wurde die Kreditvergabe dadurch, dass die Aubis-Chefs Klaus Wienhold und Christian Neuling zwei langjährige CDU-Politiker und Landowsky-Amigos sind, die sich dafür mit einer großzügigen Spende in die CDU-Wahlkampfkasse bedankten.

Der ohnehin bekannten dreisten Abzockermentalität der Berliner Politszene setze Landowsky das Sahnehäubchen auf, als er sich nach seinem erzwungenen Rücktritt als BerlinHyp-Vorstand seine lukrativen Bezüge weiter sichern wollte. Landowsky, der sozial Schwache in der Hauptstadt schon mal als "Ratten" und "Gesindel" bezeichnet hat, wollte sich als Abfindung 1,4 Millionen Mark einmalig und danach bis zu seinem Ableben weitere 350.000 Mark jährlich auszahlen lassen. Kritik daran denunzierte er als "Sozialneid". Erst eine fristlose Kündigung durch das neue BerlinHyp-Management setzte die Abfindungszahlung für Landowsky aus. Dagegen legte der CDU-Mann Rechtsmittel ein. Mittlerweile allerdings sitzt dem Trio Wienhold, Neuling, Landowsky sowie einer Reihe weiterer Manager der BGB wegen ihrer Deals die Staatsanwaltschaft im Nacken.

Im November 2001 übernahm der Immobilienspezialist Hans-Jörg Vetter den Vorstand der Bank. Seitdem wird an der Sanierung gearbeitet. Unter anderem fordert der neue Vorstand nun von elf inzwischen ausgeschiedenen Managern, Vorständen und Aufsichtsräten 25 Millionen EUR Regress wegen erheblicher Pflichtverletzungen und hat deshalb Mitte Juni beim Landgericht Berlin Klage eingereicht. Doch das sind Peanuts im Vergleich zu den erwarteten Milliarden, die die Berliner BürgerInnen bezahlen müssen.

Unter der Überschrift "Dreiste Immobilien-Bonanza" geht denn auch einer der Initiatoren der Proteste gegen die Bankgesellschaft, Prof. Dr. Elmar Altvater von der Freien Universität Berlin, in einer "ungehaltenen Rede auf der Aktionärsversammlung" hart mit dem neuen Vorstandsvorsitzenden ins Gericht.

Altvater schreibt: "Der ehemalige Vorstand der Bankgesellschaft Berlin, Wolfgang Rupf, hat vor gut einem Jahr in einem Serienbrief an die Kunden der Sparkasse zufrieden auf die Erklärung des Berliner Senats verwiesen, dem Bankkonzern mehrere Milliarden Mark zuzuschießen. Kein Wort darüber, dass diese Mittel bei der Versorgung der Berliner Bevölkerung mit Kinderkrippen und Schulen, Freibädern und Theatern fehlen. Daran fühlt sich erinnert, wer den neuen Vorstandsvorsitzenden der Bankgesellschaft Berlin, Hans Jörg Vetter, auf der Aktionärsversammlung hören konnte. Zufriedenheit mit der Übernahme der Risiken aus dubiosen Immobiliengeschäften durch das Land Berlin in Höhe von bis zu 21,6 Milliarden EUR. Das sind pro Berlinerin und Berliner von dem Kleinsten bis zum Rentner rund 6.000 Euro. Die Milliarden-Verluste der Bankgesellschaft werden sozialisiert; die Allgemeinheit soll dafür gerade stehen."

Fondseigener Outing: Stich ins Wespennest

Und weiter führt Altvater aus: "Das ist im Kleinen die Praxis, die im Großen seit Jahren auf den globalen Finanzmärkten gang und gäbe ist. Die Global Players unter den Investoren werden ermuntert, in der ganzen Welt ihr Kapital anzulegen, und wenn sie sich verspekuliert haben, dann werden sie mit immensen öffentlichen Rettungspaketen immer wieder aus gefährlichen Situationen ‚herausgehauen`. Allein in den großen Finanzkrisen - von Mexiko 1994 bis Argentinien 2001 - sind 285 Milliarden US-$ öffentliche Mittel durch den Internationalen Währungsfonds, die Weltbank und bilaterale Geber verpulvert worden. Die Entwicklungs- und Schwellenländer in der Krise mussten sich weiter verschulden, damit die Banken und Fonds ihre Außenstände nicht abschreiben müssen. Die Bevölkerung verarmt, damit das Finanzsystem funktioniert. Da sind öffentliche Institutionen wie der Internationale Währungsfonds, die ansonsten nicht müde werden, von der privaten Unternehmerinitiative, von der Risikobereitschaft der Investoren und von den Wohltaten eines freien Marktes zu schwärmen, auf einmal sehr schnell um das Gegenteil ihrer neoliberalen Predigt bemüht: nämlich den Privaten Verluste zu ersparen, indem sie per ‚Risikoabschirmung` sozialisiert werden."

Ganz anders möchte daher die Initiative Berliner Bankenskandal vorgehen, die die Proteste vor der Aktionärsversammlung organisierte. Sie fordert, dass statt des Berliner Landeshaushaltes die privaten MiteigentümerInnen der Bankgesellschaft sowie die privaten FondsanlegerInnen zur Kasse gebeten werden. Um öffentlichen Druck auszuüben, veröffentlichte die Initiative einige Tage vor der Hauptversammlung eine Liste von über hundert prominenten FondsanlegerInnen und forderte sie auf, ihre lukrativen Fondsanteile zurückzugeben. Auf der illustren Liste befinden sich Persönlichkeiten wie die Ehefrau von Ex-Außenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP), Barbara Genscher, die frühere Bundesausländerbeauftragte, Cornelia

Schmalz-Jacobsen (FDP) und Dr. Wolfgang Schuster (CDU), Oberbürgermeister von Stuttgart. Aus der Wirtschaft sind der Ex-Vorstand der Berliner Bank Klaus von der Heyde, Telekom-Vorstand Gerd Tenzer oder Ex-VW-Vorstand Ulrich Seiffert aufgeführt. Aber auch Journalisten wie Heik Afheldt vom Tagesspiegel, Ulrich Meyer von Sat.1 und seine Frau Georgia Tornow, ehemals taz, sind dabei. Berlins SPD-Chef Peter Strieder und Entwicklungshilfeministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul (SPD) haben nach Angaben der Initiative ihre Anteile bereits zurückgegeben.

Die Aktion wirkte wie der berühmte Stich ins Wespennest. Aufgeschreckt und hektisch reagierte die ansonsten verschlafene und dem Elend treu ergebene Berliner Lokalpolitik. Christian Gaebler von der SPD-Fraktion bezeichnete die Aktion als eine "Vorform der Selbstjustiz". Der CDU-Abgeordnete Michael Braun witterte gar "Pogromstimmung" an der Spree und hat Strafanzeige wegen des Verdachts auf Nötigung gegen den Initiator der Aktion, Prof. Dr. Grottian von der FU-Berlin, gestellt. Doch der sieht das gelassen: "Wir wollen, dass mit den Fondsanlegern neu verhandelt wird. Da muss man ein bisschen Druck machen", begründete er das Outing.

An der radikalen Linken in Berlin ging die Aktion der von Attac-Leuten und den FU-Professoren Grottian und Altvater getragenen Initiative Berliner Bankenskandal weitgehend vorbei. Tatsächlich erfüllen die Forderungen der Initiative die Ansprüche einer grundlegenden Kapitalismuskritik nur bedingt. Um in der Öffentlichkeit Gehör zu finden, beschränkt die Initiative ihre Forderungen auf die Neuverhandlung der Fonds. An die Adresse des SPD/PDS-Sparsenats richtet Altvater beispielsweise die Empfehlung: "Die rot-rote Koalition steht in der Pflicht, und die muss sie ernster nehmen als in der Vergangenheit geschehen." Mittlerweile erklärte der SPD-Sprecher im Banken-Untersuchungsausschuss, Frank Zimmermann, es sei gut, die Bankgesellschaft würde sich an die FondszeichnerInnen richten, um auf diesem Weg "eine Anpassung an marktübliche Konditionen" zu erreichen.

Proteste gehen weiter

Während die Initiative Berliner Bankenskandal weiter am Ball bleiben möchte und für September und Oktober weitere Aktionen plant, haben allerdings auch Teile der radikaleren Linken das Thema Bankgesellschaft und Sparsenat entdeckt. In der verslumenden Hauptstadt betreibt die radikale Linke seit der erfolgreichen Kampagne gegen die Olympiabewerbung Berlins am Anfang der 90er Jahre lediglich am 1. Mai Kiezpolitik. Jetzt protestiert immerhin die "Freischwimm AG" mit Schwarzschwimmaktionen im Kreuzberger Prinzenbad gegen die horrenden Erhöhungen der Eintrittspreise der öffentlichen Bäder. Trotz Reibereien mit dem privaten Sicherheitsdienst und der Polizei schafften einige der ProtestiererInnen sich gratis ein Bad im kühlenden Nass zu verschaffen. Vielleicht finden die Proteste gegen die Auswirkungen der Kürzungspolitik und der Machenschaften der Bankgesellschaft auch noch zusammen. Gelegenheit gibt es dazu auf einem Spaziergang ins Villenviertel im Grunewald im September.

Boris Kanzleiter

Infos:

www.berliner-bankenskandal.de

www.berlingehtbaden.de.tf

35. Hallo, es wird nicht ein-ge-schla-fen. Bernadette La Hengst solo

Autor: DSe · Rubrik: Musik · CD-Datei: daten/aksuche/ak464/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:464:05

Kurz vor dem Sommer legte Bernadette La Hengst ihre erste Solo-CD vor. Die Gitarristin und Sängerin der 1999 aufgelösten Band Die Braut haut ins Auge hat darauf nicht nur diverse Ohrwürmer abgelegt, sie ist auch derart unangestrengt politisch, dass es eine Freude ist.

Bernadette La Hengst muß man in einem Atemzug mit Namen wie Blumfeld, den Sterne, Tocotronic, Fink oder den Goldenen Zitronen nennen. Nicht nur, weil auch sie aus Bad Salzuflen stammt und auf dem sagenumwobenen Cassetten-Label Fast weltweit mitwirkte. Nach dem Umzug nach Hamburg prägte sie den Stil mit, der später als "Hamburger Schule" bekannt wurde und in dem sie die feministische Stimme einbrachte: Pop zwischen Punk, Rock und Wave mit (überwiegend) deutschen Texten, die in einer überaus lässigen und coolen Art das persönliche Erleben in einer politischen Welt thematisierten. La Hengst gehört zu den KünstlerInnen, die seit Jahren linke Opposition auch dadurch unterstützen, dass sie für alle möglichen Anlässe auf die Bühne gehen. So spielt sie geradezu programmatisch für Frauengruppen und Projekte und sorgt mit ihrer eigenen Booking-Agentur BH dafür, dass verstärkt Künstlerinnen sich präsentieren können. Dass sie bei der Vorbereitung der Grenzcamps aktiv mitmischte ist für sie genauso selbstverständlich wie ihr Engagement beim Hamburger Butt-Club, den sie mit ins Leben rief und in dem Diskussionen über Globalisierung, Stadtpolitik, linke Kultur, etc. stattfinden.

Doch damit nicht genug. Als Journalistin ist sie außerdem aktiv und hat dabei natürlich ihre politische Einstellung und insbesondere den Feminismus im Gepäck. So publizierte sie Ende Mai für die WoZ Music eine Emaildiskussion, in der sie selbst mit Sandra Grether (Parole Trixi), Katrin Achinger (ehemals Kastrierte Philosophen), Melissa Logan und Alex Murray-Leslie (Chicks on Speed) über Feminismus und Selbstverständnis diskutierte.

Der Opener der neuen CD nimmt den von Christoph Schuch gemachten Film Der Traum ist aus (Die Erben der Scherben) aufs Korn. Sie habe sich über diesen Film und die Interviewten z.B. eben auch Musiker von den Sternen und Tocotronic geärgert, sagt sie. Der Film betreibe vor allem eine Historisierung der Scherben und ihrer Zeit. La Hengst kritisiert das unisono gemachte Statement fast aller sogenannter Erben, dass das, was die Scherben damals gemacht haben, zwar großartig und für sie auch sehr wichtig war, dass man aber heute so was nicht mehr machen könnte. In dem Stück Die da oben machen ja doch was wir wollen singt La Hengst: "Und wir argumentieren, und wir analysieren, doch wir werden verlieren, wenn wir uns nicht ... organisieren." Das bleibt nicht nur nach nun 30 Jahren Ton Steine Scherben und "neuer Linker" richtig. Und wie kann man besser frau das heute im Popsong mitteilen? Etwa so: "Es gibt irgendwo einen großen Topf, mit der ganzen Wahrheit drin, und wenn man sie kocht, dann steigt sie in den Himmel, und sie regnet auf uns nieder. Und sie kommt heute, sie kommt morgen, sie kommt immer immer wieder ..." Refrain!

Engagement statt leeres Gelaber

Das ist sicherlich eine berechtigte Kritik an denjenigen Erben, die zwar im Habitus das kritische oder oppositionelle Element wie eine Art Parfum tragen, sich ansonsten aber weitgehend hinter dem Schutzschild KünstlerIn verstecken und Positionen vermeiden.

Während Bands und Künstler wie die Sterne oder Rocko Schamoni mit ihren letzten CDs zu Majorlabeln wechselten (beide jetzt bei Virgin) ist Bernadette La Hengst gerade den umgekehrter Weg gegangen. Ihre neue CD ist bei dem kleinen Münchener Label Trikont veröffentlicht. Der intro teilte sie zu diesem Schritt mit: "Revolution soll ja auch Spaß machen. Schaffe dir bewusst angenehme Produktionsbedingungen. Denn die beeinflussen das Produkt. Es wirkt sich aus, wenn du bei einem Major mit deiner soundsovielten Platte Beachtung finden musst. Da entsteht Druck." Und dann spricht sie von linken Netzwerken, wie wichtig die seien, um unabhängig von den Großen zu arbeiten und zu denken.

Ihre Solo-CD ist eine Aufforderung aktiv zu werden, zu bleiben, zu sein. Das macht der wunderbare Titel Der beste Augenblick in deinem Leben ist gerade eben jetzt gewesen klar. Jörg Sundermeier hat vollkommen recht, wenn er die CD von La Hengst (und Bragg) ausführlich in der jungle world bespricht und feststellt: "Diese

Musikerin und dieser Musiker behaupten nicht mehr länger, dass sie unbedingt eine politische Platte machen wollen, sie betonen das nicht lautstark in Interviews und schauen auf Pressefotos nicht kritisch in die Welt, sondern reden schlicht von dem, was sie angeht und von dem sie glauben, dass es auch andere betrifft. Ihre Platten sind frei von großen Posen." Und das fördert nicht nur die Glaubwürdigkeit.

Musikalisch ist das ganze popig-eingängig, viel Sampler, ein wenig Wave, ein wenig Liedermacherin. Zwischen den Geschichten, die La Hengst erzählt, und dem Sound ist oft eine gewisse Distanz. Am deutlichsten vielleicht in dem Stück Mit Gott im Etap Hotel sichtbar, in dem sich eine Frau einmietet und das Leben nimmt. Sie beschreibt die Szenerie fast so, als betrachte sie das Ganze per Videokamera.

Die Leichtigkeit ihrer Musik wirkt häufig ein wenig skurril zu den Texten, z.B. in der Bar Europa. Da begrüßt sie das neue Europa, das so schön und nett daherkommt, so kosmopolitisch und international und bringt dann ganz schlicht und nebenbei deutsche NS-Geschichte rein: "Und mein Vater stand bei den Zügen und sortierte mit eigener Hand." Da gibt es kein Ausruhen und Bewegung definiert Bernadette La Hengst ohnehin mit Weh tun (Wir bleiben in Bewegung).

Auch wenn La Hengst manchmal etwas melancholisch klingt, ihre Musik ist überaus lebendig. Völlig unangestrengt findet hier der Pop die Politik und sie spielen miteinander.

DSe, rock-links.de

Bernadette La Hengst, Der beste Augenblick in deinem Leben ist gerade eben jetzt gewesen, Trikont, 2002, www.trikont.de

36. LESERINNENBRIEFE

CD-Datei: daten/aksuche/ak464/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:464:14

Glaubwürdigkeitsproblem?

Betr.: Der Frieden findet nicht im Jungle statt, ak 463

"Kritische Anmerkungen" zu den Anti-Bush-Protesten kündigt Georg Wißmeier in seinem Beitrag an. Die Kritik allerdings fällt reichlich zahm aus. Da ist die Rede von der auffälligen "Bandbreite der politischen Meinungen" bei der Berliner Demo vom 21. Mai. Gibt es aber nicht zwischen PDS und Attac, Parteilinken und ehemaligen Antiimps (das ist die Breite, von der Georg Wißmeier spricht) ein einigendes Band? Vielleicht der Hass auf die USA oder am Ende auf Israel? Die Demo konnte einen jedenfalls auf diesen Gedanken bringen. Denn neben dem im Text kritisch erwähnten und scheinbar marginal erfahrenen "Israel/4.Reich"-Transparent waren weitere zu sehen: "Für Karsli" war da zu lesen, "Stoppt Israels Holocaust", "Kindermörder Israel", vom israelischen "Vernichtungskrieg" war die Rede und schließlich hieß es "Kauft nicht bei Juden - sie sind Nazis".

Erfreulich, dass im Text die anti-amerikanische und letztlich deutsch-nationalistische Ausrichtung der Kundgebung und auch der "tosende Beifall" der Menge eben dafür kritisiert wird. Bloß: Was folgt daraus? In ak merkwürdigerweise, dass die, die genau das schonungslos kritisieren, irgendwie rechts stehen: "Für die Antideutschen steht der Feind links". Mal abgesehen davon, dass es "die Antideutschen" nicht gibt - schließlich sind die in jungle world, bahamas, konkret und Co vertretenen Positionen keineswegs identisch - ist die "eindeutige Schlussfolgerung" des Autors nur noch albern zu nennen: Für Antideutsche gebe es per se keine "berechtigte Kritik an den USA". Und dass die "offene Propagierung der amtlichen Mitteilungen aus dem Pentagon" auch in Zukunft weder in konkret noch in jungle world zu erwarten ist, dürfte auch in der ak-Redaktion bekannt sein. Bemerkenswert, dass die Prognose trotzdem abgegeben wird. Glaubt Ihr, sonst in der Kritik der Demos nicht glaubwürdig zu sein? Ich schätze den ak meistens für seine differenzierte Position. Davon ist in dem kritisierten Text leider nichts zu lesen. Schade.

Christian Wagner, Bonn

Generalabrechnung

Betr.: "Was macht eigentlich Bin Laden? Der vermutlich erste Nachruf" und "Sind Palästinenser Menschen? Antideutsche entdecken Sharon als Heilsbringer", ak 462 sowie "Welcome home! (Anti-)Deutsche Linke suchen Anschluss", ak 456 u.v.m

Hi, liebe ak's

Mein ak-Abo läuft zum Ende des Jahres aus, und ich werde es nicht mehr verlängern. Ich hatte bereits vergangenes Jahr mit diesem Gedanken gespielt, mich aber damals noch gegen eine Kündigung entschieden. Nun geht es nicht mehr anders. Ich kann die Positionen, die in eurer Zeitung vertreten werden nicht mehr nachvollziehen und gutheißen. Anti-deutsche, pro-israelische Linke gelten bei euch als "anti-links", werden aus der Linken exmatrikuliert. Der Volksfreund Knut Mellenthin agitiert munter gegen Israel und entpuppt sich als Politikberater Bin Ladens. Georg Wißmeier weiß eh ganz genau, dass Antideutsche RassistInnen sind (so ist jedenfalls sein Artikel in ak 462 zu verstehen). Unvergessen sein Hetzartikel gegen Antideutsche aus ak 456. Okay, man konnte über diesen pseudo-polemischen Unsinn lachen, aber ich fürchte, dass ein nicht geringer Teil der bewegungslinken LeserInnenschaft diese ak-Propaganda auch noch glaubt. Schnuckelig war auch ein Foto auf Seite Eins von dem größten antisemitischen Aufmarsch in Deutschland seit 1945, am 13.4.2002 in Berlin. Dort hetzten Islamisten, selbsternannte PalästinenserInnen, Nazis und deutsche Linke gemeinsam gegen Israel. Davon in der ak kein Wort; lediglich die Bildunterschrift "Frieden für Palästina. Berlin 13.4.2002". Und diese Hetzdemo wurde dann noch mit einer "Solidarität mit Israel-Demo" gleichgestellt. Außerdem scheint der "Verein zur Brechung der Zinsknechtschaft", sprich Attac bei euch einige FreundInnen gefunden zu haben. Schade. Nun ja, ich wünsche euch trotzdem alles Gute ...

Thomas

Einseitiges Weltbild

Betr.: "Für ein Ende des Embargos" und "Leben in Bagdad: Krieg, Embargo - und wieder Krieg?", ak 463

Ohne Frage ist ein Embargo in dem Land, gegen das es sich richtet, für die Menschen unangenehm bis tödlich. Das ist das eine. Ein anderes ist es, ob wir als radikale Linke deshalb die politische Führung des betroffenen Landes abfeiern müssen, wie es Karin Leukefeld in ihren Beiträgen macht. Kritik daran, auch wenn sie von irakischen Oppositionellen kommt, nennt Leukefeld "zynisch", sie nutze den Kriegstreibern. Was ist das für ein Weltbild, wo gleich das Geschäft des "Feindes" gewittert wird, sobald jemand eine eigene, von den antiimperialistischen Volks- und Friedensfreunden abweichende Meinung vertritt? Vielleicht ist es ja kein Zufall, dass auch österreichische Neonazis sich betont positiv auf eben die Solidaritätsdelegation beziehen, mit der Karin Leukefeld den Irak besucht hat (http://www.die-kom-menden.net/dk/artikel/antiimp_intifada.htm). Schließlich wurden im Irak in den letzten Jahren - so Leukefeld - "Moscheen, Schulen, Krankenhäuser, Wohnanlagen und nicht zuletzt Paläste" gebaut und somit Arbeitsplätze geschaffen. Fehlen nur noch Autobahnen in der Aufzählung ...

Als bloßer Kollateralschaden muss da die Hinrichtung von 1.500 Regimegegnern allein im Jahre 2001 gelten. Auch Zungenamputationen bei Oppositionellen sind offenbar keiner Erwähnung wert. Dagegen findet der amtierende Außenminister wohlwollende Erwähnung. So gehts, wenn Linke doch noch eine Heimat finden. Zum Ende zitiert Leukefeld einen Iraker: "Wir wissen, dass der Präsident ein Diktator ist, aber wir brauchen ihn, gerade jetzt." Ihr Kommentar dazu: Keiner. Wir haben verstanden.

A.A., Köln

37. AUFGEBLÄTTERT

CD-Datei: daten/aksuche/ak464/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:464:27

Rechte Musikszene

Mit dem Buch Ästhetische Mobilmachung, Dark Wave, Neofolk und Industrial im Spannungsfeld rechter Ideologien setzt der Unrast-Verlag aus Münster seine Reihe über die musikalische Kulturarbeit neofaschistischer Organisationen fort. Neben White Noise (vgl. ak 439) und dem demnächst erscheinenden RechtsRock zeigt auch dieses Buch, wie die Rechte unterschiedliche Musikstile intensiv dafür nutzt, mit ihren Ideologien in die Jugendszenen vorzudringen. Im Bereich des Dark Wave, Neofolk und Industrial stehen allerdings - anders als bei den Bands von Blood & Honour oder Skinheadmusik - nicht so sehr die offenkundig rechtsextremen Parolen im Vordergrund. Die in dem Buch behandelten Bands setzen vor allem auf Bilder und Assoziationen zwischen Heidentum, germanischer Abstammung, dem Mittelalter und faschistischen Autoren, die einigermaßen subtil gegen Aufklärung und Bürgertum zu Felde ziehen. Heldentum, Reinheit, Haltung sind die Werte, die es gegen die zerstörerische Kraft der Moderne zu erhalten bzw. neu zu schaffen gelte und in deren Ästhetisierung Politik entsteht. Darauf bezieht sich auch der Titel des von Andreas Speit herausgegebenen Buches. Es enthält zunächst eine Einführung darüber, was man sich unter Begriffen wie Dark Wave, Neofolk, Gothic etc. vorzustellen hat, welche Bands und Akteure in der Szene eine Rolle spielen. Im Weiteren wird hergeleitet, wie aus dem antibürgerlichen Gestus der Weg zur faschistoiden Ästhetik folgt. In dem Beitrag Synergie-Effekte - Bewegungen zwischen Schwarzer Szene und braunem Spektrum wird gezeigt, wie rechte und neofaschistische Ideen unter den Wavern Raum greifen konnten. Aufsätze, die diesen Einfluss an konkreten Objekten wie dem Magazin Sigill oder der Band Death in June verdeutlichen, runden das Buch ab.

Andreas Speit (Hrsg.): Ästhetische Mobilmachung, Dark Wave, Neofolk und Industrial im Spannungsfeld rechter Ideologien, Münster, Unrast 2002, Reihe Antifaschistischer Texte, 288 Seiten, 16 EUR

Eichmann-Prozess

Schon 1963 stellte Hannah Arendt anlässlich des Jerusalemer Eichmann-Prozesses die "Banalität des Bösen" fest, und vor nicht allzu langer Zeit wurde in den Kinos ein Dokumentarfilm über Eichmann mit Szenen aus dem Prozess gezeigt. Dass jetzt die Neuauflage von Harry Mulischs Artikelserie über den Prozess erscheint, macht Sinn. Denn dem gerade 75 Jahre alt gewordenen niederländischen Schriftsteller gelingt mehr als eine Reportage. Er versucht die Person Eichmanns psychologisch zu erfassen. Manchmal beobachtet er mehr die Regungen oder die Starrheit dieser Person als den Prozessverlauf. Den Versuch der Anklage, Eichmann als Supertäter (verantwortlich für Planung, Organisation und Durchführung der "Endlösung") aufzubauen, findet er unangemessen: "Die gesamte Schuld für ziemlich alles wird nun mehr oder weniger bewusst auf Eichmanns kahles Haupt gehäuft ... Gleichzeitig entlastet diese Prozedur die anderen Nazis auf unerlaubte Art und Weise." Daneben schildert Mulisch Eindrücke aus Israel, er reist, besucht Kibbuzims, Jerusalem, Tel Aviv, das tote Meer, die Grenzen zu Jordanien und führt Gespräche mit unterschiedlichen Menschen, auch überlebenden Jüdinnen und Juden aus Europa. Viele von Mulischs Beobachtungen und Hinweise sind auch für das Verständnis der heutigen israelischen Gesellschaft bedeutsam. "Neben vielem anderem ist der Prozess Eichmann auch die definitive Trennungslinie zwischen Juden und Israelis." Ein auch literarisch gelungenes Buch.

Harry Mulisch: Strafsache 40/61: Eine Reportage über den Eichmann-Prozess, Aufbau Verlag, 2002, 236 Seiten, 7,95 EUR

Geschichte der Frauenbewegung

Wissen über feministische Bewegungen und Kämpfe, über Erfolge und Niederlagen ist auch in der Ära des sogenannten Postfeminismus und der Geschichtslosigkeit nicht zu unterschätzen. "Es gibt keine Zukunft, die man von der Vergangenheit abtrennen und selbstständig machen könnte ... Die Vergangenheit ist in die Gegenwart eingeschlossen, ist untrennbar eins mit ihr. Gegenwart und jene andere Gegenwart, die wir Zukunft nennen sind nichts anderes als das Ergebnis unserer Vergangenheit. Sie sind das Gericht über das Geschehene", so wird Marie Luise Rinser im Vorwort der von Florence Hervé herausgegebenen "Geschichte der deutschen Frauenbewegung" zitiert. An deren Beginn Mitte des 19. Jahrhunderts fordern Bürgerinnen

Berufsfreiheit und Wahlrecht, während Proletarierinnen sich an sozialistischen Emanzipationstheorien orientieren. Dokumentiert werden politische Differenzen, Grabenkämpfe, Annäherungen, Erfolge und schwere Rückschläge. Auf die "KinderKücheKirche"-Propaganda der Weimarer Zeit folgt der nationalsozialistische Heldenmütterkult. In den 50er und 60er Jahren engagieren sich viele Frauen für Frieden und Gleichberechtigung. Beispielhaft ist die Volksbefragung 1951 vor den Krupp-Werken in Essen zum Thema Remilitarisierung und Abschluss eines Friedensvertrages: "Tausend Frauen befragten über 12.000 Arbeiter und Angestellte, nachdem tagelang vor den Betrieben Informationsmaterial verteilt worden war ... Im Ergebnis sprachen sich 98% der Befragten gegen Remilitarisierung und für einen Friedensvertrag aus." Die Obrigkeit sah das nicht so gern, 26 Frauen wurden verhaftet. Bei der Darstellung der neuen deutschen Frauenbewegung, die das Persönliche als politisch begreift, fehlt die Debatte Opfer/Täterin, bzw. Gleichheit vs. Differenz in der autonomen Frauenbewegung. Und neugierig wird mensch auf die Frauenbewegung in der DDR, zu der die Autorinnen allerdings nicht allzu viel zu sagen wissen. Als Einstieg und Übersicht bietet diese überarbeitete und verbesserte Auflage viele Anstöße und Anhaltspunkte.

Florence Hervé (Hrsg.): Geschichte der deutschen Frauenbewegung, PapyRossa Verlag, 2001, 242 Seiten, 15,24 EUR

Rechtspopulismus und "neue Mitte"

Das Augustheft der Blätter für deutsche und internationale Politik enthält einen Offenen Brief Micha Brumliks "an Rot-Grün". Darin bittet der Schreiber, früher selbst grüner Stadtrat in Frankfurt, die "sehr geehrten Damen und Herren", sie mögen ihr "Werben um Wählerstimmen mit sachhaltigen Argumenten" versehen. Brumlik, ein zunehmend kritischer Anhänger des rot-grünen Projekts, hält der Schröder-Fischer-Regierung Erfolge auf immerhin drei Gebieten zugute: in der Staatsbürgerschafts- und Immigrationsgesetzgebung; bei der rechtlichen Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften; in der "ökologischen Gesetzgebung". In letzterem Bereich (Atomausstieg, Ökosteuer) sieht er allerdings die Taten der Regierung auf "symbolische Politik" beschränkt. "Rundherum versagt" habe sie in der Steuer- und Arbeitsmarktpolitik. "Wenn Sie wieder gewählt werden wollen", so Brumlik, "müssen Sie präzise ankündigen, was Sie hier ändern wollen." Schließlich seien Wahlen keine "Ordensverleihungen". Dass seine Mahnungen Gehör finden, glaubt Brumlik nicht wirklich. Wahrscheinlich werde das rot-grüne Experiment im September "durch jene große Koalition ersetzt, die der noch amtierende Kanzler eigentlich schon vor vier Jahren wünschte." Dass auch die gänzliche Abwahl der Sozialdemokratie keine Überraschung wäre, zeigt der Blick in andere europäische Länder. Das italienische Modell des "Berlusconismus" untersucht in der gleichen Ausgabe der Mailänder Politologe Gian Enrico Rusconi. Er wertet es als "demokratischen Populismus", der keine direkte Gefahr für die Demokratie darstelle. Unzutreffend sei insbesondere "die Analogie zwischen Mussolinismus und Berlusconismus" - was noch zu diskutieren wäre.

Blätter für deutsche und internationale Politik 8/02. Blätter Verlagsgesellschaft mbH, Bertha-von-Suttner-Platz 6, 53111 Bonn. Tel. 0228/650133, www.blaetter.de, 128 Seiten, 8,50 EUR

38. KALENDER

CD-Datei: daten/aksuche/ak464/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:464:30

Movimiento de Mujeres

Vom 9. August bis zum 6. September werden sich sechs Frauen aus dem Frauenprojekt Movimiento de Mujeres "Maria Elena Cuadra" (MEC) aus León in Hamburg und Berlin aufhalten. Das Movimiento organisiert und unterstützt berufstätige und arbeitslose Frauen. Der Nicaragua-Verein Hamburg e.V. lädt zur Veranstaltung "Wir haben unsere Träume noch nicht verloren" ein, bei der Frauen aus León über die Situation der Frauen in Nicaragua und über die Arbeit der MEC berichten.

Hamburg, 20.8.2002, 19.30 Uhr, Werkstatt 3, Nernstweg 32

Karawane für Flüchtlingsrechte

Mit dem neuen Zuwanderungs- und Anti-Terrorgesetzen ist Deutschland praktisch dabei, das durch den Asylkompromiss von 1993 auf ein Minimum beschnittene verbliebene Asylrecht abzuschaffen. Seit Bestehen der Regelung werden jedes Jahr weniger als vier Prozent aller AntragsstellerInnen anerkannt. Mit dem berüchtigten Projekt X, das bereits in Oldenburg und Braunschweig umgesetzt wurde, wird ein neuer Typus eines Abschiebelagers etabliert, in dem Flüchtlinge außer drei täglichen Mahlzeiten jegliche soziale Unterstützung verweigert wird. Die Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen, die am 17. August in Bremen startet, will auf diese inhumanen Zustände in den Flüchtlingslagern und auf andere Missstände hinweisen, gleichzeitig soll die Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Flüchtlingsgruppen verstärkt werden, die Karawane wird am Abend der Bundestagswahl ihren Endpunkt Berlin erreichen.

Bremen/Berlin, 17.8 - 21.9.2002, Kontakt: Karawane-Koordination Nord, Koordinationskreis Hamburg, c/o B 5, Brigittenstr. 5, 20359 Hamburg, Tel.: 040-43189037

10 Jahre Rostock Lichtenhagen

Es gibt Jahrestage, die hier zu Lande nur allzu gern verdrängt werden. Ein Volksfest der besonderen Art feierten die Deutschen im August 1992. Eine Woche lang, vom 22. bis zum 26. August griffen mehrere hundert Rechtsradikale die Flüchtlingsunterkunft und ein von vietnamesischen VertragsarbeiterInnen bewohntes Haus im Rostocker Stadtteil Lichtenhagen an. Unterstützt wurde der Mob von einigen tausend Deutschen, die Benzin für Molotowcocktails vorbeibrachten und Würstchen für "unsere" Jungs grillten. Ein britisches Filmteam dokumentierte das Pogrom. In "The Truth lies in Rostock" werden die Opfer, die verharmlosenden PolitikerInnen, teilnahmslose PolizistInnen, stolze Nazis, begeisterte BürgerInnen und paralysierte Linke interviewt. In Anwesenheit des Regisseurs Mark Sauders wird der Film zum 10. Jahrestag im Hamburger Pudel Club gezeigt.

Hamburg, 28.8.2002, Golden Pudel Club, Fischmarkt, 20.30 Uhr

Konferenz der FAU

Die International Solidary Conference 2002 (i2002) findet auf Initiative der Freien ArbeiterInnen Union (FAU) vom 29.8. bis zum 1.9. in der Zeche Carl in Essen statt. Diskutiert werden die Auswirkungen der kapitalistischen Globalisierung auf die Lage der Arbeitenden und die Möglichkeiten globaler Gegenstrategien von revolutionär-gewerkschaftlicher Seite. Die FAU erwartet GewerkschaftsaktivistInnen aus über 26 Ländern.

Essen, 29.8.- 1.9.2002, Zeche Carl, Informationen und Anmeldung bei der i2002-Organisationsgruppe, FAU-IAA, Wolf-strasse 10 (Hinterhaus), 53111 Bonn, i2002@fau.org, www.fau.org/i2002

"Krieg gegen Terror"

Nach den Terroranschlägen vom 11. September hat US-Präsident George W. Bush einen jahrelangen Krieg gegen den Terror, einen "beispiellosen Feldzug" und eine Zweiteilung der Welt ausgerufen, indem er alle Nationen vor die Wahl stellte: "Entweder sie sind auf unserer Seite oder auf Seite des Terrorismus." Zum Anti-Kriegstag am 1. September findet in Hannover der friedenspolitische Kongress "Ein Jahr ‚Krieg gegen den Terror`" statt. Auf dem Kongress geht es u.a. um die Fragen: Wie groß ist die Gefahr die von Terroristen ausgeht? Wie reiht sich der Krieg in die US-Strategie zur Absicherung ihrer Hegemonie ein? Welche

europäischen Machtinteressen spielen eine Rolle? Welche ökonomischen Interessen sind von Bedeutung? Welche friedenspolitischen Gegenstrategien gibt es?

Hannover, 30.8. bis 1.9.2002, Kulturzentrum Pavillon, Beginn: 30.8., 18.30 Uhr, Information und Anmeldung: www.friedenskongress-hannover.de

Schill - der Rechtssprecher

Von null auf 19,4 Prozent. Vom "Richter Gnadenlos" zum Hamburger Innensenator. Die "Schill-Partei" ist zu einem schwer kalkulierbaren Faktor im deutschen Parteingefüge geworden. Mit Law-and-order-Konzepten und rassistische Ressentiments sammelte die Rechtspartei Stimmen von der Mitte bis zum rechten Rand der Gesellschaft. Die Autoren Marco Carini und Andreas Speit analysieren in ihrem Ende August im Konkret-Verlag erscheinenden Buch "Ronald Schill. Der Rechtssprecher" das Programm und die Politik Ronald Schills.

Hamburg, 4.9.2002, 20 Uhr, Buchladen in der Osterstraße 171, Kartenvorverkauf im Laden

Demo gegen das WEF

Am 16. und 17. September findet das Europatreffen des World Economic Forum (WEF) in Salzburg statt. Wie bei den Jahrestreffen in Davos gibt es auch in Salzburg zunehmend Proteste gegen die Machenschaften der selbst ernannten Global Leaders, die während ihres Treffens die halbe Stadt zum militärischen Sperrgebiet erklären. Kernthema des Salzburger Treffens ist die "Integration" Osteuropas in die EU und NATO, wobei damit vor allem die Nutz- und Dienstbarmachung von Ressourcen (u.a. billige Arbeitskräfte) im Vordergrund stehen. Mit einer großen Demo soll in Salzburg gegen das WEF demonstriert werden, es wird ein unabhängiges Medienzentrum geben, wo Schnittplätze, Internet, Fotolabor etc. für die globalisierungskritische Berichterstattung zur Verfügung gestellt werden (Kontakt: imc.subnet.at).

Salzburg, 12. 19.9.2002, genauere Informationen unter www.antiwef.org, Kontakt: kontakt@antiwef.org

39. EDITORIAL

CD-Datei: daten/aksuche/ak464/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:464:38

Sommer gab es eigentlich keinen. Aber dafür ist die Sommerpause vorbei, auch wenn unser Anrufbeantworter euch immer noch Anderes entgegen quakt. Und das Beste: Obwohl alle und alles überschwemmt worden ist, allerorten unzählige Keller sich mit Wasser gefüllt und Gärten sich in Schlammwüsten verwandelt haben: Unser Kellerloch ist trocken geblieben.

Da sind wir also wieder, erholt und neu motiviert, die Zeitung mit interessanten Themen zu füllen. Auch wenn wir manchmal so tun, als könne uns an kapitalistischen Machenschaften nichts mehr in Erstaunen versetzen, und wir häufig genug die größten Ungeheuerlichkeiten mit einen achselzuckenden "so ist das eben im Kapitalismus" kommentieren, fanden wir, dass die Betrugs- und Korruptionsskandale der letzten Wochen sich als Schwerpunktthema in dieser Zeitung geradezu aufdrängen.

Für Interessierte gibt es eine Fortführung der "Empire-Debatte". Nach dem ersten Hipe mehren sich jetzt die kritischen Stimmen. Und natürlich wie immer ein breit gefächertes internationalistisches Themenangebot.

Aber es gab nach der Sommerpause nicht nur harte Arbeit. Der Verfasserin dieses Editorials ist es nicht gelungen, sich durch Verweigerung ihrem 50-Jahre-Geburtstagsevent zu entziehen. Neben der unermüdlichen täglichen und nächtlichen Redaktionstätigkeit wurde auch noch in der Küche gewerkelt oder zumindest (mangels Küche) der nächste Supermarkt aufgesucht, um das Ereignis nicht ungefeiert vorüber ziehen zu lassen.

Trotz des Genörgels über den Balkon, der zu klein ist, und das Bier, das nicht rechtzeitig kalt genug war, und den Alt-Genossen HH, der sich über nicht abgewaschenes Geschirr in der Rombergstr. beschwerte: Hier noch mal herzlichen Dank an alle. Besonders erwähnt sei dabei die Genossin, die unsere samstägliche Kaffeetafel um eine nachgereichte selbstgemachte Geburtstags-Schwarzwälderkirschtorte bereichert hat.

ga.

40. Quelldatei blick.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak464/blick.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:464:blick

Ostdeutschland: Mob und Nazis machen mobil Seite 4

Oriana Fallaci - Retterin des Okzidents Seite 6

Die Gegenreform der Hartz-Kommission Seite 8

Krieg gegen Irak - nur eine Frage der Zeit Seite 11

Metamorphosen des Zapatismus Seite 14

AIDS in Südafrika Seite 12

Argentinien: staatlicher Mord Seite 16

Italienische Linke ein Jahr nach Genua Seite 18

Diskussion über "Empireö Seite 24

Zur Geschichte des Operaismus Seite 27

Coca Cola tötet Seite 13